

F 53 294
Chef vom Dienst:
42 800/8971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Inpressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 3. Oktober 1988

Blatt 1928

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Der Türkenschanzpark feiert seinen 100. Geburtstag (1930/FS: 30.9.)
- Landstraßer Hauptstraße nunmehr baustellenfrei (1932/FS: 1.10.)
- Schirmer: Auch den Tieren gegenüber menschlich handeln (1933/FS: 2.10.)
- Pensionistenklubs: Saison beginnt (1935)
- Neue Gemeinde-Zeitung erschienen (1936)
- Großes Feuerwehrfest Am Hof (1937)
- ÖVP zu ökologischen Problemen im Donauraum (1938)
- Fotoausstellung in der Schmidhalle (nur FS/1.10.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- Großer Preis der Stadt Wien für Volksbildung für Hofrat Dr. Danimann (1929/FS: 30.10.)
- 32,7 Millionen für Altstadterhaltung (1931/FS: 1.10.)
- Zentralfriedhof: Führung durch die jüdischen Abteilungen (1934)
- „Die Wiener Straßennamen“ im Bezirksmuseum Penzing (1934)

Großer Preis der Stadt Wien für Volksbildung für Hofrat Dr. Danimann

Wien, 30.9. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus an Hofrat Dr. Franz DANIMANN den Große Preis der Stadt Wien für Volksbildung.

Dr. Danimann, der selbst gegen den Faschismus gekämpft hatte und im Konzentrationslager interniert war, hat seine volksbildnerische Tätigkeit der Aufarbeitung dieser Ära, vor allem auch der Aufklärung der jüngeren Generation über die Ereignisse dieser Zeit gewidmet. Sein publizistisches Werk — darunter das Buch „Finis Austriae“, das den Untergang Österreichs 1938 behandelt — und seine Vortragstätigkeit unter Einbindung anderer Zeitzeugen machen heute noch als Zeitgeschichte aus erster Hand betroffen. Kulturstadträtin Dr. Pasterk wies auf die Bedeutung der volksbildnerischen Arbeit von Hofrat Danimann gerade auch angesichts mancher heutiger Tendenzen hin.

An der Feier nahmen auch 3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, Landtagspräsident a.D. Hubert PFOCH und Polizeipräsident a.D. Josef HOLAUBEK teil. (Schluß) gab/bs

Bereits am 30. September 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Der Türkenschanzpark feierte seinen 100. Geburtstag

Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Sogar der Kaiser war dabei — ein Double natürlich! In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, darunter die Stadträte Dr. Michael HÄUPL und Rudolf EDLINGER, 3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN sowie die Bezirksvorsteher Leopold TRAINDL und Adolf TILLER, wurde Freitag der 100. Geburtstag des Türkenschanzparkes gefeiert. Im Anschluß an den Festakt taufte Stadtrat Dr. Häupl eine neugezüchtete Dahlie auf den Namen „Türkenschanzpark 1988“. Anziehungspunkt für die zahlreichen Besucher waren auch die Sonderausstellungen im neuen Gärtnerhaus, die noch bis 7. Oktober von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen sind. (Schluß) du/bs

Bereits am 30. September 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

32,7 Millionen für Altstadterhaltung

Wien, 1.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Altstadterhaltungsbeirat beschloß die Vergabe von insgesamt 32,7 Millionen Schilling für Renovierungsarbeiten an Bauten in Schutzzonen. Zu den insgesamt 30 geförderten Bauten zählt neben Wohnhäusern vom Barock bis zum Historismus auch das Wiener Konzerthaus. (Schluß) gab/rr

Bereits am 1. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Landstraßer Hauptstraße nunmehr baustellenfrei

Wien, 1.10. (RK-KOMMUNAL) Das Eröffnungsfest Landstraßer Hauptstraße, das am Freitag in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Verkehrsstadtrat Johann HATZL stattfand, bot zahlreichen Wienern die Möglichkeit, Teile der neuen Station „Landstraße“ zu besichtigen und sich damit einen Eindruck von den Baumaßnahmen in diesem Bereich zu verschaffen. Im Bahnsteiggeschoß der U 3 wurde übrigens am Freitag ein Stahlbehälter mit einer Unterschriftenrolle von Bezirksbewohnern für die Nachwelt einbetoniert, eine Gedenktafel wird an diesen Anlaß erinnern. Verkehrsfreigabe und Wiederherstellung der Oberfläche sollen aber nicht vergessen lassen, welche Ingenieurleistungen dem „zugrunde“ liegen. So liegt beispielsweise der Verbindungstunnel zur U 4 unter den Fundamenten des Bahnhofs Wien-Mitte, 15 Meter unter dem Straßenniveau; die Tunnel, auch der Verbindungstunnel unter dem AEZ, mußten unter voller Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes gebaut werden. Bei der Kirche St. Elisabeth läuft die Tunnelwand kaum viel mehr als eine „Handbreite“ an den Fundamenten der Kirche vorbei.

Auch in weiterer Folge gab es statische Leckerbissen. Ein großes Geschäftshaus — sieben Stockwerke über der Erde, ein dreistöckiger Keller darunter — mußte unterfangen werden, wobei nunmehr der U-Bahn-Tunnel in Höhe des dritten Kellergeschosses verläuft. Unter der Kundmangasse mußte die Tunnelröhre nur 2,5 Meter unter den Fundamenten der Häuser angelegt werden. Es gelang, den Tunnelvortrieb nach der Neuen Österreichischen Tunnelbauweise ohne Bauschäden zu bewältigen. (Schluß) pz/bs

Bereits am 1. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schirmer: Auch den Tieren gegenüber menschlich handeln

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) „Tiere, und in der Großstadt speziell Haustiere, helfen vielen Menschen. Wir alle sollten uns daher auch den Tieren gegenüber menschlich verhalten“, appellierte anlässlich des Welttierschutztages am 4. Oktober, die in Wien für den Tierschutz zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER an alle Wienerinnen und Wiener. Schirmer wies auf die wichtige Funktion, die Haustiere haben, hin — sie tragen für viele ältere Menschen dazu bei, die Einsamkeit zu überwinden, sie sind für die soziale Entwicklung von Kindern wichtig und sie erfüllen sogar therapeutische Zwecke. „Ich bitte auch alle Triefreunde jene Tiere, die nicht auf Liebe oder Zuneigung gestoßen sind oder die aus sozialen oder gesundheitsbedingten Gründen im Tierschutzhaus und anderen Tierheimen landeten, nach Möglichkeit zu holen und ihnen ein neues Heim zu bieten“, bat Schirmer. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 2. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Zentralfriedhof: Führung durch die jüdischen Abteilungen

Wien, 3.10. (RK-KULTUR) Im Rahmen des Wintersemesters 1988/89 des Vereins für Geschichte der Stadt Wien findet am Donnerstag, dem 6. Oktober, um 13 Uhr, eine Führung durch die jüdischen Abteilungen des Zentralfriedhofes statt. Es führt Univ.-Prof. Dr. Wolfgang HÄUSLER. Treffpunkt: Zentralfriedhof, 1. Tor, 12.45 Uhr. (Schluß) am/rr

„Die Wiener Straßennamen“ im Bezirksmuseum Penzing

Wien, 3.10. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Penzing, Penzinger Straße 59, ist bis 21. Dezember die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Die Wiener Straßennamen“ zu sehen. Die Ausstellung ist jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/rr

Pensionistenklubs: Saison beginnt

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Die Pensionistenklubs haben bald wieder Saison. Ab 10. Oktober sind die 191 Klubs wieder Montag bis Freitag jeweils von 13 bis 18 Uhr geöffnet und bieten eine vielfältige Palette an Unterhaltungsmöglichkeiten für Senioren, die vom Basteln über Bunte Nachmittage, Theateraufführungen bis zu Filmvorführungen und Vorträgen reicht. Rund 18.000 Besucher werden für die neue Betriebsperiode bis 28. April erwartet. Anmelden kann man sich direkt bei den einzelnen Klubs, in der Bezirksvorstehung oder im zuständigen Sozialreferat. (Schluß) jel/rr

Neue Gemeinde-Zeitung erschienen

Finanzausgleich im Mittelpunkt

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Eine geraffte Information über den Abschluß des neuen Finanzausgleichs ist der für die Gemeinden wesentlichste Beitrag der jüngst erschienenen Ausgabe der Österreichischen Gemeinde-Zeitung:

Die Im Zuge der Steuerreform neu geschaffene und mit 1. Jänner 1989 in Kraft tretende Kapitalertragsteuer auf Zinsen (dies sogenannte KEST II) wird auf Bund, Länder und Gemeinden im Verhältnis 47:30:23 aufgeteilt werden, so daß mit folgenden Anteilen zu rechnen sein wird: Bund 1880 Millionen Schilling; Länder 1200 Millionen Schilling; Gemeinden 920 Millionen Schilling.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß damit voraussichtlich eine faire Verteilung der Lasten aus der Steuerreform auf Bund, Länder und Gemeinden erreicht wird, und der Bund trotz seiner angespannten finanziellen Situation eine Beteiligung an der KEST II von weniger als 50 Prozent in Kauf genommen hat.

Amtshaftung von Gemeindeorganen

Ein Beitrag des Grazer Universitätsprofessors DDr. Kurt GALLENZ über „Politische, straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit von Gemeindeorganen“, der in seinem ersten, im vorigen Heft veröffentlichten Teil nach einleitenden, dem Thema in allgemeinen gewidmeten Fragen im einzelnen die politische, die strafrechtliche und verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit von Gemeindeorganen im Überblick aufzeigte, setzt sich in diesem Heft mit der Amtshaftung und der zivilrechtlichen Haftung dieses Personenkreises auseinander und faßt in einem Schlußkapitel die Ergebnisse dieser untersuchenden Darstellung zusammen.

Auswirkungen von Ortsdurchfahrten

Der deutsche Universitätsprofessor Dr. Ing. Hartmut H. TOPP präsentiert in einem Aufsatz mit dem Titel „Zum 'Ob' und 'Wie' von Ortsdurchfahrten/ Ortsumgehungen kleinerer Orte“ die Ergebnisse eines interdisziplinären Sachverständigengutachtens über Auswirkungen von Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen, das im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik erstellt wurde.

Die „Österreichische Gemeinde-Zeitung“ ist beim Verlag Jugend & Volk, 1153, Anschützgasse 1, Telefon 87 25 15/90-94 DW. erhältlich. (Schluß)
stb/bs

Großes Feuerwehrfest Am Hof

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der Eröffnung der neuen Nachrichtenzentrale in der Hauptfeuerwache findet von Freitag, den 14. Oktober, bis Sonntag, den 16. Oktober, Am Hof im 1. Bezirk ein großes Feuerwehrfest statt.

Am Freitag spielen von 17 bis 22 Uhr die „Lavantaler Spitzbuam“. Samstag und Sonntag gibt es Einsatzvorführungen der Feuerwehr sowie Stuntvorführungen. Außerdem spielen verschiedene Musikgruppen. Weitere Programmangebote sind unter anderem die Besichtigung des Feuerwehrmuseums, Vorführungen der Jugendfeuerwehr, eine Briefmarkenausstellung, Ringelspiel und Riesenrad, Ausstellungen historischer und moderner Feuerwehrautos und selbstverständlich Informationen über die modernste Nachrichtenzentrale Europas. Das Programm läuft Samstag und Sonntag jeweils von 10 bis 22 Uhr. (Schluß) du/rr

ÖVP zu ökologischen Problemen im Donaauraum

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Den ökologischen Problemen im Donaauraum widmete sich die Wiener ÖVP in ihrem Montag-Pressegespräch. LAbg. Dr. Johannes HAWLIK erklärte, daß das zentrale Problem im Donaauraum die Frage des Wasserhaushalts einschließlich der Grundwasserdynamik sowie die Wassergüte der Donau sei. Hinsichtlich einer möglichen Staustufe Wien seien noch zahlreichen Fragen zu klären, zumal einige Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Weiters sprach Hawlik das Problem der Altlasten in Wien an, speziell die Altlast unter dem Donaupark im Hinblick auf die Standortdiskussion zur Weltausstellung.

Die ÖVP fordert u.a. eine umfassende Untersuchung darüber, welche Auswirkung der allfällige Bau einer Staustufe Wien auf die Altlasten im nördlichen Teil Wiens hätte. Außerdem wird ein Sanierungskonzept für Altlasten in Wien samt Termin- und Kostenplan urgiert. (Schluß) du/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 4. Oktober 1988

Blatt 1939

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stadt Wien unterstützt Selbsthilfegruppen (1940)
- Selbstschutzveranstaltungen in drei Bezirken (1942)
- Heuer Rekordinvestitionen in der Stadterneuerung (1943/1944)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1941)

Stadt Wien unterstützt Selbsthilfegruppen

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER übergab Montag nachmittag an zwei medizinische Selbsthilfegruppen finanzielle Unterstützungen. Der Gesundheitsstadtrat unterstrich dabei die Wichtigkeit der Arbeit der 34 Wiener medizinischen Selbsthilfegruppen, die sich besonders um Kranke mit chronischen Leiden kümmern.

Die Selbsthilfegruppe ANA — Asthma-Neurodermitis-Allergie-Verband — erhielt für administrative Tätigkeiten, die neu gegründete Selbsthilfegruppe für Anfallkranke als Starthilfe eine Unterstützung aus Mitteln des Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen. Im vergangenen Jahr erhielten sechs medizinische Selbsthilfegruppen von der Stadt Wien Förderungsmittel von insgesamt 135.000 Schilling.

Die Mitglieder der Selbsthilfegruppen haben, wie Stadtrat Stacher feststellte, meist lange Erfahrungen im Umgang mit chronischen Leiden. Sie verfügen über ausführliches Informationsmaterial, organisieren Kurse und andere Veranstaltungen und wissen auch über sozial- und versicherungsrechtliche Fragen Bescheid. Die Selbsthilfegruppen sind ungebunden und finanzieren sich weitgehend selbst. Ihre selbstlose und engagierte Arbeit im Interesse der Menschen spielt, so Stacher, eine bedeutende Rolle im Wiener Gesundheitssystem.

Medizinisches Selbsthilfezentrum

Der Gesundheitsstadtrat erinnerte in diesem Zusammenhang an das Medizinische Selbsthilfezentrum, das im März des vergangenen Jahres in der Leopoldstadt, in der Oberen Augartenstraße 26-28, eingerichtet wurde, und in dem 13 Selbsthilfegruppen ein Heim gefunden haben. Diese Einrichtung, die von den Gruppen mit großem persönlichen Einsatz geschaffen und von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK finanziell unterstützt wurde, ist beispielgebend für den ganzen deutschen Sprachraum. Das Selbsthilfezentrum hat die Telefonnummer 35 23 48. Auskünfte über die bestehenden Wiener Selbsthilfegruppen erhält man unter der Telefonnummer 531 14/405 Durchwahl. (Schluß) sc/gg

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Wien, 4.10. (RK-BEZIRKE) Im Festsaal der Bezirksvorstehung, 6, Amerlingstraße 11, findet am Mittwoch, dem 12. Oktober, 17 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Döbling

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Döbling findet am Donnerstag, dem 13. Oktober, um 15 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 19, Gatterburggasse 14, Halbstock, Zimmer 102 statt. (Schluß) smo/sk

Selbstschutzveranstaltungen in drei Bezirken

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien veranstaltet jetzt in drei weiteren Bezirken neue Selbstschutz-Kurse. Sie finden im 1. Bezirk, Urania, im 8. Bezirk (Pfeilgasse 42 b) und im 12. Bezirk (Längenfeldgasse 13-15) statt. Im 8. Bezirk hat der Kurs bereits begonnen, in den anderen beiden Bezirken steht der Beginn unmittelbar bevor. Nachträgliches „Einsteigen“ ist im wesentlichen jederzeit möglich. Kursprogramme werden von der Stadtinformation zugeschickt. Ein Anruf unter der Nummer 43 89 89 genügt.

Die Stadt Wien bietet auf dem Gebiet des Selbstschutzes eine Reihe von Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten an: Informationszentren befinden sich in allen Bürgerdienst-Außenstellen, in der Stadtinformation kann man sich zu einem persönlichen oder telefonischen Gespräch mit Experten anmelden, und man kann eine umfassende Selbstschutzausbildung in Anspruch nehmen. Sie wird in Zusammenarbeit mit dem Verband Wiener Volksbildung veranstaltet und findet in jedem Volkshochschul-Semester in anderen Bezirken statt.

Im heurigen Herbst kommt die Information den Bewohnern des 1., 8. und 12. Bezirks besonders entgegen. Themen sind Erste Hilfe, Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen, Vorbeugender Brandschutz sowie Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen.

Der Nachweis über den Besuch des Erste-Hilfe-Kurses kann auch als Beweis der entsprechenden Ausbildung für die Erlangung des Führerscheines verwendet werden. Alle Beratungen und Kurse sind kostenlos. (Schluß)
and/rr

Heuer Rekordinvestitionen in der Stadterneuerung

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) 1988 werden in der Stadterneuerung in Wien Rekordinvestitionen ausgelöst. Ende August waren 473 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,518 Milliarden Schilling in Bau. Das gaben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER heute, Dienstag, im Rahmen eines Pressegespräches bekannt.

Insgesamt wurden damit seit 1985, also dem Wirksamwerden des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984, in Wien bereits 956 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 5,305 Milliarden Schilling unter Zuhilfenahme öffentlicher Förderungsmittel gefördert.

Um das große Interesse an geförderten Wohnhaussanierungen auch weiterhin bewältigen zu können und eine Auslastung des Baugewerbes auch in den Wintermonaten zu ermöglichen, soll es darüber hinaus noch heuer eine Sonderfinanzierung geben, die weitere 500 Millionen Schilling Investitionen in der Stadterneuerung auslösen wird.

Durch Punktesystem objektive Förderung von Wohnhaussanierungen

Das Interesse an geförderten Wohnhaussanierungen ist in Wien also ungebrochen hoch. Seit Wirksamwerden des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 wurden beim Wiener Stadterneuerungsfonds 3.505 Förderungsanträge gestellt. 440 Anträge mußten abgelehnt werden, 1.754 erhielten bislang eine Förderungsempfehlung des Fonds, und davon wurden — wie bereits erwähnt — 956 auch tatsächlich gefördert. Die restlichen rund 800 zur Förderung empfohlenen Projekte sollen noch bis Ende 1989 eine Förderungszusicherung erhalten.

Jene rund 1.300 Anträge, die noch keine Förderungsempfehlung des Wiener Stadterneuerungsfonds haben, sollen künftig nach einem Punktesystem bewertet werden, um im Hinblick auf den großen Ansturm eine objektive und gerechte Reihung und Förderung von Wohnhaussanierungen zu garantieren. Das beschloß vergangene Woche einstimmig das Kuratorium des Wiener Stadterneuerungsfonds. Dies ist zugleich als großer Erfolg und Beweis für die Sinnhaftigkeit der „Entparteilichung“ dieses Gremiums zu werten.

Hauptziel des neuen Bewertungssystems ist es, aus diesen derzeit über 1.300 Sanierungsanträgen, die noch keine Förderungsempfehlung des Stadterneuerungsfonds haben, die qualitativsten und mieterfreundlichsten Wohnhaussanierungen besser zu reihen und damit rascher zu verwirklichen als mieterfeindliche oder Luxussanierungen.

Mit dem Punktesystem werden bewertet

- der Verfahrensstand,
- städtebauliche Kriterien,
- bewohnerorientierte Kriterien,
- gebäudeorientierte Kriterien und
- die Verfahrenstechnik.

Beim Verfahrensstand wird der Fortschritt bzw. Stand des Verfahrens beurteilt. Sobald der Antrag vollständig eingebracht wurde, beginnt das Verfahren zu laufen. Sobald ein Vergabevorschlag vorliegt oder die Schlichtungsverhandlung stattgefunden hat, gibt es Punkte.

Städtebauliche Kriterien sollen die Qualität einer Sanierung beurteilen. Punkte gibt es, wenn das Projekt der Stadtbildpflege dient oder unter Denkmalschutz steht, wenn es in einer Schutzzone, in einem erneuerungsdringlichen Zählgebiet oder einem erneuerungsbedürftigen Baublock liegt, wenn die Sanierung im Rahmen einer Blocksanierung erfolgt, wenn Strukturverbesserungen wie Hofentkernung, Stellplatzschaffung, Reduzierung

von Betriebsemissionen oder Fernwärmeanschluß erfolgen.

Im Rahmen der bewohnerorientierten Kriterien geht es um die soziale Dimension der Stadterneuerung. Es wird besonders bewertet die Kooperation zwischen Hauseigentümer und Mietern, ob der Hauseigentümer selbst das Haus bewohnt, ob es sich um Initiativgruppen und Erneuerungsgemeinschaften handelt, in welchem Maß tatsächlich Wohnungsverbesserungen und Wohnungszusammenlegungen erfolgen. Wenn es zu unredlichen Absiedlungen kommt, erfolgt ein Ausschluß von der Förderung. Auch Stellungnahmen von Mieterberatern und Gebietsbetreuern werden in die Bewertung einbezogen. Ziel dieser Kategorie ist vor allem die Herstellung von partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Hauseigentümern und Mietern und die gemeinsame Durchführung der Sanierung. Werden also die Mieter rechtzeitig informiert, gefragt und beraten, so wird sich das positiv auf den Verfahrenslauf auswirken.

Bei den gebäudebezogenen Kriterien wird der Bestand an schlechtausgestatteten Wohnungen (Kategorie C und D), die Zahl der Kleinstwohnungen und etwa ein umfangreicher Instandsetzungsbedarf herangezogen.

Mit Punkten belohnt werden bei der Verfahrenstechnik eine ordentliche Ausschreibung der Arbeiten, die Unterschreitung pauschalierter Kosten, die Einbringung von Eigenmitteln, die Bereitstellung von Ersatzwohnungen, kategoriegebundene Folgemieten, nachträgliche Wohnungsverbesserungen usw.

Minuspunkte gibt es für unnötige Verzögerungen seitens des Antragstellers und für ungerechtfertigte Hauptmietzinsabgänge. Und alle Formen nachgewiesener Spekulation führen zum völligen Ausschluß von der Förderung.

Aus all diesen Kriterien ergibt sich eine Gesamtpunktezahl. Projekte mit mehr Punkten werden weiter vorne gereiht und kommen daher früher zur Förderung. Diese Punktereihung wird für alle Betroffenen und Interessierten transparent gestaltet und beim Wiener Stadterneuerungsfonds öffentlich einsehbar sein. Damit wird es auch möglich, den Zeitpunkt der Förderungszusicherung exakter als bisher zu bestimmen.

Um einen sinnvollen und gerechten Mitteleinsatz zu gewährleisten, erfolgt aufgrund des jeweiligen Förderungsjahresbudgets eine Zuteilung der Sanierungsprojekte in Kontingente und zwar nach Sanierungsart (Erhaltungsarbeit, Einzelverbesserung, Sockelsanierung, Totalsanierung) und Art des Bauträgers (Privater, Gemeinde Wien, Gemeinnützige Bauvereinigung usw.).

Bis Ende 1990 werden voraussichtlich in einem Zeitraum von nur fünf Jahren seit Bestehen des Wohnhaussanierungsgesetzes und des Wiener Stadterneuerungsfonds in Wien fast 1.800 Wohnhaussanierungen durchgeführt werden und damit Gesamtinvestitionen in der Höhe von 14 Milliarden Schilling ausgelöst. Besonders positive Impulse zeigen sich bereits im Bau- und Baunebengewerbe. Zwei Drittel der Sanierungen werden von privaten Hauseigentümern, etwa ein Viertel von der Gemeinde Wien und rund ein Zehntel von gemeinnützigen Bauvereinigungen durchgeführt. (Forts. mgl.) ah/gg

Forts. von Blatt 1943

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 5. Oktober 1988

Blatt 1945

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Randsteininstandsetzung auf der Reichsbrücke (1946/FS: 4.10.)
- 10 Jahre Kabelfernsehen in Wien (1948)
- 100 Jahre Habsburgwarte auf dem Hermannskogel (1949)
- Wiener Bundesstraßenerhaltung leistet wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit (1950)
- Abfallwirtschaftskonzept wird fortgeschrieben (1951/1952)

Kultur:

- „Cats“ im Theater an der Wien: 1,55 Millionen Besucher (1947)

Randsteininstandsetzung auf der Reichsbrücke

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit müssen auf der Reichsbrücke ab Mittwoch, dem 5. Oktober, abschnittsweise an den Fahrbahnrändern Instandsetzungsarbeiten bei den Randsteinen durchgeführt werden, wodurch es zu Einengungen der betreffenden Fahrspuren kommt. Die Reparaturmaßnahmen erfolgen jeweils in den verkehrsschwächeren Zeiten zwischen 9 und 15 Uhr, und werden voraussichtlich zwei Wochen in Anspruch nehmen. (Schluß) pz/sk

Bereits am 4. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„Cats“ Im Theater an der Wien: 1,55 Millionen Besucher

**Durchschnittliche Auslastung 98,57 Prozent –
Mehr als 380 Millionen Schilling eingespielt**

Wien, 5.10. (RK-KULTUR) Am vergangenen Wochenende fand im Theater an der Wien die letzte Vorstellung des Erfolgsmusicals „CATS“ von Andrew Lloyd Webber statt. Im 6. Jahr ihres Wiener Daseins übersiedeln die Katzen nun ins Ronacher, wo am 15. Oktober 1988 die erste Vorstellung stattfindet.

Die „CATS“-Bilanz im Theater an der Wiener kann sich sehen lassen: Vom 18. September 1983 bis 2. Oktober 1988 fanden 1.458 Vorstellungen statt, bei denen man insgesamt 1.566.185 Besucher registrierte. Die durchschnittliche Auslastung des Platzangebotes betrug 98,57 Prozent. Mit einem Kartenerlös von 380.357.133,19 Schilling erreichte man eine durchschnittliche Einnahme von 85,54 Prozent des Masettenwertes.

Zu den Vorstellungen im Theater an der Wien kamen noch zwei Gastspiele. Im August 1987 gastierte „CATS“ an der Komischen Oper Berlin: In 15 ausverkauften Vorstellungen gab es 18.120 Besucher. Das Gastspiel im Mai 1988 am Moskauer Operetten-Theater wies in 15 ausverkauften Vorstellungen 25.500 Besucher auf. (Schluß) wh/bs

10 Jahre Kabelfernsehen in Wien

Bis Jahresende rund 200.000 Anschlüsse

Wien, 5.10. (RK-LOKAL) Das Wiener Kabelfernsehen feiert in diesen Tagen seinen zehnjährigen Bestand. Es war am 1. Oktober 1978, als in der Donau-
stadt, im Donauzentrum, durch den damaligen Wiener Bürgermeister
Leopold Gratz ein Versuchsbetrieb gestartet wurde. Inzwischen sind fast
200.000 Haushalte verkabelt; durchschnittlich jeder zweite Haushalt, der
die technische Möglichkeit dazu hat, nützt das Angebot, 11 TV-Programme
und zehn UKW-Hörfunkprogramme in einwandfreier Qualität empfangen
zu können.

Um die derzeit 190.000 Wiener Haushalte versorgen zu können — erst gegen
Jahresende soll der „200.000er“ gefeiert werden — mußten 762 Kilometer
Künetten gegraben werden. Das entspricht etwa der Entfernung von Wien
nach Florenz. Gleichzeitig wurden 3.000 Kilometer Kabel in Häusern und
Wohnungen verlegt. Rund 530 Arbeitsplätze, davon 82 bei Telekabel und
450 bei Drittfirmen, sind durch die schrittweise Installierung gesichert und
wurden zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor für das Wiener Gewerbe.

Daß der Markt noch lange nicht erschöpft ist, beweisen einige Zahlen: Von
den 2,6 Millionen bewohnten österreichischen Wohnungen verfügen rund
2,5 Millionen über ein TV-Gerät. Derzeit sind etwa 23 Prozent aller tech-
nisch in Frage kommenden Haushalte verkabelt; geht man davon aus, daß
rund 50 Prozent interessiert sind, bestehen für die insgesamt 258 Kabel-
TV-Unternehmen in Österreich und auch für das mit Abstand größte, die
Wiener Firma Telekabel, noch große Zukunftserwartungen. (Schluß) ull/gg

100 Jahre Habsburgwarte auf dem Hermannskogel

Wien, 5.10. (RK-LOKAL) Aus Anlaß des 100. Geburtstags der Habsburgwarte findet unter dem Ehrenschatz von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Sonntag, dem 9. Oktober, um 11 Uhr, auf dem Hermannskogel ein Festakt statt. Mit einer Seehöhe von 542 Metern ist der Hermannskogel die höchste Erhebung auf Wiener Boden. Bereits vor 100 Jahren ließ der Österreichische Touristenklub auf seinem Gipfel einen steinernen Aussichtsturm errichten, der am 19. November 1888 seiner Bestimmung übergeben wurde. Die Warte, die auch auf dem Stadtwanderweg Nr. 2 erreicht werden kann, ist ein sehr beliebtes Ausflugsziel der Wiener. Sie besteht aus drei Stockwerken und ist 27 Meter hoch. Die Aussichtsplattform liegt 16 Meter über dem Waldboden. Die Habsburgwarte auf dem Hermannskogel ist von 1. April bis 31. Oktober jeweils an Samstagen, Sonn- und Feiertagen geöffnet. Für Schul- und Gruppenbesuche an Wochentagen ist eine Anmeldung beim Österreichischen Touristenklub (Wien 1, Bäckerstraße 16, Tel. 52 38 44) erforderlich. (Schluß) red/rr

Wiener Bundesstraßenerhaltung leistet wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Das Bundesstraßennetz in Wien umfaßt derzeit 213,6 Kilometer, was — da in vielen Fällen mehr als zwei Fahrspuren vorhanden sind — einer Fahrspurlänge von insgesamt 745,6 Kilometern entspricht. Zu seiner Instandhaltung sind personell und technisch aufwendig ausgerüstete Straßenmeistereien erforderlich, die mit ihren Einrichtungen zahlreiche Arbeiten durchführen müssen.

Diese Palette umfaßt als Hauptaufgaben die Überwachung und Instandhaltung der Straßenkonstruktion, wobei Reparaturen nur als Sofortmaßnahmen bei Frostaufbrüchen, zur Straßen- und Bankettbefestigung sowie beim Fugenvergießen vorgenommen werden. Weiters die Überwachung und Instandhaltung der Straßenentwässerung und von Leiteinrichtungen und schließlich die Reinigung der Verkehrszeichen. Die Kontrolle des Straßenzustandes sowie der Nebenanlagen (zum Beispiel Leitschienen) erfolgt mittels Begehen und Befahren mindestens einmal monatlich und trägt damit entsprechend dazu bei, für alle Verkehrsteilnehmer möglichst einwandfreie Straßenbedingungen zu schaffen. Die Kontrollfahrzeuge legten dabei im Vorjahr insgesamt 108.300 Kilometer zurück.

Stützpunkt Wien-Nord

Rund 60 Prozent des Wiener Bundesstraßennetzes oder in absoluten Zahlen ausgedrückt 126,5 Kilometer — das entspricht 431 Fahrspurkilometern — werden vom Stützpunkt Wien-Nord aus betreut, der sich im 19. Bezirk in der Grinzinger Straße befindet und vor fünf Jahren mit einem Kostenaufwand von 31,1 Millionen Schilling errichtet wurde. Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL, der sich Mittwoch an Ort und Stelle eingehend über die vielfältigen Aufgaben der dort beschäftigten Mitarbeiter des Magistrats und die technischen Einrichtungen informierte, in diesem Zusammenhang gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ feststellte, werde damit von der technischen Seite her ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet.

Die Straßenmeisterei Wien-Nord bildet die Ausgangsbasis für insgesamt 17 Magistratsbedienstete und 15 Fahrzeuge. Der durch sie betreute Bereich umfaßt zur Gänze die Bundesstraßen B1, B3b, B7, B14, B221, B227, B229, B302 sowie Teile der Bundesstraßen B8 im 21. und 22. Bezirk, B10 vom Nordknoten bis zur Floridsdorfer Brücke, B222 im 17., 18. und 19. Bezirk, B226 im 21. Bezirk. (Schluß) pz/gg

Abfallwirtschaftskonzept wird fortgeschrieben

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete am Mittwoch in einem Pressegespräch über die Intentionen zur ersten Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes. Ein wichtiger Schritt in der Wiener Umweltpolitik ist getan: Die Entscheidungsgrundlagen zur Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes liegen vor. Vor seiner endgültigen Fassung wird das Konzept sowohl Experten als auch der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt.

Zur Philosophie des Abfallwirtschaftskonzeptes stellte Häupl fest, daß die Umweltpolitik der siebziger und in Teilbereichen auch der achtziger Jahre primär darauf ausgerichtet war, die Umwelt von Schadstoffbelastungen zu reparieren, allenfalls zu heilen. So bedeutet eine Neuorientierung der Umweltpolitik die Veränderung der Rahmenbedingungen für Produzenten und Konsumenten. Umweltschäden sollten, wenn möglich, gar nicht erst auftreten. Die unzweifelhaft bestehende Asymmetrie zwischen Sanierung und Vorsorge muß nicht nur beseitigt, sondern deutlich zugunsten der Vermeidung ökologischer Schädigungen verlagert werden. Umweltpolitik der Zukunft bedeutet daher:

- umweltschädigende Produktionsprozesse und Verhaltensweisen durch umweltverträgliche zu ersetzen — „ökologischer Modernisierungsschub“,
- den Verbrauch bzw. die Verschwendung von Rohstoffen, Energie und Freiflächen zu minimieren,
- die Natur nicht als — zumeist kostenlosen — Produktionsfaktor, sondern neben sinnvoller und humaner Arbeit sowie Kultur, als Grundlage menschlichen Lebens zu sehen.

Beispiel Abfallbewirtschaftung

Geht man von diesen Grundprinzipien einer Neuorientierung in der Umweltpolitik aus, bedeutet dies auch eine völlige Veränderung bisheriger Modelle der Abfallentsorgung. Diese waren bisher fast ausschließlich auf die Beseitigung von Müll ausgerichtet. Das Ziel einer modernen Abfallwirtschaft — quasi eine „reale Vision“ — ist die ökologische Kreislaufwirtschaft, d. h. die Abfälle von heute sind die Rohstoffe von morgen. Somit ist der Abfallvermeidung und der Wiederverwendung bzw. -verwertung von Abfällen höchste Priorität einzuräumen. Was allerdings gewährleistet sein muß, ist die **Entsorgungssicherheit** bei der Beseitigung von Müll.

Da die Müllberge in Österreich nach wie vor anwachsen, ist Müllvermeidung sowohl eine ökologische als auch eine ökonomische Notwendigkeit von tagespolitischer Aktualität. Bereits durchgeführte Modellversuche in Skandinavien, der BRD und auch in Österreich belegen zum einen eine quantitative Reduktion des Müllanfalls von 25 bis 30 Prozent, zum anderen aber auch eine bedeutende qualitative Veränderung im Hinblick auf eine Entgiftung des Hausmülls.

Die neue Prioritätenreihung im Rahmen der Abfallwirtschaft sieht folgendermaßen aus:

1. ABFALLVERMEIDUNG und ABFALLVERRINGERUNG
2. ABFALLVERWERTUNG
 - Verwertung von Sekundärrohstoffen
 - Verwertung biogener Abfallstoffe
 - Verwertung des Energieinhaltes von Abfällen
3. INERTISIERUNG und ENDLAGERUNG der Reststoffe

Neue Technologien

Der ökologische Modernisierungsschub erfordert auch ein Umdenken der Wirtschaft hinsichtlich der Technologien. Zur Zeit werden international

Diskussionen um „clean technologies“ und „waste minimization“ geführt. Diese konkreten Projekte gehen von einer schrittweisen Zusammenführung ökologischer und betriebswirtschaftlicher Überlegungen aus, sodaß letztendlich ökologische Maßnahmen in Betrieben auch betriebswirtschaftlich positive Effekte einschließen, d. h. Umweltschutz zahlt sich aus. Selbstverständlich muß der Staat die Rahmenbedingungen zur Realisierung derartiger Projekte schaffen, sei es durch ein System von Förderungen einerseits oder Abgaben andererseits, die primär den Verursacher von Umweltschädigungen treffen sollten.

Kurzer inhaltlicher Überblick über die Diskussionsgrundlage für das Abfallwirtschaftskonzept

Ein breites Feld ist den Instrumenten und Maßnahmen zur Abfallverringering und -vermeidung gewidmet. Der Einsatz von natürlichen Rohstoffen bei der Produktion wird dabei ebenso behandelt wie die Verpackungsproblematik, Anreizsysteme für die Rücknahme von Waren, Produktkennzeichnungen, Konsumentenbildung sowie politisch und verwaltungstechnische Maßnahmen in diesem Bereich. Neben der Philosophie zur Abfallbewirtschaftung findet man einen genauen Überblick über die Abfallbehandlungsanlagen in Wien, die ABA, die Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau, die EBS, die Hauptkläranlage sowie die Deponien der Stadt Wien, weiters über jede Art von Abfall, von Hausmüll über Bauschutt bis zu den Problemstoffen. Weitere Kapitel widmen sich der getrennten Müllsammlung und dem Modellversuch Biotonne. Ein wesentlicher Abschnitt befaßt sich mit den Auswirkungen von Vermeidungs- und Verwertungsmaßnahmen auf die Menge und Zusammensetzung des Restmülls. Darin wird explizit formuliert, daß Abfallvermeidung in unserer arbeitsteiligen, pluralistischen Gesellschaft eine nur gegen Widerstände zu verwirklichende Änderung des Konsumverhaltens beinhaltet. Die Forderung nach vermehrtem Einsatz von Mehrweggebinden wird erhoben, was wiederum wirtschaftliche Folgen nach sich zieht.

Das letzte große Kapitel befaßt sich mit Modellrechnungen zur Optimierung von Verfahrenskombinationen zur Abfallbehandlung in Wien, d. h., es werden die verschiedensten Varianten von Möglichkeiten, den Abfall zu beseitigen, durchgespielt und kritisch betrachtet, z. B. „Vermeidung — Verwertung — Deponierung“ oder „Vermeidung — Verwertung — Aufbereitung — Thermische Nutzung“. Alle diese Kombinationen werden unter folgenden Zielvorhaben durchgeführt:

- möglichst wenig deponieren
- möglichst viel verwerten
- möglichst wenig verbrennen
- möglichst wenig Schadstoffe an die Umgebung emittieren
- möglichst geringe Anrainerbelastung (Luft, Lärm)
- möglichst zukunftsichere Planung, raschest mögliche Umsetzung neuer Erkenntnisse
- möglichst ökonomisch

Abschließend betonte Häupl, daß der Abfallverminderung und der Wiederverwertung organischer und anorganischer Stoffe technische, organisatorische, ökonomische und bewußtseinsmäßige Grenzen gesetzt sind. Das logische, naturkonforme Ziel, künftig nur noch ein Minimum an Volumen von Abfällen in möglichst inerte Form an die natürliche Umwelt abzugeben, bedeutet unmißverständlich, daß Abfallvermeidung, Wiederverwertung, Wiederverwendung, thermische Behandlung und Restdeponierung nicht nur keine Gegensätze, sondern eine nicht voneinander trennbare Einheit einer abfallwirtschaftlichen Gesamtkonzeption darstellen. Die Umsetzung dieser Konzeption erfordert nicht nur neue rechtliche, ökonomische und administrative Instrumente, sondern auch ein neues Bewußtsein bei der Bevölkerung. Dieses Bewußtsein zu wecken bedeute einen mühsamen Weg, der auch nicht frei von Konflikten sein werde. Aber zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zahlt es sich aus, diesen Weg in Kooperation zu beschreiten, schloß Häupl. (Schluß) du/gal

Forts. von Blatt 1951

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 6. Oktober 1988

Blatt 1953

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr stellt Herbstprogramm der Wiener SPÖ vor (1961)

Kommunal/Lokal:

„Location Vienna“ erregt internationales Aufsehen (1954/FS: 5.10.)

10 Jahre Verein Wiener Jugendzentren (1955/1956/FS: 5.10.)

Städtische Gebäude mit besonders schwefelarmem Heizöl (1958)

Akademie für Ganzheitsmedizin beginnt Kurse (1959)

Goldenes Verdienstzeichen für Elfi Althoff-Jacobi (1960)

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Lasermedizin in Wien (1962)

Asphaltierungsarbeiten auf der Kreuzung Wagramer Straße – Schüttaustraße (1963)

Instandsetzungsarbeiten an der Unterführung Gudrunstraße (1963)

Kultur:

70. Geburtstag von Helmut Janatsch (1957)

Verleihung des Bauherren-Preises 1988 im Historischen Museum (1957)

„Location Vienna“ erregt internationales Aufsehen

Neuer Wiener Tourismuswerbefilm mehrfach preisgekrönt

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Der neue Tourismuswerbefilm des Wiener Fremdenverkehrsverbandes, „Location Vienna“, entwickelt sich zum Hit der internationalen Tourismusfilm-Festivals: Beim 21. Tourfilm-Festival in Karlsbad errang „Location Vienna“ unter 95 Filmen den „Grand Prix“, den ersten Preis des Hauptbewerbs. Gleich dreifach ausgezeichnet wurde der Film beim „Festival International de Communication Touristique de Tarbes 1988“ (FITCOM 88) in Südfrankreich — zusätzlich zum Hauptpreis „La Pyrene d'Or“ wurden ihm die „Piste d'Or de l'Association Musique creative“ für die beste Musik und die „Trophee de la Presidence de la Republique“ verliehen.

„Location Vienna“ wurde von der Produktionsgesellschaft EPO-Film durch das Team Curt Faudon/Dieter Pochlatko in neunmonatiger Drehzeit verwirklicht: Dieter Pochlatko war der Produzent, Curt Faudon Drehbuchautor und Regisseur, hinter der Kamera stand Hanno Fuchs, am Schneidetisch arbeitete Charlotte Müllner und die Musik komponierte Gerd Schuller. (Schluß) wfv/rr

Bereits am 5. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

10 Jahre Verein Wiener Jugendzentren

1. Wiener Mitspielheft als Geburtstagsgeschenk

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Das „1. Wiener Mitspielheft“ beschert der Verein Wiener Jugendzentren Kindern und Jugendlichen als Geburtstagsgeschenk anlässlich seines 10jährigen Bestehens. Das „1. Wiener Mitspielheft“ wird in den nächsten Tagen und Wochen an alle 6- bis 15jährigen in den Wiener Pflichtschulen verteilt und bietet ein interessantes Programm für das ganze Schuljahr.

So gibt es zum Kennenlernen der Wiener Jugendzentren, die seit 1978 im Verein Jugendzentren der Stadt Wien zusammengefaßt sind, eine Woche der Offenen Tür im November und eine Kinderfilmwoche im Jänner. Viele interessante Freizeitangebote gibt es in den Wiener Jugendzentren auch in den Semesterferien. Geplant sind weiters Kinderliteraturwochen im April und ein großes Abschlußfest im Mai.

Ziel dieses Jahresspiels, sagte die Obfrau des Vereins Jugendzentren der Stadt Wien, GR. Margarete DUMSER, Mittwoch in einer Pressekonferenz, sei es unter anderem, die Bedeutung der Jugendzentren als Freizeiträume, Informations-, Beratungs- und Kommunikationszentren zu unterstreichen und das Angebot einer noch breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Geschichte der Wiener Jugendzentren begann mit der Einrichtung der ersten kommunalen Jugendzentren in den Jahren 1955 bis 1965. In dieser Zeit entstanden das „Haus der Wiener Jugend“ in Wien 8, Zeltgasse, das „Kulturelle Jugendzentrum“ in Erdberg und das „Haus der Jugend“ in Margareten. Im Jahr 1978 wurde der Verein Jugendzentren der Stadt Wien gegründet.

Verein Jugendzentren der Stadt Wien

Zentrale: 1210 Wien, Pragerstraße 20, Telefon 38 76 45 (Serie)

Jugendzentrum Leopoldstadt: 1020, Wehlistraße 178, Tel. 26 61 64

Jugendzentrum Erdberg: 1030, Gestettengasse 14, Tel. 73 47 26

Zentrum Erdberg — Frauen aktiv: 1030, Lechnerstraße 2-4, Tel. 72 45 01

Jugendzentrum Margareten: 1050, Grünwaldgasse 4, Tel. 54 13 68

Amandas Matz — Beratungs- und Betreuungsstelle für erwerbslose und von Erwerbslosigkeit bedrohte Mädchen und junge Frauen: 1050, Grünwaldgasse 4, Tel. 54 31 99

Jugend- und Kulturzentrum Zeltgasse 7, 1080 Wien, Tel. 42 14 35

Musisches Zentrum: 1080, Zeltgasse 7, Tel. 48 31 71

Jugendzentrum Alsergrund und Club Bassena 9: 1090, Marktgasse 35, Tel. 31 42 70

Jugendzentrum Favoriten: 1100, Wendstattgasse 3, Tel. 68 16 58

Club Bassena 10: 1100, Ada-Christen-Gasse 2/A/16, Tel. 68 53 57

Zentrum Wienerberg: 1100, Neilreichgasse 115, Tel. 616 26 89

Jugendzentrum Simmering: 1110, Pantucekgasse 13, Tel. 76 13 88

Jugendzentrum Kaiser Ebersdorf: 1110, Hoefftgasse 7, Tel. 76 13 75

Lehrwerkstätte Kaiser Ebersdorf: 1110, Kaiser-Ebersdorfer Straße 67, Tel. 76 63 73

JZ Meidling „Am Schöpfwerk“: 1120, Lichtensterngasse 2, Tel. 67 86 96

Club Bassena 12: 1120, Am Schöpfwerk 29/Stiege 14, Tel. 67 94 80

Bereits am 5. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Forts. auf Blatt 1956

Arbeitslosenberatungsstelle: 1130, Eduard-Klein-Gasse 2, Tel. 82 12 05
Jugendzentrum Rudolfsheim: 1150, Hollergasse 22, Tel. 85 81 13
Jugendzentrum Ottakring: 1160, Ottakringer Straße 200, Tel. 46 53 98
Jugendkultur-Zentrum TÖNE!: 1190, Grinzinger Straße 86, Tel. 37 35 51
Club Nautilus/JZ Großfeldsiedlung: 1210, Meistergasse 3, Tel. 25 84 19
Treffpunkt Marco-Polo: 1210, Marco-Polo-Platz 9, Tel. 39 65 51
Jugendzentrum Strebersdorf: 1210, Dr. Albert-Geßmann-Gasse 38,
Tel. 39 14 37
Club Zentrum Donaustadt: 1220, Bernoullistraße 1, Tel. 23 31 49
Zentrum Hirschstetten: 1220, Pirquetgasse 7, Tel. 22 61 46
Jugendzentrum Rennbahnweg: 1220, Lieblgasse 3, Tel. 25 11 96
Jugendzentrum Alt-Erlaa: 1230, Anton-Baumgartner-Straße 44,
Tel. 67 71 14
(Schluß) jel/bs

Forts. von Blatt 1955

70. Geburtstag von Helmut Janatsch

Wien, 6.10. (RK-KULTUR) Kammerschauspieler Helmut JANATSCH wurde am 12. Oktober 1918 in Braunau am Inn geboren. Er wuchs in Rumänien auf, kam 1937 nach Wien und wollte an der Hochschule für Welt-handel studieren. Als man seine rumänische Matura nicht anerkennen wollte, machte er kurzentschlossen die Aufnahmeprüfung fürs Reinhardt-Seminar. Im Zweiten Weltkrieg wurde Janatsch zur Wehrmacht eingezogen. Während eines Fronturlaubes engagierte ihn Heinz Hilpert an die Josefstadt, und nun pendelte er zwischen Fronteinsatz und Bühne.

1945 arbeitete er als Radioreporter und Sprecher. 1946 engagierte ihn Leon Epp an die „Insel“. Sein Erfolg als Monserrat in „Passagier ohne Gepäck“ lenkte die Aufmerksamkeit des Burgtheaters auf den „jugendlichen Helden“. 1951 debütierte Janatsch erfolgreich als Kosinsky in Schillers „Räuber“. Weitere Rollen am Burgtheater waren unter anderem der Franz in Goethes „Götz von Berlichingen“, der Johannes in Mells „Apostelspiel“, der Polyneikes in „Ödipus auf Kolonos“ von Sophokles. In der Burgtheaterinszenierung von Schnitzlers „Professor Bernardi“ (1981) spielte Helmut Janatsch den Arzt Prof. Tugendvetter. In den letzten Jahren spielte Janatsch am Burgtheater unter anderen den Silva in Goethes „Egmont“, den Sommersberg in Wedekinds „Marquis von Keith“, den Grafen von Kent in Schillers „Maria Stuart“, den Redakteur Pfiffspitz in Nestroys „Freiheit in Krähwinkel“ sowie den Diener Matvej in Turgenjews „Ein Monat auf dem Lande“.

Im Fernsehen war Janatsch unter anderem in diversen Folgen der Serie „Das Licht der Gerechten“ (1981), und im zweiteiligen Fernsehfilm „Der Schatz des Kaisers“ zu sehen. Besonders am Herzen liegen Janatsch die Vorträge in österreichischen Mittelschulen, wo er versucht, „Der Jugend große Dichtung aller Bereiche direkt und lebendig zu vermitteln“.

Seit 1975 ist Helmut Janatsch Kammerschauspieler, 1984 wurde er mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold ausgezeichnet. (Schluß) red/gg

Verleihung des Bauherren-Preises 1988 im Historischen Museum

Wien, 6.10. (RK-KULTUR) Am Samstag, dem 8. Oktober, findet im Historischen Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz, um 11.30 Uhr die Verleihung des Bauherren-Preises 1988 durch die Zentralvereinigung der Architekten Österreichs — Landesverband für Wien, Niederösterreich und Burgenland statt. Dieser Preis wird seit mehr als 20 Jahren an Bauherren vergeben. Denn vor der Allgemeinheit tragen Bauherr und Architekt gleiche Verantwortung für allgemeingültige, zukunftsweisende und sozial verpflichtete Architektur. An Wert und Aussage des Bauwerkes hat das Wirken des Bauherrn gleichen Anteil wie das Wirken des Architekten.

Die Übergabe der Preise und die Bauherrenehrung finden in den Räumen der Sonderausstellung „Baujahre — Bauten-Bauherren-Preise“ statt, in der die ausgezeichneten Objekte der letzten 20 Jahre dokumentiert sind.

Die Ausstellung ist noch bis 16. Oktober, täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr, zu sehen. (Schluß) gab/rr

Städtische Gebäude mit besonders schwefelarmem Heizöl

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) Von Altpapier bis zu treibgasfreien Sprays steigt die städtische Beschaffung, die MA 54, immer mehr auf umweltschonende bzw. umweltfreundliche Produkte um. Einen Vorschlag der Umweltabteilung hat nun Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER aufgegriffen, sodaß es für die Anrainer zahlreicher städtischer Gebäude eine weitere Verbesserung der Luftqualität geben wird. Trotz etwas höherer Kosten kauft die Stadt Wien ab sofort statt des bisherigen Heizöls leicht mit 0,5 Prozent Schwefelanteil nur noch solches mit 0,3 Prozent Schwefel. Bei einem Jahresverbrauch von 11.000 Tonnen Heizöl leicht werden damit um 44 Tonnen weniger Schwefeldioxid in die Luft geblasen — ein Unterschied, der auf den ersten Blick nicht so enorm wirkt. Gerade in der Umgebung großer städtischer Gebäude, die nicht mit Fernwärme versorgt werden, wird aber damit eine weitere bedeutende Verbesserung der Luftqualität erzielt. Die Mehrkosten für heuer werden, da noch rund 5.000 Tonnen Heizöl benötigt werden, geschätzte 1,5 Millionen Schilling betragen. Im Interesse umweltfreundlicher Einkäufe der Stadtverwaltung, wie auch im volkswirtschaftlichen und Umweltinteresse, sind diese Mehrkosten jedoch zweifellos zu akzeptieren. (Schluß) hrs/rr

Akademie für Ganzheitsmedizin beginnt Kurse

Wien, 6.10. (RK-LOKAL) Ein halbes Jahr früher als geplant beginnt die Wiener Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin in Wien-Oberlaa den Kurs- und Seminarbetrieb. Die ersten vier Kurse finden im Cockpit-Saal des Tourotels statt.

Zum Auftakt werden folgende Kurse angeboten:

• **Taiji I und II (Beginn 12. Oktober, 19 bzw. 20 Uhr):**

Taiji, auch als chinesisches Schattenboxen bekannt, ist die berühmte altchinesische Heil- und Gesundheitsgymnastik zur Harmonisierung von Körper, Geist und Seele. Vorbeugende und heilende Wirkung bei Verspannungen, chronischen Erkrankungen des Bewegungsapparates, Hoch- und Niederdruckbeschwerden, Kreislaufbeschwerden und allgemeinen Stresssymptomen.

• **Yoga (Beginn 13. Oktober, 19 Uhr).**

• **Qi Gong (Beginn 17. Oktober, 19 Uhr):**

Die Lehre vom „Steuern des Qi“, der Lebenskraft oder der „Summe der Lebensfunktionen“, entstammt alter Erfahrung und wurde als Staatsprojekt in China — aber auch von der NASA — weiterentwickelt, vereinfacht und lehrbar gemacht.

Die Wiener Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin hat bereits mehr als 300 Mitglieder, sie stößt im In- und Ausland auf reges Interesse.

Journalisten sind zu den Kursen herzlich eingeladen.

Auskünfte: Wiener Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin, 1107 Wien, Kurbadstraße 10, Telefon 68 16 11. (Schluß) wh/rr

Goldenes Verdienstzeichen für Elfi Althoff-Jacobi

Wien, 6. 10. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Mittwoch der Direktorin des Österreichischen Nationalcircus, Elfi Althoff-Jacobi.

Frau Althoff-Jacobi habe in den 15 Jahren, seit der Österreichische Nationalcircus besteht, vielen Wiener Kindern, Jugendlichen und sozial benachteiligten Menschen durch Freikartenspenden fröhliche und glückliche Stunden ermöglicht, sagte Smejkal.

Elfi Althoff-Jacobi wurde 1914 in Celle in der BRD in eine der ältesten Zircusfamilien im deutschsprachigen Raum hineingeboren.

1946 gründete sie ihren eigenen Zircus, der später verkauft wurde und heute unter dem Namen „Sarasani“ bekannt ist. Bis 1966 leitete sie in den USA einen Zirkus, kehrte 1967 nach Europa zurück und gründete den Circus Elfi-Althoff-Jacobi in Deutschland. 1973 übersiedelte sie mit ihrem Zirkus nach Österreich und bekam die Genehmigung, ihr Unternehmen „Österreichischer Nationalcircus“ zu nennen. 1988 feiert Elfi Althoff-Jacobi ihr 15jähriges Zirkus-Jubiläum in Österreich. Der Österreichische Nationalcircus gastiert bis einschließlich 30. Oktober in Wien. (Schluß)
jel/rr



Foto: PID/Mikes

Mayr stellt Herbstprogramm der Wiener SPÖ vor

Wien, 6.10. (RK-POLITIK) Der Vorsitzende der Wiener SPÖ, Vizebürgermeister Hans MAYR, und die Landesparteisekretäre Dr. Sepp RIEDER und Otmar BRIX berichteten am Mittwoch abend in einer Pressekonferenz über das Herbstprogramm der Wiener SPÖ und über eine IFES-Umfrage über die politische Situation in Wien. Das Herbstprogramm steht unter dem Motto „Mit den Menschen reden“. Mayr verspricht sich davon eine Belebung der politischen Diskussion. Eine Partei in der Großstadt müsse versuchen, die politischen Themen vorzugeben und gleichzeitig Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Insgesamt werden in allen Wiener Bezirken im Oktober und November „Stadtgespräche“ mit den Schwerpunkten Weltausstellung, Neugestaltung des Gürtels und der Süd- und Westeinfahrt, Wohnbau, Umwelt- und Verkehr stattfinden.

IFES-Umfrage: gutes Zeugnis für Stadtverwaltung

Die Wiener SPÖ hat im Sommer durch das Institut IFES eine Untersuchung über die politische Situation in Wien durchführen lassen, das Sample umfaßte 2.300 Personen. Rieder stellte fest, daß entsprechend dieser Umfrage die Sorge um den Arbeitsplatz, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, das Meinungsklima bestimme. Stark ausgeprägt sei das Bedürfnis der Menschen, an der Lösung von Problemen mitzuwirken und mitzuentcheiden, das gelte ebenfalls für alle Parteipräferenzen. Der Arbeit der Wiener Stadtregierung werde von der Bevölkerung eindeutig ein positives Zeugnis ausgestellt, auch bei befragten Personen, die sich zur ÖVP bekennen, stimmten 40 Prozent dieser Frage zu.

Die Einstellung zur Bewerbung um eine Weltausstellung ist in der Wiener Bevölkerung überwiegend positiv, sagte Rieder.

Zwei Drittel der Befragten betrachten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als den besten Garanten für eine positive Weiterentwicklung, immerhin 46 Prozent der Befragten mit ÖVP-Präferenz stimmten dem zu. Sollte der Bürgermeister direkt gewählt werden, so würden sich nach der IFES-Befragung 44 Prozent für Helmut Zilk und nur 14 Prozent für Erhard Busek entscheiden. Die Umfrage bestätige aber auch eine gewisse Parteiverdrossenheit, betonte Rieder. Auf die Frage, „Welche Partei sagt Ihnen ganz allgemein am meisten zu?“, erreichte die SPÖ 39 Prozent, die ÖVP 16 Prozent. Jedoch 24 Prozent der Befragten gaben an, daß ihnen keine Partei zusage. (Schluß)

fk/bs

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Lasermedizin in Wien

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) In Wien begann am Donnerstag die vierte Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Lasermedizin. Der Kongreß im Hotel Hilton wurde von Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Dr. Hans TUPPY und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION eröffnet. Tagungspräsident ist der Leiter des österreichischen Ludwig Boltzmann-Instituts für Laserchirurgie Prof. Dr. K. DINSTL.

Minister Tuppy wies darauf hin, daß die Lasertechnik derzeit eine rasante Entwicklung erlebe; viele Arbeiten seien aber noch nötig, um ihre Möglichkeiten in der Medizin voll auszuschöpfen. Einige Behandlungsmethoden sind allerdings bereits fester Bestandteil der medizinischen Praxis. Österreich sei an dieser Entwicklung positiv beteiligt, betonte der Wissenschaftsminister.

Magistratsdirektor Bandion, er ist auch Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, bezeichnete den Umstand, daß diese Tagung in Wien stattfindet, auch als Anerkennung für das österreichische Ludwig Boltzmann-Institut für Laserchirurgie, das 1978 mit Unterstützung der Helmut-Horten-Stiftung, des damaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz sowie der Stadt Wien in der Krankenanstalt Rudolfstiftung eingerichtet wurde. Bandion betonte, daß diese Form der Kooperation — mit gemeinsamer Benützung von Geräten und Räumlichkeiten sowie Drittmittelaktivitäten — eine Minimierung der Kosten und eine enge Verflechtung von wissenschaftlicher Forschung und Praxis ermögliche. Dies sei besonders wichtig, zumal in einer Zeit, in der die öffentlichen Haushalte zu strengster Sparsamkeit gezwungen sind, immer aufs Neue der Nachweis erbracht werden muß, daß mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschung tatsächlich auch im gesellschaftlichen Interesse betrieben wird.

Bei der Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Lasermedizin sei dieser gesellschaftliche Nutzen signifikant. In keinem anderen Bereich der Wissenschaften werden neue Erkenntnisse und technischer Fortschritt so unmittelbar für den einzelnen Menschen wirksam wie in der Medizin. Dies gelte für die gestiegenen Heilungschancen bei vielen Krankheiten ebenso wie für neue Behandlungs- und Untersuchungsmethoden, die für den Patienten rascher, sicherer und weniger schmerzhaft sind. Die Lasertechnik wird in der Augenheilkunde bereits seit längerem erfolgreich angewendet, in anderen klinischen Fächern findet sie seit etwa einem Jahrzehnt sukzessive Eingang. (Schluß) ger/rr

Asphaltierungsarbeiten auf der Kreuzung Wagramer Straße - Schüttaustraße

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Fertigstellung der Donauuferautobahn / A 22 werden an diesem Wochenende die Asphaltierungsarbeiten auf dem Kreuzungsplateau Wagramer Straße / Schüttaustraße durchgeführt; begonnen wird damit am Samstag, dem 8. Oktober, um 5 Uhr früh. Es sind 4.000 Quadratmeter Asphaltfahrbahn aufzubringen, wofür ein Zeitraum bis Montag, den 10. Oktober, 5 Uhr früh, zur Verfügung steht. Für die Dauer der Arbeiten bleibt in der Wagramer Straße in jeder Fahrtrichtung eine Fahrspur offen, der Verkehr aus der Schüttaustraße muß allerdings unterbunden werden. (Schluß) pz/rr

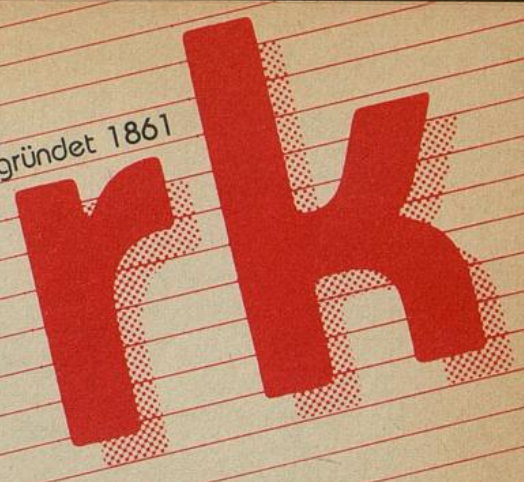
Instandsetzungsarbeiten an der Unterführung Gudrunstraße

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) Kürzlich sind umfangreiche Arbeiten zur Instandsetzung der Ostbahnunterführung Gudrunstraße im 10. Bezirk angelaufen, die einen finanziellen Aufwand von 9,4 Millionen Schilling erfordern. Die Maßnahmen umfassen die partielle Instandsetzung der Stützmauern unter Abtragung beziehungsweise Erneuerung des Stützmauerkopfes und der Geländer sowie die Wiederherstellung von drei Stiegenanlagen. Diese Renovierungsarbeiten werden voraussichtlich etwa acht Monate in Anspruch nehmen. (Schluß) pz/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 7. Oktober 1988

Blatt 1964

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stadtwanderweg 8 wurde verbessert (1967)
- Swoboda: Noch keine städtebaulichen Grundlagen für ein Einkaufszentrum West (1968)
- Zwei Wohnhausanlagen wurden benannt: Franz-Glaserer-Hof und Käthe-Leichter-Hof (1969)
- Kollegiale Führung und Primärärzte für das SMZ-Ost (1970/1971)
- Terminvorschau vom 10. bis 21. Oktober (1972/1973)
- Smejkal fordert Bundesgebäude zur Unterbringung Nichtseßhafter (1974)
- Smejkal stellt neues Wohnheim für Behinderte vor (1975)
- Autobus-Kurzführungen wegen Bauarbeiten (nur FS)
- Drachenfest auf der Donauinsel (nur FS)

Kultur:

- Bewerbung für das Elias-Canetti-Stipendium 1989 (1965)
- 50. Geburtstag von Christiane Hörbiger (1966)

Bewerbung für das Elias-Canetti-Stipendium 1989

Wien, 7.10 (RK-KULTUR) Bewerbungen für das Elias-Canetti-Stipendium 1989 sind bis 15. November 1988 an das Kulturamt der Stadt Wien zu richten. Das Stipendium wurde von der Stadt Wien zu Ehren des Nobelpreisträgers Elias Canetti gestiftet und soll der Förderung größerer literarischer Arbeiten dienen.

Das Elias-Canetti-Stipendium der Stadt Wien wird an Autoren verliehen, die sich einer größeren schriftstellerischen Arbeit widmen wollen. Es soll ihnen die Möglichkeit geben, sich über einen längeren Zeitraum hinweg ausschließlich und ohne materielle Sorgen darauf konzentrieren zu können. Die Höhe der Stipendien beträgt 10.000 Schilling monatlich. Es können bis zu drei Autoren gefördert werden, damit beträgt die Förderung pro Jahr insgesamt 360.000 Schilling.

Um das Stipendium können sich Autoren bewerben, die ihren Wohnsitz in Wien haben oder dieser Stadt besonders nahe stehen. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf mit Beschreibung des künstlerischen Werdegangs und die Darlegung jener literarischen Arbeit, für die ein Stipendium gewährt werden soll, in fünffacher Ausfertigung beizulegen.

Die Zuerkennung des Stipendiums erfolgt durch den amtsführenden Stadtrat für Kultur aufgrund des Vorschlages einer Jury. (Schluß) gab/rr

50. Geburtstag von Christiane Hörbiger

Wien, 7.10 (RK-KULTUR) Die Schauspielerin Christiane HÖRBIGER wurde am 13. Oktober 1938 als Tochter des Schauspielerehepaares Attila Hörbiger und Paula Wessely geboren. Nach Realgymnasium und Handelsschule erhielt sie eine Ausbildung am Reinhardt-Seminar sowie eine Tanz- und Gesangsausbildung und wurde 1957 noch vor Abschluß der Schule vom Burgtheater unter Vertrag genommen. 1959 spielte sie die Recha in „Nathan der Weise“, weitere Auftritte waren als Kora und Anni in Schnitzlers „Anatol“ und als Kathy in Nestroys „Der Zerrissene“, dann verließ sie Wien.

Während der Spielzeit 1960/61 hatte sie in Heidelberg Erfolg als Klärchen in „Egmont“, als Goldonis Mirandolina und als Christopherl in „Einen Jux will er sich machen“. Über Salzburg, wo sie 1961 als Lottchen in Raimunds „Der Bauer als Millionär“ erstmals neben ihrer Mutter auf der Bühne stand, kam sie wieder ans Burgtheater zurück. Bis 1966 war Christiane Hörbiger Ensemblemitglied des Burgtheaters. Seit 1967 gehört sie dem Ensemble des Schauspielhauses Zürich an. Außerdem hat sie einen Vertrag mit dem Theater in der Josefstadt, wo sie unter anderem die Hauptrolle in Molnars „Olympia“ (1972/73) und die Schauspielerin in Schnitzlers „Reigen“ (1980/81) spielte.

Erwähnt seien auch ihre Rollen als Buhlschaft in „Jedermann“ bei den Salzburger Festspielen, als Elisabeth in Schillers „Maria Stuart“, aber auch als Katharina in Porters Musical „Kiss me Kate“. 1976 stellte sie ihre Vielseitigkeit als Wirtin in der Operette „Im Weißen Rößl am Wolfgangsee“ an der Wiener Volksoper unter Beweis. 1984 spielte sie im Psychodrama „Tiefe blaue See“ von Terence Rattigan für das Münchner Tournee-Theater die Hester Collyer. 1985 übernahm sie in Zürich eine Rolle im Zwei-Personen-Stück „Die Stühle“ von Ionesco und brillierte in der Wien-Collage „Liebesfreud — Liebesleid“ am Stuttgarter Kammertheater.

Christiane Hörbiger hat darüber hinaus zahlreiche Rollen in Funk und Fernsehen übernommen. 1984 spielte sie in dem von X. Schwarzenberger inszenierten Film „Donauwalzer“ eine Kleinstadtlehrerin. Der Film wurde mit dem „Bronzenen Leopard“ der Filmfestspiele Locarno ausgezeichnet. Für diese Rolle erhielt Christiane Hörbiger 1986 den „Bayerischen Filmpreis“. Große Popularität erreichte Christiane Hörbiger auch als resolute Gräfin in der Fernseh-Serie „Das Erbe der Guldenburgs“. (Schluß)
red/gg

Stadtwanderweg 8 wurde verbessert

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Gerade rechtzeitig für die Herbstwanderungen wurde die Teilsanierung des Stadtwanderweges 8 — Sofienalpe abgeschlossen. Mit Förderung des Vereines „NÖ—Wien, gemeinsame Erholungsräume“ wurde ein eineinhalb Kilometer langes Wegstück neu gebaut, damit die Ausflügler nicht die zeitweise stärker befahrene Autostraße in Verlängerung der Karl-Bekehrty-Straße benutzen müssen. Der „Steinerne-Lahn-Weg“ war ein alter, verfallener Traktorweg, der zur Rieglerhütte führt. (Schluß) du/bs

Swoboda: Noch keine städtebaulichen Grundlagen für ein Einkaufszentrum West

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte Freitag zu dem privaten Projekt eines sogenannten „Einkaufszentrums West“ in Hütteldorf fest, daß es sich dabei zwar um eine begrüßenswerte Initiative handle, für die aber derzeit keinerlei städtebaulichen Grundlagen vorhanden sind.

Swoboda wörtlich: „So sehr ich diese private Initiative, die sicherlich auch aus wirtschaftlichen Gründen für Wien interessant ist, begrüße, müssen erst alle städtebaulichen Fragen untersucht werden. Vor allem die Verkehrsauswirkungen eines solchen Vorhabens sind noch zu klären.“

Wie Swoboda abschließend sagte, könne eine eventuelle Zustimmung seitens der Stadtplanung erst nach Vorliegen aller Untersuchungsergebnisse, also in einigen Monaten, erfolgen. (Schluß) lf/rr

Zwei Wohnhausanlagen werden benannt: Franz-Glaserer-Hof und Käthe-Leichter-Hof

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Samstag, werden in Wien zwei große Wohnhausanlagen benannt. Um 14 Uhr wird in Penzing die städtische Wohnhausanlage in der Hackinger Straße 30-36 nach dem langjährigen Wiener Wohnbaustadtrat Franz GLASERER benannt. In die Amtszeit von Glaserer (1954-1968) fiel die Entwicklung des Fertigteilbaus und eine der intensivsten Wohnbautätigkeiten der Stadt. Fast 67.000 Gemeindefwohnungen wurden in dieser Zeit errichtet, mit der Revitalisierung der Blutgasse wurden aber auch erste Schritte einer Stadterneuerung gesetzt. Franz Glaserer lebte von 1904 bis 1983 und war 25 Jahre lang Bezirksobmann der SPÖ-Penzing. Die Wohnhausanlage umfaßt 271 Wohnungen und entstand bereits während der Amtszeit von Glaserer in den 60er Jahren. Die Benennung wird Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER vornehmen.

Bereits um 10.30 Uhr werden Wohnbaustadtrat Rudolf Edlinger und Bundesminister Alfred DALLINGER einen Wohnhausneubau der Wohnbauvereinigung der Privatangestellten in Hietzing benennen. An der Wiener Westeinfahrt, in der Auhofstraße 152-156, entstand mit dem „Käthe-Leichter-Hof“ eine 9-geschossige, 174 Wohnungen umfassende architektonisch interessante und auffallende Wohnhausanlage. Die Planung stammt von den Architekten Melicher, Schwalm-Theiss und Gressenbauer, die Mieter wurden insbesondere bei der Gestaltung der Gemeinschaftsanlagen miteingebunden. Käthe Leichter war eine der engagiertesten Kämpferinnen für die Frauenemanzipation in der Ersten Republik. Beruflich war sie in der Wiener Arbeiterkammer als Frauenreferentin, politisch in der Sozialdemokratie tätig. Die Zerstörung der Demokratie drängte sie 1934 in die politische Illegalität, 1938 wurde sie verhaftet, 1942 im Alter von 47 Jahren im KZ Ravensbrück ermordet. Die Wohnbauvereinigung der Privatangestellten feiert mit dieser Benennung zugleich ihr 35jähriges Bestandsjubiläum. (Schluß) ah/rr

Kollegiale Führung und Primärärzte für das SMZ Ost

Stacher überreichte die Bestellungsdekrete

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER übergab Freitag vormittag im Wiener Rathaus die Bestellungsdekrete an die künftige kollegiale Führung und an Abteilungs- und Institutsvorstände des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Die 1. Ausbaustufe des Krankenhauses wird 1992 mit 544 Betten und den entsprechenden Untersuchungs- und Behandlungsbereichen, die 2. Ausbaustufe 1994 mit 256 Betten und den dazugehörenden Ambulanzen in Betrieb gehen. Daß die Führungskräfte für das neue Krankenhaus der Schwerpunktversorgung schon jetzt bestellt werden, begründete der Gesundheitsstadtrat damit, daß die Primärärzte bereits jetzt bei der Detailplanung und der medizintechnischen Ausrüstung der Abteilungen und Institute mitreden können. Außerdem haben sie nun auch noch genügend Zeit, ein Team für die Abteilung oder das Institut aufzubauen.

Die kollegiale Führung des Krankenhauses besteht aus dem ärztlichen Direktor, Univ.-Prof. Dr. Karl TRAGL, derzeit Primarius der 1. Medizinischen Abteilung im Franz-Josef-Spital, dem Verwaltungsdirektor, Oberamtsrat Walter REINAGL, derzeit Verwaltungsdirektor im Pflegeheim im SMZ Ost, und der Direktorin des Pflegedienstes, Lehrschwester Josefa STICH, derzeit an der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

Zu Abteilungs- und Institutsvorständen wurden bestellt:

1. Medizinische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Karl TRAGL (zugleich ärztlicher Direktor), derzeit Franz-Josef-Spital.

Gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Karl PHILIPP, derzeit Oberarzt an der 1. Frauenklinik im AKH.

Urologische Abteilung: Univ.-Doz. Dr. Peter PORPACZY, derzeit Vorstand der Urologie in der Poliklinik.

Röntgeninstitut: Dr. Walter HRUBY, derzeit Oberarzt im Röntgeninstitut der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

Anästhesiologie: Univ.-Prof. Dr. Julius NEUMARK, derzeit Vorstand der Anästhesiologie in der Poliklinik.

Chirurgische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Rudolf SCHIESSEL, derzeit Oberarzt an der I. Chirurgischen Universitätsklinik im AKH.

Unfallchirurgische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Paul FASOL, derzeit Vorstand der II. Universitätsklinik für Unfallchirurgie im AKH.

Orthopädische Abteilung: Dr. Alfred ENGEL, derzeit Oberarzt an der Orthopädischen Universitätsklinik im AKH:

Neurochirurgische Abteilung: Univ.-Doz. Dr. Friedrich BÖCK, derzeit Oberarzt an der Neurochirurgischen Abteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

Hals-, Nasen-, Ohrenabteilung: Univ.-Doz. Dr. Renate TÜRK, derzeit Oberärztin an der I. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten im AKH.

Augenabteilung: Univ.-Doz. Dr. Thomas RADDI, derzeit Oberarzt an der I. Universitäts-Augenklinik im AKH.

Kinderchirurgische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Ernst HORCHER, derzeit Vorstand der Kinderchirurgie im Mautner-Markhof'schen Kinderspital.

Pathologisch-bakteriologisches Institut: Univ.-Doz. Dr. Walter FEIGL, derzeit Vorstand des Pathologisch-bakteriologischen Instituts in der Poliklinik.

Institut für physikalische Medizin: Dr. Christine PRAGER, derzeit Vorstand des Instituts für physikalische Medizin im Krankenhaus Krems.

Anstaltsapotheke: Mag. Margarethe BLATNEK, derzeit in der Apotheke der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

Noch zu besetzen sind die Leiterpositionen für das Zentrallabor, die 2. Medizinische Abteilung, die Neurologische Abteilung, die Interne Kinderabteilung, das Institut für Nuklearmedizin, das Institut für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde und die Dermatologische Abteilung. Diese Primarii werden, wie Stadtrat Stacher ankündigte, in den nächsten Monaten bestellt werden, damit sich das gesamte Führungsteam für das neue Spital langfristig einarbeiten kann. (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 1970

Terminvorschau vom 10. bis 21. Oktober

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 10. bis 21. Oktober hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 10. OKTOBER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding mit StR. Pasterk im adaptierten Ronacher (1, Seilerstätte 9, Haupteingang)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

12.00 Uhr, Pressekonferenz Zilk, Mayr, Busek, Swoboda: Weltausstellung (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Ruthilde Boesch und Else Rambauser (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 11. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

19.00 Uhr, Pressegespräch Wiener Holding/ÖCAD (Rathauskeller)

MITTWOCH, 12. OKTOBER:

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

11.00 Uhr, Eröffnung der neuen Nachrichtenzentrale der Feuerwehr durch Bgm. Zilk u. StR. Häupl mit anschließender Pressekonferenz (Festsaal der Zentralfeuerwache, 1, Am Hof 10, 2. Stock)

DONNERSTAG, 13. OKTOBER:

10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim der Stadt Wien durch Vbgm. Smejkal (10, Otto-Probst-Str. 3/18a)

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

12.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

FREITAG, 14. OKTOBER:

9.00 Uhr, Eröffnung des Symposiums „Der Alleebaum in der Stadt“ (bis 15.10.) durch StR. Häupl (Messegelände, Halle 16)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

ab 17.00 Uhr, Feuerwehrfest Am Hof (bis 16.10.)

MONTAG, 19. OKTOBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

DIENSTAG, 18. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 19. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch Vbgm. Smejkal Hauskrankenpflegeprojekt „Ingeso 2“ (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

14.00 Uhr, Überreichung von Preisen der Stadt Wien, StR. Pasterk

14.00 Uhr, Gleichfeier für Pensionistenheim Liebhartstal II/Vbgm.
Smejkal (16, Ottakringer Str. 264)

DONNERSTAG, 20. OKTOBER:

9.00 Uhr, Enquete „Erfahrungen u. Perspektiven der Familienberatung“/
Vbgm. Smejkal(Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch zur Enquete mit Vbgm. Smejkal

12.30 Uhr, Überreichung der Einsatzmedaille durch Bgm. Zilk an Peter
Hacker und Ing. Gerhard Schmid (Arb.-Zi, Bgm.)

FREITAG, 21. OKTOBER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

9.00 Uhr, Eröffnung des Bildungszentrums Penzing durch Vbgm.
Smejkal (14, Linzer Str. 146)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Rechts-
anwalt Dr. Herbert Machatschek (Arb.-Zi, Smejkal)

(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 1972

Smejkal fordert Bundesgebäude zur Unterbringung Nichtseßhafter

Dallinger soll sein Versprechen einlösen

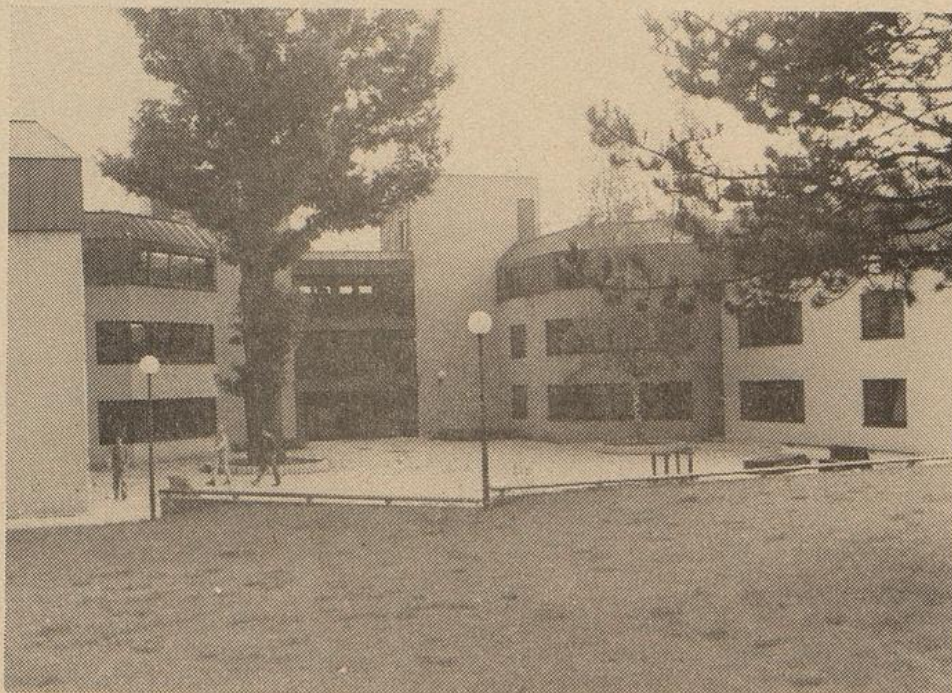
Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Bundesminister Dallinger möge sein Versprechen, Bundesgebäude zur Unterbringung Nichtseßhafter zur Verfügung zu stellen, einlösen, forderte Freitag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Sie sei, sagte Smejkal, Donnerstag überraschend aus Medienkreisen informiert worden, daß eine Zusage Dallingers über die Realisierung eines Projektes der Gruppe Aegidigasse im derzeit leerstehenden ehemaligen Arbeitsamt Embelgasse im 5. Bezirk bestehe, diese betreffe aber nur eine kleine Gruppe Nichtseßhafter. Sie begrüße diese Initiative des Sozialministeriums, meinte Smejkal. Weitere Vorschläge zur Unterbringung Obdachloser in Bundesgebäude seien aber, trotz einer Ankündigung Dallinger Anfang September, noch nicht erfolgt. Man müsse sich über die Dringlichkeit dieses Problems im klaren sein und schnellstens Lösungsvorschläge erarbeiten. Die Stadt Wien, erklärte Smejkal, arbeite derzeit an einem Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Situation von Obdachlosen und werde dieses in Kürze präsentieren. Dies könne aber nicht die einzige Initiative zur Verbesserung der Wohnsituation von Obdachlosen bleiben, unterstrich Smejkal, zumal Bundesminister Dallinger im Hinblick auf rund 50 Prozent aus den Bundesländern nach Wien zugezogener Nichtseßhafter Unterstützung zugesagt habe. Es sei nun dringlich an der Zeit, dieses Versprechen ohne Prioritäten und mit Rücksichtnahme auf **alle** Betroffenen zu lösen. (Schluß) jel/gg

Smejkal stellt neues Wohnheim für Behinderte vor

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL stellte am Freitag in einer Pressekonferenz das neue Wohnheim für Behinderte direkt am Stadtrand von Wien, 14., Herzmanskystraße 22 vor. Hier finden 74 Behinderte eine Heimstätte und die Möglichkeit zu sinnvoller, zielgerichteter und verwertbarer Arbeit in eigenen Therapiewerkstätten. Smejkal betonte bei der Pressekonferenz, daß die Stadt Wien pro Jahr durchschnittlich eine Milliarde Schilling für Behinderte aufwende.

Das neue Haus in Penzing wurde von der GESIBA, einer Holding-Firma, errichtet. Die Baukosten beliefen sich auf 66,7 Millionen Schilling. Das Heim wird von „Jugend am Werk“ geführt, dessen Obmann, Landtagsabgeordneter a.D. GAWLIK, auf die großen Leistungen für die Behinderten verwies.

In dem neuen Wohnheim befinden sich Probewohnungen und sechs Wohngruppen, in denen je 11 Behinderte mit einem Betreuer untergebracht werden können. Die Wohngruppen verfügen über ein großes Wohnzimmer, eine Küche und einen EBereich sowie über neun Einzelzimmer und ein Doppelzimmer. „Wie in einem großen Einfamilienhaus können die Bewohner sich entweder in ihre Privatsphäre zurückziehen oder an gemeinsamen Aktivitäten teilnehmen“, stellte Smejkal fest. Das neue Haus ist eines der letzten großen Wohnhäuser für Behinderte, künftig werden kleine Einheiten mit familienähnlicher Struktur geschaffen, die ambulant von fixen Stützpunkten aus betreut werden können. (Schluß) fk/bs



Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 10. Oktober 1988

Blatt 1976

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP ist um Wiener Wirtschaft besorgt (1983)

Kommunal/Lokal:

Berufstitel Hofrat für Senatsrat Foltin (1977/FS: 8.10.)

Fortbildung für Heimerzieher und Sozialpädagogen (1979/FS: 9.10.)

Nahversorgung für die Draschegründe (1980)

Drei lange Einkaufssamstage im Dezember erstmals mit Lebensmitteleinkauf (1981/1982)

FPÖ zur geplanten Weltausstellung (1985)

Konsens über Standort für die Weltausstellung (1986/1987)

Erdberger Länder wieder mit ursprünglicher Verkehrsführung (nur FS/7.10.)

Unfall auf der U 4 (nur FS/9.10.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

Leopoldstädter Bezirksvertretung für weibliche politische Titel (1978/FS: 8.10.)

Kultur:

Ab 15. Oktober: „Cats“ im Ronacher (1984)

Berufstitel Hofrat für Senatsrat Foltin

Wien, 8.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Freitag nachmittag dem vor kurzem in den Ruhestand getretenen Leiter der Magistratsabteilung 23 (Gebäude des Gesundheitswesens), Senatsrat Dipl.-Ing. Rudolf FOLTIN, das Dekret über den vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel Hofrat.

Hofrat Foltin trat 1953 in den Dienst der Stadt Wien ein. Er war zunächst in der Magistratsabteilung 24 (Wohnbau) beschäftigt und war Bauleiter mehrerer bedeutender Wohnbauvorhaben. 1960 wechselte er in die Magistratsabteilung 23 (Gebäude des Gesundheitswesens), nachdem er schon vorher der Jury des internationalen Architektenwettbewerbes für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses angehört hatte. 1963 wurde Foltin zum Leiter der paritätisch besetzten Bauleitung für den Neubau (50 Prozent Bund, 50 Prozent Stadt Wien) und zum Vertreter der Stadt Wien in diesem Gremium bestellt.

Ab 1975 war Foltin wieder in der Zentrale der Magistratsabteilung 23 tätig. Als Gruppenleiter war er seit Anbeginn mit den großen Spitalsneubauten Rudolfstiftung und Sozialmedizinisches Zentrum Ost betraut, aber auch mit anderen bedeutenden Projekten. Wegen seines besonders großen Wissens auf dem Gebiet des Spitalsbaus wurde er auch als Koordinator aller Spitalsbaugruppen eingesetzt.

Seit 1980 war Foltin Abteilungsleiter-Stellvertreter, 1982 wurde er zum Abteilungsleiter der MA 23 bestellt. (Schluß) sc/rr

Bereits am 8. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Leopoldstädter Bezirksvertretung für weibliche politische Titel

Wien, 8.10. (RK-BEZIRKE) Einstimmig nahm die Leopoldstädter Bezirksvertretung einen Antrag der Grün-Alternativen auf Einführung der weiblichen Form bei politischen Funktions-Titeln an: Es sollte nicht nur, wie es jetzt durch Stadtverfassung und Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen festgelegt ist, den „Bezirksrat“ geben, egal ob diese Funktion von einem Mann oder von einer Frau ausgeübt wird, sondern daneben die Bezeichnung „Bezirksrätin“, wenn eine Frau in dieser Funktion tätig ist.

Sollte es zu der beantragten Änderung der Stadtverfassung kommen, würden in Hinkunft auch die Bezeichnungen „Gemeinderätin“, „Stadträtin“, „Vizebürgermeisterin“ u.a. gesetzlich verankert sein. Bei den Amtstiteln und Funktionstiteln im Bereich der Verwaltung haben „Beamtin“, „Magistratskommissarin“ bis zur „Senatsrätin“ bereits Einzug gehalten. (Schluß) smo/sk

Bereits am 8. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Fortbildung für Heimerzieher und Sozialpädagogen

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Fortbildungsprogramm für Heimerzieher, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter bietet das Jugendamt der Stadt Wien am Institut für Heimerziehung, 1210, Freytaggasse 32, an. Im Rahmen der Kurse, die im Vorjahr von 350 Teilnehmern frequentiert wurden, finden Seminare aus den Bereichen Heimerziehung, ambulante Arbeit mit Familien, Freizeitpädagogik und Behindertenbetreuung sowie Fachkurse für Spielpädagogik, Familienarbeit oder Projektpädagogik statt. Ziel der Kurse ist es, über neue Theorien und Methoden zu informieren und auf aktuelle soziale Konfliktsituationen rechtzeitig aufmerksam zu machen. (Schluß) jel/sk

Bereits am 9. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Nahversorgung für die Draschegründe

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Auf den Draschegründen im Süden Wiens ist in den letzten Jahren ein neues Wohngebiet entstanden. Erst in diesen Tagen wird im Bereich Pfarrgasse, Traviatagasse, Seligmannngasse und Anton-Ochsenhofer-Gasse eine Wohnhausanlage der Stadt Wien mit rund 430 Wohnungen fertiggestellt.

Um die Nahversorgung in diesem Bereich sicherzustellen, wurde in anderthalbjähriger Bauzeit das ZENTRUM DRASCHEGRÜNDE gebaut, das von der EKAZENT Bautenverwaltung Gesellschaft vermietet und verwaltet wird.

In dem neuen Zentrum sind ein Konsum-Selbstbedienungsmarkt, eine Zweigstelle der Zentralsparkasse, ein Friseur, ein Geschäft für Backwaren mit Stehcafe, ein Geschäft für Wolle und Textilhandarbeiten sowie eine Trafik mit Papierwaren untergebracht. Die offizielle Eröffnung des Zentrums Draschegründe findet am 11. Oktober um 9 Uhr durch Bezirksvorsteher Heinz HABERL statt. (Schluß) wh/bs

Drei lange Einkaufssamstage im Dezember erstmals mit Lebensmitteleinkauf

Vierter Einkaufssamstag durch Ladenschlußregelung ohnehin möglich

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Eine wesentliche Verbesserung für Konsumenten und Handel durch Einbeziehung des Lebensmittelverkaufs bis 18 Uhr bringt die neue Regelung für die Advent-Einkaufssamstage: Nach der neuen Verordnung in Wien, die mit 12. Oktober 1988 verlautbart wird, können die Verkaufsstellen diesmal an den letzten drei Adventsamstagen vor Weihnachten (3., 10. und 17. Dezember) bis 18 Uhr offen haben. Dies gilt erstmals auch für den Lebensmittelverkauf, für den bisher an den Weihnachts-Einkaufssamstagen zu Mittag Schluß war.

Auch der Advent-Einkaufssamstag am 26. November ist natürlich möglich, da die Geschäfte ja einen langen Samstag pro Monat (bis 17 Uhr, wenn sonst kein langer Einkaufstag) offenhalten können. „Wir halten uns damit in Wien an das neue, von den Sozialpartnern ausgehandelte Bundesgesetz, das mit 1. Dezember 1988 für ein Jahr in Kraft tritt und das drei Einkaufssamstage vor Weihnachten fixiert. Durch die neuen Ladenschluß-Regelungen sind ja ohnehin flexible Einkaufsmöglichkeiten gegeben. Die Regelung mit vier Advent-Einkaufssamstagen hätte schlicht und einfach eine wesentliche Verschlechterung für alle im Handel Tätigen, Verkäufer/innen ebenso wie Geschäftsleute, bedeutet — sie hätten dann insgesamt an sieben Samstagen von November bis Ende Dezember im Geschäft stehen müssen, davon allein an fünf langen Einkaufssamstagen. Die nun getroffene Regelung kommt den Interessen der Konsumenten ebenso wie jenen des Handels entgegen und berücksichtigt auch die Beschäftigten“, betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ zu der Verordnung über den Adventeinkauf in Wien.

Wiener Handelskammer gegen Sozialpartner-Einigung und langen Lebensmitteleinkauf

Erstaunlich sei aber, sagte Schirmer, die Haltung der Wiener Handelskammer, die diese Regelung mit drei Advent-Einkaufssamstagen generell ablehne. „Erstaunlich deshalb, weil diese auch auf Bundesebene verankerte Regelung ja von den Sozialpartnern vereinbart wurde, wovon die Wiener Handelskammer jetzt scheinbar nichts mehr wissen will. Erstaunlich aber auch, weil die Interessensvertretung des Wiener Handels auch die Erweiterung des Samstagnachmittag-Verkaufs im Advent auf den Lebensmittelhandel ablehnt, was sicher nicht den Interessen ihrer Mitglieder dient, und schon gar nicht kundenfreundlich ist“, erklärte Schirmer.

Mit der am 1. September 1988 in Kraft getretenen bundesgesetzlichen Regelung über neue Ladenöffnungszeiten können die Geschäfte bekanntlich zwischen einem langen Einkaufstag pro Woche (bis 20 Uhr) und einem langen Einkaufssamstag pro Monat (bis 17 Uhr) wählen. Dieser Samstag kann jeder, auch der letzte, eines Monats sein. Eine weitere Regelung auf Bundesebene, die mit 1. Dezember 1988 in Kraft tritt, sieht außerdem drei Advent-Einkaufssamstage vor.

Die Verordnung des Wiener Landeshauptmannes hält sich daher exakt an die Regelung, wie im Gesetz vorgesehen. Gleichzeitig wurden die Einkaufsmöglichkeiten an den langen Einkaufssamstagen vor Weihnachten erweitert — die bisherige Beschränkung für den Lebensmittelbereich ist gefallen, auch hier kann bis 18 Uhr offengehalten werden. „Die Ablehnung der Handelskammer erscheint mir daher überraschend kunden- und geschäftsfeindlich“, betonte Schirmer dazu.

Mit der getroffenen Regelung sei durchaus keine Einschränkung der Einkaufsmöglichkeiten verbunden, sagte Schirmer weiter. Für den Handel bestehe ja ohnehin die Möglichkeit, zusätzlich zu den drei Einkaufssams-

tagen im Dezember den 26. November als November-Einkaufssamstag zu wählen. Das Argument der Handelskammer, kurzfristige Änderungen würden zur Verwirrung der Kunden führen, müsse zurückgewiesen werden, da die Verordnung ja schon am 12. Oktober, verlautbart werde und daher ausreichend Zeit für organisatorische und Werbemaßnahmen bleibe. Die Verwirrung über die unterschiedlichen Öffnungszeiten habe der Handel durch mangelnde Einheitlichkeit selbst verursacht. „Vielleicht könnten wir alle, speziell aber auch Damen und Herren in der Wiener Handelskammer, daran denken, daß die Advent- und Weihnachtszeit nicht NUR dazu da ist, dem Konsumieren und Einkaufen zu huldigen und die Kassen klingeln zu lassen, sondern auch Zeit für zwischenmenschliche Beziehungen bleiben sollte — darauf haben allerdings auch die im Handel Beschäftigten ein Recht!“, bekräftigte Schirmer.

Insgesamt gibt es für die Einkaufssamstage im November und Dezember in Wien nun folgende Möglichkeiten: 1., 2., 3. oder 4. Samstag im November bis 17 Uhr (wenn kein Abendverkauf), drei Einkaufssamstage im Dezember vor Weihnachten bis 18 Uhr (3., 10., 17. Dezember). Der 24. und der 31. Dezember sind heuer auch Samstage, die Geschäfte haben an diesen Tagen bis 13 Uhr geöffnet. (Schluß) hrs/rr

Forts. von Blatt 1981

ÖVP ist um Wiener Wirtschaft besorgt

Wien, 10.10. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Besorgt zeigt sich die Wiener ÖVP über die Wirtschaftsentwicklung in der Bundeshauptstadt. ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER wiesen am Montag in einem Pressegespräch darauf hin, daß die Wirtschaftsentwicklung in Wien gegenüber den anderen Bundesländern nachteilig verlaufe. Das zeige sich sowohl an der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, der Produktionszahlen sowie an der Entwicklung der Bruttowertschöpfung. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung trage die Verstaatlichte Industrie. Maier forderte ein Betriebsansiedlungskonzept, Strukturverbesserungspläne sowie Anreize für Jungunternehmer. Scharfe Kritik erhob Maier gegenüber der Wiener Holding, die ungeachtet der Verkaufspläne von Vizebürgermeister Hans MAYR ihren Geschäftsbereich ausweite. Konkret sprach sich Maier für eine Privatisierung der Holding aus, wobei einerseits die früher genannte 60-Prozentmarke die Mindestgrenze sein sollte, und andererseits die Aktien an der Börse zu plazieren seien. (Schluß) fk/bs

Ab 15. Oktober: „Cats“ Im Ronacher

Adaptierung abgeschlossen

Wien, 10.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Die Adaptierungsarbeiten für „Cats“ im Ronacher sind abgeschlossen. Die erste Vorstellung der für ein Jahr geplanten „Cats“-Serie findet am 15. Oktober statt. In rund eineinhalb Jahren soll mit dem endgültigen Umbau des Hauses begonnen werden. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die gemeinsam mit Generalintendant Peter WECK das Ronacher in der „Cats“-Adaption der Presse präsentierte, wies darauf hin, daß Wien als einzige Stadt Europas neben London ab Dezember — mit „Cats“, „Les Miserables“ und „Das Phantom der Oper“ — diese drei Erfolgsmusicals auf dem Spielplan haben wird. Weiters — so Pasterk — diene die Nutzung des Hauses durch die „Cats“-Serie der Substanzwahrung, weshalb auch der bei den Adaptierungskosten als „verlorener Aufwand“ eingesetzte Betrag nicht als verloren anzusehen sei.

Insgesamt betragen die Kosten der Adaptierung rund 45 Millionen Schilling, wovon 17,2 Millionen als verlorener Aufwand anzusehen sind. Im wesentlichen sind alle Aufwendungen für Maurer-, Dachdecker- und Spenglerarbeiten als verloren anzusehen. So mußten Leitungen neu gelegt und das Dach repariert werden. An der Fassade mußten Sicherheitsarbeiten durchgeführt werden, auch eine Reparatur des Fußbodens war unumgänglich.

Alle anderen Investitionen können auch nach der vollständigen Sanierung des Hauses verwendet werden, es sind dies Beleuchtungs- und Toneinrichtungen, Scheinwerfer, Radiatoren und die Notstromeinrichtung. Das Ronacher wurde auch an das Wiener Fernwärmenetz angeschlossen, wodurch eine abgasfreie Energieversorgung garantiert ist.

In der Adaptierung für „Cats“ faßt das Ronacher 1.244 Besucher, um rund 200 mehr als das Theater an der Wien. Gespielt wird täglich außer Montag und Dienstag, Samstag und Sonntag gibt es auch Nachmittagsvorstellungen.

Alle Vorstellungen im Oktober sind bereits ausverkauft, die Wochenenden sind sogar schon bis Ende 1989 ausgebucht.

Bei gleichbleibendem Erfolg wie im Theater an der Wien wird „Cats“ im Ronacher kostendeckend sein.

Der Plan, das Musical im Ronacher etwa ein Jahr auf dem Spielplan zu lassen, basiert auf einer IFES-Marktstudie, die ein Besucherpotential von etwa 1,4 Millionen ergab. (Schluß) gab/rr

FPÖ zur geplanten Weltausstellung

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) FPÖ-Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ befaßte sich Montag in einem Pressegespräch mit dem Standort der geplanten Weltausstellung. Wie Pawkowicz ausführte, sei es das große Verdienst der FPÖ, daß der Donaupark nun nicht verbaut werde. Das Verfahren zur Einleitung einer Volksbefragung — bereits 20.000 Unterschriften seien vorhanden — könne eingestellt werden.

Pawkowicz reklamierte ein wirtschaftliches Konzept für die Weltausstellung und sagte, daß die bisherigen Vorbereitungen miserabel gewesen seien. Er kritisierte besonders die nun „als offiziell anzusehende großkoalitionäre Vorbereitung für die Weltausstellung“. Eine Weltausstellung könne nur dann Erfolg haben, wenn alle politischen Parteien und Interessensgruppen voll dahinterstehen. Pawkowicz bekundete die Bereitschaft seiner Partei, an einer Errichtungsgesellschaft mitzuwirken. (Schluß)
ull/gg

Konsens über Standort für die Weltausstellung

Entscheidung für Standort „Donauraum/Konferenzzentrum“

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Über den Standort für die geplante Weltausstellung konnte nunmehr ein Konsens gefunden werden. Dem Wiener Gemeinderat wird am kommenden Montag, dem 17. Oktober, der Standort „Donauraum/Konferenzzentrum“ zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dies gaben am Montag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Vizebürgermeister Hans MAYR, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA in einer Pressekonferenz bekannt. Zilk betonte einleitend, daß dieser Konsens im wesentlichen auch die Zustimmung der FPÖ gefunden habe.

Swoboda: Standort ist „kompakte Lösung“

Planungsstadtrat Swoboda bezeichnete den nunmehr gewählten Standort als „kompakte Lösung“, die mit zwölf Hektar Ausstellungsfläche zwar gedrängt sei, aber den großen Vorteil habe, inmitten eines attraktiven Grünraums zu liegen. Ausländische Beispiele — Swoboda nannte Paris — zeigen, daß diese Größe auch für eine Nachnutzung durch die Messe ausreiche. Der Donaupark wurde ausgespart, die Ausstellungsfläche umfaßt die UNO-City-Erweiterungsfläche, das Vorland der UNO-City mit dem Bereich der Donauparkhalle sowie den bestehenden Parkplatz. Als Erweiterung ist eine Brückenkonstruktion in Richtung Donau möglich. Eine spätere Erweiterung der UNO-City bleibt ebenfalls möglich. Noch heuer soll ein erster Ideenwettbewerb mit internationaler Beteiligung ausgeschrieben werden, der in städtebaulicher Hinsicht auch Überlegungen für das Nordbahnhofgelände miteinschließen soll. Die Ausschreibungsunterlagen dafür werden Ende November fertig sein. Nach dem Zuschlag durch das Weltausstellungsbüro in Paris soll dann der konkrete Gestaltungswettbewerb folgen.

Busek: Weltausstellung soll Motor sein

ÖVP-Stadtrat Busek bezeichnete den nunmehr gefundenen Standort als tragbaren Kompromiß. Die Weltausstellung müsse die Entwicklung im Donaubereich weiterbringen, dies sei durch die Übernahme des Nordbahnhofgeländes durch die Stadt Wien möglich. Als positiv wertete Busek die Absicht, für die Weltausstellung eine eigene Planungs-, Errichtungs- und Betreibungsgesellschaft zu schaffen. Die Messe forderte er auf, für die Zukunft nach der Weltausstellung Konzepte vorzulegen. Die Weltausstellung soll ein Motor der Entwicklung für Wien und Österreich werden.

Mayr: Schub in der Infrastruktur

Vizebürgermeister Mayr wies auf die Überlegung hin, daß durch die Weltausstellung ein Schub in der Infrastruktur ausgelöst werden könne, der sonst erst 15 bis 20 Jahre später käme. Die Veranstaltung in Wien dürfe keine „Wegwerfausstellung“ ähnlich wie in Brisbane oder Vancouver werden, sondern man müsse sich jetzt schon überlegen, was mit den Gebäuden etc. nach dem Oktober 1995 geschehen soll. Der Anteil jener Einrichtungen, die nach der Ausstellung nicht weiterverwendet werden können, soll möglichst gering gehalten werden.

Mayr wies im Zusammenhang mit der städtebaulichen Verwertung des Nordbahnhofgeländes darauf hin, daß längerfristig auch der Nordwestbahnhof sowie der Westbahnhof zur städtebaulichen Disposition stünden.

Die Weltausstellung sei nicht zuletzt auch als ein Vehikel zur Verbesserung der Beziehungen und Verbindungen im gesamten Donauraum zu sehen. Eine Öffnung der Grenzen nach Osten bedeutet eine wesentliche Verände-

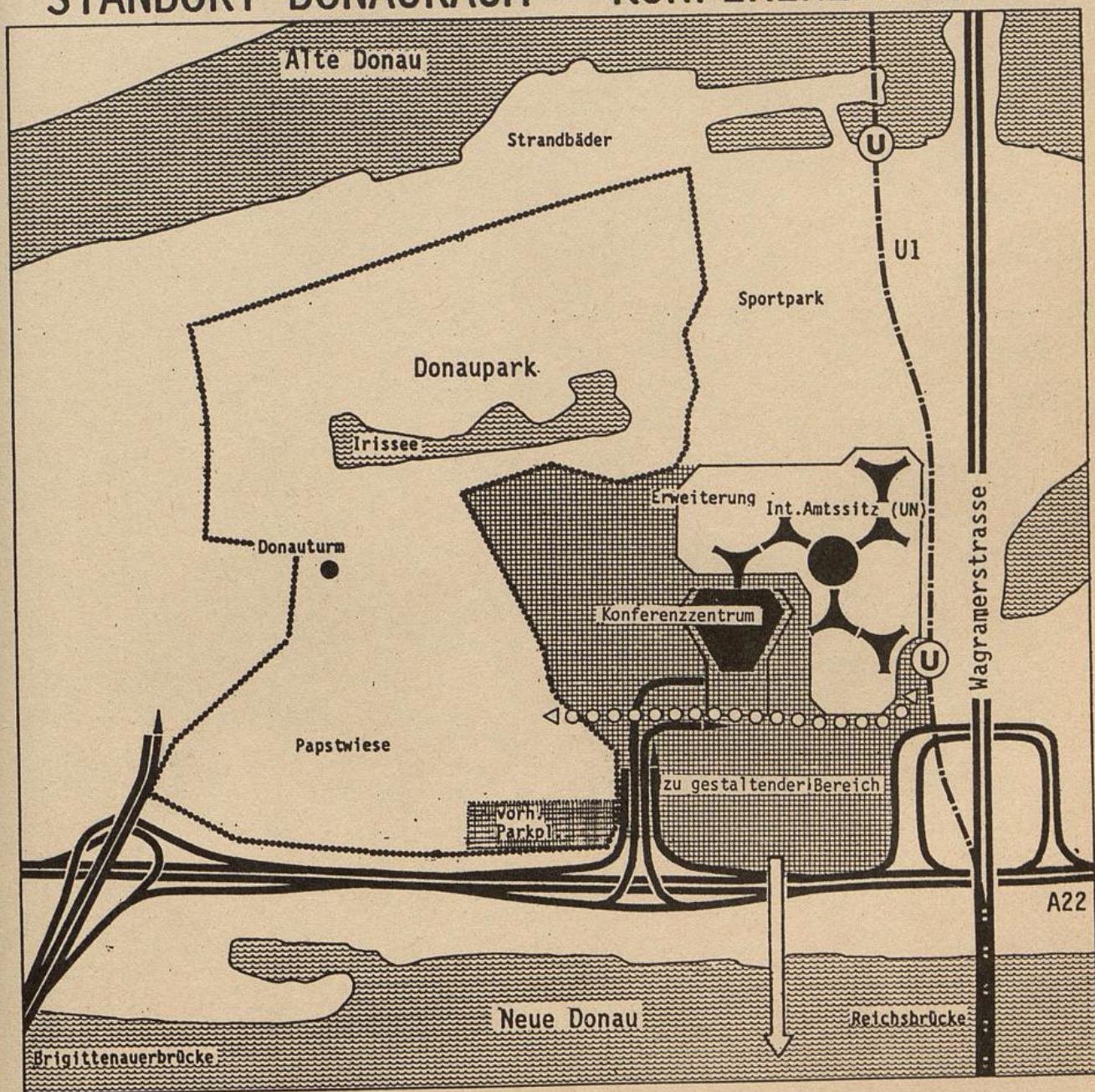
„Die Karten werden international derzeit neu gemischt, wir müssen trachten, daß unsere Karte dabei ist.“

Steuerzahler soll nicht belastet werden

Mayr und Busek betonten übereinstimmend, daß die Weltausstellung selbst dem Steuerzahler nichts kosten dürfe. Der Aufwand für die Ausstellung selbst müsse durch Eintritte, Sponsoren und Veranstaltungen hereingebracht werden. Die Kosten für den weiteren Ausbau der Infrastruktur seien als vorgezogene Investitionen zu betrachten. Dazu zählen etwa die Verwirklichung der Park-and-Ride-Konzepte oder auch die Adaptierung des Messepalastes. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 1986

STANDORT DONAURAUM - KONFERENZZENTRUM



STANDORTEMPFEHLUNG WELTAUSSTELLUNG WIEN/BUDAPEST 1995
STANDORT DONAURAUM/KONFERENZZENTRUM

Das zur Erstattung von Vorschlägen für einen Weltausstellungsstandort eingesetzte Architektenteam, dessen Arbeit durch eine Arbeitsgruppe auf Beamtenebene begleitet wurde, hat aufbauend auf den schon im Wettbewerb "Chancen für den Donauraum Wien" geleisteten Vorarbeiten im August detaillierte Standortuntersuchungen für die in der engeren Wahl verbleibenden Standorte (Wagramer Straße, Nordbahnhof, Messegelände) sowie später noch aufgetauchte neue Standortvorschläge (Rautenweg, Süßenbrunn, diverse Donauüberbauungen) vorgelegt.

Die Standortbeurteilung hat damals ergeben, daß ein Standort mit dem Vorland vor dem Österreichischen Konferenzzentrum, mit dem als Bauland gewidmeten sogenannten UNO-City-Erweiterungsgebiet sowie der Papstwiese des Donauparks für die Abhaltung einer Weltausstellung am besten geeignet wäre. Dieser Standortvorschlag beinhaltet eine Einbindung der Flächen des ÖBB-Sportplatzes in den Donaupark, um so der Wiener Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, den Donaupark attraktiver als bisher über die U-Bahnstation Alte Donau zu erreichen.

Gegenüber den in der engeren Wahl verbliebenen Alternativstandorten

- Messegelände (nur unter großer Beeinträchtigung des Messebetriebes realisierbar, ÖV-mäßig schlecht erschlossen, keine Entwicklungsimpulse für den Donauraum, Perpetuierung der Beeinträchtigung des Praters)
- Nordbahnhof (Realisierbarkeit mit hohen Unsicherheitsfaktoren nur gewährleistet, großer Zeitdruck, 50 Pächter nur freiwillig absiedelbar).

wurde dem Standort Konferenzzentrum/Papstwiese der Vorzug gegeben.

Der Standortvorschlag fand insbesondere wegen der Inanspruchnahme der sogenannten Papstwiese des Donauparks für die Weltausstellung und für eine spätere Nachnutzung durch die Wiener Messe nicht jenes breite Maß an Zustimmung, das bei einem für die Stadt so wichtigen Vorhaben gegeben sein sollte.

Es wurden daher ergänzende Untersuchungen angeordnet und durchgeführt, die in folgende Richtung zielten:

- Kann die Realisierbarkeit einer Weltausstellung bis 1995 auf dem Areal des Nordbahnhofes nicht doch gewährleistet werden?
- Könnte nicht mit einem Weltausstellungsstandort bestehend aus dem Vorland vor dem Konferenzzentrum, dem Konferenzzentrum, dem als Bauland gewidmeten UNO-City-Erweiterungsgebiet, einer Überbauung der IAKW-Einfahrt und einer teilweisen Überbauung der Donauuferautobahn für die Weltausstellung und für den Nachnutzer das Auslangen gefunden werden?
- Wären Standortkombinationen zwischen Teilen des Nordbahnhofgeländes und dem Konferenzzentrum möglich und sinnvoll?

Die Standortuntersuchungen der letzten Tage konzentrierten sich demnach auf vier realistisch erscheinende, charakteristische Alternativen

- eine kompakte Nutzung um das Konferenzzentrum (in mehreren Varianten),
- einen Hauptstandort beim Konferenzzentrum und einen Nebenstandort am Nordbahnhofgelände.
- einen Schwerpunkt am Nordbahnhofgelände mit gewissen zentralen Einrichtungen beim Konferenzzentrum,
- eine Ausstellungsnutzung ausschließlich am Nordbahnhofgelände.

Da eine rechtzeitige Freimachung genügend großer Flächen am Nordbahnhofgelände, nämlich bis zu 40 ha eigentliches Ausstellungsgelände und zusätzliche Randbereiche zur Gestaltung einer attraktiven Umgebung, noch immer als höchst unsicher erscheint, wäre es unrealistisch, eine Konzentration der gesamten Weltausstellung auf diesem Standort weiter zu verfolgen.

Um die städtebaulichen Chancen dieses Geländes dennoch zu wahren, wird empfohlen, die Freimachung des Geländes zügig voranzutreiben. Dazu ist eine Arbeitsgruppe ÖBB-Stadt Wien mit dem Auftrag eingesetzt worden, ein neues Güterkonzept für ganz Wien zu entwickeln.

Standortkombination Teile des Nordbahnhofgeländes - Teile des Konferenzentrums:

Für die Standortkombination spricht vor allem, daß die zu erwartenden Verkehrsmengen wegen ihrer geringeren Konzentration leichter zu bewältigen wären (so stehen z.B. 3 U-Bahnstationen zur Verfügung).

Gegen eine solche Standortvariante spricht:

- daß eine ohnedies schon auf zwei Standorte (Wien-Budapest) aufgeteilte Weltausstellung nicht in den Veranstalterstädten noch auf mehrere Standorte verteilt werden soll,
- daß sich für die Weltausstellung und die Nachnutzer das Problem ergibt, daß alle Aussteller auf dem attraktiveren Standort untergebracht werden wollen,
- daß die Kosten (Investitionskosten, Betriebskosten) gegenüber einem kompakten Standort wesentlich höher sind,
- daß bei einer Verteilung auf zwei Standorte aus Attraktivitätsgründen neben der bestehenden U1-Verbindung voraussichtlich ein weiteres direktes Verkehrsmittel notwendig wäre, für das eine sinnvolle Nachnutzung nicht gegeben erscheint.

Ergebnis: Standort Donaauraum/Konferenzzentrum

Für die Bewerbung bei der BIE in Paris wird der Standort Donaauraum/Konferenzzentrum zugrunde gelegt.

An diesen Standort wurden folgende Anforderungen gestellt:

- * Entsprechend den bisherigen städtebaulichen Zielsetzungen sollen UNO-City und Konferenzzentrum als "baulicher Akzent in einer Grünlandschaft" erlebbar bleiben: Aussicht vom Konferenzzentrum auf die Stadt und die Hügellandschaft.
Die Hauptfußwegerelationen von der Wagramer Straße in den Donaupark müssen attraktiv und auch während des Messebetriebes für Nicht-Messebesucher durchlässig gestaltet werden.
Die Trennwirkung der Donauuferautobahn und der Rampen der IAKW-Zufahrt soll reduziert, der Donaupark an das linke Ufer der Neuen Donau herangeführt werden.
Wesentliche Strukturlinien des Donauparkes - insbesondere die beiden Hauptfußwege und raumbildender Baumbestand - sollen berücksichtigt werden.
- * Die Anforderungen des Nachnutzers "Wiener Messe" müssen berücksichtigt werden: Ausstellungsfläche, Raumhöhe, Bedienung, Zugänglichkeit, Folgeeinrichtungen, etc.
- * Die Erweiterungsmöglichkeiten der UNO-City sollen - ohne Inanspruchnahme des Donauparks - beachtet werden.
- * Die Verkehrserschließung im ÖV und IV muß sowohl auf Dauer der Weltausstellung als auch für die Nachnutzung gesichert sein (vor allem Adaptierung der U 1 zur Leistungssteigerung).
- * Für die in Anspruch genommene Fläche, auf der derzeit die Eishalle steht und die Epk gewidmet ist, muß im Einvernehmen mit dem Bezirk eine Ersatzgrünfläche (bzw. Ersatzgrünflächen) bereitgestellt und gewidmet werden.
Gleiches gilt für den neuen Standort der Eishalle.

Es konnte der Nachweis geführt werden, daß sowohl für die Weltausstellung als auch für den Nachnutzer ausreichende und funktionsgerechte Flächen zur Verfügung gestellt werden können und daß auch für Vorschläge, die aus einem Wettbewerb zur bestmöglichen Gestaltung des Raumprogrammes resultieren, genügend Spielraum gegeben ist.

Eine detaillierte Festlegung innerhalb des umgrenzten Gebietes auf eine bestimmte Konfiguration und damit auf den konkreten Flächenanspruch wäre vor dem Abschluß weiterer Untersuchungen verfrüht. Diese Frage sollte aber so bald wie möglich geklärt werden. Zu diesem Zweck soll in kürzester Zeit ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden, dessen Ergebnis Grundlage der Detail- Standortentscheidung zur Mitteilung an das BIE im Frühjahr 1989 (Ende April) sein soll.

Es wird weiters empfohlen, bei allen weiteren Überlegungen von einer Nachnutzung der Weltausstellungsbauten und -flächen durch die Wiener Messe auszugehen.

Für den Ideenwettbewerb sollen folgende Festlegungen gelten

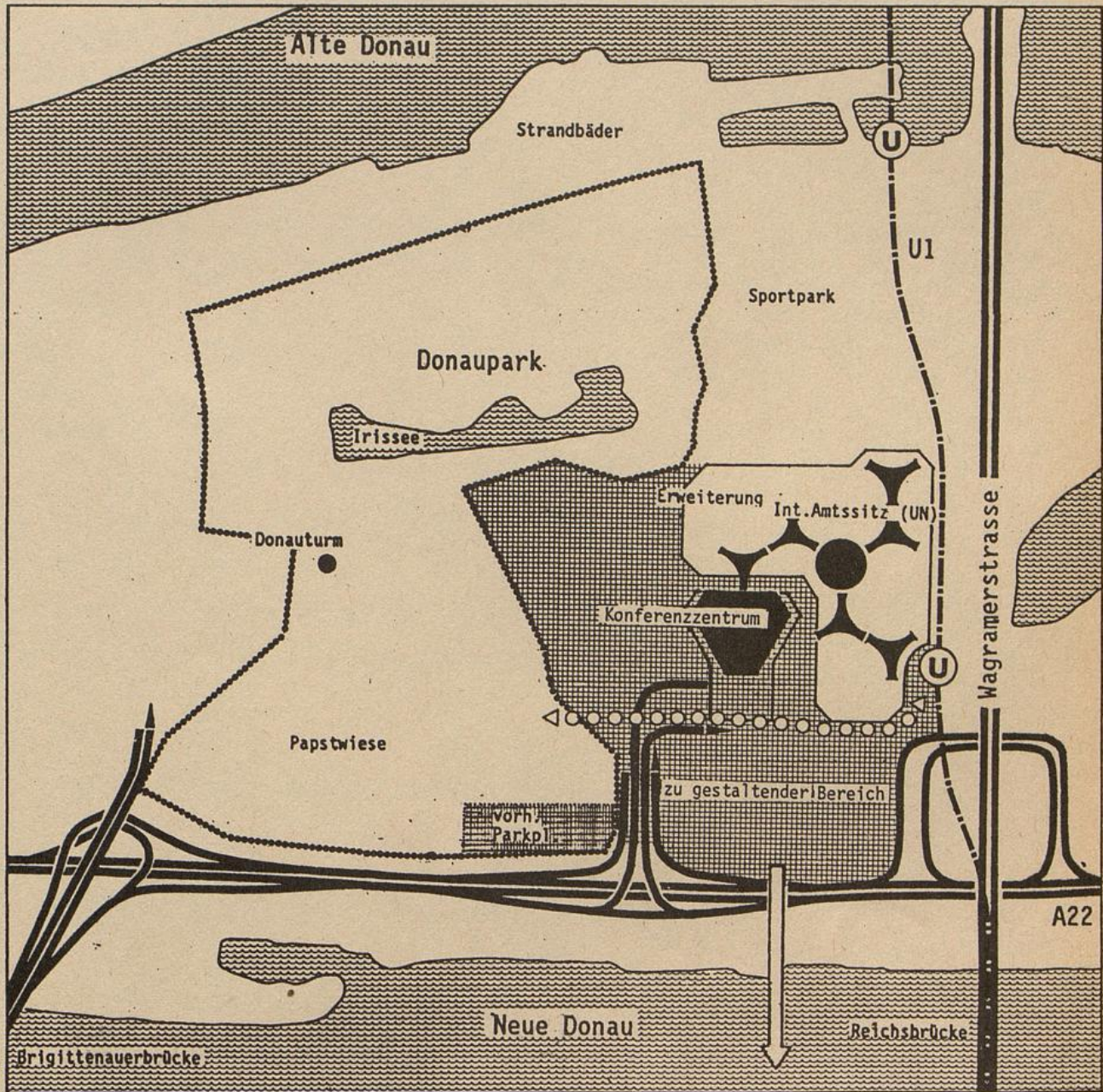
- Der zentrale Bereich von Weltausstellung/Messe ist mit dem Konferenzzentrum zu verknüpfen.
- Die Papstwiese ist von jeder Bebauung freizuhalten.
- Eine Erweiterung der UNO-City (IAKW) muß ohne Inanspruchnahme des Donauparks möglich sein.
- Die Durchgängigkeit von Kaisermühlen zum Donauturm und vom linken Ufer der Neuen Donau zum Irissee muß auch während der Ausstellungsveranstaltungen gewährleistet sein.
- Die angrenzenden Wohn-, Siedlungs- und Freizeitgebiete sind vom Besucherverkehr (Weltausstellung und Messe) freizuhalten.

Gleichzeitig mit diesem Ideenwettbewerb zur Weltausstellung sollen Vorschläge über die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Achse Praterstern-Kagran (unter Einbeziehung des Nordbahnhof-Geländes inklusive Teilgebiet entlang Lassallestraße) eingebracht werden.

In diesem Zusammenhang können auch Ideen vorgelegt werden, die mögliche funktionelle Zusammenhänge zwischen dem Standort Konferenzzentrum und dem Bereich Nordbahnhof aufzeigen.

Sicherzustellen ist jedenfalls die Einheit des Standortes Weltausstellung bzw. Messe.

STANDORT DONAURAUM - KONFERENZZENTRUM



Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/9971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 11. Oktober 1988

Blatt 1988

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Nahversorgungserhebung im 8. und 9. Bezirk beginnt (1990)
- Symposium über Alleebaum-Sanierung (1992)
- Neues Orts-Planungsmodell am Beispiel Hetzendorf/Altmannsdorf (1996)
- Zusätzliche 200 Millionen zur Sanierung der Wiener Schulen (1997)
- Städtebund begrüßt Weltausstellung (1998)

Bezirke:

- Neue Flächenwidmungspläne in Margareten (1993)

Kultur:

- Ehrenzeichen für Ruthilde Boesch und Else Rambauser (1989/FS: 11.10.)
- Ausstellung im Bezirksmuseum Währing (1991)
- „Die Flegeljahre der Josefstadt“ (1991)
- Musikfest „Wien modern“ (1995)

Sport:

- Seisenbacher im Wiener Rathaus (1994)

Ehrenzeichen für Ruthilde Boesch und Else Rambausek

Wien, 10.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Montag Kammersängerin Ruthilde BOESCH und Else RAMBAUSEK Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Ruthilde Boesch hat als Mitglied der Wiener Staatsoper in den Nachkriegsjahrzehnten wesentlich zur Mozart-Pflege des Hauses beigetragen. Als Liedsängerin hat sie sich in aller Welt einen großen Ruf erworben.

Else Rambausek ist als volkstümliche Schauspielerin wienerischer Prägung nicht nur von der Bühne, sondern auch vom Fernsehen und vom Film her ihrem Publikum ein Begriff. (Schluß) gab/bs

Bereits am 10. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Nahversorgungserhebung im 8. und 9. Bezirk beginnt

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) An rund 40.000 Haushalte des 8. und 9. Bezirks werden derzeit die Fragebögen für die Nahversorgungserhebung versendet. Diese anonyme Befragung soll Informationen über die Versorgungssituation in den beiden Bezirken, über die Kaufgewohnheiten und eventuell noch fehlende Geschäfte geben. Erstmals werden damit auch zwei Nahversorgungserhebungen in Innenbezirken durchgeführt — bisher waren mit Favoriten, Simmering und Penzing drei große Bezirke außerhalb des Gürtels an der Reihe gewesen.

Die Nahversorgungserhebungen dienen den Bezirken als wichtige Grundlage für eventuelle Verbesserungen der Versorgungssituation. Im 8. Bezirk wird außerdem nach der Erreichbarkeit der Gemeindedienststellen (das Magistratische Bezirksamt liegt im 1. Bezirk) gefragt, im 9. Bezirk stehen u. a. Fragen nach 30-km-Beschränkungen in einzelnen Bezirksteilen oder nach der Bereitschaft, für gesicherte Garagen-Parkplätze zu zahlen, auf dem Programm. Die Erhebung selbst wird von der MA 66, dem Statistischen Amt der Stadt Wien, ausgewertet werden. (Schluß) hrs/gg

Ausstellung im Bezirksmuseum Währing

Wien, 11.10. (RK-KULTUR) Am Donnerstag, dem 13. Oktober, um 19 Uhr, wird Bezirksvorsteher Leopold TRAINDL im Bezirksmuseum Währing, Währinger Straße 124, eine Ausstellung von Renate POPOVCHICH eröffnen. Gezeigt werden Aquarelle, Ölbilder, Zeichnungen und Radierungen. Die Schau ist bis einschließlich 18. Dezember jeweils Mittwoch von 18 bis 20 Uhr, Donnerstag von 18 bis 20 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr zu besichtigen. (Schluß) red/rr

„Die Flegeljahre der Josefstadt“

200 Jahre Theater in der Josefstadt

Wien, 11.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Theater in der Josefstadt feiert am 22. Oktober sein 200jähriges Bestandsjubiläum. Neben der Präsentation einer mit Unterstützung des Theatermuseums und des Josefstädter Bezirksmuseums gestalteten Ausstellung, die in den Sträußel-Sälen des Theaters bis 20. November täglich von 10 bis 15 Uhr und von 17 bis 21 Uhr zu sehen ist, gibt es aus diesem Anlaß auch verschiedene andere Aktivitäten. So veranstaltet der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“ kommenden Donnerstag, den 13. Oktober, um 19 Uhr, in den Räumen der Kleinen Galerie, 8, Neudeggergasse 8, einen Rezitationsabend. Unter dem Titel „Die Flegeljahre der Josefstadt“ wird Kurt SOBOTKA aus der Geschichte der ersten 100 Jahre des Josefstädter Theaters lesen. Der Eintritt ist frei. (Schluß) zi/rr

Symposium über Alleebaum-Sanierung

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) „Der Alleebaum in der Stadt“ lautet der Titel eines Symposiums, das am 14. und 15. Oktober auf dem Messegelände, Halle 16, stattfindet und von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnet wird. Das Symposium beschäftigt sich mit Möglichkeiten und Auswirkungen der Sanierung von Alleebäumen. Experten aus dem In- und Ausland berichten über ihre Erfahrungen in diversen Großstädten. Die Stadt Wien ist mit der MA 22 — Umweltschutz und der MA 42 — Stadtgartenamt vertreten, die auch als Veranstalter fungieren. Das Symposium dauert am Freitag von 9 bis ca. 18.30 Uhr, am Samstag von 9 bis 12 Uhr.

Zur Zeit läuft noch bis 13. Oktober die 6. Österreichische Baumpflege-tagung, ebenfalls auf dem Messegelände, Messeclub Mitte — Galerie 15. Im Rahmen dieser Tagung werden Probleme wie Gehölzwertermittlung, Baumpflegearbeiten sowie Sicherheitsfragen bei diesen Arbeiten erörtert. Am Donnerstag werden ab 10 Uhr auch Praxisdemonstrationen im Freige-lände durchgeführt. (Schluß) du/bs

Neue Flächenwidmungspläne in Margareten

Wien, 11.10. (RK-BEZIRKE) Für den Kernbereich von Margareten, einem Gebiet von 60,5 Hektar und 15.750 Einwohnern, wurden neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet. Das Plangebiet zwischen Reinprechtsdorfer Straße, Rechter Wienzeile, Pilgramgasse, Margaretenstraße, Kleine Neugasse, Mittersteig, Nikolsdorfer Gasse und Wiedner Hauptstraße weist nur durchschnittliche bis nicht zufriedenstellende Wohnqualität auf. Durch die zahlreichen Betriebe sind die Höfe meist dichtverbaut, und der Grünflächenanteil ist sehr gering. Bei der Planung stehen daher folgende Ziele im Vordergrund: Reduzierung der baulichen Ausnützbarkeit, Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur differenzierten Gestaltung des örtlichen Stadtbildes, die widmungsmäßige Vorsorge für öffentliche und private Grünflächen, für Grundflächen für öffentliche Zwecke sowie für Handels- und Gewerbebetriebe. Die Entwürfe liegen vom 13. Oktober bis 10. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. In diesem Zeitraum steht außerdem jeden Donnerstag von 14 bis 17.30 Uhr im Bezirksamt, 5, Schönbrunner Straße 54, ein Mitarbeiter der MA 21 zur Beratung zur Verfügung. (Schluß) end/rr

Seisenbacher im Wiener Rathaus

Wien, 11.10. (RK-SPORT) Der zweifache Judo-Olympiasieger Peter SEISENBACHER stattete Montag nachmittag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Wiener Rathaus einen Besuch ab. Zilk und Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL übermittelten dem österreichischen Paradesportler persönlich noch einmal ihre herzliche Gratulation zu dessen großem Erfolg. Peter Seisenbacher wird der erste Träger des neugeschaffenen Großen Sportpreises der Stadt Wien sein, der nur an Olympiasieger, Weltmeister und Weltcupsieger vergeben wird. (Schluß) ger/rr



Peter Seisenbacher mit Gattin zu Besuch bei Bürgermeister Dr. Helmut Zilk.
Foto: PID/Hutterer

Musikfest „Wien Modern“

Signal für zeitgenössische Musik

Wien, 11.10. (RK-KULTUR) Vom 26. Oktober bis 21. November findet erstmals das Festival „Wien Modern“ statt, das von der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Musikfreunde und der Wiener Konzerthausgesellschaft veranstaltet wird. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die am Montag nachmittag gemeinsam mit dem künstlerischen Leiter des Festivals, Generalmusikdirektor Claudio ABBADO, Dr. Thomas ANGYAN und Alexander PEREIRA das endgültige Programm präsentierte, betonte, daß Wien mit dem Festival an seine Stellung als Zentrum der Moderne anknüpfen wolle, die es zu Beginn des Jahrhunderts gehabt habe. Die zeitgenössische Musik müsse ein integrierter und integrierender Bestandteil des Wiener Musiklebens sein.

„Wien Modern“ soll führende nationale und internationale Komponisten unserer Tage präsentieren und ihre Werke in Beziehung zu den Klassikern der Moderne setzen. Mit Pierre BOULEZ, György KURTAG, György LIGETI, Luigi NONO und Wolfgang RIHM sind fünf der wesentlichsten Vertreter der zeitgenössischen Musik beim diesjährigen Festival vertreten. Insgesamt finden rund 30 Konzerte im Musikverein, im Konzerthaus und in der Secession statt. Neben Claudio Abbado als künstlerischem Leiter bürden renommierte Ensembles, Dirigenten und Solisten für höchstes musikalisches Niveau der Aufführungen.

Stadt Wien finanziert Festival mit 5,8 Millionen

Als Ergänzung des musikalischen Teils des Festivals findet im Österreichischen Museum für Angewandte Kunst ein Symposium statt, das sich unter dem Titel „Ideen, Ideologien, Wirklichkeiten“ unter den verschiedensten Aspekten von der Kunstwissenschaft und Kulturforschung über die Soziologie bis hin zur Psychologie und Verhaltensforschung mit dem Begriff der Moderne auseinandersetzt. Weiters gibt es „Künstlergespräche“ mit den genannten Komponisten, die einen Einblick in ihre Ideen- und Interessenwelt geben sollen.

Die Stadt Wien trägt zur Finanzierung des Festivals 5,8 Millionen Schilling bei, der Bund eine Million. Karten für „Wien Modern“ sind im Musikverein und im Konzerthaus erhältlich. Ein Generalpaß um 400 Schilling berechtigt zum Besuch eines Großteils der Konzerte und bietet somit eine günstige Möglichkeit, einen Überblick über das Festival-Programm zu gewinnen. (Schluß) gab/gg

Neues Orts-Planungsmodell am Beispiel Hetzendorf/Altmannsdorf

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) Erfahrungen zeigen, daß Planung nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg erfolgen kann. Partizipatorische Planungsmodelle und deren Erprobung in der städtischen Wirklichkeit sind heute besonders wichtig, betonte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Selbstverständlich müssen im Rahmen der repräsentativen Demokratie die letztendlichen Entscheidungen in den dafür bestimmten Gremien — wie etwa Bezirksvertretung oder Gemeinderat — erfolgen, die Prozesse, die zu diesen Entscheidungen führen, müssen aber für jeden durchschaubar und nachvollziehbar sein.

Für solche Planungsmodelle bieten sich vor allem kleine und für den einzelnen überschaubare und erlebbare Gebietseinheiten wie etwa Orte, die es auch im städtischen Bereich noch in größerer Anzahl gibt, an.

Aus der Sicht der Stadtplanung ist es dazu erforderlich, daß die zuständigen Beamten vor allem der Magistratsabteilungen 18, 19 und 21 stärker zusammenarbeiten und sich verstärkt der Diskussion vor Ort stellen.

Unabhängiger Architekt als Anlaufstelle, um Mißtrauen abzubauen

In vielen Bereichen ist seitens der Bevölkerung zweifellos Mißtrauen gegen die „Obrigkeit“, also die Verwaltung, vorhanden, das nicht zuletzt auch auf mangelnde Information zurückzuführen ist. Zum Abbau dieses Mißtrauens soll im neuen Orts-Planungsmodell ein unabhängiger Architekt eingesetzt werden, der als Informations-Kupplung zwischen Bevölkerung und Magistrat fungiert.

Erster Versuch in den Orten Hetzendorf/Altmannsdorf

Als erstes „Versuchsgebiet“ für das neue Planungsmodell bieten sich die Ortsbereiche Hetzendorf/Altmannsdorf an, wo derzeit eine ganze Reihe von konkreten (Bau)Vorhaben ansteht, die offenbar zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führen, wie die Bildung einer lokalen Bürgerinitiative beweist.

In diesem Bereich soll nun in einem noch zu bestimmenden Lokal ein Planungskordinator auf unbestimmte Zeit mindestens einmal wöchentlich als Anlaufstelle zur Verfügung stehen.

In der ersten Phase soll sozusagen ein „Spielraum des Wünschbaren“ abgesteckt werden, in dem Anregungen, Vorschläge und Wünsche ebenso deponiert werden können wie Ängste und Vorbehalte gegenüber Planungsvorhaben.

Als Startschuß für diese Aktion dient eine Bürgerversammlung, die Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER für 24. Oktober 1988 einlädt, und an der auch der Planungsstadtrat teilnimmt. Gedacht ist auch an schriftliche Informationen durch den Planungsstadtrat etwa in Form von Direct mailings an alle Ortsbewohner.

Einladung auch an andere Bezirke

Nach etwa einem Jahr soll eine Überprüfung dieses modellhaften Vorgehens erfolgen.

Auf Wunsch der betroffenen Bezirke könnte dieses Planungsmodell auch jetzt schon in einigen anderen vergleichbaren Orten angewendet werden.
(Forts. mögl.) lf/gal

Zusätzliche 200 Millionen zur Sanierung der Wiener Schulen

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR und der amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, NR Prof. Hans MATZENAUER gaben am Dienstag im Bürgermeister-Pressegespräch bekannt, daß der Bund im kommenden Jahr zusätzlich 200 Millionen Schilling für die Sanierung der Wiener Bundesschulen zur Verfügung stellen wird.

Mayr verwies darauf, daß seit den 70er Jahren im gesamten Bundesgebiet mit Milliardenaufwand 320 Mittlere und Höhere Schulen errichtet worden seien, und Wien damals aus Solidarität gegenüber den Bundesländern auf zusätzliche Investitionen in der Bundeshauptstadt verzichtet habe. Die nun bewilligten zusätzlichen Bundesmittel bezeichnete Mayr als „ersten Schritt“; etwa die Hälfte der Wiener Bundesschulen, 56 an der Zahl, seien dringend sanierungsbedürftig, die dazu benötigten Mittel bezifferte Mayr auf insgesamt rund 1,5 Milliarden Schilling. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zeigte sich darüber erfreut, daß es gelungen sei, vom Finanzminister und vom Unterrichtsminister die zusätzlichen Mittel zu erhalten. (Schluß) fk/bs

Städtebund begrüßt Weltausstellung

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) Der Österreichische Städtebund begrüßt die gemeinsame Bewerbung von Wien und Budapest für die Abhaltung der Weltausstellung im Jahr 1995. Dies teilte Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit. Die positive Stellungnahme des Städtebundes geht übrigens auf eine Initiative der Stadt Graz zurück.

Die gemeinsame Weltausstellung wäre beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen Ländern verschiedener Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, stellte der Städtebund in seinem Schreiben an den Verein Weltausstellung fest. Die Bundesregierung sollte das Vorhaben mit Nachdruck verfolgen, forderte der Städtebund. Der Standort Wien für den österreichischen Teil der Weltausstellung gebe Gewähr dafür, daß alle Ressourcen für dieses Großereignis bestmöglich genutzt werden können. Bei der Konzeption sollten jedoch möglichst auch die anderen österreichischen Städte eingebunden werden, für die die Anwesenheit vieler Millionen Gäste eine einmalige Gelegenheit wäre, ihr vielfältiges Angebot auf kulturellem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet international zu präsentieren. (Schluß) roh/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 12. Oktober 1988

Blatt 1999

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Kastaniensammlung für die Wildschweine im Lainzer Tiergarten (2002)
- Aktuelle Selbstschutzveranstaltungen (2003)
- Neue Nachrichtenzentrale der Feuerwehr eröffnet (2004/2005)
- Wiener ÖVP lehnt Shopping Cities West und Süd ab (2006)
- Swoboda: Entscheidungen über geplante Einkaufszentren erst nach Vorliegen aller Untersuchungsergebnisse (2007)

Kultur:

- Landschaften auf dem Donauturm (2000)
- Burgtheater: Stadträtin Ursula Pasterk warnt vor internationaler Blamage (2001)

Landschaften auf dem Donauturm

Wien, 12.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Bei der nächsten Ausstellung auf dem Donauturm sind gleich zwei Künstler vertreten, die im Waldviertel geborene Wienerin Helga LEHNER und der im südlichen Burgenland beheimatete Heinz GOHLKE.

Helga Lehner, die seit mehr als 20 Jahren in Wien lebt, ist Autodidaktin. Ihre Aquarelle entstehen aus Freude zur Natur und durch ihre enge Beziehung zu ihrer Heimat. Ihre Werke zeigen die kleine Welt, in der Mensch und Natur noch harmonieren. Die Künstlerin stellte bisher in Wien und am Flughafen Wien-Schwechat aus.

Heinz Gohlke, 1953 in Wien geboren, besuchte die Akademie der bildenden Künste in Wien. Er selbst versteht seine Aquarelle als „Innere Landschaften“. Gohlke stellte in Wien, Salzburg, Innsbruck und in der Steiermark aus.

Die Vernissage findet am Donnerstag, dem 13. Oktober, um 19 Uhr, im unteren Restaurant des Donauturms statt. Die Ausstellung ist vom 14. bis zum 26. Oktober täglich zwischen 9 und 24 Uhr in beiden Restaurants zu sehen. (Schluß) wh/rr

Burgtheater: Stadträtin Ursula Pasterk warnt vor internationaler Blamage

Wien, 12.10. (RK-KULTUR) Als Katastrophe für den Ruf der österreichischen Kulturnation bezeichnete Ursula PASTERK die momentane öffentliche Diskussion über das Bernhard-Stück „Heldenplatz“: „Zahlreiche Politiker befinden über ein Theaterstück, dessen Inhalt niemand kennt, weil es erst mit der Premiere veröffentlicht werden soll. Ehe sich Politiker vom Schlag eines Jörg Haider zu Theaterkritikern über ein Stück aufschwingen, das sie nicht kennen, und die Absetzung von Stück und/oder Theaterdirektor fordern, täten sie gut daran, sich über den Inhalt von 'Heldenplatz' zu informieren. 'Heldenplatz' handelt von einer intellektuellen jüdischen Emigrantenfamilie, die 1938 aus Österreich vertrieben wurde und die — auf Einladung — nach Österreich zurückkehrt, nur, um hier im März 1988 zur subjektiven Gewißheit zu gelangen, daß sie als Juden in Österreich immer noch so unerwünscht sind wie vor 50 Jahren. Der Vater stürzt sich aus dem Fenster, der Rest der Familie geht ein zweites Mal ins Exil nach Oxford. Weil — wie sie glauben — man in diesem Land Österreich als Jude nicht leben könne.

Wer ein solches Stück mit einem solchen Inhalt nun mit Gewalt vom Spielplan absetzen will, oder wer deshalb den dafür verantwortlichen Direktor mit dem Ruf 'Hinaus mit dem Schuft' kaltstellt, der schert sich offenbar überhaupt nicht um die Reaktionen, die eine solche Haltung in der Welt hervorrufen würde: Wir steuern auf eine ungeheure Blamage zu. Es ist nicht auszudenken, was das Ausland dazu sagt und schreibt, wenn am Tag nach der Premiere klar ist, daß ein Stück, das mit Österreichs Haltung gegenüber jüdischen Emigranten ins Gericht geht, von österreichischen ÖVP- und FPÖ-Politikern verboten werden sollte. Alles, was Österreich in diesem Jahr an Gedenk- und Bedenkveranstaltungen zur Aufarbeitung seiner Vergangenheit unternommen hat, könnte durch die Affäre um das Stück 'Heldenplatz' entwertet werden.

Wer auf Grund von ein paar aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten das ganze Stück 'Heldenplatz' verdammt, verrät eine erschreckende Verständnislosigkeit der Kunst gegenüber: Es ist nicht Herr Bernhard, der hier zu den Menschen spricht, sondern es sind imaginäre Theaterfiguren — eine erfundene jüdische Familie —, die in einem Theaterstück miteinander reden. Es ist unmöglich, die Bühnendialoge von Theaterfiguren direkt auf die Realität zu beziehen, und nur plumpe Demagogen können sie als tatsächliche Österreich-Beschimpfung mißverstehen.

Wer der Thematik dieses Stückes ausweicht, indem er es von vornherein skandalisiert, der betreibt nicht nur Medienjustiz gegen Kunst und Künstler, sondern wirkt auch daran mit, daß unser kulturelles Ansehen großen Schaden leidet“, schloß Ursula Pasterk. (Schluß) gab/bs

Kastaniensammlung für die Wildschweine im Lainzer Tiergarten

Wien, 12.10. (RK-LOKAL) Die Kastanien-Sammelaktion für die Fütterung der Wildschweine im Lainzer Tiergarten, die jedes Jahr vom Forstamt durchgeführt wird, läuft diese Woche aus. Noch bis einschließlich Freitag können Kastanien beim Portier beim Lainzer Tor, 13, Hermesstraße, abgegeben werden. Pro Kilo bekommt man einen Schilling. (Schluß) du/rr

Aktuelle Selbstschutzveranstaltungen

Kurse in drei Bezirken

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) In der Urania findet am Freitag, dem 14. Oktober, um 18 Uhr ein Kurs über Verhalten in Katastrophensituationen statt. Mit dem gleichen Thema befaßt sich eine Veranstaltung am Donnerstag, dem 20. Oktober, um 18 Uhr in der Volkshochschule Meidling, 12, Längenfeldgasse 13-15. Dort erfährt man auch Wichtiges über Selbstschutz im Haushalt — am Dienstag, dem 18. Oktober, zur gleichen Zeit. Alle Veranstaltungen gehören zum Selbstschutz-Kursprogramm, das die Stadt Wien derzeit im 1., 8. und 12. Bezirk anbietet.

Weitere Veranstaltungen in nächster Zeit

Für den 1. Bezirk in der Urania, 1, Uraniastraße 1, Telefon 72 61 91:

- Freitag, 21. Oktober, und Freitag, 28. Oktober: Vorbeugender Brandschutz
- Freitag, 4., 11., 18. und 25. November: Erste Hilfe
- Freitag, 2. Dezember: Kriminalpolizeiliche Beratung über Eigentumschutz und Sicherheitsfragen

Die Kursabende dauern jeweils von 18 bis 20 Uhr, der Erste-Hilfe-Kurs bis 22 Uhr.

Für den 8. Bezirk in der Volkshochschule Wien West, 8, Pfeilgasse 42b, Telefon 93 05 55 und 42 37 655:

- Donnerstag, 3. November: Kriminalpolizeiliche Beratung über Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen
- Dienstag, 8. November: Selbstschutz im Haushalt
- Donnerstag, 10. November: Verhalten in Katastrophensituationen
- Dienstag, 15. November, und Donnerstag, 17. November: Vorbeugender Brandschutz

Die Kursabende dauern jeweils von 18.30 bis 20 Uhr.

Für den 12. Bezirk in der Volkshochschule Meidling, 12, Längenfeldgasse 13-15, Telefon 55 56 05 bis 07:

- Dienstag, 25. Oktober, Donnerstag, 27. Oktober, Dienstag, 8. November, und Donnerstag, 10. November: Erste Hilfe
- Donnerstag, 3. November: Kriminalpolizeiliche Beratung über Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen
- Dienstag, 15. November, und Donnerstag, 17. November: Vorbeugender Brandschutz

Die Kurse dauern jeweils von 18 bis 20 Uhr, die Erste-Hilfe-Kurse von 17 bis 21 Uhr.

Nach dem Besuch einer Erste-Hilfe-Kursserie (je nach Kursort vier beziehungsweise acht Abende) kann man eine Prüfung ablegen und darüber ein Zeugnis erhalten. Es kann auch für die Erlangung des Führerscheines dienen, für den die Absolvierung einer Erste-Hilfe-Ausbildung verlangt wird.

Der Kursbesuch ist kostenlos, doch ist für die Teilnahme eventuell eine Freikurskarte zu lösen.

Weitere Selbstschutz-Kurse folgen im Frühjahr 1989. Die aktuellen Programme erhalten Sie jeweils in der Stadtinformation. (Schluß) and/bs

Neue Nachrichtenzentrale der Feuerwehr eröffnet

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Die neuen Nachrichtenanlagen der Feuerwehr — Europas modernste Nachrichtenzentrale — sind fertiggestellt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffneten am Mittwoch die neue Nachrichtenzentrale mit einem Rundspruch an alle 24 Feuerwachen. Die Einrichtung dieser neuen Nachrichtenzentrale war notwendig gewesen, weil die alten Anlagen für eine Kapazität von rund 15.000 Einsätze pro Jahr ausgelegt waren. Mittlerweile muß die Wiener Feuerwehr aber bereits rund 30.000 mal pro Jahr ausrücken. Die alten Nachrichtenanlagen, die in den fünfziger Jahren installiert wurden, waren damals hochmodern. Da heutzutage aber die elektronische Datenverarbeitung Stand der Technik ist, entschloß man sich, die gesamte Nachrichtenübermittlung auf Elektronik umzustellen. Bei der Planung mußten große Anforderungen an die Betriebssicherheit der Systeme, besonders der Rechneranlagen, und auf Notbetriebe der einzelnen Komponenten gestellt werden. Auch für den Fall einer Stromnetzstörung mußte durch den Einbau einer unterbrechungslosen Stromversorgung vorgesorgt werden.

Im Jahr 1985 wurde mit der Errichtung der Anlagen begonnen, die sich ziemlich schwierig gestaltete, weil die neuen Anlagenteile praktisch parallel zu den in Betrieb befindlichen alten Systemen aufgebaut werden mußten — und dies bei einem rund um die Uhr gehenden Dienstbetrieb und ohne die Möglichkeit von Anlagenabschaltungen.

Leistungsumfang der neuen Nachrichtenanlagen

Stadtrat Dr. Häupl berichtete in einem anschließenden Pressegespräch darüber, daß sich die neuen Anlagen im wesentlichen in sechs Teilbereiche gliedern lassen:

- a) Bedienplätze in der neuen Nachrichtenzentrale
- b) Telefonanlagen
- c) Verstärkeranlagen
- d) Rechnerunterstützung
- e) Funkanlagen
- f) Adaptierungen der Außenwachen

ad a) Die Bedienung der Anlagen erfolgt von der neuen Nachrichtenzentrale aus, die im 4. Stock der Zentralfeuerwache Am Hof untergebracht ist. Es gibt dort drei Teil-Bedienungsbereiche, nämlich Hauptalarm- und Einsatzbearbeitungsbereich sowie die Telefonvermittlung. Jeder Bereich kann bei Bedarf durch mobile Trennwände abgeteilt werden, und die jeweiligen Arbeiten können je nach Bereich völlig autark abgewickelt werden. Im ständig besetzten Hauptalarmbereich befinden sich 4 Hauptalarmplätze. Von diesen Plätzen aus erfolgen Notrufannahme, Auswahl und Alarmierung der für den Einsatz erforderlichen Kräfte und Abwicklung des Funkverkehrs. Bei Großeinsätzen und in Katastrophenfällen wird zusätzlich der Einsatzbearbeitungsbereich mit vier weiteren Plätzen besetzt. Selbstverständlich stehen in beiden Bereichen Direkttelefonleitungen für die Verständigung anderer Dienststellen, wie Polizei, Rettung, Gaswerk, etc. zur Verfügung. Alle Funkkanäle und Notrufleitungen werden von einer zentralen Dokumentationsanlage aufgezeichnet.

ad b) Die Telefonanlagen wurden komplett erneuert und den heutigen Bedürfnissen angepaßt. So stehen mit der neuen Digitaltechnik nun Möglichkeiten wie Rufumleitung, Nummernspeicher, Direktwahl zum Teilnehmer der Außenwache usw. zur Verfügung. Die Überlastung der Telefonleitungen gehört ab sofort der Vergangenheit an.

Forts. von Blatt 2004

ad c) Die Verstärkeranlagen ermöglichen die Alarmdurchsagen von der Zentrale in die einzelnen Wachen. Die Verbindungen zwischen der Zentrale und den Außenwachen werden normalerweise rechnerunterstützt (Fernwirkrechner) hergestellt. Zusätzlich gibt es eine Notsteuerung für Ausfälle und eine Selektionalarmierungsmöglichkeit in den Haupt- und Zugwachen für die Nachtstunden, damit nur diejenigen Räume alarmiert werden, die mit den betreffenden Fahrzeugbesatzungen belegt sind.

ad d) In den neuen Nachrichtenanlagen stehen ein Fernwirkrechner und ein Einsatzleitrechner in Verwendung. Der Fernwirkrechner verwaltet die Fahrzeugzustände aller Wachen, d. h. welche Fahrzeuge einsatzbereit, im Einsatz usw. sind, sowie sämtliche Alarmierungen und Ereignisse. Auch beim Einsatzleitrechner handelt es sich um ein Doppelrechnersystem, um die Ausfallsicherheit zu gewährleisten. Dieser Rechner ermöglicht die Adressensuche bei der Notrufannahme und liefert, basierend auf den Fahrzeugstandsmeldungen des Fernwirkrechners und der Angabe der Einsatzart, z. B. Zimmerbrand, einen Alarmierungsvorschlag der erforderlichen Einsatzfahrzeuge. Nach der Alarmfreigabe am Einsatzleitrechner leitet dieser die Alarmedaten an den Fernwirkrechner weiter, der dann, wie bereits beschrieben, die Wachenalarmierung ausführt. Weiters erfüllt der Einsatzleitrechner sozusagen schriftliche Arbeiten, wie Fernschreiben, Einsatzprotokolle und Geschäftsschreiben.

ad e) Auch in diesem Bereich wurden technische Verbesserungen durchgeführt. Weiters werden zwei Standardfunkmeldungen, nämlich „am Einsatzort angekommen“ und „über Funk einsatzbereit“, nun in Form von Datentelegrammen übertragen.

ad f) Zur Verbindung mit den neuen Anlagen mußten natürlich auch sämtliche Haupt-, Zug- und Nebenwachen mit neuen technischen Einrichtungen und Geräten ausgestattet werden, z. B. mit neuen Telefonanlagen und einer Selektionalarmierung.

Abschließend erklärte Häupl, daß mit der Erneuerung der kompletten nachrichtentechnischen Anlagen der Wiener Feuerwehr nun ein hochmodernes Nachrichtensystem zur Verfügung stehe, das von seiner Konzeption her geeignet sein wird, über das Jahr 2000 hinaus in Betrieb zu sein.

Großes Feuerwehrfest Am Hof

Anläßlich der Eröffnung der neuen Nachrichtenzentrale in der Hauptfeuerwache findet von Freitag, den 14. Oktober, bis Sonntag, den 16. Oktober, Am Hof im 1. Bezirk ein großes Feuerwehrfest statt.

Am Freitag spielen von 17 bis 22 Uhr die „Lavanttaler Spitzbuam“. Samstag und Sonntag gibt es Einsatzvorführungen der Feuerwehr. Außerdem spielen verschiedene Musikgruppen. Weitere Programmangebote sind unter anderem die Besichtigung des Feuerwehrmuseums, Vorführungen der Jugendfeuerwehr, eine Briefmarkenausstellung, Ringelspiel und Riesenrad, Ausstellungen historischer und moderner Feuerwehrautos und selbstverständlich Informationen über die modernste Nachrichtenzentrale Europas. Das Programm läuft Samstag und Sonntag jeweils von 10 bis 22 Uhr. (Forts. mgl.) du/gal

Wiener ÖVP lehnt Shopping Cities West und Süd ab

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Wiener Volkspartei lehnt Einkaufszentren im Bereich Auhof und im Bereich Kellerberg entschieden ab. Wie Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK und Bezirksvorsteher Elfie BISCHOF (ÖVP-Hietzing) am Mittwoch in einer Pressekonferenz betonten, hätten die Anrainerbezirke einer Shopping-City-West, vor allem Hietzing und Penzing, ein zusätzliches Verkehrsaufkommen zu verkraften, es würde in diesen Bezirken selbst zu einer Verschlechterung der Nahversorgung kommen, und außerdem würde dies zu einer Verminderung der Wohnqualität führen. Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Penzing, Komm.-Rat Eduard RAINER, befürchtet, daß sich bei einer Verwirklichung der Shopping City West das Verkehrsaufkommen in der Hadikgasse von derzeit durchschnittlich 17.000 Fahrzeugen pro Tag auf bis zu 26.000 Fahrzeuge erhöhen könnte. GR. Hawlik wiederum vermutete, daß die Errichtung des Zentrums im Westen dazu führen könnte, daß der Ausbau des Flötzersteiges als zweite Westeinfahrt verwirklicht wird. Die Errichtung eines Einkaufszentrums am Kellerberg sei deshalb abzulehnen, so Hawlik, weil damit der Wald- und Wiesengürtel geöffnet würde.

Bischof: Nahversorgung in den Ortskernen stärken

Als Alternative zu Einkaufszentren am Stadtrand sprach sich BV Bischof für die Stärkung der Nahversorgungseinrichtungen in den alten Ortskernen aus. Das ermögliche auch alten Menschen und Bürgern ohne Kraftfahrzeug das Einkaufen dort, wo sie wohnen. (Schluß) fk/gg

Swoboda: Entscheidungen über geplante Einkaufszentren erst nach Vorliegen aller Untersuchungsergebnisse

Nachdenkpause für Flötzersteigausbau

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Die Diskussionen, die derzeit über die geplanten Einkaufszentren im Süden und Westen Wiens im Gange sind, laufen insofern an der Planungsrealität vorbei, als in beiden Fällen die notwendigen Untersuchungsergebnisse nicht vorliegen. Auch die wiederaufgeflamnte Diskussion um den Ausbau des Flötzersteiges erfolgt ohne relevante Planunterlagen. Dies erklärte Mittwoch Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Bausperre für das Gebiet Flötzersteig

Für das Gebiet im Bereich des Flötzersteiges hat heute der Planungsausschuß eine zeitlich begrenzte Bausperre beschlossen. Damit, so Stadtrat Swoboda, sollten nun genug Zeit und Ruhe für die weiteren Überlegungen zur Gestaltung der Westeinfahrt gegeben sein. „Da die Hochstraße bei der seinerzeitigen Volksbefragung keine Mehrheit gefunden hat, kann ich mir kein Projekt in der ursprünglichen Art vorstellen“ sagte der Stadtrat.

Einkaufszentren werden derzeit geprüft

Zu den diversen Stellungnahmen zu geplanten Einkaufszentren sagte Swoboda, daß diese derzeit einer genauen Prüfung unterzogen werden. Insbesondere müssen für die Detailplanung Gutachten über die Verkehrs- und Umweltauswirkungen dieser Projekte erstellt werden.

Eine Studie, die derzeit in Vorbereitung ist, soll auch die räumlichen und städtebaulichen Auswirkungen von Einkaufszentren in und am Rande der Stadt untersuchen. „Grundsätzlich muß uns klar sein, daß wir nur Investitionsentscheidungen innerhalb Wiens beeinflussen können. Wenn wir solche Investitionen in Wien verhindern, besteht die Gefahr des Abwanderns über die Landesgrenzen, wobei die gleichen Verkehrs- und Umweltbelastungen entstehen würden, für Wien jedoch die Gefahr einer Kaufkraftabwanderung und damit Verluste an Steuern gegeben wären“ stellte der Stadtrat fest.

Weder für das Einkaufszentrum am Kellerberg noch für das bei der Westausfahrt sind für Umwidmungsverfahren jedoch derzeit genügend sachliche Unterlagen vorhanden, sagte Swoboda abschließend. (Schluß) lf/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 13. Oktober 1988

Blatt 2008

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Grippeimpfungen noch bis 4. November (2009)
- Weltausstellungsdebatte im Gemeinderat (2010)
- Kindertagesheim in Favoriten eröffnet (2011)
- Wohnhausneubau für Favoriten beschlossen (2012)
- Umweltausschuß des Österreichischen Städtebundes lehnt PET-Flasche ab (2013)
- „Tag der offenen Tür“ in St. Stephan (2014)
- Ottakringer Straße wieder frei befahrbar (2015)

Grippelimpfungen noch bis 4. November

Auch Abendtermine für Berufstätige

Wien, 13.10. (RK-LOKAL) Rund 6.000 Wienerinnen und Wiener haben sich bisher in den Wiener Gesundheitsämtern gegen Grippe impfen lassen, etwa 20 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Im Wiener Gesundheitsamt ist man mit dieser Entwicklung zufrieden, unterstreicht aber doch die Wichtigkeit einer Grippe-Schutzimpfung vor allem für ältere Personen sowie chronisch Kranke, Herzkranke und Diabetiker, für die fieberhafte Erkrankungen sehr belastend sind. Man kann sich noch bis einschließlich 4. November impfen lassen. Die Impfung kostet 50 Schilling.

Geimpft wird in allen Bezirksgesundheitsämtern jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr, in der Impfstelle des Gesundheitsamtes, 1., Gonzagagasse 23, 2. Stock, Zimmer 215, Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und in der Josefstadt, Schlesingerplatz 3, jeden Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr. Außerdem kann man sich in der „Nachmittags-Impfstelle“, 1., Neutorgasse 18, jeden Donnerstag zwischen 15 und 17 Uhr impfen lassen.

Für Berufstätige bietet das Gesundheitsamt auch Impftermine am Abend an: in der Spezialambulanz in Favoriten, Gellertgasse 42-46, jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, in der Mutterberatungsstelle in Floridsdorf, Freytaggasse 32, jeden Donnerstag von 17 bis 19 Uhr sowie im Bezirksgesundheitsamt Floridsdorf, Am Spitz 1, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt Donaustadt, Schrödingerplatz 1, jeden dritten Donnerstag im Monat, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr.

Wer sich gegen Grippe impfen lassen will, muß zum Zeitpunkt der Schutzimpfung allerdings gesund, also fieberfrei und nicht verkühlt, sein. Ein weiterer Ausschließungsgrund für die Schutzimpfung, deren Wirkung maximal ein Jahr anhält, ist eine Überempfindlichkeit gegen Hühnereißweiß. (Schluß) sc/bs

Weltausstellungsdebatte im Gemeinderat

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt am kommenden Montag, dem 17. Oktober, zu einer Sitzung zusammen, die dem Thema Weltausstellung gewidmet ist. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA wird sich mit einer MITTEILUNG zu Wort melden, im Anschluß daran wird die Debatte darüber geführt. (Schluß) red/rr

Kindertagesheim in Favoriten eröffnet

Wien 13.10. (RK-KOMMUNAL) Ein Kindertagesheim mit zwei Krippen-, zwei Kindergarten- und einer Hortgruppe eröffnete Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag in Favoriten, Otto-Probst-Straße 3. Das insgesamt 308. Kindertagesheim der Stadt Wien ist das 30. im 10. Bezirk und bietet Platz für 111 Kinder zwischen ein und zehn Jahren. Errichtet wurde das neue Kindertagesheim im Zuge des 1. Bauteils der Wohnhausanlage Wienerberggründe. (Schluß) jel/rr

Wohnhausneubau für Favoriten beschlossen

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Nach den Plänen des international angesehenen Architekten Prof. Josef KRAWINA wird nun in Favoriten ein städtisches Wohnhaus gebaut. Das beschloß der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung am Donnerstag. Der Neubau umfaßt 69 Wohnungen (davon fünf Behindertenwohnungen) in zwei sechsgeschossigen Wohnblöcken in der Herzgasse 15-19 und am Erlachplatz 9 sowie ein Mieterlokal.

Im großen Innenhof wird ein Kindertagesheim errichtet. Die Gesamtbaukosten werden voraussichtlich 102,2 Millionen Schilling betragen, die Bau-rate für 1988 beträgt 10 Millionen Schilling.

Ferner beschloß der Gemeinderatsausschuß den nachträglichen Einbau einer Zentralheizung sowie den Anschluß an das Fernwärmenetz für vier Gemeindebauten im 15. Bezirk (Gablenzgasse 41, Alliogasse 21, Brunhildengasse 3 und Giselhergasse 6-12). In einer Anfragenbeantwortung teilte Stadtrat Rudolf EDLINGER mit, daß durch verschiedene Sparmaßnahmen der Energieverbrauch in städtischen Objekten wie Schulen, Kindertagesheimen, Amts-, Kranken- und Wohnhäusern sowie Bädern und Glashäusern seit 1980 um 25 bis 30 Prozent gesenkt werden konnte. (Schluß) ah/bs

Umweltausschuß des österreichischen Städtebundes lehnt PET-Flasche ab

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Der Umweltausschuß des Österreichischen Städtebundes tagte gestern, Mittwoch, im Wiener Rathaus unter der Leitung des neugewählten Vorsitzenden, Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL. Der Fachausschuß beschäftigte sich mit dem derzeitigen Stand der Umweltgesetzgebung und dem Problem der Abfallbewirtschaftung. Breiten Raum nahmen auch die Diskussion über die Altlastensanierung und deren Finanzierung sowie das in Österreich neu entstandene Problem der PET-Flasche in Anspruch.

Gegen Vorschlag einer Deponieabgabe

Stadtrat Dr. Häupl erklärte dazu: „Der der Öffentlichkeit präsentierte Vorschlag einer Deponieabgabe wird von den Städten abgelehnt, weil dem Verursacherprinzip nicht in entsprechendem Ausmaß Rechnung getragen wird, und die Gemeinden, welche bereits umweltbewußt am Problem arbeiten, benachteiligt werden. Der Effekt wäre, daß den Gemeinden der Müll und dem Bund das Geld bleibt.“

Der Umweltausschuß lehnt einen solchen Vorschlag der Finanzierung der Altlastensanierung ab und fordert eine neue Diskussion unter Einbindung der Interessensvertretungen der Gemeinden.

Zur PET-Flasche erklärte der Umweltstadtrat: „Es darf nicht dazu kommen, daß den Gemeinden ein neuer Müllberg aufgehalst wird. Entweder werden die Voraussetzungen geschaffen, daß durch ein Pfandsystem ein garantierter Rücklauf von 80 Prozent erreicht wird, oder diese als 'umweltfreundlich' gepriesene Flasche soll in Ausführung des § 10 des Sonderabfallgesetzes durch Verordnung von Frau Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING verboten werden.“

Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK, stellte bei der Sitzung fest, daß wieder Problemlösungen, welche unmittelbar die Städte und Gemeinden berühren, ohne Einbindung der Gemeindevertretungen erörtert werden. „In einem Brief an Frau Bundesminister Dr. Flemming habe ich gegen die Vorgangsweise des Bundes, über die Köpfe der Städte und Gemeinden hinweg eine Erhöhung der Müllgebühren zu verhandeln, energisch protestiert. Eine Lösung des Abfallproblems und der Altlastensanierung kann nur im Einvernehmen mit den österreichischen Städten und Gemeinden gefunden werden“, erklärte Pramböck. (Schluß) du/rr

„Tag der offenen Tür“ In St. Stephan

Wien, 13.10. (RK-LOKAL) Auch heuer findet wieder eine Straßensammlung der Wiener Schuljugend für den Stephansdom statt. Am Freitag und Samstag (14. und 15. Oktober) werden rund 13.000 Wiener Schüler Spenden für die Renovierung des „Steffls“ sammeln. Die Einnahmen der Straßensammlung stellen einen maßgebenden Bestandteil jener rund 20 Millionen Schilling dar, die jährlich für die Behebung der Bauschäden aufgebracht werden müssen.

Um allen Spendern zu zeigen, was mit dem gespendeten Geld geschieht, findet am Samstag, dem 15. Oktober, ein „Tag der offenen Tür“ statt. An diesem Tag kann man von 9 bis 17 Uhr in der Werkstätte der Dombauhütte (neben dem Nordturm) den Steinmetzen bei der Arbeit zusehen. Frei zugänglich sind die Domführungen (jede halbe Stunde zwischen 9 Uhr und 11.30 Uhr, sowie zwischen 13 und 16.30 Uhr) und die Führungen durch die Katakomben. Auch der Aufstieg zur Türmerstube des Hohen Turmes, der Schnellaufzug zur Pummerin und der Eintritt in das Dom- und Diözesanmuseum (Stephansplatz 6) kosten am „Tag der offenen Tür“ nichts. (Schluß) red/gg

Ottakringer Straße wieder frei befahrbar

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Ab Freitag, dem 14. Oktober, mittags, also noch vor dem Einsetzen des Wochenendverkehrs, wird die Ottakringer Straße, auf der im Abschnitt zwischen Wattgasse und Paltaufgasse ein kompletter Straßenumbau durchgeführt wurde, wieder in beiden Richtungen frei befahrbar sein.

Im Rahmen der Ende Juni 1988 begonnenen Arbeiten wurden in dem betreffenden Teilstück rund 2.000 Quadratmeter Fahrbahn mit Asphaltbeton versehen, rund 3.400 Quadratmeter Gehsteig asphaltiert und rund 1.300 Quadratmeter Parkfläche mit Pflaster belegt. Der finanzielle Aufwand für diese Maßnahmen betrug 8,5 Millionen Schilling.

Auch optisch wird sich die Ottakringer Straße in diesem Bereich zum Teil anders präsentieren, im Abschnitt zwischen Wurlitzergasse und Hettenkofergasse konnten Grünflächen mit Baumbepflanzung eingeplant werden. (Schuß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 14. Oktober 1988

Blatt 2016

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Zilk: Vielfältige Hilfen für Obdachlose und Nichtseßhafte (2017/FS: 13.10.)
- Neue Direktorin des Pflegedienstes im Pflegezentrum Sophienspital (2018)
- Die Wiener Rettung im September (2018)
- Neue Lehrwerkstätte von Jugend am Werk eröffnet (2019)
- Begünstigte Rückzahlung von Wohnbaudarlehen bis Jahresende (2020)
- Neuer Aufgang für U 4-Station Meidling-Hauptstraße (2021)
- Terminvorschau vom 17. bis 29. Oktober (2023/2024)
- Wieder durchgehende Fahrbahn in der Oberen Donaustraße (2025)
- Wiener Verkehrsstadtrat begrüßt Initiative von Hundertwasser (2026)

Kultur:

- Schuldenfreistellung des Raimundtheaters (2022)

Zilk: Vielfältige Hilfen für Obdachlose und Nichtseßhafte

Bereits am 13. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Das Problem der Obdachlosen sei eine sehr ernstzunehmende Frage, jedoch sei es in Wien nicht wie in anderen Großstädten ein Zentralproblem, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Donnerstag im Rahmen eines Gespräches mit Journalisten, an dem auch Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER teilnahmen.

In Wien seien etwa 300 Personen registriert, die tatsächlich ohne Wohnmöglichkeit sind. Da diese Zahl in der kalten Jahreszeit regelmäßig um etwas über 100 Personen zunehme, müsse eine geeignete Unterkunft gefunden werden. Weil im Vorjahr aber der Versuch, eine dauerhafte Lösung für diese Bevölkerungsgruppe zu finden, gescheitert war, mußte nun mit dem Objekt 20, Gerhardusgasse, neuerlich eine Zwischenlösung getroffen werden. Bürgermeister Dr. Zilk versicherte aber, daß diese Nächtigungsmöglichkeit in der Gerhardusgasse nur für diesen Winter bestehe und man im kommenden Jahr eine Dauerlösung finden werde.

Da sich in unmittelbarer Nähe eine Volksschule befindet, werden zwei besonders gut ausgebildete Sozialarbeiter für die Betreuung der Obdachlosen sorgen, sagte Zilk. Grundsätzlich sei es aber „grauenhaft und skandalös“, daß Wiener Kinder und auch Gastarbeiterkinder zu einem „Kinderkreuzzug gegen hilfsbedürftige und in Not befindliche Menschen animiert werden“, meinte der Bürgermeister. Das „Goldene Wiener Herz“ dürfe sich nicht nur in grundsätzlicher, sondern müsse sich in konkreter Hilfsbereitschaft äußern. Zudem biete diese Situation in der Brigittenauer Gerhardusgasse eine „pädagogische Chance, die Integration von anderen“ zu lehren und zu lernen, meinte Zilk.

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL verwies darauf, daß ab 1989 zwei weitere Streetworker im Einsatz stehen werden, daß die Öffnungszeiten im Tageszentrum für Nichtseßhafte in Wien 2, Pazmanitengasse, erweitert werden, daß ein zweites Tageszentrum in Wien 8, Josefstädter Stadtbahnbogen, im Anschluß an das Sozialreferat für Nichtseßhafte errichtet wird, daß in diesem Sommer die bestehenden Obdachlosenheime auch qualitativ verbessert werden, daß ein „Drei-Stufen-Plan zur Wiedererlangung der Wohnfähigkeit von Obdachlosen“ erarbeitet werde, daß am Karlsplatz die medizinische und soziale Beratung von Suchtmittelabhängigen durch einen „Medizinbus“ verbessert wurde, daß darüber hinaus Schwerpunktaktionen mit Apothekern und der Ärztekammer sowie mit dem Stadtschulrat erfolgen werden, um den wachsenden Medikamentenmißbrauch einzudämmen, und daß schließlich in Favoriten das Projekt „Lernstatt“ verwirklicht wird, das obdachlosen Jugendlichen eine Schlafstelle und eine Ausbildungs- bzw. Arbeitsmöglichkeit biete.

Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER sagte, daß derzeit zehn alternative Wohnprojekte in Bau seien, die aus Mitteln der Wohnbauförderung unterstützt werden. 18 weitere Neubau- oder Sanierungsprojekte seien derzeit in Vorbereitung, und vier weitere Häuser existierten in Wien, wo die Stadt mit beträchtlicher finanzieller Hilfe alternative Wohnmöglichkeiten unterstützt. Darüber hinaus sei das Wohnungsamt der Stadt laufend damit beschäftigt, in Zusammenarbeit mit den verschiedenen sozialen Diensten Gemeindewohnungen für Obdachlose oder Nichtseßhafte zu finden und anzubieten. Stadtrat Edlinger erwähnte auch, daß im künftigen Wohnbauförderungsgesetz vorgesehen sei, daß auch Personen ohne Einkommen geförderte Wohnungen bekommen können, wenn ein Dritter — also etwa die Eltern oder andere Personen — die Kosten übernehmen. Das war nach dem bisher geltenden Wohnbauförderungsgesetz nicht möglich. (Schluß) ah/gg

Neue Direktorin des Pflegedienstes im Pflegezentrum Sophienspital

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Gerda SIMON, seit 1967 Krankenschwester und seit 1971 Stationsschwester im Sophienspital, wurde zur neuen Direktorin des Pflegedienstes im Pflegezentrum Sophienspital bestellt. Sie tritt die Nachfolge von Lucia TAKACS an, die seit 1959 im Sophienspital tätig und seit 1973 Direktorin des Pflegedienstes war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) sc/gg

Die Wiener Rettung im September

6.931 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) 6.931 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe im Monat September zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 42.792 Kilometer zurück. Von den 6.869 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 5.075 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im September bei 4.026 akut Erkrankten; bei 153 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 450 Fällen sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.602 verletzte Personen betreut, davon 615 nach Verkehrsunfällen, 325 nach Betriebsunfällen und 76 nach Sportunfällen. 148 Personen wurden schwer, 2.455 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 14 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 123 Fällen Vergiftungen und in 56 Fällen Psychosen. Bei 23 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 176 Rauschgift- und Drogenkranken, 501 Personen standen unter Alkoholeinfluß, 41 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 211 Personen konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 44 Fällen Herzinfarkt, in 16 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst verzeichnete im September 5.186 Ausfahrten und beförderte 5.111 Patienten. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 85.501 Kilometer zurück. (Schluß) sc/rr

Neue Lehrwerkstätte von Jugend am Werk eröffnet

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Lehrwerkstätte von Jugend am Werk eröffneten Freitag Bundesminister Alfred DALLINGER und Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL in Liesing, Kanitzgasse 8. Seit 1987 gibt es die Lehrwerkstätte für Wäschewarenerzeuger, in der Jugend am Werk derzeit 16 körperbehinderte und nichtbehinderte Mädchen integrativ ausbildet. Nun wurde die vorerst provisorisch eingerichtete Lehrwerkstätte mit einer Subvention der Stadt Wien in Höhe von rund 900.000 Schilling neu adaptiert und ausgestattet. Bis 1989 sollen in der Lehrwerkstätte für Wäschewarenerzeuger von Jugend am Werk 24 Mädchen einen Lehrplatz finden. Die Kosten der Ausbildung tragen das Arbeitsamt im Rahmen der Arbeitsmarktförderung und das Sozialamt der Stadt Wien im Rahmen der Behindertenhilfe. Von Jugend am Werk werden derzeit insgesamt 364 Lehrlinge ausgebildet. (Schluß) jel/gg

Begünstigte Rückzahlung von Wohnbaudarlehen bis Jahresende

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Nur noch bis Jahresende läuft die Aktion zur vorzeitigen begünstigten Rückzahlung von Wohnbaudarlehen für Eigentumswohnungen und Eigenheime, die nach den Wohnbauförderungsgesetzen 1954 und 1968, jedenfalls aber vor dem 1.1.1980, gewährt wurden. Entsprechende Anträge können beim Amt der Wiener Landesregierung (Magistratsabteilung 50, 1082 Wien, Rathausstraße 2) eingebracht werden.

Die Begünstigung besteht in Form eines Nachlasses, der bei einer Restlaufzeit des Darlehens von mindestens 20 Jahren 50 Prozent beträgt, bei 10 bis 19 Jahren 40 Prozent und bei weniger als zehn Jahren Restlaufzeit 30 Prozent des aushaftenden Betrages. Zur Antragstellung sind ein Grundbuchsauszug sowie eine Bestätigung der Hausverwaltung über geleistete Zahlungen bzw. eine Bestätigung, daß keine Zahlungsrückstände bestehen, mitzubringen.

Für Gemeinde-, Miet- und Genossenschaftswohnungen besteht diese Möglichkeit nicht. Außerdem ist zu beachten, daß allfällige Eigenmitteler-satzdarlehen zur Gänze zurückgezahlt worden sind, und daß allfällige Annuitätenzuschüsse oder Wohnbeihilfen damit erlöschen.

Seit Beginn der Aktion im Juli 1987 wurden fast 4.000 Anträge auf vorzeitige begünstigte Rückzahlung von Wohnbaudarlehen bei der Magistratsabteilung 50 gestellt. 3.523 Ansuchen wurden positiv erledigt, und bis zum 1. Oktober 1988 ein Gesamtbetrag von 298,5 Millionen Schilling von den Darlehensnehmern zurückgezahlt. (Schluß) ah/gg

Neuer Aufgang für U 4-Station Meidling-Hauptstraße

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die Station „Meidling-Hauptstraße“ der U 4 erhält an ihrem westlichen Ende einen neuen Aufgang. Er wird am Montag, dem 17. Oktober, mit Betriebsbeginn eröffnet. Damit wird eine bessere Anbindung von der U-Bahn-Station zum 12. Bezirk (Ruckergasse) und zum 15. Bezirk (Pillergasse, Diefenbachgasse) gewährleistet.

Der Bau dieses Aufganges war erst mit der Einstellung der Gürtel-Stadtbahnlinie in diesem Bereich möglich geworden. Der neue Aufgang verfügt über eine drei Meter breite feste Stiege im bequemen Neigungsverhältnis der Otto-Wagner-Stationen. Gleichzeitig mit dem Neubau des Aufganges wurde das Stellwerk der U 4 um einige Betriebsräume erweitert. Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen betragen 40 Millionen Schilling. (Schluß) roh/rr

Schuldenfreistellung des Raimundtheaters

Wien, 14.10. (RK-KULTUR) Die Stadt Wien und der Bund sind übereingekommen, gemeinsam die Schuldenabdeckung des Raimundtheaters durchzuführen und damit die notwendige finanzielle Grundlage für die Weiterführung des Hauses im Rahmen der Vereinigten Bühnen Wien zu schaffen. Der Bund trägt zur Schuldenabdeckung 90 Millionen Schilling bei, der Gemeinderatsausschuß für Kultur hat beschlossen, seitens der Stadt Wien 96,025 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt betragen die Verpflichtungen der Raimund Theater Betriebs-Ges.m.b.H. aus der Fertigstellung des Umbaues und den darauf folgenden Spielzeiten sowie den Kreditbelastungen 195,5 Millionen. Zur Abdeckung der verbleibenden Restsumme sind Gespräche im Gang. (Schluß) gab/rr

Terminvorschau vom 17. bis 29. Oktober

Wien, 14.10 (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 17. bis 29. Oktober hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 17. OKTOBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

DIENSTAG, 18. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 19. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl mit Vertretern des Ökologieinstituts „Studie über das tschechische Atomkraftwerk Temelin“ (Büro StR. Häupl, Sitzungszimmer, Rathaus, Stiege IV, Halbstock)

11.30 Uhr, Pressegespräch Vbgm. Smejkal Hauskrankenpflegeprojekt „Ingeso 2“ (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

14.00 Uhr, Überreichung von Preisen der Stadt Wien, StR. Pasterk

14.00 Uhr, Gleichfeier für Pens.Heim Liebhartstal II/Vbgm. Smejkal (16, Ottakringer Str. 264)

15.00 Uhr, Eröffnung und Benennung Städtische Wohnhausanlage Nora-Hiltl-Hof durch StR. Edlinger (13, Anton-Langer-Gasse 27)

DONNERSTAG, 20. OKTOBER:

9.00 Uhr, Enquete „Erfahrungen und Perspektiven der Familienberatung“/Vbgm. Smejkal(Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch zur Enquete mit Vbgm. Smejkal (PID)

11.00 Uhr, Pressepräsentation Bgm. Zilk, StR. Pasterk „Schubertautografen“ (Rathaus, Roter Salon)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen, Podiumsdiskussion über E.K. Winter (Stadtsenatssitzungssaal)

FREITAG, 21. OKTOBER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

9.00 Uhr, Eröffnung des Bildungszentrums Penzing durch Vbgm. Smejkal (14, Linzer Str. 146)

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Rechtsanwalt Dr. Herbert Machatschek (Arb.-Zi, Smejkal)

SAMSTAG, 22. OKTOBER:

9.00 Uhr, Benennung Städtische Wohnhausanlage „Franz-Graczoll-Hof“ durch Bgm. Zilk (15, Flachgasse 36-46)

SONNTAG, 23. OKTOBER:

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an verdiente Mitarbeiter des Theaters in der Josefstadt im Rahmen einer Festmatinee anlässlich 200 Jahre Theater in der Josefstadt (Theater in der Josefstadt)

MONTAG, 24. OKTOBER:

10.30 Uhr, Pressegespräch StR. Häupl, Sport

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Verkehrsfreigabe der Westeinfahrt nach Bauarbeiten, StR. Hatzl

15.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch StR. Pasterk an Bibiane Zeller, Fred Rauch und Werner Tautz (Steinsaal)

19.00 Uhr, Buchpräsentation mit Bgm. Zilk, Klusacek/Stimmer: „Döbling — vom Gürtel zu den Weinbergen“ (Bezirksmuseum Döbling, Villa Wertheimstein, 19, Döblinger Hauptstraße 96)

DIENSTAG, 25. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Benennung einer Städtischen Wohnhausanlage in Rudolfine-Muhr-Hof durch Bgm. Zilk (13, Volksgasse 1-13)

MITTWOCH, 26. OKTOBER:

Nationalfeiertag

9.00 Uhr, Jungbürgerwald/Wagramer Hain in Kagran

DONNERSTAG, 27. OKTOBER:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

10.00 Uhr, Pressegespräch StR. Edlinger „Anders wohnen — mitplanen, mitbauen, mitbestimmen“ (Karl-Marx-Hof, Beratungszentrum, ehemaliger Waschsalon II, 19, Halteraugasse)

11.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Anders wohnen“ durch Bgm. Zilk, Bundesminister Graf, StR. Edlinger (Ort w.o.)

FREITAG, 28. OKTOBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

SAMSTAG, 29. OKTOBER:

9.00 Uhr, Spatenstich Sommerbad Simmering durch StR. Häupl (11, Florian-Hedorfer-Straße)

(Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 2023

Wieder durchgehende Fahrbahn in der Oberen Donaustraße

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die Obere Donaustraße, zwischen Hollandstraße und Schiffamtsgasse, das letzte noch nicht ausgebaut gewesene Teilstück der Donaukanal Straße (B227), wird ab kommenden Montag, dem 17. Oktober, etwa 9 Uhr, wieder auf zwei Spuren durchgehend befahrbar sein. Die dritte Fahrspur muß für Restarbeiten an den Gehsteigen und Grünflächen noch bis Ende dieses Jahres verkehrsfrei bleiben. Dann werden insgesamt drei Fahrspuren zu je drei Meter Breite zur Verfügung stehen.

Auf dem 800 Meter langem Straßenstück wurden im Zuge des Straßenneubaues rund 7.500 Quadratmeter Großasphalt aufgebracht. Die Gesamtkosten dieses Vorhabens beliefen sich auf 12,5 Millionen Schilling. (Schuß)
pz/bs

Wiener Verkehrsstadtrat begrüßt Initiative von Hundertwasser

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die von Friedensreich HUNDERTWASSER, einem jener österreichischen Künstler von wirklicher Weltgeltung, jüngst entfaltete Initiative zur Neugestaltung der KFZ-Nummerntafeln wird vom Wiener Verkehrsstadtrat Johann HATZL ausdrücklich begrüßt. Er halte den Vorschlag des Künstlers insofern für eine ausgezeichnete Idee, als er herkömmliche Gestaltungselemente mit deutlich verbesserter Lesbarkeit und Reflexion verbinde.

Damit biete sich die Chance, ohne Nachahmung ausländischer Kennzeichen den international steigenden Anforderungen der Sicherheit im Straßenverkehr nachzukommen. „Es handelt sich dabei um keine Prinzipienfrage im Sinne einer europäischen Vereinheitlichung. Hundertwasser ist es vielmehr gelungen, eine ideale Verbindung zwischen der österreichischen Kraftfahrtradition und den international geltenden Kriterien der Verkehrssicherheit zu schaffen“, sagte Hatzl dazu gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. (Schluß) pz/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 17. Oktober 1988

Blatt 2027

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Edlinger: Unwissenheit der Hochschülerschaft führt zu ungerechten Vorwürfen und schadet wohnungssuchenden Studenten (2030/FS: 15.10.)
- Erdberger Länder wieder für den Durchzugsverkehr offen (2031/FS: 16.10.)
- Wiener Gemeinderat (2033-2041)
- Telephonstörung im PID (nur FS/15.10.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Park für die Landstraße (2028/FS: 15.10.)
- Stella Klein-Löw-Hof in der Leopoldstadt (2028/FS: 16.10.)
- Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing (2032)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2032)

Kultur:

- 8,5 Millionen Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung (2029/FS: 15.10.)
- Wiener Vorlesungen: Diskussion über Ernst Karl Winter (2029)
- Zilk und Pasterk besichtigten Weigel-Ausstellung (2042)

Neuer Park für die Landstraße

Wien, 15.10. (RK-BEZIRKE) Nach Beendigung der U-Bahn-Arbeiten ist auf dem im Besitz der Stadt Wien befindlichen Grundstück Landstraßer Hauptstraße 11 ein Hof von ca. 1.200 Quadratmeter Größe freigeworden. Eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sieht nun die Widmung etwa der Hälfte des Grundes als Parkanlage mit Zugängen von der Marxergasse und der Landstraßer Hauptstraße vor. Die andere Hälfte der Fläche soll dem Kindertagesheim Marxergasse 12 als Erweiterungsfläche des Gartens zugeordnet werden.

Der Flächenwidmungs-Entwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Stella Klein-Löw-Hof in der Leopoldstadt

Wien, 16.10. (RK-BEZIRKE) Nach Ansicht der Leopoldstädter Bezirksvertretung sollte der Gemeindebau 2, Taborstraße 61, nach der 1986 verstorbenen Pädagogin und ehemaligen NR-Abgeordneten Dr. Stella KLEIN-LÖW benannt werden. Ein diesbezüglicher Antrag wurde in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung einstimmig angenommen.

Stella Klein-Löw unterrichtete bis 1938 am Zwi Perez Chajez-Gymnasium in der Castellezgasse, 1939 mußte sie nach England emigrieren. Nach ihrer Rückkehr 1946 war sie als Mittelschulprofessorin und Mittelschuldirektorin tätig. (Schluß) smo/bs

Bereits am 15. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 16. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

8,5 Millionen Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung

Wien, 15.10. (RK-KULTUR) Aus Mitteln der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien wurden 1988 112 Forschungsprojekte mit insgesamt rund 8,5 Millionen Schilling gefördert. Projekte aus dem Bereich Technik wurden mit insgesamt 2,5 Millionen dotiert, der naturwissenschaftliche Bereich mit 2,4, die Geisteswissenschaften mit 1,5 und die Medizin mit rund 1,3 Millionen. Ferner wurden Forschungsvorhaben auf den Gebieten Veterinärmedizin, Rechts- und Sozialwissenschaften, Katholische und Evangelische Theologie unterstützt. (Schluß) gab/gg

Bereits am 15. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Vorlesungen: Diskussion über Ernst Karl Winter

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Kommenden Donnerstag, den 20. Oktober, findet im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses im Rahmen der Wiener Vorlesungen eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zu Unrecht vergessen und verdrängt. Ernst Karl Winter und die österreichische Nation“ statt. Die Moderation hat Gastprofessor Dr. Michel CULLIN übernommen. Am Podiumsgespräch nehmen Dr. Irene ETZESDORFER-PFABIGAN, Dkfm. Karl Hans HEINZ, Univ.-Prof. Dr. Gerhard JAGSCHITZ, Georg HOFFMANN-OSTENHOF und Dr. Viktor MATEJKA teil. Die Diskussion beginnt um 19 Uhr. (Schluß) red/bs

Edlinger: Unwissenheit der Hochschülerschaft führte zu ungerechten Vorwürfen und schadet wohnungssuchenden Studenten

Wien, 15.10. (RK-KOMMUNAL) „Die Österreichische Hochschülerschaft und insbesondere ihr Vorsitzender Szyszkowitz täten gut daran, sich über das neue Wiener Wohnbauförderungsgesetz erst einmal zu informieren, bevor aus Unwissenheit vollkommen ungerechtfertigte Vorwürfe gegen Beamte des Rathauses erhoben werden“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Samstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Der ÖH-Vorsitzende hatte in einer Presseaussendung am Mittwoch behauptet, daß Studenten künftig von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen seien, und der Gesetzesentwurf deshalb „ein sozialpolitischer Skandal“ sei. Dazu Stadtrat Edlinger: „Der Vorsitzende der Hochschülerschaft übersieht vollkommen, daß Studenten nach dem BISHER geltenden Wohnbauförderungsgesetz KEINEN ANSPRUCH auf eine geförderte Wohnung oder auf Wohnbeihilfe hatten, wenn sie ohne Einkommen waren. Hingegen ermöglicht gerade das neue Wiener Wohnbauförderungsgesetz nunmehr im § 11 Studenten und anderen Personen mit Einkommen, die unter den ASVG-Richtsätzen liegen, die Nutzung oder den Erwerb einer geförderten Wohnung, wenn von dritter Seite (also etwa den Eltern, aber auch anderen Personen) eine rechtsverbindliche Erklärung vorliegt, daß der Wohnungsaufwand übernommen wird. Das bedeutet daher insbesondere für Studenten keine Verschlechterung, sondern sogar eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation, weil sie bisher eben überhaupt keine geförderten Wohnungen erlangen konnten, und sich daher auch die Frage der Wohnbeihilfe nicht stellte. Mit vorschnellen und unrichtigen Beschuldigungen schadet der Vorsitzende der Hochschülerschaft also nicht nur seiner Organisation sondern auch den vielen wohnungssuchenden Studenten, die dadurch über diese neue Möglichkeit nicht wahrheitsgemäß informiert wurden“, meint Edlinger. (Schluß) ah/rr

Bereits am 15. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Erdberger Lände wieder für den Durchzugsverkehr offen

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Donaukanal Straße/B 227 erfolgt im Lauf des Dienstags, 18. Oktober, die Verkehrsfreigabe der Erdberger Lände. Im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten dieses Bauloses von 1,4 Kilometer Länge am rechten Donaukanalufer wurden insgesamt 20.000 Quadratmeter Fahrbahndecke in Beton ausgeführt, dazu eine 800 Meter lange Begleitfahrbahn mit 3.000 Quadratmeter Schwarzdecke und größtenteils gepflasterte Parkspuren im Ausmaß von 3.000 Quadratmetern. Die Globalkosten — getragen von Bund und Gemeinde — für dieses umfangreiche Straßenbauvorhaben betragen 41,2 Millionen Schilling. (Schluß)
pz/bs

Bereits am 16. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing

Wien, 17.10. (RK-BEZIRKE) Ein 25 Hektar großes Wohngebiet östlich des Lainzer Krankenhauses, das zum Großteil in der Zeit zwischen 1900 und 1935 bebaut wurde, soll einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erhalten. Das Plangebiet zwischen Wolkersbergenstraße, Versorgungsheimstraße und Speisinger Straße weist mit seinem großen Anteil an Gärten hohe Wohnqualität auf. Bei der Planung stehen daher folgende Ziele im Vordergrund: die Sicherung des erhaltenswerten Stadtbildes, der charakteristischen Straßenräume und von Flächen für öffentliche Einrichtungen, die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes, die Erhaltung der räumlich zusammenhängenden Hausgärten sowie die Sicherung des wertvollen Baumbestandes.

Der Entwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 17.10. (RK-BEZIRKE) Am kommenden Mittwoch, dem 19. Oktober, finden in folgenden Bezirken Sitzungen der Bezirksvertretung statt:

Innere Stadt: Um 14.30 Uhr im Alten Rathaus, 1, Wipplingerstraße, Festsaal.

Hietzing: Um 17 Uhr im Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1, Festsaal.

Brigittenau: Um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 20, Brigittaplatz 10, 2. Stock. (Schluß) smo/bs

Wiener Gemeinderat

Gedenken an Adolf Czettel

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Am Montag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen.

Einleitend gedachten die Gemeinderatsmitglieder des kürzlich verstorbenen Adolf Czettel. Der gelernte Maschinenschlosser gehörte von 1969 bis 1976 dem Wiener Gemeinderat an. Anschließend wurde Czettel in den Bundesrat und dann in den Nationalrat gewählt. Er war bis zu seinem Tod am 27. September 1988 Präsident der Wiener Arbeiterkammer und des Österreichischen Arbeiterkammertages sowie des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Weltausstellung

Bürgermeister Dr. ZILK gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß heute ein gemeinsamer Beschluß über die Weltausstellung 1995 gefaßt werde. Die Debatte darüber ist einziger Tagesordnungspunkt der Gemeinderatsitzung. In einer Zeit, in der viele Bürger das Gefühl haben, daß „nichts mehr geht“, und große Reformen zerredet werden, sei dies besonders bemerkenswert, sagte Zilk weiter. Die heutige Grundsatzentscheidung reiche bis ins Jahr 2000. Den Gemeinderäten gebühre Dank für ihre Entscheidung zugunsten der Weltausstellung, weil sie zeige, daß die Politik nicht nur Kampf, sondern auch Versöhnung und Suche nach Gemeinsamem sei. Es zeige sich damit auch, daß Nachgiebigkeit nicht mit Gesichtverlust gleichzusetzen sei. „Für uns ist die Weltausstellung keine Koketterie mit der Geschichte, sondern der Versuch, abseits bestehender Gesellschaftssysteme Vorschläge und Initiativen in die internationale Politik zu bringen“, formulierte Zilk und bezeichnete dies als praktische Mitteleuropapolitik. Der Wiener Gemeinderat stelle nun Weichen für eine neue Zukunft und zeige, daß Kompromisse über Gräben hinweg möglich sind, fügte der Bürgermeister hinzu.

In einer MITTEILUNG sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), die Weltausstellung bedeute die Chance zur Zusammenarbeit zwischen den Städten Wien und Budapest auf demokratischer und freiwilliger Ebene. Es sei dieses Ziel der Weltausstellung, das die Standortwahl entscheidend mitgeprägt habe. Wien leiste damit einen Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen den Städten und Staaten Mitteleuropas, zeige seine Konkurrenzfähigkeit und seinen Willen, in die Zukunft zu blicken. Der Standort Donauraum/Konferenzzentrum sei aufgrund seiner Attraktivität auch für die Besucher der geplanten Weltausstellung gewählt worden. Die Wiener haben den Donauraum als Freizeitbereich angenommen, und so soll er auch erhalten bleiben. Das prekäre Gleichgewicht zwischen Ökologie und Verbauung dürfe nicht gestört werden.

Obwohl das geplante Ausstellungsareal nicht sehr umfangreich sei, werde es den geplanten Anforderungen einer Weltausstellung gerecht werden und stelle eine große städtebauliche Chance dar. Die Weltausstellung habe eine eigenständige Funktion als Attraktion und Anziehungspunkt für Besucher aus der ganzen Welt zu erfüllen. Swoboda machte darauf aufmerksam, daß die heutige Entscheidung noch keine endgültige Lösung sein könne. Zahlreiche Probleme seien noch zu überdenken und zu lösen, vordringlich Fragen der Organisation des öffentlichen Verkehrs, Park- und Ride-Möglichkeiten für die EXPO-Besucher und die problematischen Bodenverhältnisse. Dies alles seien schwierige, aber keine unlösbaren Probleme. Swoboda wies auf die Verpflichtung zu einer kostengünstigen, sparsamen und verantwortungsbewußten Handlungsweise auch im Hinblick auf die Frage der Nachnutzung des EXPO-Geländes hin und forderte

Forts. von Blatt 2033

die Wiener Messe auf, Vorstellungen und Notwendigkeiten zu präsentieren, um sie in die Planung miteinzubeziehen. Er sei froh darüber, sagte Swoboda, daß nun auch das Nordbahnhofgelände in die Überlegungen miteinbezogen werden könne. Swoboda dankte den Bürgerinitiativen des 22. Bezirkes für die beispielhafte Gesprächsbasis bei der Diskussion über Probleme im Zusammenhang mit der Weltausstellung. Der Standortvorschlag, der im August dieses Jahres präsentiert worden war, sei kein Diktat, sondern eine Gesprächsgrundlage gewesen, unterstrich Swoboda. Man werde auch weiter Überlegungen anstellen müssen, welche Grünräume unangetastet bleiben müssen bzw. welchen quantitativen und qualitativen Ausgleich man im Falle einer andersartigen Nutzung anbieten könne. Bei der Papstwiese habe man den Wunsch der Bürger respektiert.

Die heutige Entscheidung, unterstrich Swoboda, bedeute kein Ende der Diskussion, sondern könne ein Anfang eines fruchtbaren Gedankenaustausches sein. Die Wiener Architektenschaft sei im Hinblick darauf zur Mitarbeit an diesem Projekt aufgerufen, damit man gemeinsam die beste Präsentation Wiens und Österreichs erreiche.

Man könne nicht übersehen, daß die Idee einer Weltausstellung derzeit bei der Wiener und österreichischen Bevölkerung in hohem Maße unpopulär sei, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Dennoch sei seine Partei bereit, Verantwortung mitzutragen, falls es möglich sei, Voraussetzungen zu schaffen, die man den Bürgern zumuten kann.

Die FPÖ habe Plänen, den Donaupark zu verbauen, von allem Anfang an eine klare Absage erteilt. Gesichert müsse werden, daß die Steuerzahler in keiner Weise belastet werden. Schließlich habe gerade Wien eine leidvolle Beziehung zu Großprojekten der Vergangenheit. Er habe allerdings feststellen müssen, daß diesbezügliche Vorsätze in letzter Zeit gelegentlich vergessen worden seien, und man sich mit einem gewissen Defizit abzufinden beginne. Budgetmittel könne es nur für Investitionen geben, die über die EXPO hinaus der Bevölkerung nützen. Bringeman das nicht fertig, werde sich die FPÖ klar dafür aussprechen, diese Show abzublasen. Dies werde aber nicht leichtfertig geschehen, weil man das Projekt einer Weltausstellung mit Budapest für eine faszinierende Aufgabe halte.

StR. Dr. BUSEK (ÖVP) bedauerte, daß bereits sehr viel Zeit verloren worden sei. Nun gelte es, die ganze Energie zu mobilisieren; damit könnte das beste Ergebnis für Wien erreicht werden. Die Weltausstellung selbst dürfe nicht als Selbstzweck betrachtet werden, die EXPO 1995 könnte vielmehr ein Motor zur Entwicklung von Wien und der gesamten Ostregion werden. Sollte die Weltausstellung lediglich eine gehobene „Bundesweinkost“ sein, dann wären alle Chancen verloren.

Busek erinnerte an die Standortdiskussion; dadurch sei der Idee der Weltausstellung Schaden zugefügt worden. Da für die Bewerbung ein breiter Konsens notwendig sei, akzeptiere die Volkspartei die nun vorgeschlagene Lösung. Nun sei es gelungen, die sogenannte Papstwiese zu erhalten; es sei vorgesehen, den Schandfleck im Wiener Stadtbild, den Nordbahnhof, zu revitalisieren, und die private Planungs-Errichtungs- und Betriebs-ges.m.b.H. sei eine vernünftige Basis für einen Kompromiß. Allerdings, so Busek, müßten noch viele Unterlagen erarbeitet werden, wie etwa ein ÖBB-Konzept für Wien, ein Verkehrskonzept mit Park-and-Ride-Plätzen, ein Sportstättenkonzept u.a..

Die Weltausstellung selbst dürfe dem Steuerzahler nichts kosten. Allerdings müssen Steuermittel für vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen aufgebracht werden. Ein internationaler Ideenwettbewerb für die geplante Weltausstellung könne auch internationale Qualität nach Wien bringen, schloß Busek.

Forts. auf Blatt 2035

Heute könnten wir eine Sternstunde des Gemeinderates erleben, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ). Der ÖVP warf Mayr in der Standortfrage eine unklare Linie vor. Diese Weltausstellung müsse auch nach ihrer Abhaltung noch die Zustimmung der Wiener Bevölkerung finden. Auch wenn es nicht leicht sei, manche Entscheidungen, durch die einzelne belastet werden, durchzusetzen, müsse eine politische Einigung auch darin zum Ausdruck kommen, daß auch schwierige Probleme gemeinsam gelöst werden. Zum geplanten Ankauf des Nordbahnhofes durch die Stadt Wien meinte Mayr, dies allein wäre ihm als Erfolg zuwenig: Von den ÖBB forderte Mayr, nicht nur den Nordbahnhof, sondern auch den Nordwestbahnhof und teilweise den Westbahnhof für eine innerstädtische Stadtentwicklung zur Verfügung zu stellen.

Zu einer Planungs- und Errichtungsgesellschaft erklärte Mayr, er träume davon, bereits 1994 eine Generalprobe abhalten zu können, um offene Probleme zu lösen. Das sei nur möglich, wenn alle Agenden in einer Hand vereinigt sind. An dieser Gesellschaft wird die Wiener Messe maßgeblich beteiligt sein. Der Vizebürgermeister kritisierte, daß sich außer den Sozialisten niemand Gedanken darüber gemacht habe, was mit diesem Gelände nach der Weltausstellung geschehen soll. Er, Mayr, habe dazu einen internationalen Vergleich in Auftrag gegeben.

Die Sozialisten treten mit Nachdruck für die Nutzung dieser großen Chance für Wien und die Ostregion ein. Mayr sprach sich für eine Politik der offenen Grenzen und für das Gespräch mit den Anrainerstaaten im Osten und Süden aus. Die Liberalisierung zwischen Österreich und Ungarn müsse um bessere Kontakte zur CSSR erweitert werden. „Ich bin Europäer und Bürger eines gemeinsamen Europas“, formulierte Mayr. Er bekenne sich zu einem größtmöglichen Naheverhältnis zur EG, aber die ÖVP übersehe in ihrer Euphorie, daß der Beitritt für zwei Drittel der kleinen Gewerbetreibenden lebensbedrohend sei. Europa ende nicht am Eisernen Vorhang. Das Ja zur EG müsse auch das Ja zu den Anrainerstaaten im Osten einschließen.

„Wir sind bereit, für eine große Idee einzutreten und keine Sparweltausstellung zu veranstalten, wir müssen aber auch sorgfältig darauf achten, daß nicht nachher der Katzenjammer steht“. Das Ziel müsse ökonomisch vertretbar sein. Abschließend appellierte Mayr, die Gunst der Stunde zu nützen, kleinliche Aufregungen zurückzustellen und die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Chancen zu nützen.

Stadtrat Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete den Vaterschaftsstreit um die Idee der Weltausstellung als nicht sehr nützlich. Jedenfalls sollte nicht der Steuerzahler auf den Alimenten sitzenbleiben. Die FPÖ stehe einer Weltausstellung in Wien positiv gegenüber, weil positive Auswirkungen zu erwarten sind: Imagewerbung, städtebauliche und wirtschaftliche Chancen. Aber die Vorbereitung sei bisher miserabel gelaufen, heute identifizieren sich weniger Bürger mit der Idee einer Weltausstellung als vor einem Jahr. Man müsse den Bürgern erläutern, daß die Weltausstellung auch ein wirtschaftlicher Erfolg werden kann. Für die wirtschaftliche Abwicklung sollten die besten Leute, eventuell im Wege einer Ausschreibung, gefunden werden. Die künftige Gesellschaft soll ein Finanzierungskonzept vorlegen, damit der wirtschaftliche Erfolg gesichert wird. Wenn auch Vancouver und Brisbane nicht unmittelbar mit der geplanten Wiener Weltausstellung vergleichbar sind, sollte doch deren wirtschaftlicher Erfolg Vorbild für Wien sein. Wenn er nicht erreicht wird, würde das für Österreich in der Welt einen Prestigeverlust bedeuten.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) bedauerte einleitend, daß es Vizebürgermeister Mayr gelungen sei, eine Disharmonie in die heutige Debatte einzubringen. Die ÖVP werde nicht „mitnaschen“, sondern zum Wohle aller mitarbeiten. Der Ideen- und Gestaltungswettbewerb sollte international sein, die österreichischen Architekten bräuchten sich nicht zu verstecken. Es gilt nun, die

Forts. von Blatt 2034

Forts. auf Blatt 2036

internationale Bedeutung von Wien herauszustreichen und die städtebauliche Entwicklungschance zu ergreifen. Als Schönheitsfehler bezeichnete es der ÖVP-Klubobmann, daß das Au-Restaurant in ein Chinesisches Großrestaurant umgewandelt werde. Gerade im unmittelbaren Bereich des Weltausstellungsgeländes sollte man eher das gastronomische Flair der österreichischen Küche bevorzugen. Die Weltausstellung kann zum Symbol der friedlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost werden. Dazu braucht man auch eine breite Akzeptanz der Öffentlichkeit, die Information müsse verstärkt werden.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) verwies darauf, daß die Weltausstellung für die Entwicklung Wiens von großer Bedeutung sei. Der nun vorgeschlagene Standort sei ein Ausdruck für das Bemühen der SPÖ, zu einem Konsens zu kommen. Es müsse klar und deutlich gesagt werden, daß mit den vorhandenen Mitteln sparsam umgegangen werden müsse; es gehe darum, Vorhandenes zu nutzen und Investitionen vorzuziehen. Die Weltausstellung müsse sich selbst finanzieren. Der heutige Vorschlag sei das Ergebnis eines Dialoges und eines Kompromisses. Es sei notwendig, alle Kraft dieser Stadt und des ganzen Landes miteinzubeziehen. Das Jahr 1995 biete auch Anlaß zum historischen Gedenken: 20 Jahre Schlußdokument der KSZE-Konferenz in Helsinki, 50 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 50 Jahre Zweite Republik und — bevorstehend — 1000 Jahre Österreich. Er erwarte sich nicht nur einen Innovationsschub, sagte der SPÖ-Klubobmann, er erwarte sich eine geistige und kulturelle Internationalisierung, ein Klima der Toleranz und der Offenheit gegenüber anderen. Daher bedauere er die Engstirnigkeit seines Vorredners bezüglich des Au-Restaurants. Offenheit und Toleranz fordere nicht nur Worte, sondern auch Taten.

Ing. Svoboda brachte den gemeinsamen BESCHLUSS-(RESOLUTIONS)-ANTRAG ein, der von den Klubobmännern der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien unterzeichnet ist:

BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderatsmitglieder

Ing. Karl SVOBODA, Dr. Günther GOLLER, Dr. Erwin HIRNSCHALL und Genossen betreffend die gemeinsame Bewerbung von Wien und Budapest um eine im Jahre 1995 auszurichtende Weltausstellung.

„Österreich und Ungarn haben ihre Absicht erklärt, 1995 eine gemeinsame Weltausstellung durchzuführen.

Die in den beiden Metropolen Wien und Budapest geplante Weltausstellung soll zu einem prägenden Ereignis an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend werden. Es ist das erste Mal, daß zwei Staaten — noch dazu mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen — bei der Durchführung einer solchen Veranstaltung zusammenarbeiten wollen. Aus dieser Zusammenarbeit können politische, kulturelle und wirtschaftliche Impulse entstehen, die — ganz im Sinne der in der KSZE-Schlußakte formulierten Zielsetzung — über den unmittelbaren Anlaß hinaus den Dialog sowohl der Großmächte als auch der europäischen Staaten weiter intensivieren. Die geplante Weltausstellung könnte ein historisches Ereignis in dieser Entwicklung sein.

Die gefertigten Gemeinderatsmitglieder stellen daher gemäß § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Beschluß-(Resolutions-)Antrag:

- A) Für die Bewerbung Wiens beim Bureau International des Expositions (BIE) in Paris zur Abhaltung der EXPO '95 wird der Standort DONAU-RAUM/KONFERENZZENTRUM zugrunde gelegt. Für die bestmögliche Situierung und Gestaltung des Raumprogrammes muß ein internationaler Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden. An den vorgeschlagenen Standort werden folgende Anforderungen gestellt, die auch den Ausschreibungsbedingungen zugrunde gelegt werden müssen:

Forts. von Blatt 2035

Forts. auf Blatt 2037

- 1) Der zentrale Bereich der Weltausstellung ist mit dem Konferenzzentrum zu verknüpfen.
Entsprechend den bisherigen städtebaulichen Zielsetzungen sollen UNO-City und Konferenzzentrum als „baulicher Akzent in einer Grünlandschaft“ erlebbar bleiben (Aussicht vom Konferenzzentrum auf die Stadt und die Hügellandschaft).
Der öffentliche Zugang von der Wagramer Straße in den Donaupark muß attraktiv gestaltet und auch während der Ausstellung (Messe) offengehalten werden.
Die Trennwirkung der Donauuferautobahn und der Rampe der IAKW-Zufahrt soll reduziert, der Donaupark und das Ausstellungsgelände an das linke Ufer der Neuen Donau herangeführt werden.
- 2) Die Papstwiese ist — so wie der Donaupark insgesamt — von jeder Bebauung freizuhalten und nicht Teil des vorgeschlagenen Standortes.
- 3) Die Erweiterungsmöglichkeiten der UNO-City sind ohne Inanspruchnahme des Donauparks vorzusehen.
- 4) Für die in Anspruch genommene Fläche, auf der derzeit u.a. die Eishalle steht und die „Grünland-Erholungsgebiet, öffentliche Parkanlage“ (EpK) gewidmet ist, muß im Einvernehmen mit dem Bezirk eine Ersatzgrünfläche (bzw. Ersatzgrünflächen) bereitgestellt und gewidmet werden.
Der neue Standort der Eishalle ist im Einvernehmen mit dem Bezirk festzulegen.
- 5) Die Erschließung durch den öffentlichen und den Individualverkehr muß sowohl auf Dauer der Weltausstellung als auch für die Nachnutzung gesichert sein (vor allem Adaptierung der U 1 zur Leistungssteigerung). Die an den Standort angrenzenden Wohn-, Siedlungs- und Freizeitgebiete sind vom Besucherverkehr der Ausstellung freizuhalten.
- 6) Als Nachnutzer ist die „Wiener Messe“ in Aussicht genommen. Die Wiener Messe wird aufgefordert, umgehend ein international konkurrenzfähiges Konzept über die Erfordernisse eines erfolgreichen, künftigen Messebetriebes vorzulegen (u.a. Ausstellungsfläche, Raumhöhe, Bedienung, Zugänglichkeit und Folgeeinrichtungen), wobei auf diese Erfordernisse bei der Gestaltung des Weltausstellungsgeländes Bedacht zu nehmen ist.

Im Rahmen des internationalen Ideenwettbewerbes zur Weltausstellung sollen Vorschläge über die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Achse Praterstern — Kagran (unter Einbeziehung des Nordbahnhof-Geländes inklusive Teilgebiet entlang Lassallestraße) eingebracht werden.

In diesem Zusammenhang können auch Ideen vorgelegt werden, die mögliche funktionelle Zusammenhänge zwischen dem Standort „Donauraum/Konferenzzentrum“ und dem Bereich „Nordbahnhof“ aufzeigen.

Weiters können auch städtebauliche Bezüge zu den übrigen Bereichen des Donauraumes (z. B. Ortskerne) in die Vorschläge einbezogen werden.

Auf der Grundlage des Ergebnisses dieses Ideenwettbewerbes ist in weiterer Folge ein internationaler Gestaltungswettbewerb für die Weltfachausstellung auszuschreiben.

Die Verhandlungen mit den ÖBB zum raschest möglichen Ankauf des „Nordbahnhof-Geländes“ sind so bald wie möglich zu finalisieren und das Ergebnis dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Auf Grundlage des Ideenwettbewerbes ist eine städtebauliche Bearbeitung (Gestaltungswettbewerb, Gutachterverfahren, etc.) durchzuführen.

- B) Der Wiener Stadtsenat wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit Wien, alle Maßnahmen zu ergreifen, die national und international zielführend sind, die gemeinsame Bewerbung

Forts. von Blatt 2036

Forts. auf Blatt 2038

von Wien und Budapest um eine Weltausstellung im Jahre 1995 zu unterstützen.

Der Wiener Gemeinderat geht davon aus, daß eine eigenständige nationale Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft geschaffen wird, sobald eine positive Entscheidung des B.I.E. über die Erteilung des Zuschlages an Wien und Budapest abzusehen ist (spätestens Jänner 1989). Aufgabe dieser Gesellschaft wird es unter anderem sein, ein Finanzierungskonzept auszuarbeiten.

In diesem Zusammenhang sind die organisatorischen Voraussetzungen (z. B. Beiräte) zu schaffen, die garantieren, daß sowohl den städtebaulichen als auch den künstlerisch-gestalterischen Anforderungen entsprochen wird.

Weiters soll eine mit den Ungarn gemeinsam zu errichtende Tochtergesellschaft das internationale Marketing in all jenen Bereichen übernehmen, in denen gemeinsame österreichisch-ungarische Interessen vorhanden sind.“

Mag. KABAS (FPÖ) sagte, die Zustimmung der FPÖ bedeute keinen Blankoscheck für die Weltausstellung und auch keine generelle Akzeptanz. Er erwarte sich nach dem chaotischen Anfang endlich eine geordnete Arbeit. Fehler, wie die schiefgelaufene Bewerbung in Paris, die schiefgelaufene Standortdiskussion und die schiefgelaufene Diskussion, ob eine Volksbefragung über die Weltausstellung stattfinden soll, dürften künftig nicht mehr passieren. Kabas kritisierte, daß ein Finanzierungskonzept bis heute nicht einmal in den Grundzügen vorliege. Er betonte, daß die eigentliche Weltausstellung nicht aus öffentlichen, sondern allein aus privatwirtschaftlichen Mitteln finanziert werden müsse. Als Variante, um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten, machte er den Vorschlag, daß Lotto und Toto außerordentliche Spielrunden durchführen, deren Ertrag der Finanzierung der Weltausstellung zugute kommen sollte. Trotz aller bisher aufgetretenen Probleme stelle die Weltausstellung eine Chance für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt, der Region und von ganz Österreich dar.

Neue Wirtschaftsdaten zeigen, daß die Wiener Wirtschaft hinter der Wirtschaft anderer Bundesländer nachhinkt, stellte GR. Dr. MAIER (ÖVP) fest. Zum vorgesehenen Thema, „Brücken in die Zukunft“, erinnerte er daran, daß sich Wien in der Vergangenheit im Bereich der Brücken nicht mit Ruhm bekleckert habe. Eine Weltausstellung in Wien würde in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen Effekte bringen — nicht zuletzt auch durch eine Innovations- und Technologieausstellung, die Minister Tuppy demnächst im Detail ankündigen wird. Zur Nachnutzung durch die Wiener Messe sagte Maier, er vermisse immer noch ein klares Raum- und Inhaltskonzept. Er halte im übrigen eine Verknüpfung von Messe und Konferenzzentrum für vernünftig, es müsse jedoch gewährleistet sein, daß die Betriebskosten des Konferenzentrums wie bisher vom Bund und nicht von der Stadt Wien getragen werden.

Nachdem man nun Einigung über den Weltausstellungsstandort erzielt habe, erklärte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), stehe die Wirtschaftsfrage im Vordergrund. Die Weltausstellung sei als verbindendes Element gedacht und dürfe nicht einem Selbstzweck huldigen. Man erwarte, sie auch für einen Investitionsschub in der Ostregion Österreichs nutzen zu können. Trotzdem sei die Veranstaltung der Weltausstellung unter dem Aspekt größter Sparsamkeit zu sehen, was nicht bedeute, daß sie kleinlich konzipiert sein dürfe. Die EXPO müsse mit Würde und Großzügigkeit und unter Ausnutzung des maximalen Wertschöpfungseffektes durchgeführt werden. Ziel der Weltausstellung sei ein auch finanzieller Gewinn für Wien und ganz Österreich.

Am Ende der Weltausstellung zähle, sagte GR. PRINZ (FPÖ), was unter dem Strich bleibe. Diese Zahl dürfe aber nicht rot sein. Ein Erfolg der Welt-

Forts. von Blatt 2037

Forts. auf Blatt 2039

ausstellung könne dementsprechend nur unter Berücksichtigung aller ökonomischen Gesichtspunkte angepeilt werden. Prinz forderte rechtzeitige und umfangreiche Sanierungskonzepte für die Gestaltung des betroffenen Bezirkes und die Zurverfügungstellung von ausreichenden Beratungs- und Sanierungsinstrumentarien. Angebracht seien Revitalisierungsprogramme für alte Ortskerne und Überlegungen bezüglich gründerzeitlicher Maßnahmen im dichtverbauten Gebiet. Der Ersatz für die Eishalle solle auch kulturell nutzbar sein. Man müsse, sagte Prinz abschließend, die Probleme gemeinsam meistern, für großkoalitionäre Absprachen bei der Durchführung der Weltausstellung dürfe kein Platz sein.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) sieht in der Weltausstellung eine einmalige Chance für den Donauraum. Die ÖVP verlange umgehend Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen über den Ankauf auch des Nordwestbahnhofes und des Brigittenauer Frachtenbahnhofes. Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb für dieses mehr als 100 Hektar große Areal soll die besten Nutzungsmöglichkeiten aufzeigen. Dafür gebe es schon seit langem einen Antrag der ÖVP. Unter anderem möchte sie die Öffnung des Nußdorfer Quellschutzgebiets für die Bevölkerung, die Ausgestaltung des Bezirkszentrums Allerheiligenplatz, die Attraktivierung des Mexikoplatzes und des Gebietes um die Reichsbrücke, die Ausgestaltung der Engerthstraße zu einem Boulevard und den raschest möglichen Ersatz der Donauparkhalle durch einen Neubau. Überdies wäre ein Sportstättenkonzept für Wien auszuarbeiten. Die Weltausstellung solle der Treibsatz für längst überfällige Projekte sein.

GR. KÖNIG (SPÖ) erklärte, die Leopoldstadt sei von dem Projekt eminent betroffen. Der Nordbahnhof sei ein schlafender Schandfleck und ein Relikt eines wichtigen Verkehrsknotens, eine „Wüste Gobi“ der Stadtentwicklung. Mit dem Nordbahnhof sind die Leopoldstädter zutiefst verwurzelt, und es sei zu hoffen, daß der heutige Beschluß die besten, kreativsten und menschlichsten Architekten beflügeln werde, aus diesem Gelände etwas Epochales zu machen. Die Anliegen der Bevölkerung sollen im höchsten Maß angehört werden. Von den Plänen für den Nordbahnhof solle die Stadt profitieren, nicht irgendwelche wichtigen oder unwichtigen „Väter“. Thema der Weltausstellung werden, so König, Kunst und Kultur unseres Landes sein. Technologie besitze hohen Unterhaltungswert und präsentiere ein schönes Zukunftsflair. Nicht übersehen werden dürfe auch eine neue Dimension, nämlich die Form des menschlichen, sozialen Zusammenlebens, denn hier liege eine große humane Innovation vor uns. Die Weltausstellung müsse aber auch die traditionsreiche Sozialpolitik hervorheben. Wenn die Wirtschaft europareif werden solle, dann müsse man dies auch für die Behindertenpolitik verlangen.

Brücken für die Zukunft heißt auch, Brücken für ein soziales, integriertes und menschliches Miteinander zu schlagen, schloß König.

GR. FÜRST (ÖVP) meinte, er erhoffe sich durch die geplante Weltausstellung große Impulse für die Stadt und die ganze Region. In den Gebieten am linken Donauufer seien aber viele Versäumnisse gutzumachen. Über das Park-and-Ride-Konzept sei zwar viel geredet worden, die Verwirklichung dauere aber bereits zu lange. Genügend Stellplätze seien aber die Schlüsselvoraussetzung zur Forcierung des öffentlichen Verkehrs. Fürst erinnerte an den Grundsatzvertrag zwischen dem Bund und Wien aus dem Jahr 1986 und kritisierte die ÖBB, weil es bisher noch nicht gelungen sei, sich über die Aufteilung der Erhaltungskosten zu einigen. Links der Donau bestehe die Chance, ein Ambiente für die Weltausstellung zu schaffen, wozu etwa die Gestaltung der Zentren, der alten Ortskerne und die Sanierung der Alten Donau zählen.

Der Donaustädter Bezirksvorsteher SCHULTZ (SPÖ) verwies darauf, daß der 22. Bezirk bei der Standortfrage keine Kirchturmpolitik betrieben habe. In einem einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung sei ein deutliches

Forts. von Blatt 2038

Forts. auf Blatt 2040

„JA“ zur Weltausstellung ausgesprochen worden. Er sei dankbar dafür, daß die Meinung seines Bezirkes gehört und nicht überhört wurde. Es war eine konstruktive Diskussion, ein echter Meinungs austausch. Zugleich warnte Schultz davor, die Bürgerinitiative, der er ausdrücklich für ihre Aktionen dankte, parteipolitisch inhalieren zu wollen. Eines der Hauptprobleme der Weltausstellung sei sicher die Verkehrsfrage, sagte Schultz. Hier gelte es, kein autogerechtes, sondern ein menschengerechtes Gelände zu schaffen. Der öffentliche Verkehr habe Vorrang. Der Ersatzstandort für die Eishalle werde im Einvernehmen mit der Donaustadt zu finden sein. Er appellierte an das Verständnis aller, daß die Eishalle auch künftig im 22. Bezirk sein soll, und zwar nach Möglichkeit im Bereich der U-Bahn, um für alle Wiener gut erreichbar zu sein.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, die Weltausstellung sei eine „Trägerrakete“, um den politischen Alltag zu überwinden. Sie bedeute aber auch Anstrengung, neue Methoden und Denkanstöße zu finden. Zur langen Diskussion um die Standortfrage sagte Hawlik, man hätte zuerst den Inhalt der Weltausstellung festlegen sollen. Er wolle schon jetzt dringend empfehlen, bei allen Gesprächen auf Umweltfragen nicht zu vergessen. Bedauerlicherweise werde es auch bei einer Sanierung der Deponie Donaupark nur möglich sein, den Schaden stationär zu halten. Das geplante Thema der Weltausstellung bedeute auch eine geistige Öffnung — damit wir uns gegenüber dem östlichen Partner als westliche Demokratie beweisen können.

Die geplante Weltausstellung sei von der Donauraumplanung nicht zu trennen und werde weitreichende Auswirkungen auf das Gebiet nördlich des Pratersterns haben, sagte GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ). Daher müsse es ein klar strukturiertes Arbeitsprogramm geben, das in den Wohngebieten Kaisermühlens beginnt und über Kagran und Stadlau bis in die dörflichen Bereiche führe. Es sei bereits viel für die Erhaltung alter Ortskerne geschehen — Musterbeispiel sei die Dorferneuerung Stammersdorf —, und auch künftig müßten zusammenhängende Fragen bezirksübergreifend behandelt werden.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) sagte, vor allem im Bereich der Infrastruktur, die nicht sehr schnell veränderbar sei, sondern langfristige Planung erfordere, sei eine Liste aller bis zur Weltausstellung zu tätigen Investitionen nötig. Dies betreffe nicht nur Projekte, die von der Stadt Wien allein durchgeführt werden müßten, sondern auch Investitionsmaßnahmen wie die Anschaffung weiterer U-Bahn-Garnituren oder die Fertigstellung der Ostautobahn nach Ungarn. Damit die Weltausstellung keine „Wegwerfweltausstellung“ werde, sei es auch dringlich, sich über ein umfassendes Verkehrskonzept im Bereich Bahn, Schifffahrt, Flugverkehr und Individualverkehr schlüssig zu werden. An die ÖBB habe Wien große Wünsche in bezug auf den Nordbahnhof und andere Bereiche, die von Wien angekauft werden sollten. Wien habe in diesem Zusammenhang auch Vorgaben an die ÖBB zu erarbeiten, sowohl was das Güterverkehrskonzept als auch den Personenverkehr betreffe. Dabei müßten auch Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigt werden.

In seinem Schlußwort dankte Planungsstadtrat Dr. SWOBODA für die vielen Debattenbeiträge. Zur Frage der Gültigkeit von Vorschlägen von Jurys oder Kommissionen meinte der Stadtrat, daß derartige Empfehlungen keineswegs als sakrosankt gelten, die Entscheidungen habe der Gemeinderat nach ausführlichen Diskussionen zu treffen. Selbstverständlich trete er persönlich für einen internationalen Wettbewerb ein, ob dies auch formell möglich sei, sei eine Zeitfrage. Zum Thema Mitteleuropa sagte Dr. Swoboda, man müsse dies zukunftsorientiert sehen und dürfe sich nicht nostalgischen Sehnsüchten nach der Monarchie hingeben. Der Gedanke „Mitteleuropa“ sei auch nicht im Gegensatz zu unseren Bestrebungen hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Von der Wiener Messe müsse ein Nachnutzungskonzept vorgelegt werden..

Forts. von Blatt 2039

Forts. auf Blatt 2041

Er könne derzeit noch kein ausgereiftes Konzept vorlegen, aber er lege Wert darauf, daß ein solches gemeinsam erarbeitet werde, mit viel Fantasie und mit vielen Ideen. Entsprechend dem Thema der Weltausstellung „Brücken in die Zukunft“ gebe er auch die Idee einer „Brücke“ über Donau und Neue Donau noch nicht auf, vielleicht sei das möglich, aber wenn, dann nur in einer „sanften Form“, es dürfe kein teures Wegwerfprodukt sein.

Eine Internationalität erfordere auch ein Klima der Freiheit und der Toleranz. Er sei zuversichtlich, daß dann eine Weltausstellung in der Bevölkerung ankomme.

Zur Verkehrsfrage stellte Swoboda fest, daß Park-and-Ride-Stellplätze sowohl für die Weltausstellung als auch für die Messe und für den Berufsverkehr unbedingt nötig seien. Genügend Stellplätze wären eine Chance, den öffentlichen Verkehr zu forcieren. Manche Kritik an den Österreichischen Bundesbahnen sei richtig. Die Gesprächsbasis mit dem dafür zuständigen Minister Streicher sei gut, sagte Dr. Swoboda, und er habe den Eindruck, daß die ÖBB bereit seien, offen mit den Wiener Stellen zu verhandeln. Das gelte sowohl für den Zentralbahnhof als auch für den Frachtenbahnhof und das gesamte ÖBB-Konzept. Gegenüber Bezirksvorsteher Schultz aus der Donaustadt versicherte Dr. Swoboda, daß alles daran gesetzt werde, daß die negativen Probleme, die die Messe derzeit im 2. Bezirk habe, nicht in die Donaustadt transferiert würden.

Die heutige Gemeinsamkeit sei keine Koalition, auch keine Bereichskoalition, betonte Swoboda. Der gemeinsame Beschluß zeige, daß alle Parteien gemeinsam vorgehen wollen, ohne ihre unterschiedlichen Positionen aufzugeben. Damit sei es auch möglich, eine Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, schloß Swoboda.

ABSTIMMUNG: Der gemeinsame Beschluß- und Resolutionsantrag wurde einstimmig angenommen. (Schluß) fk/rr

Forts. von Blatt 2040

Zilk und Pasterk besichtigten Weigel-Ausstellung

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Gemeinsam mit Hans WEIGEL besichtigten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Montag die Ausstellung über Leben und Werk des bedeutenden Schriftstellers in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Die Ausstellung, die anlässlich des 80. Geburtstages von Hans Weigel zusammengestellt wurde, ist noch bis Ende Oktober in der Stadt- und Landesbibliothek im Rathaus zu sehen. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 18. Oktober 1988

Blatt 2043

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Nora-Hiltl-Hof im 13. Bezirk (2044)
- Brigittenau: Einbahn wird umgedreht (2044)
- Ausstellung über Schul-Aktivitäten zum Gedenkjahr 1988 (2045)
- Westausfahrt ab 24. Oktober wieder frei (2047/2048)
- Verkehrsbetriebe: 25 Linienverbesserungen im Jahr 1989 (2049-2053)
- Rund-um-Wien-Wanderweg lädt zur Herbstwanderung (2054)

Bezirke:

- Neue Flächenwidmung in Siebenhirten (2046)
- Abänderung des Flächenwidmungsplanes in Simmering (2046)

Nora-Hiltl-Hof im 13. Bezirk

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Wohnhausanlage in Wien 13, Anton-Langer-Gasse 37, wird in „Nora-Hiltl-Hof“ benannt. Die offizielle Benennung erfolgt am Mittwoch, dem 19. Oktober, um 15 Uhr, im Rahmen einer kleinen Feier mit Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER.

Dr. Nora Hiltl war Mittelschullehrerin in Wien, geriet jedoch bald in Konflikt mit dem NS-Regime und mußte aus dem Schuldienst ausscheiden. Während der Nazi-Zeit war sie mehrmals in Haft. Von 1945 bis 1969 gehörte sie als Mandatarin der ÖVP dem Wiener Gemeinderat an. Von 1969 bis 1970 war sie Mitglied des Bundesrates. Nora Hiltl engagierte sich besonders in der Kultur- und Sozialpolitik. In den Nachkriegsjahren initiierte sie eine Reihe von Hilfsaktionen. Nach ihrer Pensionierung schloß sie 1975 ein Studium mit dem Dokortrat der Philosophie ab. Dr. Nora Hiltl starb am 2. Jänner 1979 in Wien. (Schluß) ger/rr

Brigittenau: Einbahn wird umgedreht

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) In der Wohnstraße Greiseneggergasse im 20. Bezirk wird ab 20. Oktober die Einbahnführung umgedreht. Sie wird dann aus verkehrstechnischen Gründen von der Dammstraße in Richtung zur Hartlgasse befahrbar sein. Damit wird einem Wunsch der Bezirksvertretung entsprochen. (Schluß) roh/gg

Ausstellung über Schul-Aktivitäten zum Gedenkjahr 1988

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Über die zahlreichen Aktivitäten, die im Gedenkjahr 1938 — 1988 an Wiener Schulen durchgeführt wurden, informiert eine Ausstellung im Pädagogischen Institut, 7, Burggasse 14-16. Die Schau ist von Donnerstag, den 20. Oktober, bis Freitag, den 28. Oktober, wochentags von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Insgesamt hatten sich 48 Wiener Schulen mit den Ereignissen auseinandergesetzt. Ihre Aktivitäten werden nun einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Neben der Ausstellung findet eine Reihe von Diskussionen, Referaten und Gesprächen mit Wissenschaftlern und Betroffenen statt.

Die Ausstellung bildet den Schlußpunkt der Aktion „1938 — gedenken — denken — tun — 1988“, die das Projektzentrum am Pädagogischen Institut der Stadt Wien durchgeführt hat. Der Besuch ist ohne Anmeldung möglich, eine Führung kann unter der Rufnummer 92 62 22/22 DW vereinbart werden. (Schluß) red/rr

Neue Flächenwidmung in Siebenhirten

Wien, 18.10. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet rund um den sogenannten Schellensee in Liesing-Siebenhirten ist ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgesehen. Damit sollen die kleinteilige Bebauungsstruktur, das ortsübliche Erscheinungsbild, die räumlich zusammenhängenden Hausgärten sowie alter Baumbestand gesichert werden. Überdies sollen die Grünlandbereiche als Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel, Ländliches Gebiet und Erholungsgebiet mit Badehütten differenziert festgelegt werden.

Die Planänderung betrifft das Areal zwischen Halauskgasse, Kellerberggasse, Schellenseegasse, Auf der Schanz und Stadtgrenze. Der Planentwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, während der Dienststunden zur Einsicht und Stellungnahme öffentlich auf (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr). (Schluß) smo/gg

Abänderung des Flächenwidmungsplanes in Simmering

Wien, 18.10. (RK-BEZIRKE) Ein bisher für den Straßenausbau vorgesehenes Areal in der Awarenstraße in Simmering wird aufgrund des nun vorliegenden „Generellen Projektes“ nicht mehr benötigt. Die freigewordene Fläche soll für den Ausbau der angrenzenden Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe zur Verfügung gestellt werden.

Der Entwurf für diese Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes liegt vom 20. Oktober bis 17. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Westausfahrt ab 24. Oktober wieder frei

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag mitteilte, wird die Wiener Westausfahrt am **Montag, dem 24. Oktober, um 14 Uhr** für den Verkehr freigegeben und damit einen Monat früher als ursprünglich geplant wieder unbehindert befahrbar sein.

Bei der Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt im Bereich zwischen St.-Veiter-Brücke und Knoten Auhof handelte es sich nicht zuletzt auf Grund der Gesamtlänge der Baustelle von mehr als 3,5 Kilometer sowie wegen der umfangreichen Verkehrsmaßnahmen um das größte Brückeninstandsetzungsvorhaben im Wiener Raum. „Die Verkürzung der Bauzeit war in Anbetracht der kompletten Instandsetzungsarbeiten durch konsequent ablaufende, ineinandergreifende Arbeitsschritte möglich“, sagte Hatzl dazu.

Kosten

Für die Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt waren auch umfangreiche Vorleistungen erforderlich, wie zum Beispiel der Neubau der St.-Veiter-Brücke über den Wienfluß im Herbst 1987, die Errichtung von Fußgängerersatzstegen etc.

- Neubau der St.-Veiter-Brücke: 11 Mio S
- insgesamt fünf provisorische Fußgängerstege: 2,5 Mio S
- diverse Verkehrsmaßnahmen
(Lichtsignalanlagen, Bodenmarkierungen): 1 Mio S
- Generalinstandsetzung der Westausfahrt: 51 Mio S

Technische Daten

- | | |
|--|-----------------------|
| • Vier Stützmauern
Instandsetzung und teilweise Neuerrichtung | 650 m |
| • Zwei Kragtragwerke
Instandsetzung bzw. Verstärkung | 7.300 m ² |
| • Fünf Brückenobjekte
Generalinstandsetzung | 10.200 m ² |

Bauzeit deutlich verkürzt

Als Gesamtbauzeit waren zehn Monate (Baubeginn war 8. Februar 1988), als Maximaldauer der Sperre waren neun Monate (23. Februar bis 22. November 1988) vorgesehen. Obwohl infolge unvorhersehbar gewesener Schäden der Bauumfang um fast 50 Prozent größer war als ursprünglich angenommen, konnte durch intensiven Arbeitseinsatz und entsprechende Koordinierung eine deutliche Verkürzung der Bauzeit erzielt werden.

So wurde der zirka 1,5 Kilometer lange Abschnitt zwischen St.-Veiter-Brücke und Hütteldorfer Brücke bereits am 25. August dem Verkehr übergeben. Im Anschluß daran wurde noch vor dem Schulbeginn die Guldenbrücke mit einem neuen Fahrbahnbelag versehen. Für den Restbereich werden die Arbeiten nunmehr am 24. Oktober abgeschlossen, und noch am gleichen Tag um 14 Uhr, also vor dem Einsetzen der Nachmittagsspitze, erfolgt die Verkehrsfreigabe. Damit wurde auch die Gesamtbauzeit trotz des wesentlich erhöhten Umfangs der Arbeiten um rund einen Monat unterschritten.

Sonstige Maßnahmen

Im Zuge der Generalinstandsetzung der Westausfahrt wurden auch Arbeiten anderer Dienststellen durchgeführt. Größtes Vorhaben war die Errichtung einer Wendegleisanlage durch die Wiener Stadtwerke - Verkehrsbetriebe. Der Bauablauf war mit den Bauarbeiten der Magistratsabteilung 29

so abgestimmt, daß auch eine vorzeitige Fertigstellung der Wendegleisanlage erreicht werden konnte.

Außerdem wurde im Bereich von der Brudermannngasse bis zum Bahnhof Hütteldorf der vorhandene überalterte Gasrohrstrang aus Gußrohren gegen solche aus Stahl getauscht.

Anwendung neuer Techniken

Erstmals auf Brückenobjekten im Wiener Raum wurde auf den beiden Brücken im Bereich Auhof eine Polyurethanspritzisolierung hergestellt, die vor allem für starkgliederte Oberflächen Verarbeitungsvorteile mit sich bringt.

Als eines der ersten Brückenbauwerke in Österreich wurden die drei Nikolai-Brückenobjekte stahlkugelgestrahlt. Diese Art der Oberflächenvorbereitung ist sehr umweltfreundlich, da die Arbeiten ohne Staubbildung vor sich gehen und das gesamte abgetragene Material in Containern entsprechend entsorgt werden kann. Dadurch gelangen keinerlei Chloride, Schwermetalle und ähnliches in die Umwelt.

Durch das Stahlkugelstrahlen beziehungsweise bei anderen Objekten durch Hochdruckwasserstrahlen mit dem derzeit größten mobilen Gerät Europas wurde eine Oberflächenvorbereitung der neuen und alten Betonteile durchgeführt, die eine bei weitem verbesserte Haftung der Feuchtigkeitsabdichtung bewirkt, als dies nach bisher üblichen Baumethoden der Fall war.

Die gesamten freibleibenden Betonflächen (Randbalken, etc.) im Bereich der instandgesetzten Objekte wurden mit einer dauerelastischen Beschichtung versehen. Dadurch können die zufolge der Umweltbelastung auftretenden Betonschäden minimiert, und die Lebensdauer der Betonteile kann wesentlich erhöht werden. (Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 2047

Verkehrsbetriebe: 25 Linienverbesserungen im Jahr 1989

400 Millionen für Investitionen und Betrieb fehlten – Finanzierung durch Stadt Wien und Tarifierfassung

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Den Wiener Verkehrsbetrieben fehlten bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes für das kommende Jahr 1989 rund 400 Millionen Schilling, die sie dringend für notwendige Investitionen, neue Straßenbahngarnituren und Autobusse, zur Erhaltung und weiteren Verbesserungen des hohen technischen und kundendienstlichen Standards benötigen. Dies bewirkte einerseits der Tarifstopp der letzten drei Jahre, während derer die Verkehrsbetriebe Tariflohn-Indexsteigerungen von über zehn Prozent „schlucken“ mußten, andererseits die in diesem Zeitraum erfolgte Erweiterung des Angebotes und die damit verbundenen erhöhten Betriebskosten — Einführung des Nachtautobusbetriebes, neue oder verlängerte Autobuslinien, Betriebszeitenverlängerungen wie etwa bei der U-Bahn, Anschaffung neuer, modernster Garnituren.

Mehr als die Hälfte aus dem Budget

Um dieses Finanzierungsloch zu stopfen, gelang es bei den Budgetverhandlungen, eine faire Aufteilung zu erzielen, teilte Dienstag Verkehrstadtrat Johann HATZL mit: Mehr als die Hälfte des fehlenden Geldes soll die Stadt Wien zusätzlich zuschießen, nämlich genau 222 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, der Rest, rund 170 Millionen Schilling, soll über eine Tarifierfassung, die nach dem Zeitraum von drei Jahren längst notwendig wurde, hereingebracht werden.

Hatzl: „Dies ist weniger als die Mehrkosten, die jährlich durch die in den letzten drei Jahren durchgeführten Betriebsverbesserungen entstehen. Die Stadt Wien wird damit aus dem Budget insgesamt rund 3,7 Milliarden Schilling zuschießen. Dazu kommen noch die Bauraten für den Bau der neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6.“

In den Jahren 1986 bis 1988 wurden insgesamt 10,3 Milliarden Schilling aus dem Stadtsäckel, ohne U-Bahn-Bau gerechnet, für den öffentlichen Verkehr und damit für die Lebensqualität aller Wienerinnen und Wiener zur Verfügung gestellt.

Die Beförderungserlöse — rund 2,8 Milliarden jährlich — decken weniger als 60 Prozent der Betriebskosten oder, zum Vergleich, nur 85 Prozent des Personalaufwandes, der durch verschiedene Maßnahmen ohnehin schon auf ein Minimum gedrückt wurde. Alleine die Mindereinnahmen aus Sozialtarifen (Ermäßigungen) betragen pro Jahr 2,2 Milliarden Schilling.

In den Jahren 1985 bis 1988

- ist der Personalaufwand um 331 Millionen Schilling gestiegen,
- der Materialaufwand (800 Millionen im Jahr) um 22,4 Prozent,
- die Betriebskosten sind um 471 Millionen gestiegen,
- die Anschaffungspreise für Straßenbahngarnituren und Autobusse um fast 13 Prozent (eine Straßenbahngarnitur kostet etwa 21,5 Millionen, ein Gelenkbus etwa 3,8 Millionen Schilling),
- die Instandhaltungskosten durch Firmen um 9,3 Prozent,
- die Transportkosten im Auftrags- und Tarifgemeinschaftsverkehr um 15,9 Prozent.

Hingegen sind seit der letzten Tarifierfassung mit Jänner 1986 die Beförderungserlöse sogar geringfügig zurückgegangen, trotz steigender Fahrgastzahlen. Der Grund: immer mehr steigen auf die günstigeren Netzkarten um.

Leistungssteigerung trotz dreijährigem Tarifstopp

Die Verkehrsbetriebe haben in den letzten drei Jahren eine Vielzahl von

Verbesserungen für ihre Fahrgäste verwirklicht. Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren 2,6 Milliarden Schilling für Investitionen und betriebsverbessernde Maßnahmen aufgewendet.

So wurden unter anderem

- drei Tages-Autobuslinien und acht Nacht-Autobuslinien neu eingeführt (jährliche Kosten 25 Millionen Schilling),
- Betriebszeitverlängerungen bei allen drei U-Bahn-Linien, neun Straßenbahnlinien und sechs Autobuslinien durchgeführt (jährlich 30 Millionen Schilling),
- Linienverlängerungen bei zwei Straßenbahn- und fünf Autobuslinien (jährlich 33 Millionen),
- Intervallverdichtungen bei zwei U-Bahn-, 12 Straßenbahn- und 12 Autobuslinien durchgeführt,
- 39 Straßenbahn-Triebwagen, 35 Beiwagen, 48 Normalbusse, 41 Gelenkbusse und 23 Citybusse neu angeschafft (Kosten 1.047 Millionen),
- für das Bevorrangungsprogramm fast 200 Millionen Schilling ausgegeben.

Was planen die Verkehrsbetriebe für 1989?

Auch im kommenden Jahr, 1989, werden die Leistungen der Wiener Verkehrsbetriebe für ihre Fahrgäste nicht stagnieren, sondern weiter verbessert werden können. Dies ist allerdings nur durch die Erhöhung der Zuschüsse aus dem Budget sowie durch die Tarifierpassung möglich. 1989 wird eine neue U-Bahn-Linie, die U 6, in Betrieb gehen, was eine weitere Steigerung der Betriebskosten der Verkehrsbetriebe bewirken und eine Reorganisation des Oberflächenverkehrs notwendig machen wird. Außerdem müssen dafür zusätzlich neun Garnituren moderner c6-Beiwagen angekauft werden, um den Betrieb auf der U 6, die später ja bis Siebenhirten verlängert wird, zu ermöglichen. Kostenpunkt: 116 Millionen Schilling. Auch für den Betrieb der U 3, die ab 1991 fahren wird, sind schon zusätzliche Silberpfeile um zwei Milliarden Schilling in Produktion.

Für 1989 sind **25 wesentliche Linienverbesserungen** geplant:

- U 2, U 4 Verkürzung des Abendintervalles auf siebeneinhalb Minuten statt wie bisher zehn Minuten (ab Oktober 1989)
- „25“ Intervallverdichtung zur Frühspitze auf drei Minuten (bisher dreieinhalb Minuten) (ab Oktober 1989)
- „43“ Intervallverdichtung zur Abendspitze auf dreieinhalb Minuten (bisher vier Minuten) (ab Jänner 1989)
- „8 A“ Intervallverdichtung auf zehn Minuten (bisher 12 Minuten) (ab Oktober 1989)
- „14 A“ Normalbusse statt Stockbusse bei gleichzeitiger Intervallverdichtung (ab Jänner 1989)
- „17 A“ Linienverlängerung bis Stadtgrenze Unterlaa (ab Juli 1989)
- „24 A“ Intervallverdichtung zur Frühspitze auf sieben Minuten (bisher achteinhalb Minuten) (ab Jänner 1989)
- „31 A“ Intervallverdichtung zur Frühspitze auf vier Minuten statt fünf Minuten (ab Jänner 1989)
- „40 A“ Intervallverdichtung im Tagverkehr auf sechs Minuten statt acht Minuten (ab Jänner 1989)
- „41 A“ Früherer Betriebsbeginn (ab Jänner 1989)
Betriebszeitverlängerung (Mai bis September) (ab Mai 1989)
- „51 A“ Betriebszeitverlängerung (ab Jänner 1989)
- „59 A“ Verlängerung zur Philadelphiabrücke (ab Oktober 1989)
- „64 A“ Verlängerung zum Schedifkaplatz (ab Oktober 1989)
- „67 A“ Betriebszeitverlängerung (ab Jänner 1989)
- „69 A“ Intervallverdichtung auf fünf Minuten (bisher sechs Minuten) (ab April 1989)
- „72 A“ Intervallverdichtung (ab März 1989)

Forts. von Blatt 2049

Forts. auf Blatt 2051

- „93 A“ Betriebszeitverlängerung (ab Jänner 1989)
- „33 B“ Betriebszeitverlängerung (ab Jänner 1989)
- „43 B“ Linienverlängerung nach Salmansdorf (ab Juli 1989)
- „46 B“ Intervallverdichtung (ab Mai 1989)
- „55 B“ Linienverlängerung bis Josef-Lister-Gasse (April 1989)
- „58 B“ Betriebszeitverlängerung (ab Jänner 1989)
- „95 B“ Linienverlängerung bis Pfalzgasse (Juni 1989)
- „146 B“ Intervallverdichtung (ab Mai 1989)

Tarifanpassung unter den Indexsteigerungen

Grundsätzlich wird das jetzige Fahrkartensystem, das Dauerkunden im Tarif deutlich bevorzugt, auch weiterhin Gültigkeit behalten.

Die einzelnen Kategorien werden um Prozentsätze erhöht, die klar unter den Indexsteigerungen liegen. Um den mit dem Verkehrsverbund vereinbarten Kostendeckungsgrad zu erreichen, wäre eine Tarifierhöhung um mehr als 17 Prozent nötig gewesen.

Übrigens: Nur 0,5 Prozent der Fahrgäste benützen Fahrscheine mit „Einzelausgabezuschlag“, 8,8 Prozent Vorverkaufsfahrscheine, 23,5 Prozent Schülerkarten und die große Mehrheit von 63 Prozent Netzkarten.

Wichtigste Merkmale der Tarifanpassung: Die Einzelfahrt wird lediglich um einen Schilling teurer, es wird aber im Vorverkauf keine Einzelfahrscheine (bisher Fünferblock) mehr, sondern „Vier-Fahrten-Fahrscheine“ (Streifenkarte) um 56 Schilling geben. Die Monatsnetzkarte wird 410 (bisher 380) und die Jahresnetzkarte 4.100 (bisher 3.800) Schilling kosten. Dies bedeutet eine Erhöhung von umgerechnet rund einen Schilling pro Tag oder rund 40 bis 50 Groschen pro Fahrt. Als neue „Zuckerln“ im Tarifsystem werden eine 24-Stunden-Netzkarte und eine übertragbare Monatsnetzkarte eingeführt.

Der neue Tarif, der für mindestens zwei Jahre gültig bleiben wird, soll mit 2. Jänner 1989 in Kraft treten. Der entsprechende Vorschlag der Wiener Verkehrsbetriebe muß noch vom zuständigen Ausschuß für Verkehr und Energie und vom Wiener Gemeinderat behandelt werden.

Die **Jahresnetzkarte** wird ab 1989 4.100 Schilling und damit weiterhin soviel wie zehn Monatsnetzkarten kosten. Auch das günstige Zahlensystem — zehn Monate per Konto zahlen und 12 Monate fahren — wird aufrecht bleiben. Eine Fahrt kostet damit im Durchschnitt 4,30 Schilling. **Damit bleibt die Jahresnetzkarte auch gegenüber dem Auto die billigste Form der Beförderung. Achtung:** Bereits bezahlte Netzkarten, die mit dem Gesamtbetrag im Vorhinein einbezahlt wurden, bleiben ohne Aufzahlung bis zum Ende der Gültigkeitsdauer gültig, die monatlichen Abbuchungen vom Konto erhöhen sich bei Jahresnetzkarten mit der Monatsrate für Jänner 1989 auf 410 Schilling.

Die **Wochennetzkarte** wird sich von 106 auf 116 Schilling (für Lehrlinge von 53 nur auf 57 Schilling) erhöhen. **Die Gültigkeit wird bis Montag der Folgewoche neun Uhr ausgedehnt.** Damit sollen den Kunden Montag morgens bei den Vorverkaufsstellen und Trafiken längere Wartezeiten erspart werden.

Der **Einzelfahrschein** (als „Fünferblock“ bisher im Vorverkauf) wird aufgegeben, die Einzelfahrt mit einer „**Vier-Fahrten-Streifenkarte**“ wird 14 Schilling kosten, der Zuschlag für Fahrscheine, die erst im Autobus oder in der Straßenbahn beim Automaten gelöst werden, bleibt mit sechs Schilling **unverändert.**

Ebenfalls unverändert bleibt der Preis für die Halbpriekarte (Kinder, Präsenzdiener, Pensionisten mit Sozialpaß, Kurzstrecken und Hunde) beim Automaten mit sieben Schilling. Im Vorverkauf wird die **Halbpriekarte** mit vier Fahrten 28 Schilling (bisher 26) kosten. **Neu:** Besondere Bestimmun-

Forts. von Blatt 2050

Forts. auf Blatt 2052

gen gibt es für die Autobuslinien „1 A“, „2 A“, „3 A“, „41 A“ und „90 A“: Auf ihnen genügt für eine Fahrt ohne Umsteigen eine **Halbpreiskarte** (Vorverkauf oder Automat um sieben Schilling).

Unverändert bleiben auch die sogenannte „**Nachmittagsbildungskarte**“ und die Zusatzwertmarke für Schüler mit weiterhin 50 Schilling.

Auch der **Nachtautobus** wird mit 25 Schilling pro Fahrt nicht teurer.

Die „**Acht-Tage-Umweltstreifenkarte**“ bleibt weiterhin preisgünstig, sie wird 220 Schilling kosten. Damit kostet eine Tagesnetzkarte im Abonnement pro Kalendertag nur 27,50 Schilling, bei zwei Fahrten an einem Tag ist man damit mit der Umweltstreifenkarte schon günstiger dran als mit zwei Einzelfahrten, jede weitere Fahrt ist dann praktisch gratis.

Neu: Tagesnetzkarte und übertragbare Monatsnetzkarte Fahrradtransport wird billiger

Die sogenannte „72-Stunden-Netzkarte“ wird abgelöst durch eine „**Tagesnetzkarte**“, die nicht pro Kalendertag, sondern für 24 Stunden ab dem Zeitpunkt der Markierung gilt. Sie soll 40 Schilling kosten und wird vor allem für Wien-Besucher, die nur einen oder wenige Tage bleiben, interessant sein. Für Wienerinnen und Wiener, die gelegentlich auf das Auto verzichten wollen, bleibt weiterhin die „Acht-Tage-Umweltstreifenkarte“ das günstigste Angebot.

Neu eingeführt wird auch eine **übertragbare Monatsnetzkarte**. Sie soll 600 Schilling kosten. Sie wird sich als Attraktion für Pensionisten, Familien, aber auch für Firmen erweisen.

Wichtig für **Radfahrer**: Die Transportkosten für das Fahrrad in der U-Bahn werden deutlich gesenkt. Das Mitnehmen von Fahrrädern, das bisher (im Vorverkauf) 13 beziehungsweise (beim Automaten) 19 Schilling kostete, wird künftig sowohl für Erwachsene wie auch für Kinder nur mehr eine Halbpreiskarte, also sieben Schilling kosten.

Teurer wird hingegen das **Schwarzfahren**. Der neue Straftarif beträgt künftig 390 Schilling plus dem Fahrschein. Glücklicherweise haben die Fahrgäste der Wiener Verkehrsbetriebe eine hohe Zahlungsmoral: Lediglich 1,5 bis zwei Prozent der kontrollierten Fahrgäste sind „Schwarzfahrer“.

Wichtiger Hinweis: Die alten Fahrscheine können noch bis Ende Jänner 1989 ohne Aufzahlung verwendet werden. Vom 2. Jänner bis 31. März 1989 werden alte Fahrscheine in allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe (nicht in Trafiken!) zurückgenommen.

Internationaler Preisvergleich

Ein Vergleich verschiedener Verkehrsunternehmen zeigt, daß Wien zwar geringfügig teurer als Österreichs Landeshauptstädte ist, die aber über ein wesentlich geringeres Angebot und Liniennetz verfügen, aber wesentlich billiger als deutsche Großstädte, deren Angebot mit den Leistungen in Wien vergleichbar ist. Im übrigen gibt es auch in der Deutschen Bundesrepublik keine Stadt, deren Liniennetz die Streckenlänge desjenigen von Wien erreicht.

Stadt	Monatsnetzkarte	Streckenlänge
Wien	410,—	969 km
Graz	395,—	140 km
Innsbruck	350,—	109 km
Klagenfurt	400,—	69 km
Linz	380,—	123 km
Salzburg	320,—	123 km

Stadt	Monatsnetzkarte	Streckenlänge
München	757,—	528 km
Hamburg	483,—	839 km
Frankfurt	540,—	388 km
Berlin	710,—	841 km
Stuttgart	440,—	506 km
Hannover	440,—	458 km

(Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 2052

Rund-um-Wien-Wanderweg lädt zur Herbstwanderung

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellte am Dienstag in seinem Pressegespräch den neuen „Rund-um-Wien-Wanderweg“, den 10. Wiener Stadtwanderweg, vor. Er ist in den Farben rot-grün markiert und in sechs Abschnitte unterteilt. Die Gesamtlänge beträgt rund 120 Kilometer, die Gehzeit insgesamt ca. 30 Stunden. Der Wanderweg wurde in Zusammenarbeit mit dem Forstamt der Stadt Wien (MA 49) und dem „Wanderverein der Organisation der Internationalen Wienerwald-Wanderung“ geplant. Die Wanderkarte, in der außer der Route auch öffentliche Verkehrsmittel, Gasthöfe, kulturelle Sehenswürdigkeiten und Kontrollpunkte, an denen man den Stempel für die Wandernadel erhalten kann, verzeichnet sind, ist ab nächster Woche um 18 Schilling in Trafiken erhältlich. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 19. Oktober 1988

Blatt 2055

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 80.000 Schilling für Selbsthilfegruppen (2056)
- Saatgutbeerntung in den Quellschutzgebieten (2058)
- INGESO 2 — Der Modellversuch der weiteren Integration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Wien (2061/2061)
- Radioaktive Quelle gestohlen (2062)
- Wiener ÖVP fordert Sofortmaßnahmen zur Verkehrsberuhigung (2063)
- Häupl zur Problematik des Atomkraftwerkes Temelin (2064/2065)
- Hatzl: FPÖ macht sich unglaubwürdig (2066)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für Schrebergärten (2057)

Kultur:

- Anerkennungsstipendium für Violinistin (2059)

80.000 Schilling für Selbsthilfegruppen

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL übergab Dienstag nachmittag GR. Ilse FORSTER insgesamt 80.000 Schilling an Selbsthilfegruppen aus dem sozialen Bereich.

Der Betrag stammt aus dem Selbsthilfegruppen-Fonds und ging an die Gruppen „Pensionisten helfen Pensionisten“, „Elternkreis Drogengefährdeter und Drogenabhängiger“, „Kind, Familie, Umwelt“ und den „Wiener Gehörlosenverein“. Den Selbsthilfegruppen-Fonds, der die Gruppen bei ihrer Tätigkeit finanziell unterstützen soll, gibt es auf Beschluß des Wiener Gemeinderates seit dem Jahr 1985. (Schluß) jel/rr

Neuer Flächenwidmungsplan für Schrebergärten

Wien, 19.10. (RK-BEZIRKE) Für die Kleingartenanlage Michaelerwiese in Hernals wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Mit der vorliegenden Planung soll die bestehende kleingärtnerische Nutzung gesichert und die bestehende Bebauung berücksichtigt werden.

Der Entwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Saatgutbeerntung in den Quellschutzwäldern

Wien 19.10. (RK-KOMMUNAL) Das Forstamt führt nächste Woche eine großangelegte Aktion der Saatgutbeerntung und -bevorratung in den Quellschutzwäldern der Stadt Wien in der Forstverwaltung Hirschwang-Stixenstein in der Schneeberggegend, durch.

Heuer ist ein ausgesprochenes Samenjahr, das schon lange herbeigeseht wurde, da in Anbetracht des fortschreitenden Waldsterbens die Samenproduktion und Keimfähigkeit des Saatgutes beeinträchtigt wird, und bereits ein Engpaß bei diversen Samen vorlag. Die letzten Samenjahre liegen 6, 13 und 17 Jahre zurück.

Die städtischen Forstverwaltungen Hirschwang-Stixenstein und Naßwald führen diese Beerntung teils in Eigenregie, teils in Zusammenarbeit mit der FFW-St. Johann-Ternitz und dem österreichischen Bundesheer durch, die geeignete Geräte zur Verfügung stellen.

Beerntet werden die Baumarten Fichte, Tanne, Lärche, Rotbuche, Bergahorn und Eberesche. Insgesamt werden rund 10.000 Kilogramm Zapfen und Früchte gewonnen. Das gewonnene Saatgut wird in Behältern, getrennt nach Baumarten, Herkunftsgebieten und Höhenstufen, gesammelt und zur Klengung übergeben, das heißt der Samen wird von der Fruchthülle bzw. dem Zapfen getrennt. Erst der daraus gewonnene Samen wird für die Zucht von Forstpflanzen verwendet. Jährlich werden im Bereich der Quellschutzwälder über 500.000 Forstpflanzen gesetzt. Mit dem gewonnenen Saatgut ist die Versorgung mit Forstpflanzen, je nach Baumart für fünf bis zehen Jahre gesichert. (Schluß) du/bs

Anerkennungsstipendium für Violinistin

Wien, 19.10. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Ein Anerkennungsstipendium, das von der Magistratsabteilung 7 — Kultur für Studenten des Wiener Konservatoriums zur Verfügung gestellt wurde, überreichte Dienstag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an die Violinistin Bettina GRADINGER. Das Anerkennungsstipendium für Studierende an der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf ging an eine Schülergruppe und wurde bereits im Juni überreicht. (Schluß) jel/bs

INGESO 2 – Der Modellversuch der weiteren Integration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Wien

INGESO 2 nennt sich ein Modellversuch zur weiteren Integration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Wien, den Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch präsentierte, und dessen erste Phase seit Anfang Oktober im 2. Bezirk angelaufen ist. Ziel von INGESO 2 ist die Verstärkung der Betreuung durch sozialpflegerische Dienste, um die Aufnahme von Patienten in Pflegeheime zu verhindern, Einweisungen in Spitäler zu vermeiden und eine raschere Entlassung von Patienten aus den Krankenanstalten zu erreichen, sagte Smejkal. Ausgewählt wurde der 2. Bezirk, weil er demographisch repräsentativ ist und gemeinsam mit dem 22. Bezirk einen Versorgungssektor bildet, für den mit der Krankenanstalt SMZ-Ost eine gezieltere stationäre Versorgung geschaffen wird.

Das Gesamtprojekt INGESO 2 sieht, abgesehen vom Ausbau der Sozial- und Pflegedienste, zu dem nun in der ersten Phase dieses Projektes konkrete Schritte gesetzt werden, die stufenweise Integration aller Einrichtungen vor, die auf dem Sozial- und Gesundheitssektor tätig sind und sich mit der Bereitstellung von Dienstleistungen befassen.

Die zahlreichen Angebote der Stadt Wien in diesen Bereichen sollen mit dem Angebot der niedergelassenen Ärzte, dem Rettungs- und Krankentransportwesen, mit privaten Hilfsangeboten und Selbsthilfegruppen, den Krankenanstalten, Pensionisten- und Pflegeheimen, dem Psychosozialen Dienst, usw. verbunden werden, führte Smejkal weiter aus.

INGESO 2 – die erste Phase

Insgesamt nimmt die Zahl der Hausbesuche der mobilen Krankenschwestern, deren Hauptaufgaben Injektionsverabreichungen, Blutdruck- und Pulskontrollen, Verbandswechsel, Katheterspülungen, Mobilisation (Beweglicherhaltung und Beweglichmachung von Patienten) sind, im Monatsdurchschnitt um 7,57 Prozent zu. Das liegt an einer größeren Anzahl von Neuanträgen, aber auch an der Problematik der zu behandelnden Fälle. Im Jahr 1987 absolvierten die mobilen Schwestern in ganz Wien insgesamt 247.951 Hausbesuche.

Sieht man von Anträgen auf Kurzzeitpflege in den drei Abteilungen im Pflegeheim Lainz und Baumgarten ab, dann sind die Anträge auf Aufnahme in städtische Pflegeheime im 1. Halbjahr 1988 (3.346 Anträge) gegenüber dem Vergleichszeitraum 1987 (3.366 Anträge) leicht zurückgegangen. Die überwiegende Zahl der Anträge wird für Patienten in Krankenanstalten gestellt. Gesunken ist die Zahl der Anträge auf Aufnahme in private Wohn- und Pflegeheime, gestiegen dagegen die Zahl der Anträge auf Kurzzeitpflege in den B-Stationen der Pensionistenheime.

Diese Zahlen kennzeichnen eine sozialpolitisch wünschenswerte Entwicklung, weil nach einer Entlassung aus stationärer Pflege Soziale Dienste zur Versorgung des Patienten in seiner gewohnten Umgebung eingesetzt werden können, unterstrich Vizebürgermeister Smejkal.

Im Rahmen der ersten Phase von INGESO 2 wurde nun im 2. Bezirk der Personalstand der mobilen Schwestern verdoppelt. Insgesamt acht mobile Schwestern können nun (statt wie bisher vier Schwestern, die jeweils von 7 bis 13 Uhr im Jahr 1987 17.602 Hausbesuche leisteten) Patienten bis in die Abendstunden versorgen. Damit wird es in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten des 2. Bezirkes und den Krankenanstalten möglich, auch jene Patienten zu versorgen, die auch nachmittags oder mehrmals täglich betreut werden müssen.

Diese intensive Tätigkeit der mobilen Schwestern erlaubt einerseits vorzeitige Entlassungen aus der Spitalspflege, auch wenn der Patient nachmit-

tags noch betreut werden muß, und verhindert bzw. verkürzt den Aufenthalt von Patienten in Pflegeheimen, erklärte Smejkal.

Im Rahmen des Modellversuches sollen vorerst verstärkt „geeignete“ Patienten, bei denen eine Versorgung im Zeitraum zwischen 7 und 19 Uhr möglich ist, aus den Krankenanstalten entlassen werden, niedergelassene Ärzte sollen auf eine Spitalseinweisung in jenen Fällen weitgehend verzichten, bei denen eine ausreichende Betreuung durch die nun im Einsatz befindlichen acht mobilen Schwestern des Bezirkes gegeben ist.

Die mobilen Schwestern sind über ihren Stützpunkt in 2, Karmelitergasse 9, Tel.: 33 24 93, in der Hauptsache aber über die Zentrale in 1, Neutorgasse 15, Tel.: 535 99 34 erreichbar. Über eine automatische Anrufumleitung zum Sozialen Notruf sind die mobilen Schwestern bis 19 Uhr für Soforteinsätze erreichbar.

Die Leistungen der Sozialen Dienste

Eine steigende Tendenz zeigt die Zahl der Inanspruchnahmen von Heimhilfen. So betreuten im 1. Halbjahr 1988 2.905 Heimhelferinnen (das sind um 2,79 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1987) um 2,24 Prozent mehr Klienten (11.738) als 1987. Auch der Zeitaufwand pro Klient ist um 4,05 Prozent auf rund 25 Stunden pro Monat gestiegen. Der finanzielle Aufwand für den Heimhilfedienst betrug im 1. Halbjahr 1988 283 Millionen Schilling, das sind um 7,4 Prozent mehr als im 1. Halbjahr 1987, resümierte Smejkal.

Durch die Schaffung eines Dienstes für erkrankte Kinder, deren Eltern berufstätig sind, sind die Leistungen der Familienhilfe ebenfalls angestiegen. Im 1. Halbjahr 1988 wurden 91 Familien betreut, im Vergleichszeitraum 1987 waren es 63.

Die Zahl der durch den Besuchsdienst betreuten Wienerinnen und Wiener hat um 1 Prozent auf 2.846 Personen zugenommen, die Betreuung selbst wurde intensiviert.

Der Wäschepflegedienst, der begleitend zur Heimhilfe eingesetzt wird, hat an Bedeutung eingebüßt. Der Reparaturdienst und Essen auf Rädern (im 1. Halbjahr 1988 wurden 5.552 Menüs pro Tag ausgeliefert) zeigt gleichbleibende Frequenzen.

Nach wie vor in steigendem Maß in Anspruch genommen wird der Reinigungsdienst, der gemeinsam mit der Heimhilfe eingesetzt wird, aber auch ohne Heimhilfe einmal monatlich zur groben Reinigung einer Wohnung in Anspruch genommen werden kann. (Forts. mgl.) jel/gal

Forts. von Blatt 2060

Radioaktive Quelle gestohlen

Gesundheitliche Belastung nur im Extremfall

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Nach einem Austausch von nuklearmedizinischen Geräten im AKH wurde aus einem Lagerbereich ein Teil eines Gerätes, der eine radioaktive Quelle enthält, gestohlen. Eine gesundheitliche Belastung des Diebes wäre allerdings nur in einem Extremfall möglich.

Bei dem Gerät handelt es sich um einen Beta-Counter, ein medizinisches Meßgerät für radioaktive Proben. Dieses Gerät besitzt eine Eichquelle zur regelmäßigen Qualitätskontrolle des Gerätes. Die Eichquelle besteht aus einem umschlossenen Barium 133-Präparat mit einer aktuellen Quellstärke von etwa 3,2 Mikrocurie. Das entspricht etwa dem Dreifachen des Grenzwertes, unterhalb dessen jedermann in Österreich derartige radioaktive Stoffe besitzen kann, ohne dies der Behörde mitteilen zu müssen.

Das Gerät war durch den zuständigen Strahlenschutzbeauftragten, Prof. Dr. Werner SIEGHART, irrtümlich freigegeben worden. Es wurde vor einer weiteren Überprüfung und dem Abtransport zu einer Verwertung in einem abgegrenzten Lagerbereich abgestellt. Dort wurde ein Teil des Gerätes mit Gewalt demontiert. Als ein Physiker erkannte, daß hier möglicherweise eine Strahlenquelle vorhanden sei, wurde die Physikalisch-technische Prüfanstalt mit einer Überprüfung der abgestellten Geräte beauftragt. Dabei wurde festgestellt, daß ein Teil demontiert worden war.

Das radioaktive Präparat ist in einem kleinen metallischen Zylinder mit fünf Millimeter Höhe und 4,5 Millimeter Durchmesser fix eingeschweißt. Es befindet sich in einem metallischen Zylinder, der elf Zentimeter lang und sechs Millimeter dick ist. Die radioaktive Quelle ist aus diesem Führungszyylinder nur durch Gewaltanwendung entfernbar.

Die Quelle ist kaum gesundheitsgefährdend. Selbst wenn sie jede Woche 50 Stunden lang am Körper getragen würde, ergäbe sich nur eine Belastung, die etwa derjenigen eines Röntgenarztes entspräche. Nur wenn die winzige Quelle aufgebrochen wird, was nur mit Brachialgewalt möglich wäre, und der Inhalt verschluckt oder eingeatmet würde, müßte man mit einer gewissen Belastung des Organismus rechnen. (Schluß) sc/rr

Wiener ÖVP fordert Sofortmaßnahmen zur Verkehrsbeschleunigung

Tarifanpassung wird als falsch abgelehnt

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) ÖVP-Labg. Anton FÜRST lehnte am Mittwoch in einem Pressegespräch die Tarifanpassung der Verkehrsbetriebe als psychologisch falsch ab. Man müsse derzeit alles unternehmen, um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen, das gelänge allerdings nur durch günstige Tarife, kürzere Wartezeiten und mit einem Beschleunigungsprogramm. Fürst forderte in diesem Zusammenhang ermäßigte Seniorentarife.

Weiters kritisierte Fürst das Verkehrskonzept für die geplante Weltausstellung, da hier von vornherein Verkehrszusammenbrüche im Straßennetz des Donauraumes in Kauf genommen würden. Als großes Versäumnis bezeichnete der ÖVP-Mandatar, daß es derzeit zu wenig Park-and-Ride-Stellplätze gebe. Bedauerlich sei außerdem, daß bis zur Weltausstellung 1995 weder die Verlängerung der U 1 nach Leopoldau noch die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf möglich sei. (Schluß) fk/bs

Häupl zur Problematik des Atomkraftwerkes Temelin

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete am Mittwoch in einem Pressegespräch über die im Auftrag der Stadt Wien vom Ökologie-Institut durchgeführte Studie über das Atomkraftwerk Temelin.

Die CSSR plant den weiteren massiven Ausbau der Kernenergienutzung. Im Jahr 2000 sollen bereits 50 Prozent des elektrischen Stromes in Atomkraftwerken erzeugt werden. Darüber hinaus ist auch an die Errichtung von Kernheizwerken gedacht.

Derzeit sind in der CSSR acht Reaktoren in Betrieb, und zwar je vier Blöcke mit 440 MW an den Standorten Dukovany und Bohunice. Zwei weitere Atomkomplexe sind in Bau: In Mochovce weitere vier mal 440 MW und in Temelin vier mal 1000 MW.

Häupl erklärte, daß er, gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die Studie an den Bundeskanzler, den Gesundheitsminister und die Umweltministerin mit dem Wunsch weitergeben werde, daß die Studie der Tschechischen Regierung übermittelt werden solle. Die Stadt Wien trete in diesem Zusammenhang auch dafür ein, erwähnte Häupl, daß die Informationspflicht der CSSR ausgeweitet werden solle, und das eine Vereinheitlichung der Standards für Strahlenschutz erfolgen müßte.

Der Atomkomplex Temelin

In Temelin entsteht das bisher größte Atomkraftwerk der CSSR. Der erste Block soll 1992 in Betrieb gehen. Temelin ist nur 78 km von Freistadt entfernt. Es liegt 100 km nördlich von Linz und 180 km nordwestlich von Wien.

Für die Ausarbeitung radioaktiver Emissionen aus dem AKW Temelin, im Normalbetrieb genauso wie bei Störfällen, sind die meteorologischen Verhältnisse am Standort von Bedeutung. Für die Ausbreitung nach Österreich ist in erster Linie bestimmend, wie häufig der Wind aus nördlichen Richtungen bläst. Für Österreich ungünstige Windrichtungen kommen im Jahresmittel in knapp einem Drittel aller Fälle vor, im Sommer sogar in zwei Drittel. Daraus kann zwar nicht direkt abgeleitet werden, wie oft Luft aus Temelin nach Wien geführt wird, es zeigt jedoch, daß solche Fälle nicht gerade selten sind. Entsprechende Folgen eines Unfalls für den Raum Wien müssen daher einkalkuliert werden, unabhängig davon, welche statistische Wahrscheinlichkeit dafür besteht, da diese auf jeden Fall größer als Null ist.

Das AKW Temelin wird mit vier Reaktoren vom Typ WWER-1000 ausgerüstet. Alle WWER-Reaktoren sind Druckwasserreaktoren. Der WWER-1000 ist mit einer elektrischen Leistung von 1000 MW der bisher größte Druckwasserreaktor, der in den RGW-Ländern gebaut wird.

Im Druckwasserreaktor steht das Kühlwasser unter so hohem Druck, daß es im Reaktorkern nicht zu sieden beginnt. Es wird in einem geschlossenen Kreislauf, dem Primärkreislauf, umgewälzt und gibt die Wärme in einem Wärmetauscher, dem Dampferzeuger, an einen zweiten Kühlwasserkreislauf, den Sekundärkreislauf, ab. Das Wasser im Sekundärkreislauf steht unter geringerem Druck und beginnt im Dampferzeuger zu sieden. Der Dampf treibt die Turbine, wird kondensiert und als Wasser in den Dampferzeuger zurückgeführt. Restliche Wärme, die nicht in der Turbine in mechanische Energie umgesetzt werden kann, wird in einem dritten, offenen Kühlkreislauf an die Umwelt abgegeben. Im AKW Temelin werden pro 1000 MWe-Block 2000 MW Wärme über je zwei Kühltürme in die Atmosphäre abgegeben. Von den vier Blöcken des AKW Temelin wird jährlich eine Energiemenge als Abwärme in die Umgebung abgeführt, die zweimal so groß ist wie der jährliche Endenergieverbrauch der Stadt Wien.

Die Auswirkungen eines schweren Unfalls in Temelin auf Österreich

Die Menge radioaktiver Stoffe, die bei einer Kernschmelzhavarie in einem Atomkraftwerk freigesetzt wird, hängt vom Verlauf eines solchen Unfalls und von der Standhaftigkeit des Containments ab.

Je früher das Containment versagt, desto mehr radioaktive Stoffe gelangen in die Umwelt. Drei verschieden schwer verlaufende Kernschmelzunfälle wurden auf ihre Folgen im Raum Wien hin untersucht.

Für den Unfall mit den geringsten Folgen wurde angenommen, daß der Containment-Spray funktioniert, sodaß trotz Lecks der Großteil der aus der Schmelze freigesetzten Radionuklide im Containment zurückgehalten wird. In diesem Fall wäre die Deposition von Radionukliden in Wien etwas so hoch wie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Linz.

Bei schlimmeren Unfällen, wenn die Druckminderung im Containment versagt und dieses infolge des langsamen Druckaufbaus später zerstört wird, bzw. bei sofortigem Containmentversagen sind auch die Folgen entsprechend größer. Die Abschätzung des Ökologie-Instituts ergibt eine Bandbreite vom 4-fachen bis zum 20-fachen der derzeit in Österreich vorhandenen maximalen Kontamination (bezogen auf Cs-137).

Da ausschließlich trockene Deposition angenommen wurde, ist diese Abschätzung eine untere Grenze für die Verseuchung Österreichs nach einem Kernschmelzunfall im AKW Temelin. Die Folgen einer solchen Katastrophe könnten wesentlich größer sein, wenn es während des Durchzugs der radioaktiven Wolke regnet.

Mängel des Abkommens zwischen der CSSR und Österreich zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit Kernanlagen

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl scheint die Beschränkung dieses Abkommens auf kerntechnische Anlagen in der Nähe der gemeinsamen Grenze völlig unzulänglich. Bisher zeigte sich die CSSR aber nicht bereit, einer Erweiterung des Abkommens zuzustimmen. Eine Einbeziehung des Standortes Temelin muß daher erst in einer eigenen Expertenkommission beraten werden.

Selbst wenn das AKW Temelin in den Vertrag einbezogen würde, hätte Österreich wenig Möglichkeiten, auf das Projekt Einfluß zu nehmen. Erst sechs Monate vor der Inbetriebnahme müßte die Information durch die CSSR erfolgen, zu einem Zeitpunkt also, wo es für Änderungen an wesentlichen Teilen der Anlage sicher zu spät ist. Eine Diskussion über den Standort selbst ist zu diesem Zeitpunkt auf jeden Fall ausgeschlossen.

Wichtigster Teil des Abkommens ist jener, der die Information im Falle einer Reaktorhavarie regelt. Es ist ein grober Mangel des Abkommens, keinen gemeinsamen Standard für den Strahlenschutz festzulegen. Festgelegt wird lediglich, daß eine Information der österreichischen Behörden spätestens dann erfolgen muß, wenn in der CSSR Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden. In der CSSR gilt aber für die Dosisbelastung der Bevölkerung ein Störfallgrenzwert von 25 rem, während in Österreich nur 167 millirem pro Jahr zugelassen sind (also rund ein hundertfüngstel). Es ist also anzunehmen, daß die Information im Falle einer Havarie von seiten der CSSR erst sehr spät erfolgt bzw. bei kleineren Unfällen überhaupt ausbleibt. In solchen Fällen kann die österreichische Bevölkerung auch nicht rechtzeitig gewarnt werden. (Forts. mgl.) du/rr/bs

Forts. von Blatt 2064

Hatzl: FPö macht sich unglaubwürdig

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) „Man trägt nur zu seiner eigenen Unglaubwürdigkeit bei, wenn man gegen besseres Wissen Aussagen trifft, wie, daß die Verkehrsbetriebe in Wien ihr Leistungsangebot nicht verbessern“, sagte Verkehrsstadtrat Johann HATZL Mittwoch zu einer Presseaussendung des FPÖ-Stadtrates Dr. Rainer PAWKOWICZ. Hatzlerinnerte daran, daß er Dienstag bei der Präsentation des neuen Tarifes lange Listen der Verbesserungen der letzten drei Jahre — wie Nachtautobus, Betriebsverlängerung bei der U-Bahn, neue Tages-Autobuslinien, Linienverlängerungen und Anschaffung von neuen Garnituren um insgesamt mehr als eine Milliarde Schilling — und jener, die kommenden Jahr durchgeführt werden, insgesamt 25 wesentliche Linienverbesserungen allein 1989, vorgelegt habe. „Pawkowicz als langjähriges Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Verkehr weiß das natürlich auch selbst, auch wenn er in seinen Presseaussendungen etwas anderes behauptet“, sagte Hatzl.

Entgegen den Aussagen von Pawkowicz seien in den letzten drei Jahren 200 Millionen Schilling für das Bevorrangungsprogramm ausgegeben worden. Allein 1988 wurden mit dem „Ampelprogramm“ große Schritte vorwärts gemacht, stellte Hatzl fest. Er habe allerdings noch in keinem einzigen Fall einen konkreten Vorschlag der FPö zur Beschleunigung einer Linie vernommen, schloß der Verkehrsstadtrat. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 20. Oktober 1988

Blatt 2067

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Leiter der MA 23 (2068/FS: 19.10.)
- 10 Jahre Haus der Begegnung Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost (2070)
- Gleichenfeier im Pensionistenheim Liebhartstal II (2070)
- Abschlußveranstaltung „Olympia-Quiz“ im Rathaus (2071)
- Neues Bezirksbuch „Döbling“ (2072)
- Franz-Graczoll-Hof im 15. Bezirk (2072)
- Katastropheneinsatzübung am 27. Oktober auf dem Breitenleer Frachtenbahnhof (2073)
- Kollegiale Führung für AKH bestellt (2074)
- Familienintensivbetreuung — eine neue Form der Familienhilfe (2076/2077)
- Neue Leiterin einer Abteilung im Pflegeheim Baumgarten (2078)

Kultur:

- Preise der Stadt Wien überreicht (2069/FS: 19.10)
- Präsentation von Schubert-Autographen (2079)

Wirtschaft:

- Projekt einer „Wiener Wirtschaftschronik“ vorgestellt (2075)

Neuer Leiter der MA 23

Bereits am 19. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 23 (Gebäude des Gesundheitswesens) hat einen neuen Leiter: Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Ralf LHOTZKY wurde Mittwoch von Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL, der das Bestellungsdekret im Auftrag des Bürgermeisters überreichte, in sein Amt eingeführt. Lhotzky tritt damit die Nachfolge von Senatsrat Dipl.-Ing. Rudolf FOLTIN an, der in den Ruhestand getreten ist.

Dipl.-Ing. Lhotzky, Jahrgang 1946, war nach seinem Studium an der Technischen Hochschule in Wien zuerst in der Privatwirtschaft tätig und trat 1975 in den Dienst der Stadt Wien, wo er zunächst als Bauinspizient im Wohnbaubereich arbeitete. 1980 erfolgte seine Versetzung in die MA 23, wo er sich als Baugruppenleiter bewährte.

Dipl.-Ing. Foltin war seit 1953 im Dienst der Stadt Wien. 1963 wurde er zum Vertreter der Stadt Wien in der Bauleitung der damaligen Arbeitsgemeinschaft Bund — Wien für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses bestellt. Seit 1983 leitete er die Magistratsabteilung 23. Für seine Verdienste wurde Foltin erst kürzlich mit dem vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel Hofrat gewürdigt.

An der Amtseinführung nahmen auch Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA teil, die beide auf die großen Aufgaben, Probleme und auch Schwierigkeiten hinwiesen, die auf die MA 23 in den nächsten Jahren zukommen werden. Stacher betonte in diesem Zusammenhang, daß die 1986 durchgeführte Umstrukturierung der Abteilung noch weitergeführt werden müsse, um angesichts knapper Mittel alle Ressourcen der Spitäler optimal zu nützen.

Magistratsvizedirektor Dr. Peischl wies auf die besondere Bedeutung der MA 23 hin. Das Gesundheitswesen sei ein sensibler Bereich der Stadtverwaltung, der von den Bürgern hautnah erlebt werde. Dadurch sei eine besondere Verantwortung gegeben, Flexibilität sei gefordert. Insgesamt würden die Ansprüche an die Einrichtungen des Gesundheitswesens immer größer, zugleich werde aber auch immer strengere Sparsamkeit verlangt. In diesem Spannungsfeld müsse sich die Verwaltung bewähren. (Schluß)
ger/rr

Preise der Stadt Wien überreicht

Architektenpreis an Coop Himmelblau

Wien, 19.10. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Mittwoch im Wiener Rathaus den Preis der Stadt Wien 1988 für Architektur an das Architektenteam COOP HIMMELBLAU. Den Preis der Stadt Wien für Projektkunst erhielt Meina SCHELLANDER, den Preis für Bildhauerei Franz WEST und den Preis für Malerei und Graphik Reimo S. WUKOUNIG. Zilk bekräftigte im Zusammenhang mit der Vergabe des Architekturpreises an Coop Himmelblau die Absicht der Stadt, das Ronacher-Projekt des Architektenteams zu realisieren.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK verwies auf die Bedeutung der Kunst als Freiraum, als Ort für neue Erfahrungen und neues Denken. Aufgabe der Stadt sei es, ein Klima zu schaffen, das diesen Freiraum jetzt und in Zukunft garantiert.

An der Feier nahmen auch Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK teil. (Schluß) gab/rr

Bereits am 19. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

10 Jahre Haus der Begegnung Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Eine Feier in Anwesenheit von Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL fand Mittwoch anlässlich des 10jährigen Bestehens des Hauses der Begegnung Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost in Favoriten statt. In diesem Haus der Begegnung sind eine Bücherei, eine Musikschule und eine Volkshochschulzweigstelle untergebracht. (Schluß) jel/gal

Gleichenfeier im Pensionistenheim Liebhartstal II

Fertigstellung 1990

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL und zahlreichen Ehrengästen fand Mittwoch nachmittag die Gleichenfeier für das Haus „Liebhartstal II“ des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime in der Ottakringer Straße 264 statt. Das Haus „Liebhartstal II“, mit dessen Bau im Februar 1987 begonnen wurde, stellt eine Erweiterung des seit 19 Jahren bestehenden Pensionistenheimes „Liebhartstal“ in Ottakring dar. In „Liebhartstal II“, das mit einem Gesamtbaukostenaufwand von rund 219 Millionen Schilling errichtet wird, werden 102 Pensionärswohnungen und unter anderem eine Abteilung für besondere Betreuung mit 36 Betten für Pensionäre aus beiden Häusern zur Verfügung stehen. Verbunden sind „Liebhartstal“ und „Liebhartstal II“ durch einen 122 Meter langen Tunnel. (Schluß) jel/gal

Abschlußveranstaltung „Olympia-Quiz“ im Rathaus

Wien, 20.10. (RK-LOKAL) Rund 250 Kinder und Jugendliche werden zur Schlußveranstaltung der Aktion „Olympia-Quiz“ erwartet, die in Anwesenheit von Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL am 25. Oktober im Festsaal des Rathauses durchgeführt wird.

Die Aktion „Olympia-Quiz“ wurde im Rahmen der „Sportplätze der offenen Tür“ während der Sommermonate angeboten und erfreute sich größter Beliebtheit. Neben Sportvorführungen und -demonstrationen werden bei dieser Veranstaltung im Rathaus auch wertvolle Preise, wie ein Sporturlaub, ein Fahrrad, usw., sowie Geschenke verlost. Beginn ist um 15 Uhr.

Eine erfreuliche Teilnehmerbilanz kann das Sportamt über die Sommeraktivitäten ziehen: Trotz einer Hitzewelle beteiligten sich allein an den „Sportplätzen der offenen Tür“ 20.600 Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene.

Erfreulich auch die Frequenz beim angebotenen Schwerpunktprogramm: Hier beteiligten sich weitere 13.200 Personen. Besonders regen Zuspruch fanden die Sparten Tischtennis, Eislaufen und Tennis. (Schluß) hof/gal

Neues Bezirksbuch „Döbling“

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Bezirksvorsteher Adolf TILLER werden am Montag, dem 24. Oktober um 19 Uhr im Bezirksmuseum Döbling, Döblinger Hauptstraße 96, das neue Buch „Döbling — Vom Gürtel zu den Weinbergen“ von Christine KLUSACEK und Kurt STIMMER präsentieren. Burgschauspieler Bruno THOST wird aus dem Buch lesen.

Im Jahr 1922 ist ein dreibändiges Werk über die Geschichte des 19. Bezirkes erschienen. Dieses Buch ist naturgemäß nur mehr in Bibliotheken aufzutreiben. Nun gibt es auch über diesen Bezirk, dessen Geschichte und Topographie so vielfältig sind, ein neues Buch, dessen Darstellungen bis zur Gegenwart reichen. Es ist bereits das sechste Bezirksbuch der beiden Autoren, bisher haben sie über Leopoldstadt, Meidling, Hietzing, Rudolfsheim-Fünfhaus und Ottakring geschrieben. Das neue Bezirksbuch ist im Compress-Verlag erschienen, hat 220 Textseiten, 48 Seiten mit Schwarzweiß-Fotos und kostet 248 Schilling. (Schluß) red/bs

Franz-Graczoll-Hof im 15. Bezirk

Wien, 20.10. (RK-LOKAL) Die städtische Wohnhausanlage in der Flachgasse 36-46 im 15. Bezirk wird am Samstag, um 9 Uhr, von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gemeinsam mit Bezirksvorsteher Kurt MENGER in „FRANZ-GRACZOLL-HOF“ benannt. Franz Graczoll gehörte von 1954 bis 1969 dem Wiener Gemeinderat an.

Franz Graczoll, der am 17. Juli 1905 in Wien geboren wurde, trat nach seiner Ausbildung zum Mechaniker bereits 1925 in die Zentralstelle der Sozialdemokratischen Partei für das Bildungswesen ein. Dort war er bis 1934 tätig. Wegen illegaler Betätigung wurde er 1937 verhaftet und zu einer Kerkerstrafe verurteilt. Den Zweiten Weltkrieg verbrachte er als Soldat an der Front und geriet zum Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung war Franz Graczoll wieder in der Bildungszentrale der SPÖ tätig und wurde 1954 von der Bezirksorganisation Rudolfsheim in den Wiener Gemeinderat entsandt. Hier wurde er Vorsitzender des Personalausschusses, wo er sich zu einem profunden Kenner des Dienstrechtes und des Besoldungsrechtes entwickelte. Er gehörte auch der Gemeinderätlichen Personalkommission an und war lange Jahre Vorsitzender der Gemeinderätlichen Disziplinarkommission. Franz Graczoll verstarb am 28. Mai 1984 in Wien. (Schluß) fk/bs

Katastropheneinsatzübung am 27. Oktober auf dem Breitenleer Frachtenbahnhof

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Nächsten Donnerstag, am 27. Oktober, findet ab 12.30 Uhr auf dem Gelände des Breitenleer Frachtenbahnhofes nördlich der Azaleengasse im 22. Bezirk eine Katastropheneinsatzübung statt. Erprobt wird das Zusammenwirken von Dienststellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Übungsannahme ist die Entgleisung von chemikalienbeladenen Güterwagen, wobei es zu Schadstoffaustritt kommt. Bei dieser Übung werden auch Hubschrauber für den simulierten Abtransport von Verletzten in Spitäler eingesetzt.

Die Österreichischen Bundesbahnen haben, um diese Übung zu ermöglichen, Kesselwagen zur Verfügung gestellt, die nicht den strengen Vorschriften für den Transport derart gefährlicher Güter entsprechen. Ein Austritt von Schadstoffen in der Art und Menge, wie in der Übung angenommen, ist bei Kesselwagen, die für den Transport gefährlicher Güter in Europa zugelassen sind, auszuschließen. (Schluß) and/gg

Kollegiale Führung für AKH bestellt

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Donnerstag in Anwesenheit von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in seinem Arbeitszimmer die Bestellungsdekrete an die künftige kollegiale Führung des Allgemeinen Krankenhauses: Senatsrat Dipl.-Ing. Peter BRODESSER (Verwaltungsdirektor), ao. Univ.-Prof. Dr. Reinhard KREPLER (Ärztlicher Direktor), Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Eduard FROSCH (Technischer Direktor) sowie Oberin Ingrid OBERMAIER (Direktorin des Pflegedienstes). Der definitive Amtsantritt der neuen kollegialen Führung erfolgt mit der Schaffung der neuen Magistratsabteilung 16 mit Wirksamkeit vom 1.1.1989. (Schluß) ger/bs

Projekt einer „Wiener Wirtschaftschronik“ vorgestellt

Wien, 20.10. (RK-WIRTSCHAFT) Mittwoch abend wurde im Piaristenkeller ein für Wien und seine Wirtschaft interessantes Projekt vorgestellt: eine auf fünf Bände angelegte „Wiener Wirtschaftschronik“, die derzeit im Entstehen ist. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung (IWS), Universitäten, Kammern und unzähligen einzelnen Wirtschaftsbetrieben wird dieses umfangreiche Werk von der Gesellschaft für Wirtschaftsdokumentationen herausgebracht.

Stadtrat Johann HATZL, der bei der Projektpräsentation die Schirmherrschaft übernommen hat, charakterisierte die Idee einer Wiener Wirtschaftschronik als umfangreiche und begrüßenswerte Aufgabe, die ein besseres Verstehen der Zusammenhänge ermöglichen könnte. Das Leben in der Großstadt Wien sei nicht nur von Faktoren wie Umweltqualität, Wohnqualität oder Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung bestimmt, sondern basiere vor allem auf einer funktionierenden Arbeits- und Wirtschaftswelt, die alles andere erst ermögliche.

Die Wiener Wirtschaftschronik wird eine umfangreiche Darstellung der Wiener Stadtgeschichte bieten, die untrennbar mit der Geschichte der Wiener Unternehmen und Betriebe verbunden ist. Für die Darstellung dieser Zusammenhänge wurden namhafte Wissenschaftler gewonnen. In einem weiteren Teil werden zahlreiche Wiener Wirtschaftsunternehmen porträtiert, die über ihre Beiträge auch die Finanzierung dieses Projektes ermöglichen. Schließlich wird auch die Zukunft der Wiener Wirtschaft über das Jahr 2.000 hinaus untersucht.

Die Wiener Wirtschaftschronik wird vom Druckhaus Ueberreuter hergestellt. Der erste Band soll bereits im kommenden Jahr erscheinen. Die Wirtschaftschronik soll Universitäten, Höheren Schulen, Bibliotheken, Bezirksämtern und Bezirksmuseen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
(Schluß) roh/bs

Familienintensivbetreuung - eine neue Form der Familienhilfe

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Vor einem Jahr startete das Jugendamt der Stadt Wien das Projekt „Familienintensivbetreuung“. Eine erste Bilanz über diese neue Form der Familienhilfe zog Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einem Pressegespräch. Bei der Familienintensivbetreuung, die das erste österreichische Projekt dieser Größenordnung ist, unterstützen Sozialarbeiter oder Erzieher Familien in besonderen Krisen mit einer bisher nicht angewandten Intensität. Neu ist vor allem, daß die Betreuer nicht nur „mit“ den Familien, sondern auch „in“ den Familien arbeiten, also den Alltag mit ihnen verbringen und die auftretenden Probleme mit ihnen gemeinsam lösen, sagte Smejkal. Wissenschaftlich begleitet wird das Wiener Modell vom Europäischen Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt, Wien.

Sozialarbeiter und Erzieher helfen

Die Einrichtung der „Familienintensivbetreuung“ ist ein weiterer Schritt des Jugendamtes, die Hilfen für Familien zu erweitern, und dadurch vorbeugend zu arbeiten. Es gilt, existentielle Gefährdungen, die zur Auflösung der Familien führen können, sowie Gefährdungen der Kinder vorbeugend zu verhindern und dadurch zu vermeiden, daß Kinder von den Eltern getrennt und in Fremdpflege untergebracht werden müssen.

Das Jugendamt der Stadt Wien setzte ab Oktober 1987 fünf Sozialarbeiter und fünf Erzieher als Familienintensivbetreuer in den Bezirken 10, 11, 12, 15 und 21 ein. Als Betreuer fungieren erfahrene Sozialarbeiter und Erzieher. Die neue Betreuungsform ist eine Hilfestellung für Familien, denen mit den bestehenden Angeboten bisher nur ansatzweise geholfen werden konnte, ihre Probleme zu lösen bzw. Auswege aus Krisen zu finden, erklärte Vizebürgermeister Smejkal.

Die Intensivbetreuung erfolgt durch Gespräche mit Eltern und Kindern, durch aktive Mithilfe (z.B. bei der Aufgaben- oder Freizeitbetreuung der Kinder), durch Unterstützung beim Kontakt mit verschiedenen Institutionen, durch Unterstützung bei der Haushaltsplanung, bei Umschuldungen und bei der Erschließung neuer Hilfsquellen.

Die Mitarbeiter des Jugendamtes betreuten bisher 35 Familien im Rahmen der Familienintensivbetreuung.

Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter wählen jene Familien aus, denen die Betreuungshilfe angeboten wird. Ist die Familie mit einer Intensivbetreuung einverstanden, dann werden Schwerpunkte und die Ziele der Betreuung besprochen, führte Smejkal aus.

Ein Familienintensivbetreuer steht für jeweils zwei bis höchstens fünf Familien zur Verfügung (derzeitiger Durchschnitt drei bis vier Familien) und kann deshalb die notwendige, zeitintensive Betreuung direkt im alltäglichen Leben der Familie durchführen.

Das wichtigste Prinzip dabei ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Die Dauer der intensiven Betreuung soll deshalb sechs bis zwölf Monate nicht überschreiten. In diesem Zeitrahmen sollte die akute Krise mit Hilfe des Betreuers bewältigt sein, und der Familie die Lebensführung ohne weitere intensive Hilfe möglich werden.

Erfahrungen aus der Erprobungsphase

Im ersten Projektjahr konnten beachtliche Betreuungserfolge erzielt werden, zog Smejkal Bilanz.

Als wesentliche Voraussetzungen dafür zeigten sich:

- die grundsätzliche Bereitschaft der Familien zur Mitarbeit
- die Fähigkeit der Familien, mit Unterstützung durch die Betreuer ihre eigenen Ressourcen zu aktivieren.

Aus der Arbeit in den Familien ergibt sich eine genauere Problemkenntnis im Vergleich zu anderen Betreuungsformen. Dadurch kann ein auf die Möglichkeiten der Familie abgestimmtes Betreuungsziel leichter erarbeitet werden, und zwar gemeinsam mit der Familie und in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Sozialarbeiter des Bezirksjugendamtes.

Die betreuten Familien sind vor allem mit folgenden Problemen konfrontiert:

- Eingeschränkte Erziehungskapazität
- Partnerprobleme
- Auffälligkeiten im Schulbereich
- Arbeitslosigkeit
- Wohnungsprobleme
- Ausländerproblematik
- finanzielle Überbelastungen.

(Forts. mgl.) jel/gg

Forts. von Blatt 2076

Neue Leiterin einer Abteilung im Pflegeheim Baumgarten

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Donnerstag vormittag die neue Primaria der IV. Internen Abteilung des Pflegeheimes Baumgarten, Dr. Beate DOBERAUER, in ihr Amt ein. Dr. Doberauer besitzt seit 1974 die Anerkennung als praktischer Arzt und seit 1978 die Anerkennung als Facharzt für Chirurgie. Zuletzt war sie Oberarzt an der Chirurgischen Abteilung der Allgemeinen Poliklinik der Stadt Wien.

Primaria Doberauer tritt die Nachfolge von Primaria Dr. Ingeborg SBURNY an, die seit 1977 Vorstand der IV. Internen Abteilung des Pflegeheims Baumgarten war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) sc/bs

Präsentation von Schubert-Autographen

Wien, 20.10. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK präsentierten am Donnerstag im Roten Salon des Wiener Rathauses die beiden von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek im Mai bei einer Auktion bei Sothebys in London zum Preis von über vier Millionen Schilling erworbenen Schubert-Autographen. Es sind dies der Finalsatz von Schuberts erstem datierten, also „offiziellen“ Werk aus dem Jahr 1810 (Deutsch-Verzeichnis 1), der Fantasie in G Dur zu vier Händen, sowie eines der großen Manuskripte des Komponisten, die eigenhändige — bisher als verschollen geltende — Partitur der Ouvertüre „im italienischen Stil“ aus dem Jahr 1817 (Deutsch-Verzeichnis 590).

Bürgermeister Zilk betonte anlässlich der Präsentation die Bedeutung, derartige geistige Werte mit dem Ankauf für die Bibliothek auch der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Kulturstadträtin Pasterk verwies darauf, daß es nach dem Erfolg der Festwochen-Produktion von „Fierrabras“ auch gelungen sei, diese wertvollen Autographen für Wien zu erhalten und damit ein weiteres Zeichen der Schubert-Pflege zu setzen.

Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek verwahrt an die 400 Notenautographe von Franz Schubert — diese ergeben mehrere tausend Seiten —, ferner ziemlich vollständig die Erstdrucke und alle weiteren Nachdrucke, aber auch autographe Briefe und eine Fülle von Dokumentationsmaterial zum Komponisten. Sie gilt als die weltweit größte Schubert-Sammlung, und hat daher auch ihren hervorragenden Stellenwert vor allem in Expertenkreisen des In- und Auslandes.

Bei den rapid ansteigenden Preisen für Schubert-Manuskripte — 1937 konnte man ein Notenblatt von der Hand des Komponisten noch um 800 Schilling (!) erwerben — hatte es jahrelang den Anschein, als müßte die Schubert-Sammlung der Stadt Wien, die seit dem Legat des Kunstmäzens Nikolaus Dumba von 1905 als solche anzusprechen ist, in gewissem Sinne als „abgeschlossen“ betrachtet werden. Denn nur selten noch gab es Zuwächse.

Ein so großer Ankauf an wirklich bedeutenden Schubert-Autographen wie jener im Mai hat hierzulande auf dem Kunstsektor eindeutig spektakulären Charakter. Beide Manuskripte waren ehemals Besitz der Sammlung von Karl Ruhmann in Wien. Das Gesamtmanuskript von D 1 hatte schon Schuberts Halbbruder Andreas in Teile zerlegt. Als geschlossene Einheit blieb nur der Finalsatz erhalten.

Das Autograph der Ouvertüre, das bisher als verschollen galt, wirkt wie eine wunderschöne Reinschrift von der Hand des Komponisten, doch handelt es sich — und das ist das Unerklärliche in Schuberts Schaffensprozeß — mit Sicherheit um die erste Niederschrift. Das Werk hat im Schubertschen Oeuvre nach neueren Erkenntnissen auch noch einen historisch bedeutsamen Platz: Es handelt sich um jenes Werk, mit dem sich Schubert 1818 erstmals als Instrumentalkomponist der Öffentlichkeit präsentierte. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 21. Oktober 1988

Blatt 2080

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Masern-Mumps-Impfungen sind wichtig (2082)
- Goldenes Verdienstzeichen für Dr. Herbert Machatschek (2083)
- Fitläufe und -märsche am Nationalfeiertag (2084)
- Terminvorschau vom 24. Oktober bis 5. November (2085/2086)
- Eröffnung des Bildungszentrums Penzing (2087)
- Wien fördert neue Falk-Druckerei (2088)
- Umbau und Neugestaltung der Freyung (2090)
- Ausbau der Anton-Böck-Gasse (2090)

Kultur:

- „Skulpturen Republik“ im Messepalast (2081/FS: 20.10.)
- „50 Jahre Bezirk Penzing“ im Bezirksmuseum (2089)
- „Tür und Tor“ im Bezirksmuseum Mariahilf (2089)

„Skulpturen Republik“ Im Messepalast

Ausstellung der Wiener Festwochen

Wien, 20.10. (RK-KULTUR) Die Wiener Festwochen zeigen mit Unterstützung durch das Kulturamt der Stadt Wien vom 21. Oktober bis 11. Dezember im Kunstraum Wien im Wiener Messepalast die Ausstellung „Skulpturen Republik“. Die Ausstellung ist Dienstag, Mittwoch und Freitag bis Sonntag von 10.30 Uhr bis 18 Uhr, Donnerstag von 10.30 Uhr bis 20 Uhr geöffnet.

Die Schau, mit der die Festwochen ihre erfolgreichen Ausstellungen zeitgenössischer Kunst fortsetzen, schließt mit Tony CRAGG (Großbritannien), Felix DROESE (BRD) und dem Österreicher Siegfried ANZINGER drei der meistbeachteten Biennale-Vertreter dieses Jahres ein.

Neben den Klassikern der Moderne Vito ACCONCI (1988 Ausstellung im Museum of Modern Art, New York), Richard TUTTLE, Dieter ROTH und Lawrence WEINER ist die mittlere Künstlergeneration durch Felix DROESE, FISCHLI-WEISS, Georg HEROLD, Bertrand LAVIER, Urs LÜTHI, dem ungarischen Künstler Tomas TROMBITAS, Giuseppe PENONE und Thomas STIMM mit hervorragenden Beispielen präsent.

„Außenseiter“ wie Heinz FRANK oder Alvin LUCIER und Oswald STIMM runden das Bild der Ausstellung ab.

Unter den jungen Künstlern sind erfreulich viele Österreicher: Evelyn EGERER, Ilse HAIDER, Brigitte KOWANZ, Helmut MARK und Christian STOCK. Mit einer subtilen, fragilen Glasarbeit ist Ronald JONES, einer der interessantesten jungen Amerikaner, in der Ausstellung vertreten. (Schluß) gab/bs

Bereits am 20. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Masern-Mumps-Impfungen sind wichtig

Gesundheitsausschuß beschloß Kostenübernahme durch Stadt Wien

Wien, 21. 10. (RK-KOMMUNAL) Nur etwa die Hälfte der Wiener Kinder ist gegen Masern und Mumps geimpft. Da es bei beiden Krankheiten zu Komplikationen kommen kann, erhalten Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren von den Ärzten des Wiener Gesundheitsamtes in den Jahren 1988 und 1989 eine kostenlose Schutzimpfung. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen beschloß in seiner letzten Sitzung die Kostenübernahme durch die Stadt Wien. Für die Impfung der 14 bis 24 Monate alten Kinder trägt der Bund die Kosten. Die Stadt Wien muß für 1988 mit einem Betrag von etwa 100.000 Schilling rechnen, für 1989 mit einer voraussichtlich etwas höheren Summe.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER unterstrich gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ die Bedeutung der Masern-Mumps-Impfung. Beide Kinderkrankheiten sind keineswegs harmlos. Bei Mumps kommt es in etwa einem Viertel der Fälle zu einer Gehirnhautreizung, die nicht selten Spuren hinterläßt — Konzentrationsstörungen oder Lernschwächen in der Schule. Bei größeren Kindern kann es zu Hodenbeziehungsweise Eierstockentzündungen kommen, die zur Unfruchtbarkeit führen können.

Auch bei Masern gibt es Komplikationen. Von den 433 Kindern, die in den vergangenen 12 Monaten im Wiener Wilhelminenspital mit Masern aufgenommen wurden, traten bei fast einem Viertel Lungenentzündungen und bei fast einem Fünftel Mittelohrentzündungen auf. Es gab auch Fälle von Gehirnentzündungen und Krampfanfällen. Bei der Entzündung des Gehirns und bei schwerer Lungenentzündung kommt es trotz intensiver ärztlicher Behandlung immer noch zu Todesfällen. (Schluß) sc/gal

Goldenes Verdienstzeichen für Dr. Herbert Machatschek

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Freitag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an Rechtsanwalt Dr. Herbert MACHATSCHEK. Smejkal würdigte die Verdienste Dr. Machatscheks im Rahmen der Akademikerhilfe, deren Vorstand er seit 1948 angehört. In den derzeit zwölf Heimen der Akademikerhilfe sind mehr als 2.200 Studenten untergebracht. (Schluß) jel/gg

Fitläufe und -märsche am Nationalfeiertag

Wien, 21.10. (RK-LOKAL) Sieben Veranstaltungen stehen am Nationalfeiertag zur Auswahl, um in der Bundeshauptstadt an Fitläufen oder -märschen teilzunehmen. Das Sportamt bietet, in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden, folgende Möglichkeiten an (Startzeit jeweils um 9 Uhr):

- 2, Wiener Stadion, Sektor B/C, Marsch und Lauf, Streckenlänge ca. 8 km
- 10, Oberlaa, Südtor, Marsch und Lauf, Streckenlänge ca. 7 km
- 13, Lainzer Tiergarten, Lainzer Tor, Marsch und Lauf, Streckenlänge 10,7 km
- 18, Pötzleinsdorfer Park, Endstelle 41, Lauf („Wienerwald-Lauf“), Streckenlänge 10 km
- 19, Sievering, Endstelle 39 A, Marsch und Lauf, Streckenlänge ca. 7,5 km
- 19, Nußdorf, Endstelle D, Marsch und Lauf, Streckenlänge ca. 11 km
- 21, Stammersdorf, Endstelle 31, Marsch und Lauf, Streckenlänge ca. 10 km.

(Schluß) hof/gg

Terminvorschau vom 24. Oktober bis 5. November

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 24. Oktober bis 5. November hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 24. OKTOBER:

10.30 Uhr, Pressegespräch StR. Häupl, Sport

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Verkehrsfreigabe der Westeinfahrt nach Bauarbeiten, StR. Hatzl

15.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch StR. Pasterk an Bibiane Zeller, Fred Rauch und Werner Tautz (Steinsaal)

19.00 Uhr, Buchpräsentation mit Bgm. Zilk, Klusacek/Stimmer: „Döbling — vom Gürtel zu den Weinbergen“ (Bezirksmuseum Döbling, Villa Wertheimstein, 19, Döblinger Hauptstraße 96)

DIENSTAG, 25. OKTOBER:

8.15 Uhr, Pressefahrt Forstamt/Saatgutbeerntung (Hirschwang/Stixenstein/Schneeberg)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Benennung einer Städtischen Wohnhausanlage in Rudolfiner-Muhr-Hof durch Bgm. Zilk (13, Volksgasse 1-13)

MITTWOCH, 26. OKTOBER:

9.00 Uhr, Jungbürgerwald/Wagramer Hain in Kagran

DONNERSTAG, 27. OKTOBER:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

10.00 Uhr, Pressegespräch StR. Edlinger „Anders wohnen — mitplanen, mitbauen, mitbestimmen“ (Karl-Marx-Hof, Beratungszentrum, ehemaliger Waschsalon II, 19, Halteraugasse)

11.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Anders wohnen“ durch Bgm. Zilk, Bundesminister Graf, StR. Edlinger (Ort w.o.)

ab 12.30 Uhr, Katastropheneinsatzübung auf dem Breitenleer Frachtenbahnhof

FREITAG, 28. OKTOBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

SAMSTAG, 29. OKTOBER:

9.00 Uhr, Spatenstich Sommerbad Simmering durch StR. Häupl (11, Florian-Hedorfer-Straße)

SONNTAG, 30. OKTOBER:

Familiensonntag

MONTAG, 31. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

MITTWOCH, 2. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk u. StR. Pasterk an Dr. Werner Hofmann (Rathaus)

SAMSTAG, 5. NOVEMBER:

9.00 Uhr, Aufforstungsaktion Wienerberg-Ost/Sahulkastraße mit
StR. Häupl (auch am 6.11.)

11.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien durch den Vor-
sitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik Karoly
Grosz, Bgm. Zilk (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 2085

Eröffnung des Bildungszentrums Penzing

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Übergabe des Zubaues des Bundesrealgymnasiums 14, Linzer Straße 146, eröffnete Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Freitag in Anwesenheit von Bundesminister Dr. Hilde HAWLICEK, dem amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates Wien, NR. Prof. Hans MATZENAUER, sowie zahlreicher Ehrengäste ein Bildungszentrum der Volkshochschule Penzing.

In ihrer Eröffnungsrede unterstrich Smejkal die Wichtigkeit dieses Projektes, das Schule und Bildungseinrichtung für Erwachsene unter einem Dach vereint. Die Zusammenarbeit zwischen der Volkshochschule Penzing und der institutionalisierten Bildung werde zukunftsweisend sein, sagte Smejkal. Man versuche mit der Unterbringung der Volkshochschule in der Expositur der AHS Astgasse in der Linzer Straße 146 eine neuartige Kooperation. Neben diesem neuen Bildungszentrum, das die Volkshochschule Penzing bezogen hat, konnte im heurigen Herbst noch eine weitere Volkshochschule, im 17. Bezirk, neue Räume beziehen. (Schluß) jel/gg

Wien fördert neue Falk-Druckerei

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag einstimmig, für eine neue Hochleistungsdruckerei der Zeitschriftengesellschaft „Die ganze Woche“ einen Investitionskostenzuschuß von 66,7 Millionen Schilling zu gewähren. Die Gesellschaft, die im alleinigen Eigentum von Kurt FALK steht, wird auf einem Teil der ehemaligen ÖAF-Gründe in Wien-Floridsdorf rund 700 Millionen Schilling investieren. Die Gesamtförderung durch die öffentliche Hand wird 200 Millionen Schilling ausmachen, da neben der Förderung der Stadt Wien der Bund das Projekt mit 133,3 Millionen Schilling fördern wird.

In der neuen Druckerei wird in Zukunft die Wochenzeitung „Die ganze Woche“ gedruckt, die derzeit im Ausland produziert wird. Allein dadurch wird ein jährlicher Auftragswert von rund 250 Millionen Schilling im Inland wirksam. Ebenso wird sich die neue Druckerei um Druckaufträge für andere periodische Publikationen und um weitere Aufträge aus dem In- und Ausland bemühen. Für die Startphase ist ein Mitarbeiterstand von 45 Personen vorgesehen, eine Erweiterung auf 110 Mitarbeiter ist zu erwarten. (Schluß)
sei/gg

„50 Jahre Bezirk Penzing“ Im Bezirksmuseum

Wien, 21.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Penzing, Penzinger Straße 59, ist bis 21. Dezember die Ausstellung „50 Jahre Bezirk Penzing“ zu sehen, die die Entwicklung des 14. Bezirkes darstellt. Die Ausstellung ist jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/bs

„Tür und Tor“ Im Bezirksmuseum Mariahilf

Ausstellung von Gisela Frank

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Im Bezirksmuseum Mariahilf, Mollardgasse 8, ist bis Ende Dezember die Ausstellung „Tür und Tor“ von Gisela FRANK zu sehen. Die Künstlerin zeigt vor allem Feder- und Rohrfederzeichnungen. Das Bezirksmuseum ist jeden Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

Umbau und Neugestaltung der Freyung

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Im 1. Bezirk soll auf der Freyung im Zuge der Fertigstellung des Tiefgaragenprojektes eine Neugestaltung des Straßenraumes vorgenommen werden, die dem historischen Charakter dieses Platzes entspricht und auch eine geänderte Verkehrsführung zur Folge hat. Die Gesamtkosten für die Bau- und Gestaltungsmaßnahmen sind mit 32,8 Millionen Schilling veranschlagt, die vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner Sitzung am Freitag genehmigt wurden. (Schluß) pz/bs

Ausbau der Anton-Böck-Gasse

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Nach mehreren Einbauten ist im 21. Bezirk in der Anton-Böck-Gasse im Bereich zwischen Rußberggasse und Krottenbachgasse ein kompletter Ausbau beziehungsweise Neubau der Fahrbahn erforderlich. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte dafür Freitag einen Betrag von 1,43 Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 24. Oktober 1988

Blatt 2091

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Swoboda: Gespräche mit den ÖBB über Zulaufstrecken zum geplanten Zentralbahnhof stehen bevor (2092/FS: 21.10.)
- Advent-Einkaufsmöglichkeiten mit Lebensmitteleinkauf (2093/FS: 21.10.)
- Rudolfine-Muhr-Hof in Hietzing (2094/FS: 22.10.)
- Hernalser Kulturwoche (2095/FS: 23.10.)
- Herbstangelobung der Jungmänner der Garnison Wien (2096/FS: 23.10.)
- Neuer Vorstand der Chirurgie am Mautner-Markhof'schen Kinderspital (2098)
- Umbau der Savoyenstraße (2099)
- Zu den Friedhöfen mit öffentlichen Verkehrsmitteln (2100)
- Großangelegte Katastropheneinsatzübung am 27. Oktober (2101)
- Friedensbotschafter Wien (2102)
- Schirmer: Noch einmal, die Wiener Geschäfte können am 26.11 nachmittags offen sein (2104)
- Spitzenmedizin und Vorbeugung (2105)
- Hatzl: FPÖ-Stromtarif-Vorschlag bedeutet höhere Kosten für Pensionisten (2106)
- Wiener ÖVP fordert Einführung der „Mittleren Reife“ (2107)
- Smejkal: „Mittlere Reife“ kann zweiten Berufsschultag nicht ersetzen (2107)
- Ein Monat vor dem Termin: Freigabe der Wiener Westausfahrt (2108)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 200 Jahre Theater in der Josefstadt (2097/FS: 23.10.)

Sport:

- Jugend- und Frauenschwerpunktprogramme im Wiener Sport (2103)

Swoboda: Gespräche mit den ÖBB über Zulaufstrecken zum geplanten Zentralbahnhof stehen bevor

Bereits am 21. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den Absichten der ÖBB, in Meidling Probebohrungen für den Tunnel durchzuführen, der Süd- und Westbahn miteinander verbinden soll, stellte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß bezüglich der Zulaufstrecke zum geplanten Zentralbahnhof noch keinerlei Entscheidungen gefallen sind.

Wie Swoboda betonte, sei die Variante Tiergarten-Tunnel aus der Sicht der Stadt Wien nur eine von mehreren Möglichkeiten. Er selbst habe bereits vor Monaten auf die Vorteile jener Variante hingewiesen, die die Verbindungsbahn benützen könnte, da sich das innerstädtische Verkehrsnetz in diesem Fall besser einbinden ließe.

Für die weitere Entscheidungsfindung seien bereits Gespräche mit Verkehrsminister Streicher vorgesehen, schloß Swoboda. (Schluß) lf/bs

Advent-Einkaufsmöglichkeiten mit Lebensmitteleinkauf

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) „Kein Wort verliert die Wiener Handelskammer darüber, daß mit der geplanten neuen Regelung für die drei Advent-Einkaufssamstage eine wesentliche Verbesserung für Konsumenten und Geschäftsleute verbunden ist — durch die Einbeziehung des Lebensmitteleinkaufs, der nun an den Advent-Einkaufssamstagen bis 18 Uhr möglich ist“. Das betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des Wiener Handelskammer-Präsidenten Karl DITTRICH. Schirmer wies dabei auch die Vorwürfe der Handelskammer zurück: „Wir haben uns, und das habe ich bereits dezidiert erklärt, exakt an die bundesgesetzliche Regelung gehalten. Das entsprechende Bundesgesetz tritt mit 1. Dezember 1988 in Kraft, sieht drei Advent-Einkaufssamstage vor und wurde von den Sozialpartnern ausgehandelt. Ebenso habe ich bereits ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ja auch in Wien am letzten Samstag im November durch die Wahlmöglichkeit nach den bundesgesetzlichen Ladenschlußregelungen die Geschäfte bis 17 Uhr geöffnet haben können, wenn sie sich für diesen Tag als langen Samstag entscheiden“, sagte Schirmer.

Die Stadträtin wies auch darauf hin, daß — wie durch zahlreiche Anrufe bestätigt wird — offensichtlich viele kleine Händler für die Regelung mit drei Advent-Einkaufssamstagen sind, und forderte neuerlich, auch daran zu denken, daß die Adventzeit nicht nur für das Konsumieren und Einkaufen da ist, sondern auch Zeit für zwischenmenschliche Beziehungen bieten sollte. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 21. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Rudolfine-Muhr-Hof in Hietzing

Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird am Dienstag um 16 Uhr die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in Hietzing, Volksgasse 1-13 in Rudolfine-Muhr-Hof vornehmen.

Rudolfine Muhr wurde am 5. September 1900 in eine kinderreichen Arbeiterfamilie geboren. Seit ihrer frühesten Kindheit war sie gewerkschaftlich und politisch in der Sozialdemokratie tätig. Ihre Gesinnung brachte sie bereits ab 1934 wiederholt in Haft. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem sie bis 1949 angehörte, anschließend war sie zwanzig Jahre lang Wiener Mandatarin im Bundesrat. Viele Jahre hindurch war Rudolfine Muhr Sekretärin der Wiener SPÖ-Frauenorganisation. Sie starb am 26. Oktober 1984. (Schluß)
red/bs

Bereits am 22. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Hernalser Kulturwoche

Wien, 23.10. (RK-LOKAL) Der Kulturverein „Liebenswertes Hernal“ veranstaltet auch heuer wieder die „Hernalser Kulturwoche“, die von Mittwoch, den 26. Oktober, bis zum Dienstag, den 1. November, dauert. Die heurige Kulturwoche steht unter dem Motto: 160. Todestag von Franz Schubert. Neben kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten und Dichterlesungen, gibt es auch Vorträge und Seminare sowie eine Kulturkundliche Wanderung. Ausführliche Informationen über das Programm erteilt der Kulturverein „Liebenswertes Hernal“ unter der Telefonnummer 43 46 79/14 DW (Herr Fröschl) oder die Stadtinformation in der Schmidthalle des Wiener Rathauses, Tel. 43 89 89. (Schluß) red/gg

Bereits am 23. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Herbstangelobung der Jungmänner der Garnison Wien

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Rund 1.400 Jungmänner der Garnison Wien, die zum Oktobertermin zum Bundesheer eingerückt sind, werden am Dienstag, dem 25. Oktober, feierlich angelobt. Die Angelobung findet heuer auf dem Gelände der Universitätssportanlage in Wien 9, Sensengasse 1-5, statt. Das Programm des militärischen Festaktes beginnt um 9.45 Uhr mit einem Platzkonzert der Militärmusik des Gardebataillons, die große Flaggenparade und die Angelobung selbst finden um etwa 11 Uhr statt. (Schluß) red/gg

Bereits am 23. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

200 Jahre Theater in der Josefstadt

Ehrungen verdienter Schauspieler und Mitarbeiter

Wien, 23.10. (RK-KULTUR) Heute, Sonntag, überreichte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY und Unterrichtsministerin Dr. Hilde HAWLICEK, im Rahmen einer Festmatinee zum 200-jährigen Jubiläum des Theaters in der Josefstadt Ehrenzeichen des Landes Wien an verdiente Mitarbeiter und Schauspieler des Hauses.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Susanne ALMASSY und Ursula SCHULT.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Georg HARTMANN, Karl KRITTL, Nina SANDT und Prof. Robert WERNER.

Mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien wurden Richard BACHER, Michael CZANEK, Franz EICHINGER, Kurt-Albert HLOZEK, Herbert JUREK, Herbert KAISER, Helmuth KANZLER, Karl KOUPIL, Helmut MÜLLER, Klara MUSIL, Margarete PITTER, Blagoje SASIC, Othmar SCHABLITZKY, Rudolf WILLINGER, Frederic WOLFF und Adolf ZOIDL ausgezeichnet. (Schluß) ib/gg

Bereits am 23. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Vorstand der Chirurgie am Mautner-Markhof'schen Kinderspital

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag vormittag den neuen Vorstand der Chirurgischen Abteilung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals, Professor Dr. Ernst HORCHER, in sein Amt ein.

Primarius Horcher ist seit 1977 Facharzt für Chirurgie und seit 1978 zusätzlich Facharzt für Kinderchirurgie. Er wurde 1981 Dozent und 1987 a.o. Professor. Zuletzt war er Oberarzt an der II. Chirurgischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus.

Prof. Horcher tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Peter WURNIG an, der seit 1963 Vorstand der Chirurgischen Abteilung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) sc/rr

Umbau der Savoyenstraße

Wien, 24.10. (RK-LOKAL) Im 16. Bezirk ist der Umbau der Savoyenstraße über die ganze Länge von der Wilhelminenstraße bis zur Johann-Staud-Gasse einschließlich Gehsteigen, Randbegrenzungen und Grünanlagen vorgesehen, der mit einem finanziellen Aufwand von 10 Millionen Schilling verbunden ist. Ein diesbezüglicher Beschluß wurde in der Oktober-Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie gefaßt. (Schluß)
pz/bs

Zu den Friedhöfen mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe verstärken auch heuer wieder in der Woche um Allerheiligen die Straßenbahn- und Autobuslinien zu den Friedhöfen:

Die in Richtung Reumannplatz fahrenden Autobusse der Linie „66 A“ werden von Mittwoch, den 26. Oktober, bis Mittwoch, den 2. November, jeweils von 8 bis 18 Uhr über Kolbegasse und Büttnergasse zum Inzersdorfer Friedhof geführt.

Am 1. November werden in der Zeit von 8 bis 18 Uhr City-Busse — mit dem Liniensignal „39 A“ — ab der Sieveringer Straße/Karthäuserstraße zum Sieveringer Friedhof geführt.

Von Mittwoch, den 26. Oktober, bis Mittwoch, den 2. November, fährt außer der Linie „71“ auch die Straßenbahnlinie „6“ bei Bedarf bis zum Zentralfriedhof, wobei am 1. November auch Züge ab Urban-Loritz-Platz geführt werden.

Am Dienstag, dem 1. November, werden darüber hinaus auch die Linien „29“ und „35“ zum Zentralfriedhof geführt. Die Linie „29“ wird vom Friedrich-Engels-Platz über Marchfeldstraße — Dresdner Straße — Schwedenplatz — Invalidenstraße — Ungargasse — Rennweg zum Zentralfriedhof betrieben. Die Linie „35“ wird ab Althanstraße/Augasse über Porzellangasse — Ring — Schwarzenbergplatz — Rennweg geführt.

Die Schnellbahnlinie S 7 wird am 1. November ab Praterstern, Wien Nord über Landstraße, Wien Mitte — Rennweg zum Zentralfriedhof Tor 9 und 11 verstärkt geführt.

Achtung: Der Stammersdorfer Zentralfriedhof ist heuer erstmals nicht nur mit der Straßenbahnlinie „31“, sondern auch mit der Schnellbahn S 1 oder S 2 über Süßenbrunn oder Gerasdorf und von dort mit der neuen Autobuslinie „125“ im Tarif der Kernzone zu erreichen.

Bei Bedarf wird der öffentliche Verkehr zu den wichtigsten Friedhöfen verstärkt geführt.

Allerheiligenmärkte ab 25. Oktober

Allerheiligenmärkte mit Kränzen, Blumengebinden, Kerzen usw., werden heuer ab Dienstag, den 25. Oktober, bis einschließlich Mittwoch, den 2. November, von 7 bis 18 Uhr vor den Wiener Friedhöfen abgehalten. Beim Zentralfriedhof ist die Zufahrt zum Evangelischen Friedhof beim Tor 3 während der gesamten Marktdauer nicht möglich.

Keine Einfahrt in den Zentralfriedhof

Achtung: Die städtische Friedhofsverwaltung weist darauf hin, daß am 26. und 30. Oktober sowie am 1. November wegen der hohen Besucherfrequenz am Zentralfriedhof KEINE EINFAHRT mit dem Pkw möglich ist. Die Besuchszeiten der städtischen Friedhöfe, die für September und Oktober gelten (7 bis 18 Uhr), werden bis einschließlich 2. November verlängert. (Schluß) roh/bs

Großangelegte Katastropheneinsatzübung am 27. Oktober

„Zugentgleisung“ auf dem Breitenleer Frachtenbahnhof

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Donnerstag, dem 27. Oktober, wird auf dem Gelände des Frachtenbahnhofes Breitenlee im 22. Bezirk zwischen etwa 12.30 Uhr und ca. 16 Uhr eine Katastropheneinsatzübung abgehalten. Erprobt wird das Zusammenwirken von Dienststellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Die Übung geht davon aus, daß chemikalienbeladene Kesselwagen entgleist sind, und eine giftige, rasch verdampfende Flüssigkeit austritt. Dies führt, so die Übungsannahme, bei den Menschen in der Umgebung zu Vergiftung und Bewußtlosigkeit und löst in weiterer Folge eine Reihe schwerer Verkehrsunfälle aus, wodurch eine große Zahl von Personen verletzt wird. Bei dieser Übung werden auch Hubschrauber für den simulierten Abtransport von Verletzten in Spitäler eingesetzt. Bei der Übung wird für die Simulation des Schadstoffaustrittes gefärbtes Wasser verwendet, das selbstverständlich für das Grundwasser unbedenklich ist.

Die Österreichischen Bundesbahnen haben Kesselwagen zur Verfügung gestellt, um diese Übung zu ermöglichen. Die hier verwendeten Fahrzeuge entsprechen allerdings nicht den strengen Vorschriften für den Transport derart gefährlicher Güter. Ein Austritt von Schadstoffen in der Art und Menge, wie in der Übung angenommen, ist bei jenen Kesselwagen auszuschließen, die für den Transport derart gefährlicher Güter in Europa zugelassen sind. (Schluß) and/bs

Friedensbotschafter Wien



Die österreichische Bundeshauptstadt wurde von den Vereinten Nationen mit dem Titel „Friedensbotschafter“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wurde weltweit einer Reihe von Städten zuteil, die sich in besonderer Weise um den Gedanken des Friedens verdient gemacht haben. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK nahm am Wochenende im Rahmen des UNO-Balls im Wiener Rathaus die Urkunde von der Generaldirektorin des Wiener UNO-Büros Margaret J. ANSTEE in Empfang.

Foto: PID/Hutterer

Jugend- und Frauenschwerpunktprogramme Im Wiener Sport

Wien, 24.10. (RK-SPORT) Wie Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL bei einem Pressegespräch am Montag ausführte, werden in den nächsten Monaten zahlreiche neue Aktivitäten in der Bundeshauptstadt durchgeführt, so etwa ein Schwerpunktprogramm für die Jugend und die Frauen. „Ich erwarte mir davon weitere Impulse“, erklärte der Sportstadtrat, auf dessen Initiative neue Zielgruppen angesprochen werden sollen.

Nach seinen Vorstellungen soll das Jugendschwerpunktprogramm von den drei Dachverbänden, dem Wiener Fußball-Verband und dem WAT eigenständig entwickelt, nach Prüfung durch das Sportamt durchgeführt werden. Dafür sind Sonderförderungsmittel von insgesamt 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Sportkonzept für Frauen

Viel erwartet sich Dr. Michael Häupl auch von einem Sportkonzept für Frauen, das mit Beginn des nächsten Jahres voll anlaufen wird. Da man mit dieser Aktion vor allem Mütter mit Kindern im Kindergarten- bzw. Schulalter ansprechen will, werden die angebotenen Kurse mit Zielrichtung Gymnastik, Mutter- und Kindturnen, Volleyball, Tennis, Schwimmen und Gymnastik im Wasser, Eislaufen, Leichtathletik und Selbstverteidigung überwiegend an Vormittagen angeboten.

Ein großes Echo hat die diesjährige Aktion „Komm zum Sport“ gefunden, in der 120 Vereine in zehn Disziplinen Sonderförderungsbeträge erhalten.

Kunststoffrasen wird untersucht

Auf Anregung des Sportamtes wird mit einer Beteiligung von 400.000 Schilling ein Forschungsauftrag an das ÖISS (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau) vergeben, das die Anforderungen und die Tauglichkeit eines Kunststoffrasens genauest überprüfen soll. Der Kunststoffrasen, mit Quarzsand verfüllt, wird in Österreich seit etwa fünf Jahren verlegt.

Weitere Maßnahmen im Breiten- und Spitzensport

Der Wiener Landessportrat gewährt ab sofort auch Fahrtkostenzuschüsse in der Höhe von 500.000 Schilling für Europacupbewerbe der 3. Kategorie.

Auf einem aufgelassenen Fußballplatz in der Freudenau wird die American International School ein echtes Baseballfeld errichten, das bereits im Frühjahr eröffnet wird. Die Stadt stellt dafür das Grundstück zur Verfügung.

Schließlich teilte Dr. Michael Häupl mit, daß die seit 20 Jahren mit größtem Erfolg laufende Jugendeislauf-Aktion diesmal am 14. November in der Donauparkhalle gestartet wird. Bis auf eine einmalige Anmeldegebühr von 100 Schilling ist dieser Kurs kostenlos.

Wieder in Betrieb genommen wird in diesem Winter die Rodelbahn am Gallitzinberg nach einer entsprechenden Renovierung. (Schluß) hof/gg

**Schirmer: Noch einmal, die Wiener Geschäfte
können am 26.11 nachmittags offen sein**

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) „Noch einmal: die in den letzten Tagen verbreiteten Meldungen verschiedener Politiker bzw. Gremien, daß Wiens Geschäfte am 26. November nachmittags geschlossen sein müssen, sind schlicht und einfach falsch. Selbstverständlich können sie geöffnet sein, da ja mit der Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ein langer Samstag pro Monat FREI gewählt werden kann. Dieser Samstag kann also durchaus der 26. November sein. Sollten sich Geschäftsleute für diesen Tag als langen November-Einkaufssamstag entschließen, können sie bis 17 Uhr geöffnet haben“. Darauf wies Stadträtin Christine SCHIRMER am Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ nochmals ausdrücklich hin. Alle Meldungen, die von einem erzwungenen Zusperrern der Verkaufslokale berichten, sind nicht richtig, betonte Schirmer. (Schluß) hrs/rr

Spitzenmedizin und Vorbeugung

Stadtrat Stacher bei der Van Swieten-Tagung

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Medizin befindet sich im Umbruch. Einerseits haben wir die Entwicklung zu einer Spitzenmedizin, die wir uns vor einigen Jahren noch gar nicht vorstellen konnten, andererseits ist uns bewußt geworden, daß wir wesentlich mehr für die Prävention, für die Vorbeugung tun müssen. Das stellte der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Montag bei der Eröffnung des 42. Österreichischen Ärztekongresses und der Van Swieten-Tagung in der Wiener Hofburg fest.

Stacher verwies auch auf die demographische Entwicklung der Bevölkerung in Österreich. Durch die starke Zunahme von alten Menschen wird die Medizin neue Aufgaben bewältigen müssen. Ältere Menschen haben oft mehrere Krankheiten und benötigen daher andere Betreuungsformen. Im Rahmen der Diskussion der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ haben wir gesehen, wohin die Medizin gehen soll. In Zukunft werden wir drei Hauptgruppen unserer medizinischen Leistungen haben: Erstens die Prävention, zweitens die Akutmedizin und drittens die Rehabilitationsmedizin. Darauf werden wir bei der Ausbildung und bei der Fortbildung Rücksicht nehmen müssen, wenn wir die Aufgaben, die sich der Medizin in zehn bis 20 Jahren stellen werden, erfüllen wollen.

Der Gesundheitsstadtrat erwähnte die vom Gesundheitsministerium durchgeführte Aktion „Gesundes Österreich“ und die Aktion „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation, an der Wien ebenfalls teilnimmt. Wien will damit die Gesundheitsförderung, die Gesundheitserziehung und die Prävention in den Vordergrund stellen. Die Medizin steht im Schußfeld der Wirtschaftler, die feststellen, daß wir bei einem weiteren Kostenanstieg in den Spitälern und bei den medizinischen Leistungen in eine Situation kommen könnten, daß wir uns das Gesundheitswesen nicht mehr leisten können. Der Gesundheitsstadtrat äußerte jedoch die Überzeugung, daß das nicht der Fall sein wird. Dazu kann die Umstrukturierung beitragen, indem wir wesentlich mehr an Außenversorgung anbieten: mehr Hauskrankenpflege, um die Spitäler zu entlasten. Andererseits werden sich Krankheiten durch neue technische Möglichkeiten so rasch beseitigen lassen, daß die Kosten nicht so stark steigen werden. Eines muß man aber klarstellen: Wir Ärzte und Gesundheitspolitiker haben als Ziel, daß die Bevölkerung nach medizinisch optimalen und sozial gerechtfertigten Möglichkeiten behandelt wird, sagte Stacher.

Die Van Swieten-Tagung in der Wiener Hofburg findet noch bis 26. Oktober statt. Hauptthemen der diesjährigen Veranstaltung sind Anästhesiologie, Intensivmedizin, Schmerztherapie, Notfall- und Katastrophenmedizin. Im Anschluß an diese Tagung findet vom 27. bis 29. Oktober der Kongreß für ärztliche Fortbildung statt. Dabei werden vor allem die Rheumatologie, das Bronchuskarzinom, Allergien der Atemwege sowie Allergische Erkrankungen bei Säuglingen und Kleinkindern behandelt. (Schluß) sc/rr

Hatzl: FPö-Stromtarif-Vorschlag bedeutet höhere Kosten für Pensionisten

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) „Eine wesentliche Vereinfachung ist eines der erklärten Ziele der Wiener Strom-Tarifreform“, stellte Montag Energiestadtrat Johann HATZL zum Vorschlag von FP-Gemeinderat Gerhard ZEIHSEL fest, der verlangt hatte, den Stromtarif nach der Anzahl der Kinder zu staffeln. „Das wäre eindeutig kontraproduktiv und würde einen großen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten, den letztlich auch die Konsumenten bezahlen müßten“, so Hatzl.

Die Kunden müßten in einem solchen System mehrmals jährlich Mitteilungen über den Familienstand machen, die E-Werke auch die Möglichkeit haben, dies zu überprüfen. Das sei eine Aufgabe, die für kein Energieunternehmen praktikabel wäre, sagte Hatzl gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Hatzl wies darauf hin, daß das von der FPÖ vorgeschlagene System bei einkommensneutraler Verteilung auch bedeuten würde, daß sozial schwächere, kinderlose Haushalte — wie etwa von Pensionisten — dann mehr zahlen müßten als möglicherweise gut gestellte, kinderreiche Familien. (Schluß) roh/rr

Wiener ÖVP fordert Einführung der „Mittleren Reife“

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Einführung des Polytechnischen Lehrgangs als fünftes Hauptschuljahr und ein sechstes Hauptschuljahr mit einer Abschlußprüfung, die der „Mittleren Reife“ entspricht und für bestimmte Lehrberufe Bedingung werden soll, forderten Montag StR. Neusser (ÖVP) und der Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates Dr. Petrik (ÖVP) in einem Pressegespräch. Sowohl die Schul- als auch die Berufsausbildung bewege sich derzeit auf „ausgefahrenen“ Wegen, kritisierte Neusser. Vor allem in einem wirtschaftlichen Ballungszentrum wie Wien mache sich ein empfindlicher Facharbeitermangel bemerkbar.

Die Wiener ÖVP lehne die Einführung eines zweiten Berufsschultages ab, könne sich aber einen Blockunterricht vorstellen. Höchsten Anforderungen in bestimmten Berufen müßte, abgesehen von einer soliden Grundausbildung mit einer Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten, wie etwa einem fünften Hauptschuljahr statt des Polytechnischen Lehrgangs und einem sechsten mit der „Mittleren Reife“ abzuschließenden Schuljahr, entsprochen werden. Die Wiener ÖVP, sagte Vizepräsident Dr. Petrik, könne sich vorstellen, daß im Rahmen einer solchen Erweiterung der Hauptschulzeit, die für Ausbildung in bestimmten hochqualifizierten Berufen Bedingung sein solle, bessere Voraussetzungen z. B. in Form von Fremdsprachenkenntnissen geschaffen werden könnten, als dies im dualen Bildungssystem möglich sei. Dies sei auch ein Weg, die Berufsschulbildung zu entlasten. (Schluß) jel/gg

Smejkal: „Mittlere Reife“ kann zweiten Berufsschultag nicht ersetzen

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Den ÖVP-Wunsch nach einer Verlängerung der Hauptschulzeit um ein fünftes und sechstes Schuljahr als Voraussetzung für das Erlernen bestimmter Berufe, kritisierte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Die Wissensinhalte, die zur Ausübung hochqualifizierter Berufe nötig seien, sollten nicht exklusiv, weder in Form einer um zwei Jahre verlängerten Hauptschulzeit noch einer der Matura ähnlichen Mittleren Reife vermittelt, sondern im Rahmen einer erweiterten Berufsschulbildung zugänglich gemacht werden. Den erhöhten Anforderungen der Wirtschaft müsse im Rahmen der Ausbildung mit einem zweiten Berufsschultag entsprochen werden. Ausbildung in Betrieb und Schule müßten sich auch weiterhin ergänzen. Die Einführung eines zweiten Berufsschultages sei zur Hebung des Ausbildungsniveaus unumgänglich, sagte Smejkal.

Eine den ÖVP-Vorstellungen entsprechende Erweiterung der Hauptschulzeit um zwei Jahre, sowie die Einführung einer „Mittleren Reife“ würde Lehrlinge verschiedener Ausbildungsstufen schaffen. Die „Mittlere Reife“ sei nicht dazu angetan, die Attraktivität des dualen Bildungssystems, das europäische Vorbildfunktion habe, zu heben, schloß Smejkal. (Schluß) jel/gg

Ein Monat vor dem Termin: Freigabe der Wiener Westausfahrt

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Mit der Montag um 14 Uhr durch Verkehrsstadtrat Johann HATZL vorgenommenen Verkehrsfreigabe der Wiener Westausfahrt, die damit um einen Monat früher als ursprünglich geplant den Verkehrsteilnehmern wieder zur Verfügung steht, wurde eines der größten Brückenreparaturvorhaben Wiens beendet. Bei der Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt im Bereich zwischen St.-Veiter-Brücke und Knoten Auhof handelt es sich nicht zuletzt auf Grund der Gesamtlänge der Baustelle von mehr als 3,5 Kilometer sowie wegen der umfangreichen Verkehrsmaßnahmen um das größte Brückeninstandsetzungsvorhaben im Wiener Raum.

Für die Generalinstandsetzung der Wiener Westausfahrt waren umfangreiche Vorleistungen erforderlich, wie zum Beispiel der Neubau der St.-Veiter-Brücke über den Wienfluß im Herbst 1987 und die Errichtung von Fußgängerersatzstegen. Die Kosten betragen im einzelnen für den Neubau der St. Veiter Brücke 11 Millionen, für die fünf provisorischen Fußgängerstege 2,5 Millionen, für diverse Verkehrsmaßnahmen (Lichtsignalanlagen, Bodenmarkierungen) eine Million und für die Generalinstandsetzung der Westausfahrt 51 Millionen Schilling.

Es wurden vier Stützmauern mit einer Länge von 650 Metern instandgesetzt sowie teilweise neu errichtet, zwei Kragtragwerke von 7.300 Quadratmetern verstärkt und instandgesetzt, fünf Brückenobjekte mit 10.200 Quadratmetern generalinstandgesetzt sowie 24.000 Quadratmeter neue Fahrbahndecken aufgebracht.

Als Gesamtbauzeit waren zehn Monate (Baubeginn war 8. Februar 1988), als Maximaldauer der Sperre neun Monate (23. Februar bis 22. November 1988) vorgesehen. Obwohl infolge unvorhersehbar gewesener Schäden der Bauumfang um fast 50 Prozent größer war als ursprünglich angenommen, konnte durch intensiven Arbeitseinsatz und entsprechende Koordination eine deutliche Verkürzung der Bauzeit erzielt werden.

So wurde der zirka 1,5 Kilometer lange Abschnitt zwischen St.-Veiter-Brücke und Hütteldorfer Brücke bereits am 25. August dem Verkehr übergeben. Im Anschluß daran wurde noch vor dem Schulbeginn die Guldenbrücke mit einem neuen Fahrbahnbelag versehen.

Für den Restbereich wurden die Arbeiten nunmehr am 24. Oktober abgeschlossen. Noch am gleichen Tag um 14 Uhr, also vor dem Einsetzen der Nachmittagsspitze, erfolgte die Verkehrsfreigabe. Damit wurde auch die Gesamtbauzeit, trotz des wesentlich erhöhten Umfanges der Arbeiten, um rund einen Monat unterschritten. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 25. Oktober 1988

Blatt 2109

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Straßenumbau im 12. Bezirk (2110)
- Zweiter Herzkathederplatz für das Krankenhaus Lainz (2111)
- Florianiplakette für Obersenatsrat Dr. Siebensohn (2113)
- Wiener Grundig-Werk: Ab 1990 1,2 Millionen Farbfernsehgeräte (2114)
- Neue Aktion „Qualifizierte Mitarbeiter“ (2115)
- Smejkal: „Medizinbus“ als Anlaufstelle für Jugendliche mit Suchtproblemen (2116)
- Freitag Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates (nur FS)

Kultur:

- Ehrenzeichenüberreichung durch Stadtrat Pasterk (2112)

Straßenumbau im 12. Bezirk

Wien, 25.10. (RK-LOKAL) Nach dem Abschluß der U-Bahn-Bauarbeiten wird im 12. Bezirk ein Umbau der Vivenotgasse von der Eichenstraße bis zur Niederhofstraße erfolgen, wobei teilweise eine Neugestaltung mit Baumscheiben und eine Anhebung der Fahrbahn vorgesehen ist. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie faßte in seiner letzten Sitzung den Beschluß zur Durchführung dieser mit Kosten von 9,37 Millionen Schilling veranschlagten Baumaßnahmen (Schluß) pz/bs

Zweiter Herzkatheterplatz für das Krankenhaus Lainz

Gesundheitsausschuß bewilligte Investitionen in Spitälern

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) An der 4. Medizinischen Abteilung mit Kardiologie im Krankenhaus Lainz wird ein zweiter Herzkatheterplatz eingerichtet, da die Zahl der Untersuchungen mit dem Herzkatheter stark zugenommen hat. Außerdem werden mit dem Herzkatheter im Krankenhaus Lainz seit Anfang dieses Jahres auch Ballondilatationen durchgeführt. Durch diese Technik können verengte Gefäße erweitert und vielen Patienten Operationen erspart werden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte 16,5 Millionen Schilling für die Einrichtung dieses Katheterplatzes.

Computertomographen für Elisabeth-Spital und Rosenhügel

Für das Zentralröntgen des Elisabeth-Spitals bewilligte der Gesundheitsausschuß eine moderne Computertomographieanlage. Sie ersetzt seit 15 Jahren verwendete Durchleuchtungsgeräte. Für die Lieferung, Aufstellung und Inbetriebnahme des Computertomographen leistet die Österreichische Krebshilfe einen Zuschuß von 1,5 Millionen Schilling. Die Kosten für die Stadt Wien betragen 6,7 Millionen Schilling.

Das Neurologische Krankenhaus der Stadt Wien — Rosenhügel erhält eine neue Ganzkörper-Computertomographieanlage, die einen veralteten Schädel-Computertomographen ersetzt. Das moderne Gerät kostet 6,7 Millionen Schilling.

Schwesterwohnheim wird modernisiert

Das zum Franz-Josef-Spital der Stadt Wien gehörende Schwesterwohnheim in der Knöllgasse in Favoriten wird mit einem Kostenaufwand von 28 Millionen Schilling für bauliche Maßnahmen und 800.000 Schilling für die Einrichtung modernisiert. Es werden die Installationen erneuert, ein Anschluß an die umweltfreundliche Fernwärme hergestellt, die Fenster instandgesetzt, und ein kleiner Zubau an der Rückseite des Gebäudes errichtet. Außerdem werden Zimmer unterteilt, um kleinere Wohneinheiten zu schaffen, und die Zahl der Duschen, Toiletten und Garderoben wird vermehrt.

2 Millionen für Ärztbibliothek

Zur Erhaltung der Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte gewährt die Stadt Wien für 1988 eine Subvention von 2 Millionen Schilling. Diese große Bibliothek jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, ist eine wichtige Voraussetzung für die Fortbildung von Ärzten und Wissenschaftlern.

Für das neue Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost genehmigte der Gesundheitsausschuß die Vergabe von 5 Millionen Schilling für Planungsleistungen für die ärztlichen Instrumente und die medizinischen Versorgungseinrichtungen. (Schluß) sc/gg

Ehrenzeichenüberreichung durch Stadtrat Pasterk

Wien, 25.10. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Montag in Vertretung von Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. ZILK Bibiana ZELLER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Fred RAUCH erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, Werner TAUTZ das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien.

Bibiana Zeller, Burgschauspielerin mit einem breiten Rollenspektrum und einem Hang zur Gestaltung skurriler Frauengestalten, ist dem breiten Publikum besonders durch ihre Darstellung der Frau Kottan in der Fernsehserie „Kottan ermittelt“ bekannt geworden. Frau Zeller konnte die Ehrenmedaille nicht persönlich übernehmen; an ihrer Stelle überreichte StR. Pasterk die Auszeichnung an den Gatten der Schauspielerin, Eugen Stark.

Fred Rauch hat im Rahmen seiner Arbeit beim Bayerischen Rundfunk eine Vielzahl von Sendereihen über Wien und die Wiener Musik kreiert.

Werner Tautz hat sich nebenberuflich zu einem der besten Wien-Fotografen entwickelt. Er gestaltet zahlreiche Vortragsreihen über Wien, im besonderen über Alt-Wiener Motive.

An der Ehrung nahm auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß)
gab/rr

Florianiplakette für Obersenatsrat Dr. Siebensohn

Auszeichnung für Brandschutz im neuen AKH

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Der Branddirektor der Wiener Feuerwehr, Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER, überreichte Montag abend dem Gruppenleiter für Gesundheitswesen und Sozialversicherungsrecht und Projektleiter der Stadt Wien für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Obersenatsrat Dr. Hans SIEBENSOHN, für seine Verdienste auf dem Sektor des Brandschutzes im neuen AKH die Florianiplakette. Die Auszeichnung erfolgte auf Beschluß des Wiener Landesfeuerwehrverbandes. An der Ehrung nahm auch der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER teil.

Dr. Perner wies darauf hin, daß beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, in enger Zusammenarbeit mit der Wiener Feuerwehr, das neueste Brandschutzkonzept für Spitäler realisiert worden sei, und daß Obersenatsrat Dr. Siebensohn entscheidend daran mitgewirkt habe. Zu diesem Brandschutzkonzept gehören eine leistungsfähige Brandmeldeanlage, eine optimale Lüftungssteuerung, eine effiziente Sprinkleranlage und eine stets einsatzbereite Betriebsfeuerwehr. Aufgrund dieser Voraussetzungen könne man davon ausgehen, daß Brände bereits bei ihrer Entstehung unter Kontrolle zu bringen sind. Das heißt, daß Patienten kaum transferiert und nur in extremen Ausnahmesituationen evakuiert werden müssen.

An Brandschutzmaßnahmen nannte der Branddirektor

- den Brandschutz durch die Konstruktion (kleine und größere Brandabschnitte können einem Brand eine halbe Stunde oder sogar eineinhalb Stunden widerstehen),
- 30.000 Brandmelder (Rauch- und Wärmemelders), die ihre Wahrnehmungen an die Betriebsfeuerwehr und an die Nachrichtenzentrale der städtischen Feuerwehr weitergeben,
- 55.000 Sprinklerköpfe, die bei einer Temperatur von mehr als 70 Grad Celsius ansprechen und das Brandgebiet mit einem Wassernebel überziehen,
- eigene Wasserspeicher im AKH,
- Fluchtstiegehäuser und eigene Löschleitungen.

Das Wachegebäude der AKH-eigenen Betriebsfeuerwehr wurde bereits vor vier Monaten fertiggestellt. Derzeit stehen schon elf Mann zur Verfügung, die voll ausgebildet sind. 27 Mann werden derzeit noch ausgebildet. Die Betriebsfeuerwehr im neuen AKH wird nicht nur zur Brandbekämpfung und zur Ausbildung des Krankenhauspersonals eingesetzt werden, sie wird auch

- Kontrollgänge machen, um Gefahrenquellen zu beseitigen,
- den Brandsicherheitswachdienst bei Arbeiten und Veranstaltungen stellen und
- den Haussicherheitsdienst (Sperrkontrolle) besorgen.

(Schluß) sc/rr

Wiener Grundig-Werk: Ab 1990 1,2 Millionen Farbfernsehgeräte

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Produktion von Farbfernsehgeräten im Wiener Grundig-Werk wird ausgeweitet: Für heuer wird eine jährliche Produktion von einer Million Geräten angepeilt, im Jahr 1990 soll der jährliche Ausstoß 1,2 Millionen Geräte betragen. Die Firma Grundig folgte damit nicht dem Trend der Auslagerung der Produktion nach Ostasien, vielmehr wurde die Produktion im Wiener Werk konzentriert. Vor rund zwei Jahren wurde die Produktion von 300.000 auf 500.000 Stück pro Jahr angehoben, im Vorjahr auf 800.000 Stück — in zwei weiteren Etappen wird die Millionengrenze überschritten.

Die nunmehrige Kapazitätssteigerung erfordert von der Firma Grundig Finanzmittel in der Höhe von rund 1.150 Millionen Schilling. Der Bund und die Stadt Wien unterstützen die Unternehmensstrategie — Konzentration der Produktion in Wien — mit einer massiven Förderung des Projekts: Je 175 Millionen Schilling wird die Firma von den beiden Gebietskörperschaften für ihre Ausbaupläne bekommen, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt. Im Gegenzug verpflichtet sich die Firma, die Produktion von einer Million Geräten in der ersten Etappe und von 1,2 Millionen Geräten in der zweiten Etappe für jeweils fünf Jahre aufrechtzuerhalten.

Durch die Kapazitätsausweitung wird sich die Anzahl der Beschäftigten im Wiener Grundig-Werk von rund 1.500 Mitarbeitern um rund 400 auf rund 1.900 Mitarbeiter erhöhen. Eine etwa gleich hohe Anzahl neuer Arbeitsplätze entsteht bei Zulieferfirmen und Kontrahenten des Grundig-Werkes. (Schluß) sei/gal

Neue Aktion „Qualifizierte Mitarbeiter“

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Mit 1. Jänner 1989 und vorerst auf ein Jahr beschränkt wird eine neue Wirtschaftsförderungsaktion der Stadt Wien starten: Durch die Aktion „Qualifizierte Mitarbeiter“ können Wiener Klein- und Mittelbetriebe über zwei Jahre Barzuschüsse in der Höhe von 35 Prozent des Jahresbruttolohnes bekommen, wenn sie für ein konkretes Projekt hochqualifizierte zusätzliche Mitarbeiter im Bereich der sogenannten funktionalen Dienstleistung aufnehmen, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Solche konkrete Projekte und funktionale Dienstleistungen sind u.a.:

- die Organisation (allgemeine Umstellung auf EDV, Verbesserung der Ablauforganisation);
- die Kommunikation und die Information (Systemaufbau zur Beschaffung und Verarbeitung unternehmensexterner Daten);
- die Forschung und die Entwicklung (Produktneuentwicklung und -weiterentwicklung, Verfahrenstechnologie, neue Werkstoffe);
- das Marketing (Erschließung eines neuen Exportmarktes, Gründung einer Auslandsniederlassung, neue Vertriebslinie, Unternehmensimage).

Antragsberechtigt sind Wiener Klein- und Mittelbetriebe, die in der gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeit in Wien zusätzliche Mitarbeiter für die oben beschriebenen Bereiche und Projekte einstellen. Keine Förderung erhalten

- Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeiter,
- Unternehmensneugründungen,
- Unternehmen im direkten oder indirekten Eigentum der öffentlichen Hand.

Die Aktion ist deshalb auf ein Jahr begrenzt, weil sie eine echte Neuheit darstellt. Man will im Laufe des Jahres Erfahrungen sammeln und dann über allfällige Modifikationen sowie über eine Verlängerung der Aktion entscheiden. Die Kosten für das erste Jahr werden auf 15 bis 20 Millionen Schilling geschätzt.

Auskünfte über die Aktion erteilt der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in 1082 Wien, Ebendorferstraße 2. (Schluß) sei/gal

Smejkal: „Medizinbus“ als Anlaufstelle für Jugendliche mit Suchtproblemen

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Als Anlaufstelle für suchtmittelabhängige Jugendliche und Drogenkonsumenten hat sich der seit nunmehr drei Wochen im Einsatz befindliche „Medizinbus“ der Streetworker bereits etabliert, erklärte Dienstag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Der „Medizinbus“ ist ein Teil des Maßnahmenkataloges der Stadt Wien für Problemjugendliche, der vor kurzer Zeit präsentiert wurde. Mindestens einmal wöchentlich steht die Besatzung des „Medizinbusses“, die aus einem Arzt und Streetworkern des Wiener Jugendamtes besteht, vor Ort zur Verfügung. Der Schwerpunkt der Beratungstätigkeit liegt auf sozialen, rechtlichen und medizinischen Fragen, die mit der Situation der Klienten auf dem Karlsplatz zusammenhängen. Der „Medizinbus“ ist als ständige Einrichtung geplant und soll die Arbeit der Streetworker, die ab 1989 durch zwei weitere Mitarbeiter verstärkt werden, unterstützen, sagte Smejkal.

Erste Erfahrungen haben gezeigt, daß sich hauptsächlich 16- bis 25jährige Suchtmittelkonsumenten an das Beratungsteam wenden, um Informationen über medizinische Behandlung, Therapieeinrichtungen und rechtliche Probleme zu erhalten. Beratungen werden aber auch im Stützpunkt der Streetworker in 3, Rochusgasse 8, Tel.: 72 44 70, der Montag bis Freitag von jeweils 14 bis 18 Uhr besetzt ist, durchgeführt.

Hilfe für Problemjugendliche

Mit sozial benachteiligten Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren beschäftigt sich auch das Projekt „Lernstatt“ der Wiener Jugendzentren, das ab November in einer ehemaligen Schule in 10, Triester Straße anläuft. Die „Lernstatt“ ist einerseits eine Fortführung der arbeitsmarktpolitischen Beratung, die derzeit im Jugendzentrum Hietzing durchgeführt wird, andererseits sollen hier verschiedene Ausbildungsmodelle, wie eine Holzwerkstatt und eine Werkstatt für den Metallbe- und -verarbeitungsbereich, eingerichtet werden.

Ab 1989 wird auch eine Wohngemeinschaft, in der suchtmittelabhängige Jugendliche betreut werden, zur Verfügung stehen.

Weitere Maßnahmen werden auch im Präventivbereich gesetzt. Schwerpunktaktionen der Ärzte- und Apothekerkammer, sowie eine Aufklärungsaktion des Wiener Stadtschulrates an den Pflichtschulen, die sich speziell an die Eltern richtet, sollen über die Gefahren des Medikamentenmißbrauches, der zur Suchtmittelabhängigkeit führen kann, informieren, schloß Smejkal. (Schluß) jel/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 27. Oktober 1988

Blatt 2117

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 1.400 Wiener Jungmänner angelobt (2118/FS: 25.10.)
- Drachensteigen, Flohmarkt und Pferderennen am Familiensonntag (2119/FS: 26.10.)
- Jungbürgerwald in Kagran (2119/FS: 26.10.)
- 20 Jahre Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen (2120)
- Neukonstruktion bei den Drehgestellen für die „Silberpfeile“ (2121)
- Kongreß über Bau, Umbau und Modernisierung des Krankenhauses (2122)
- Straßenumbau in Hernals (2123)
- Spatenstich für Simmeringer Sommerbad (2124)
- Der Wiener Christbaum kommt heuer aus Salzburg (2125)
- Ausstellung „Anders Wohnen“ im Karl-Marx-Hof eröffnet (2126)
- Brand im Rinter-Zelt (nur FS/25.10.)
- Industriehalle in Wien-Liesing abgebrannt (nur FS/26.10.)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan in Favoriten (2123)

Kultur:

- Geschichte und Geschichtsforscher — Judenhaß und Antisemitismus (nur FS)

1.400 Wiener Jungmänner angelobt

Hatzl: Erinnerung an 70 Jahre Republik

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Die feierliche Angelobung von rund 1.400 Jungmännern der Garnison Wien, die zum Oktobertermin eingerückt sind, fand Dienstag vormittag auf dem Gelände der Universitätssportanlage in der Sensengasse im 9. Bezirk statt. Stadtrat Johann HATZL begrüßte die Jungmänner in Vertretung des Landeshauptmannes von Wien.

Hatzl erinnerte die jungen Soldaten daran, daß sie in den nächsten Monaten keine Ausbildung zum Kriegführen, sondern zu einer glaubhaften Verteidigung Österreichs erhalten würden. Gerade das heurige Gedenkjahr 1988 zeige die Notwendigkeit, eine überzeugende Verteidigungsbereitschaft zu demonstrieren. Ein echtes Herzensbekenntnis der Österreicher zu ihrem Land würde eine Wiederholung der Ereignisse von 1938 unmöglich machen. Die Angelobung zum Nationalfeiertag stehe nicht nur im Zeichen der Unabhängigkeit Österreichs, sondern erinnere auch an das 70jährige Bestehen der Republik, das am 12. November zu feiern sein wird, sagte Hatzl. Das Bundesheer habe eine österreichische Republik zu vertreten und zu verteidigen, die durch ihre immerwährende Neutralität und ihr Bemühen, ein Begegnungsort zwischen Ost und West zu sein, im In- und Ausland heute unumstritten sein sollte, schloß der Stadtrat. (Schluß) roh/gg

Bereits am 25. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Drachensteigen, Flohmarkt und Pferderennen am Familiensonntag

Wien, 26.10. (RK-LOKAL) Zwischen Drachensteigen im Stadtwaldchen Simmering, einem Flohmarktbesuch, einem Schnuppernachmittag im Galopp-Rennverein Freudenau und vielem anderen können die Besucher des 8. Familiensonntags des Wiener Landesjugendreferates am 30. Oktober wählen. So erfährt man einiges über die Geschichte der Gärten im Gartenbaumuseum in Oberlaa oder kann bei der „Foto-Familien-Puzzle-Rallye“, der „Zentrum Wienerberg-Rallye“ oder der „Rätselrallye am Steinhof“ mitmachen.

Der Bezirk Penzing lädt zum Kulturwandern und das Bezirksmuseum Liesing zu „Museum für alle Wiener“ ein. Mode von Kindern für Kinder aus dem 3. Quadranten unserer Galaxis gibt es im Jugendzentrum „Töne!“ in Grinzing. Die Kuffner Sternwarte zeigt Familiensonntagsbesuchern das Sternbild des Monats, und das Planetarium der Stadt Wien präsentiert die schönsten Sternbilder des Herbsthimmels. (Schluß) jel/bs

Jungbürgerwald in Kagran

Wien, 26.10 (RK-KOMMUNAL) Aus Anlaß des Nationalfeiertages wurde am Mittwoch im Bereich des Wagramer Haines in Kagran ein „Jungbürgerwald“ gepflanzt. Mehr als 1.000 Jugendliche, die heuer die Großjährigkeit erreicht haben, nahmen an der Aktion teil, zu der Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eingeladen hatte. Derartige Aktionen werden seit 1985, dem „Internationalen Jahr der Jugend“, jährlich durchgeführt. Dabei soll vor allem auch eine Sensibilisierung der Jugendlichen für den Grüngedanken in der Großstadt erreicht werden. (Schluß) red/gg

Bereits am 26. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

20 Jahre Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen

Für 2.500 Klienten jährlich Beratung in Erziehungsfragen

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Vor 20 Jahren, im Oktober 1968, richtete das Wiener Jugendamt im Rahmen eines Modellversuchs die ersten zwei Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen im 9. und 21. Bezirk ein. Heute werden in den 22 Beratungsstellen, in denen jeweils ein Psychologe und ein Sozialarbeiter tätig sind, jährlich rund 2.500 Kinder, Jugendliche und Eltern beraten.

Geholfen wird in allen Bereichen der Erziehung, bei Schulschwierigkeiten und immer mehr auch bei Problemen, die sich aus der Partnerschaft der Eltern oder bei einer Scheidung ergeben. Die Grundzüge der Arbeit in den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen sind auch nach zwanzig Jahren die gleichen: Freiwilligkeit der Inanspruchnahme, Wahrung der Anonymität und unbürokratische Vorgangsweise.

Der Grundgedanke der Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen war, Eltern, die selbst in autoritätsorientierten Familien aufgewachsen waren und mit neuen Leitgedanken wie Partnerschaft und demokratischer Erziehung wenig anfangen konnten, Rat und Hilfe zu bieten, wenn sie sich in ihrem erzieherischen Handeln verunsichert fühlten. Die Erziehungsberatung, die damals noch in den Bezirksjugendämtern erfolgte, wurde später in die Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen integriert. (Schluß) jel/rr

Neukonstruktion bei den Drehgestellen für die „Silberpfeile“

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe werden 200 Stück neuartige Drehgestelle um 195 Millionen Schilling bei der Firma SGP bestellen. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung einstimmig diese Vergabe. Die Drehgestelle werden für 45 neue „Silberpfeile“ benötigt, die ab 1991 auf der U 3 fahren werden.

Bei den bestellten Drehgestellen handelt es sich um eine völlig neuartige Konstruktion, die SGP in Lizenz der Firma Plasser und Theurer herstellen wird. Letztere Firma hat das System für U-Bahn-Züge adaptiert. Es zeichnet sich im wesentlichen dadurch gegenüber den herkömmlichen Drehgestellen aus, daß die beiden Achsen — jedes Drehgestell verfügt in sich über zwei Achsen, jeder U-Bahn-Einzelwagen hat zwei Drehgestelle, ein Doppeltriebwagen, „Silberpfeil“, also insgesamt vier — sich gegeneinander automatisch verstellen, während sie bisher starr gelagert waren. Dadurch wird das „Schleifen“ der Räder an den Schienen und damit natürlich auch deren Abnutzung auf ein Minimum reduziert. Das neue System wurde bei rund 50.000 Fahrkilometern auf der U 2 erprobt, das „Verschleißverhalten“ wurde als hervorragend bewertet.

Weiters hat der Gemeinderatsausschuß die Montage der elektrischen Ausrüstung für die 45 neuen Doppeltriebwagen, um insgesamt 160 Millionen Schilling an die Firmen Elin, Brown-Boveri, Siemens und Kiepe vergeben.

Insgesamt werden die 45 neuen „Silberpfeile“ für die U 3 rund zwei Milliarden Schilling kosten. Die Verkehrsbetriebe bestellen die Komponenten wie nun die Drehgestelle einzeln, während die Fertigung zentral im Simmeringer Werk der Firma SGP erfolgt. Ein U-Bahn-Doppeltriebwagen kostet inklusive Mehrwertsteuer rund 45 Millionen Schilling. (Schluß) roh/rr

Kongreß über Bau, Umbau und Modernisierung des Krankenhauses

300 Fachleute aus 17 Ländern tagen in Wien

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) „Bau, Umbau und Modernisierung des Krankenhauses“ ist das Thema eines internationalen Kongresses, der Donnerstag und Freitag im Wiener Hotel Hilton International stattfindet. An der Tagung nehmen rund 300 Fachleute aus 17 europäischen Ländern teil. Veranstalter ist die Europäische Vereinigung der Krankenhausverwaltungsleiter, organisiert wird der Kongreß von der Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten Wiens.

Die Arge der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten Wiens ist ein Verein, dem Verwalter der städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime, vieler privater Krankenhäuser und der Pensionistenheime Wiens angehören. Die Wiener Arge besteht seit mehr als 30 Jahren und widmet sich dem Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder, der Aus- und Fortbildung von Krankenhausfachkräften und der Organisation von Informationsveranstaltungen. Sie befaßt sich vor allem mit Fragen, die die wirtschaftliche Krankenhausführung betreffen.

In Österreich gibt es in jedem Bundesland eine Arbeitsgemeinschaft; die neun Organisationen sind bundesweit in der „Vorsitzendenkonferenz“ zusammengefaßt. Österreich ist Mitglied der Europäischen Vereinigung der Krankenhausverwaltungsleiter seit ihrer Gründung im Jahr 1970. Diese Vereinigung, die derzeit 15 Mitgliedsländer umfaßt, hat den Konsultativstatus beim Europarat in Straßburg. Der alle zwei Jahre stattfindende europäische Kongreß tagt nun bereits zum zweiten Mal in Österreich — eine Anerkennung für die aktive Mitarbeit der Österreicher auf europäischer Ebene.

Als Wiener Beispiele werden im Rahmen des Kongreßthemas „Bau, Umbau und Modernisierung des Krankenhauses“ der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, der Umbau des Sophienspitals in ein Pflegeheim und die Planung und Realisierung des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost behandelt. (Forts. mgl.) sc/rr

Neuer Flächenwidmungsplan in Favoriten

Wien, 27.10. (RK-BEZIRKE) Für ein 78 Hektar großes Gebiet in Favoriten wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Das Plangebiet wird von der Laxenburger Straße, der Heuberggsettenstraße, der Südosttangente und der Donauländebahn begrenzt. Das Gebiet war ursprünglich landwirtschaftlich genutzt und wurde seit der Jahrhundertwende besiedelt. Im Anschluß an das Wohngebiet ist in den 50er Jahren eine große Kleingartenanlage entstanden. Mit der Neufestsetzung sollen u.a. folgende Ziele erreicht werden: die Sicherung bestehender Wohnnutzungen, die Erhaltung zusammenhängender Grün- und Freiräume, die widmungsmäßige Berücksichtigung kleingärtnerischer Nutzungen, die Vorsorge für überörtliche Verkehrsverbindungen und die Sicherung regionaler Grünverbindungen.

Der Entwurf liegt bis 24. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Straßenumbau in Hernalis

Wien, 25.10. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung für ein Umbauvorhaben im 17. Bezirk, das mehrere Gassen betrifft, die Summe von 5,8 Millionen Schilling.

Durch die Errichtung einer privaten Wohnhausanlage im Bereich Röttergasse — Comeniusgasse — Rhigassgasse ist es notwendig geworden, die Röttergasse von der Clerfaytgasse bis zur Comeniusgasse, die Comeniusgasse von der Röttergasse bis zur Roggendorfgasse sowie die Rhigassgasse von der Pezzlgasse bis zur Wattgasse auszubauen. Der Bereich Comeniusgasse soll entsprechend der Widmung als Fußgeherzone ausgestaltet werden. (Schluß) pz/rr

Spatenstich für Simmeringer Sommerbad

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Den Spatenstich für das Simmeringer Sommerbad, das an das Hallenbad angeschlossen wird, nimmt Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Samstag, dem 29. Oktober, um 9 Uhr, beim Simmeringer Bad, 11, Florian-Hedorfer-Straße 5, vor. Es gibt auch noch einen zweiten Grund zum Feiern: Das Hallenbad Simmering ist nämlich zehn Jahre alt, was durch eine kleine Ausstellung dokumentiert wird. Im Rahmen der Feier werden an die Besucher bereits Eintrittskarten für das Sommerbad, dessen Fertigstellung für Mai 1990 geplant ist, kostenlos verteilt. Bei einem bunten Programm, das um 10 Uhr beginnt, führen zwei Simmeringer Hauptschulen Geschicklichkeits- und Schwimmwettkämpfe durch. Ab 13.30 Uhr kann man im Hallenbad gratis baden. Weiters gibt es ein Quiz-Spiel mit schönen Preisen, Gratiseis, einen Bieranstich usw.

Bauherren-Preis für Amalienbad

Für die vorbildliche Renovierung des Amalienbades wurde vor kurzem SR Dipl.-Ing. Herbert LAUSCHA, Leiter der Bäderverwaltung, der Bauherren-Preis der österreichischen Architekten überreicht. Dieser Preis wird von der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs an Bauherren für vorbildliche Architektur — in diesem Fall Renovierung — vergeben. In der Jury sitzen namhafte Architekten wie Hollein, Holzbauer und Peichl. (Schluß)
du/gg

Der Wiener Christbaum kommt heuer aus Salzburg

Wien, 27.10. (RK-LOKAL) Aus Salzburg, aus Radstadt im Pongau, kommt heuer der Christbaum für den Wiener Rathausplatz, es ist eine hundert Jahre alte, 35 Meter hohe Fichte. Die prächtige Fichte wurde am Dienstag gefällt und trat die Reise in die Bundeshauptstadt am Nationalfeiertag an. Heute, Donnerstag, wird der Baum die Wiener Stadtgrenze erreichen. Der Transport zum Rathaus wird am Freitag durchgeführt, wo der Baum um etwa 15 Uhr eintreffen wird. Die feierliche Illuminierung des Christbaumes werden der Salzburger Landeshauptmann Dr. Wilfried HASLAUER und der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am 1. Adventsamstag, dem 26. November, vornehmen. (Schluß) fk/gg

Ausstellung „Anders Wohnen“ im Karl-Marx-Hof eröffnet

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag vormittag wurde im Karl-Marx-Hof die Ausstellung „Anders Wohnen – Mitplanen, Mitbauen, Mitbestimmen“ durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Bundesminister Robert GRAF und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER eröffnet.

Wohnbaustadtrat Edlinger sagte in seiner Begrüßung, daß der Wohnbereich bisher von demokratischer Mitbestimmung zu sehr ausgeklammert war. Für die Stadt Wien aber sei die Förderung der Mitbestimmung im Wohnbereich eine ihrer wesentlichsten wohnungspolitischen Zielsetzungen. Mitbestimmung im Wohnbereich bedeute mehr Mitbestimmung in einem gesellschaftlichen Grundlagenbereich. Sie fördere die Gemeinschaft und Nachbarschaft sowie die politische Reife der Menschen. Die Ausstellung diene dem Zweck, das Thema Mitbestimmung im Wohnbereich stärker in das öffentliche Bewußtsein zu bringen und dabei zu dokumentieren, welche erstaunliche Entwicklung sich in den letzten 20 Jahren fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit vollzogen hat. Gleichzeitig soll sie Interessierten Informationen und Anleitungen geben, wie Mitbestimmung im Wohnbereich in der Praxis trotz der vielen Hindernisse und immer noch rechtsfreien Bereiche funktionieren kann. Edlinger dankte, daß diese Ausstellung unter Zuhilfenahme von Mitteln aus der Wohnbauforschung zustande kam und stellte abschließend fest, daß die Wohnbauforschung als wichtige Grundlagenforschung im Wohnbereich erhalten bleiben müsse.

Bundesminister Graf meinte, daß es drei wichtige Gründe gebe, warum diese Ausstellung wichtig und interessant sei. Er meinte, daß mit dieser Ausstellung die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse der Menschen in ganz Österreich bekanntgemacht werden sollen, daß weiters der Wohnbau ein zutiefst soziales Problem sei, und deshalb die Menschen mitgestalten können sollen. Graf wörtlich: „Die Frage der Wohnqualität gehört zu den grundlegenden Lebensbedürfnissen der Menschen.“ Der dritte Grund sei schließlich, daß alle Verantwortlichen die Mitbestimmung „nicht nur im Sinne des Wortes, sondern als Rücksichtnahme auf die Interessen der Menschen verstehen und begreifen müssen. Die Stadt Wien hat in diesem Bereich sicher eine Pionierleistung erbracht“, sagte Graf. Es sei daher notwendig, diese Idee zu popularisieren. Er sei bestrebt im Budget 1990 entsprechende Mittel für die Wohnbauforschung zu sichern, sagte Graf, und sprach in diesem Zusammenhang von 50 Millionen Schilling. Graf abschließend: „Tun wir mit dieser Ausstellung eine Tür auf, nach der sich die Menschen sehnen“.

Bürgermeister Dr. Zilk dankte allen, die am Zustandekommen der Ausstellung mitgewirkt haben. Er meinte, daß die Diskussion über Mitbestimmung im Wohnbereich viel zu spät einsetzte, nachdem ähnliche Mitbestimmungsmöglichkeiten in einem ebenso wichtigen Lebensbereich, nämlich dem Arbeitsleben, schon bald ein Jahrhundert erfolgreich entwickelt werden und bestehen. Daß für die Stadt Wien die Förderung von Mitbestimmung im Wohnbereich sehr wichtig sei, finde morgen, Freitag, in der Beschlußfassung eines „Mietermitbestimmungsstatuts“ für Wiens 220.000 Gemeindeformierungen durch den Wiener Gemeinderat sowie in weiteren Initiativen seinen Ausdruck. Zilk sagte, daß man den Bürger nicht nur verwalten dürfe, sondern ihm auch die Möglichkeit zur Mit- und Selbstverwaltung geben müsse. Und dies dürfe nicht nur für die Gemeindemieter, sondern müsse für alle Wohnungsmieter gelten. Gerechtigkeit in diesem Bereich zu schaffen, sei eine Selbstverständlichkeit. Zilk wörtlich: „Jeder Mensch muß die gleiche Chance haben, seinen Lebensraum mitzugestalten.“

Mit einem Rahmenprogramm zur Ausstellung, den „Gesprächen zum Wohnen“ wird der Wiener Stadterneuerungsfonds in den kommenden Wochen Fachleute einladen, damit diese über ihre Meinungen und Erfahrungen, über die Praxis und Chancen der Mitbestimmung im Wohnbereich diskutieren können.

Die Ausstellung „Anders Wohnen“ kam unter Zuhilfenahme von Mitteln aus der Wohnbauforschung sowie in Zusammenarbeit eines Ausstellungsteams mit der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung, dem Wiener Stadterneuerungsfonds und dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien zustande. Die Ausstellung ist vom 27. Oktober bis 27. November täglich von 10 bis 18 Uhr im Karl-Marx-Hof, Beratungszentrum, 19. Halteraugasse, bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) ah/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 28. Oktober 1988

Blatt 2127

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Aufbahrungshalle in Schwechat eingeweiht (2128/FS: 27.10.)
- Katastropheneinsatzübung in Breitenlee (2129/FS: 27.10.)
- Europäische Krankenhausverwalter tagen in Wien (2130/2131/FS: 27.10.)
- Wintersperre im Lainzer Tiergarten (2132)
- U 3-Abschnitt Schweglerstraße: Baustelleneinrichtung kommt (2132)
- Terminvorschau vom 31. Oktober bis 11. November (2133)
- Smejkal: Neues Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz bringt wichtige Verbesserungen für Behinderte (2134)
- Wiener Landtag (2135-2142)
- Wiener Gemeinderat (2143 ff.)

Aufbahrungshalle in Schwechat eingeweiht

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Rechtzeitig vor Allerheiligen wurde der Neubau der Aufbahrungshalle am Pfarrfriedhof Schwechat wieder seiner Bestimmung übergeben. In Anwesenheit des Schwechater Bürgermeisters Rudolf TONN und von Stadtrat Johann HATZL fand Donnerstag die Einweihung statt.

Die Neugestaltung der Aufbahrungshalle hat sechs Millionen Schilling gekostet. Rund die Hälfte hat die Städtische Bestattung, die auf diesem Friedhof als Konzessionär für die Durchführung der Begräbnisse zuständig ist, für die künstlerische Ausgestaltung übernommen, die baulichen Arbeiten mit ebenfalls rund drei Millionen Schilling wurden von der Pfarrgemeinde getragen. Die Bauarbeiten konnten nun termingerecht und ohne Kostenüberschreitungen abgeschlossen werden. (Schluß) roh/gg

Bereits am 27. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Katastropheneinsatzübung in Breitenlee

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Eine großangelegte Katastropheneinsatzübung fand am Donnerstag auf einem aufgelassenen Gleis des Breitenleer Frachtenbahnhofes statt. Erprobt wurde dabei das Zusammenwirken von Dienststellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Übungsannahme war der Austritt giftiger Dämpfe aus einem Kesselwaggon nach einem Eisenbahnunglück. In der Folge, so die Übungsannahme weiter, kam es auch zu einer Reihe von Verkehrsunfällen, bei denen mehrere Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Die Katastropheneinsatzübung war gegen 15 Uhr abgeschlossen. Von Fahrzeugen der Rettung, der Verkehrsbetriebe, und mit Hilfe von Hubschraubern des Bundesheeres und des Unterrichtsministeriums wurden insgesamt 47 Verletzte, davon 19 „Schwerverletzte“ ins Allgemeine Krankenhaus und in das Wilhelminenspital gebracht. Von der Stadtreinigung wurden eine Schubraupe und mehrere Lastwagen zum Abtransport des „verseuchten Erdreiches“ zu den Entsorgungsbetrieben Simmering eingesetzt. Die Österreichischen Bundesbahnen stellten die beiden umgestürzten Kesselwaggons mit Hilfe eines Krans wieder auf. Die Übung verlief erfolgreich. (Schluß) and/gg

Bereits am 27. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Europäische Krankenhausverwalter tagen in Wien

Stacher eröffnete Kongreß und referierte über Krankenhausbauten

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eröffnete am Donnerstag den VII. Kongreß der Europäischen Vereinigung der Krankenhausverwaltungsleiter im Hotel Hilton International. In seiner Begrüßungsansprache wies Stadtrat Stacher darauf hin, daß in der ganzen Welt darüber geklagt werde, daß die Kosten für die Krankenhäuser steigen. Man müsse aber fairerweise feststellen, daß auch die Leistungen der Krankenhäuser steigen.

Die Leistungen, die die Medizin heute vollbringe, seien noch vor 35 Jahren unvorstellbar gewesen. Damals habe ein Krankenhaus nicht die technischen, pharmazeutischen und diagnostischen Möglichkeiten gehabt, über die heute ein Pflegeheim verfüge. Das müsse man in der Öffentlichkeit stärker vertreten.

Die Betriebswirtschaftler sprechen vom Input und vom Output der Spitäler. Der Input sei das Geld, das für die Krankenhäuser ausgegeben werde. Den Output könne man allerdings nicht bewerten, das sei nämlich die Heilung des Patienten, die Schmerzfreiheit des Patienten, das längere Überleben des Patienten und schlechtestenfalls die Erleichterung des Sterbens des Patienten. Wie kann man diese Leistungen in irgendeiner Währung bewerten, fragte Stacher. Natürlich dürfe man im Krankenhaus nicht großzügig mit dem Geld umgehen, man müsse auch im Krankenhaus betriebswirtschaftlich denken. Die Krankenhäuser hätten aber allen Grund, voll Stolz auf die Leistungen, die sie vollbringen, hinzuweisen.

Im folgenden Eröffnungsreferat beschäftigte sich der Gesundheitsstadtrat mit den Krankenhausneubauten in Wien, mit der Krankenanstalt Rudolfstiftung, mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Am Beispiel der Krankenanstalt Rudolfstiftung hob er die Änderungen in der Struktur und in den Leistungen eines Krankenhauses in den vergangenen 100 Jahren hervor. Die Rudolfstiftung habe im Jahr 1884 860 Betten in acht Abteilungen gehabt, im Jahr 1984 seien es 870 Betten in 13 Abteilungen gewesen. Die Auslastung der Betten sei mit 90 und 96 Prozent ziemlich gleich, auch in der Zahl der Pflegeetage gebe es keinen großen Unterschied: 1884 waren es 274.000, 1984 waren es 322.000.

1884 habe es allerdings nur 8.042 Aufnahmen in das Spital gegeben, 1984 aber 35.158. Das durchschnittliche Alter der Verstorbenen habe 1884 37,43 Jahre, 1984 aber 76,75 Jahre betragen. Im Jahr 1884 habe es nur 222 operative Eingriffe gegeben, 1984 aber 22.556. Die Zahl der Ärzte sei in diesen 100 Jahren von 30 auf 231 gestiegen, die Zahl der Schwestern von 80 auf 531. Die Zahl der ambulanten Patienten sei von 2.000 auf 207.000 gestiegen.

Zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses werde, so Stacher, immer wieder behauptet, in einem derart großen Zentralbau ginge die Menschlichkeit verloren. Die Menschlichkeit in einem Krankenhaus hänge jedoch nicht vom Bau ab, sondern vom Personal. Es sei auch nicht wichtig, wie ein Besucher, sondern nur wie ein Patient das neue Allgemeine Krankenhaus erlebe und beurteile. Man müsse vor allem dafür sorgen, daß die Patienten eine optimale Situation vorfinden. Das sei allein schon durch die kleinen Krankenzimmer gegeben, denn im alten AKH gebe es noch Krankensäle mit bis zu 24 Betten.

Beim neuen AKH müsse man auch bedenken, daß es nicht nur ein Krankenhaus der Spitzenversorgung sein werde, sondern auch die größte medizinische Lehr- und Forschungsstätte.

Zum Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost erklärte der Gesundheitsstadtrat, es werde im Pavillon-Verbundsystem errichtet, werde also die Vorteile des Pavillonensystems mit jenen eines Zentralbaus verbin-

Bereits am 27. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

den. Wichtig sei auch die Einheit des im Bau befindlichen Krankenhauses der Schwerpunktversorgung mit den bereits fertiggestellten Teilen, der Krankenpflegeschule mit Internat, dem Personalwohnheim und dem Pflegeheim mit einem angeschlossenen geriatrischen Tageszentrum. Eine Psychiatrische Abteilung sei geplant, aber noch nicht beschlossen. Gegenüber dem Krankenhaus werde auch noch ein Pensionistenheim errichtet werden.

Zur Kostensituation merkte Stadtrat Stacher an, daß das Krankenhaus im SMZ Ost im Kostenplan liege. Im Vergleich zu anderen Krankenhausneubauten werde es wahrscheinlich etwas teurer sein, werde aber auch für besondere Leistungen eingerichtet. So sei das Krankenhaus behindertengerecht, werde 12 Strahlenschutzbetten für Strahlenunfälle, Einrichtungen für Katastrophenfälle und einen großen Ambulanztrakt haben. (Schluß)
sc/gg

Forts. von Blatt 2130

U 3-Abschnitt Schweglerstraße: Baustelleneinrichtung kommt

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Am Reithoffer-Platz im 15. Bezirk wird der zentrale Anfahrschacht für die in geschlossener Bauweise zu errichtenden Tunnelröhren im Abschnitt „Schweglerstraße“ der U 3 situiert sein. Auf einer Fläche von 60 mal 60 Metern soll dort ab 2. November mit dem Aufbau der Baustelleneinrichtung begonnen werden. Es wird dies die einzige große Baustellenfläche für die U-Bahn-Arbeiten in diesem Bereich sein. Zuvor müssen allerdings zehn Bäume entfernt werden. Eine andere Situierung des Anfahrschachtes wäre nicht möglich gewesen. Bei den Bäumen, die am 31. Oktober und am 2. November entfernt werden müssen, handelt es sich um sieben Ahornbäume, eine Linde und zwei Schnurbäume. Nach Beendigung der U-Bahn-Bauarbeiten wird es zu umfangreichen Ersatzpflanzungen in der Benedikt-Schellinger-Gasse, der Stättermayergasse und der Schweglerstraße kommen. (Schluß) roh/rr

Wintersperre im Lainzer Tiergarten

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Der Lainzer Tiergarten und das Erholungsgebiet Laaer Wald sperren von Mittwoch, den 2. November, bis zum Palmsonntag 1989 ihre Pforten. Während dieser alljährlichen Winterruhe ist jedoch der Zugang zur Hermesvilla vom Lainzer Tor aus ungehindert möglich (außer Montag und Dienstag). (Schluß) du/gg

Terminvorschau vom 31. Oktober bis 11. November

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 31. Oktober bis 11. November hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 31. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

MITTWOCH, 2. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk und StR. Pasterk an Dr. Werner Hofmann (Rathaus)

SAMSTAG, 5. NOVEMBER:

9.00 Uhr, Aufforstungsaktion Wienerberg-Ost/Sahulkastraße mit StR. Häupl (auch am 6.11.)

11.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien durch den Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik Karoly Grosz, Bgm. Zilk (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

SONNTAG, 6. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Enthüllung von Gedenktafeln zur Erinnerung an die Zerstörung der Wiener Synagogen im November 1938

- 2, Schiffgasse 8
- 5, Siebenbrunnengasse 1
- 10, Humboldtgasse 27
- 18, Schopenhauergasse 39
- 21, Freytaggasse 25-31

MONTAG, 7. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Architekt Dipl.-Ing. Dr. Kurt Hlaweniczka (Arb.-Zi, Swoboda)

DIENSTAG, 8. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Dr. Otto Cech, Dr. Karl Hilmbauer, Dkfm. Josef Pollak, Charlotte Kubinecz, Herbert Raich und Walter Raich (Steinerner Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 9. NOVEMBER:

9.30 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „Die Reichskristallnacht in Wien“ (Historisches Museum)

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Dr. Helga Czeike, Prof. Friedrich Sturm, Leopold Kowar, Engelbert Messner, Johann Migsch und Prof. Jakob Rudolf Panagl (Steinerner Saal, Rathaus)

DONNERSTAG, 10. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Min.-Rat Prof. Mag. Albert Pichler (Nordbuffet, Rathaus)

FREITAG, 11. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Reg.-Rat Hugo Kubik, Reg.-Rat Otto Nowosad sowie Dekretüberreichung „Regierungsrat“ an OAR Wilhelm Goll, OAR Erich Saller und OAR Franz Weisgram (Roter Salon, Rathaus)
(Schluß) red/gal

Smejkal: Neues Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz bringt wichtige Verbesserungen für Behinderte

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Das neue Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz bringt wichtige Verbesserungen für körperbehinderte Menschen in Wien, erklärte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Im Rahmen des neuen Gesetzes werden nämlich als Bedingung für die Zuteilung von Förderungsmitteln Mindestanforderungen der ÖNORM B 1600 zu erfüllen sein, kündigte Smejkal an. Das bedeutet, daß ein stufenloser Ein- und Zugang zu einem Aufzug, eine Türenbreite von mindestens 80 cm und eine rollstuhlgerechte Aufzugsgröße vorzusehen sind.

Eine wichtige Errungenschaft ist die im neuen Gesetz vorgesehene Möglichkeit, eine Wohnung auch dann, wenn sie noch nicht 20 Jahre alt ist, mit Förderungsmitteln nach dem Wohnhaussanierungsgesetz behindertengerecht umbauen zu können, hob Smejkal hervor. Im Hinblick darauf, daß Behinderungen auch unvorhergesehen auftreten können, z.B. als Folge eines Verkehrsunfalls, erhöht diese neue Regelung die „soziale Treffsicherheit“, so Vizebürgermeister Smejkal.

Im Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz soll darüberhinaus festgelegt werden, daß auch Vereine, die behinderte Menschen betreuen, geförderte Wohnungen anmieten und den von ihnen betreuten Behinderten zur Benützung überlassen können, sagte Smejkal.

Neben vielen anderen Maßnahmen, die die Stadt Wien im baulichen Bereich für behinderte Menschen durchgeführt habe, bedeute diese neue gesetzliche Regelung nun einen weiteren Fortschritt im Hinblick auf eine behindertengerechte Gestaltung der Stadt. Gearbeitet werde derzeit auch an der Verankerung von behindertengerechten Maßnahmen in der Bauordnung, führte Smejkal aus.

Fortschritte beim Bauen für Behinderte

Wien stehe als einzigem Bundesland, unterstrich Vizebürgermeister Smejkal, eine gemeinderätliche Behindertenkommission als beratendes Gremium zur Verfügung, seit 1981 beschäftige die Stadt Wien außerdem einen Konsultanten für behindertengerechtes Bauen, der bei allen Bauverfahren in die Planung miteinbezogen wird. So seien im Rahmen des kommunalen Wohnbaus mehr als 400 Behindertenwohnungen entstanden; Amtshäuser, diverse andere Nutzbauten, wie Krankenhäuser und Schulen, seien behindertengerecht gestaltet worden. Die ARGE Wohnplätze für Behinderte werde die Errichtung von rund 1.000 Wohnplätzen für behinderte Menschen bis 1992 ermöglichen. Im Zuge von Neuerrichtungen und Umbauarbeiten von Straßen werden Gehsteige abgesenkt, die beiden neu geplanten U-Bahn-Linien sollen mit Behindertenaufzügen und -toiletten versehen werden. Bei schon in Betrieb befindlichen öffentlichen Verkehrsmitteln werden, wo möglich, nachträgliche Einbauten durchgeführt, zog Smejkal Bilanz. Ebenfalls behindertengerecht seien die Hallen- und Schwimmbäder Brigittenau, Floridsdorf, Kagran und Döbling gestaltet worden, rollstuhlgerecht ausgestattet sei nach der Generalsanierung nun auch das Amalienbad, schloß Smejkal. (Schluß) jel/rr

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz der Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL begann mit einer Fragestunde.

In der ERSTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nach der Stellungnahme zur Absicht, einen Bundeszuschlag zu den Müllgebühren einzuheben. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) antwortete, er lehne eine Gesetzwerdung des vorgelegten Entwurfes schärfstens ab. Zum einen sei er ein unzulässiger Eingriff in die Finanzverfassung, weil er eine Doppelbesteuerung des selben Gegenstandes vorsehe. Zum anderen sei der Zweck nicht erkennbar. Er, Mayr, bekenne sich zur Aufbringung von Mitteln zur Altlastensanierung. Gegen dieses Gesetz werde er aber notfalls auch beim Verfassungsgerichtshof ankämpfen, sagte Mayr, wenn dies Aussicht auf Erfolg habe. Nicht verwechselt werden dürfe der Bundeszuschlag mit einer Besteuerung von Produkten, sei es beim Verursacher oder beim Konsumenten. Die Wiener Müllgebühr ist kostendeckend, und Wien ist erfolgreich bei der Müllvermeidung. Nun sollen nach dem Gesetzentwurf jene nochmals zur Kasse gebeten werden, die bereits für eine ordnungsgemäße Entsorgung des Mülls sorgen. Er werde, sagte Mayr, alles unternehmen, um das Gesetz im Wiener Landtag zu unterlaufen. Als erfreulich bezeichnete es Mayr, daß der Bundeskanzler Gespräche über den Entwurf mit den Ländern und Gemeinden zugesagt hat.

Die ZWEITE ANFRAGE stellte LABg. BRIX (SPÖ). Er erkundigte sich, welche Auswirkungen die Einführung der von der Umweltministerin vorbereiteten Altlastenabgabe auf Wien hätte. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) erläuterte, daß Wien bereits Aufwendungen in Höhe von rund 450 Millionen Schilling für die Altlastensanierungen vorgeleistet habe. Diese Vorleistungen hätten jedoch im Gesetzentwurf keinen Niederschlag gefunden. Er werde mit allem Nachdruck gegen das Gesetz auftreten, bis diese Vorleistungen berücksichtigt werden. Wien sei vorbildlich, auch deshalb, weil es als bisher einziges Bundesland eine Sondermüllverbrennungsanlage besitze. Die Umweltministerin wolle allerdings erreichen, daß Wien den Sondermüll aus ganz Österreich bis zur Grenze der Kapazität übernehme, ohne daß die anderen Bundesländer bereit wären, den giftigen Filterkuchen zu deponieren. Mayr sagte, er könne sich steuerliche Maßnahmen bei den eigenen Müllgebühren vorstellen, damit Wien sicherstellt, eigene Mittel den eigenen Bewohnern zugutekommen zu lassen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. GAAL (SPÖ), welche über die Bundesunterstützung hinausgehenden Mittel das Land Wien geschädigten Geschäftsleuten nach der Katastrophe von Tschernobyl zur Verfügung gestellt hat, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß eine Gesamtsumme von maximal 15 Millionen Schilling für durch geändertes Käuferverhalten geschädigte Handelsbetriebe beschlossen wurde. Die Auszahlung erfolgte bis jetzt an sechs in ihrer Existenz gefährdete Betriebe.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) an Landeshauptmann ZILK, ob er bereits Gespräche mit dem Justizministerium bezüglich der Unterbringung von Obdachlosen im in Kürze leerstehenden Gebäude des Landesgerichts II am Hernalser Gürtel geführt habe, sagte der Landeshauptmann, daß die für diesen Bereich zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid SMEJKAL mit Wirtschaftsminister GRAF im Gespräch über die Nutzung von Bundesgebäuden für diesen Zweck sei. Das Landesgericht II werde von Justizminister Foregger in absehbarer Zeit noch nicht freigegeben. Die Stadt Wien stellt für den kommenden Winter das Gebäude in der Gerhardusgasse zur Verfügung und ist — auch in Zusammenarbeit mit der Caritas — um die Unterbringung der

Obdachlosen bemüht. Für das Problem der vor allem am Karlsplatz auftretenden Randgruppen wurde ein Projekt ausgearbeitet, das Resozialisierungsmöglichkeiten bieten soll.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. PROCHASKA (ÖVP), warum eine bereits vorbereitete Katastrophenschutzübung im 18. Bezirk kurzfristig abgesagt wurde, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß die Abhaltung von Katastrophenschutzübungen der Magistratsdirektion obliege. Der zuständigen Stelle sei die Abhaltung einer derartigen Übung nicht bekannt gewesen.

LABg. Prochaska meinte, daß über die Vorbereitung dieser Übung mit dem zuständigen Umweltstadtrat gesprochen worden sei und erst bei der konkreten Terminisierung die Absage der Magistratsdirektion gekommen sei. Der Landeshauptmann verwies demgegenüber darauf, daß die notwendigen Verfahrensweisen nicht eingehalten wurden. Den Vorwurf von LABg. Prochaska, die Übung im 18. Bezirk sei aus parteipolitischen Gründen abgesetzt worden, wies Zilk als „lächerlich“ zurück.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. JANK (SPÖ), welche Schwerpunkte das künftige Wohnbauförderungsrecht enthalten soll, antwortete Stadtrat EDLINGER (SPÖ), daß nach einer umfangreichen Vorbegutachtung zahlreiche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf vorliegen. Diese werden dem zuständigen Gemeinderatsausschuß mitgeteilt, der mittels eines Unterausschusses diese Vorschläge in den ursprünglichen Gesetzestext einarbeiten soll, damit ein entsprechender Gesetzentwurf dem Landtag im Dezember vorgelegt werden kann. Es sei beabsichtigt, durch das neue Förderungsrecht das Baugeschehen in der Stadt kontinuierlich fortzuführen. Ziel sei es, jährlich 4.000 neue Wohnungen zu fördern und in der Stadterneuerung ein Investitionsvolumen von 3 Milliarden Schilling auszulösen. Dies soll durch flexible Förderungsarten, durch die Mobilisierung privaten Investitionskapitals und durch eine Vereinfachung der Ausstattungsvorschriften erreicht werden. Auf die ZUSATZFRAGE von LABg. Jank, welche Eigenmittelleistung durch die künftigen Wohnungsnutzer zu erbringen seien, antwortete Stadtrat Edlinger, daß diese Eigenmittel bei Mietwohnungen mindestens 10 Prozent, bei Eigentumswohnungen mindestens 20 Prozent der Baukosten betragen sollen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Menschen eher bereit sind, bei Bezug der Wohnung höhere Eigenmittel zu bezahlen, um dann geringere monatliche Wohnkosten zu haben. Für sozial Schwächere soll das Eigenmittelerfordernis durch Wohnbeihilfen abgemildert werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Mag. KABAS (FPÖ), sagte StR. HÄUPL (SPÖ), er werde sich dafür einsetzen, daß die ASVA, Abfall-Sammel- und Verwertungsagentur, bestehen bleibe. Nach den Statuten dieses Vereines sei dieser jedoch aufzulösen, wenn der Bund austritt, der 90 Prozent der Kosten deckt. Das Umweltministerium stehe dem Verband skeptisch gegenüber und trete dafür ein, das Know-how im Ministerium selbst zu etablieren. Er selber, so Häupl, werde aber Gespräche zur Weiterführung des Verbandes führen.

In einer kurzen Mitteilung stellte Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK zur Anfrage des LABg. PROCHASKA (ÖVP) fest, daß über eine geplante Katastrophenschutzübung in Währing mit dem zuständigen StR. Häupl nicht gesprochen worden sei und daß sich der Branddirektor gegen eine derartige Übung ausgesprochen habe, solange es keine intensive und große Übung gegeben hätte.

Änderung des Kulturschillinggesetzes

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR beantragte eine Änderung des Kulturschillinggesetzes im Hinblick auf eine Erhöhung der vom Bewilligungsinhaber zu leistenden Zahlungen von 15 auf 20 Prozent. Diese Ab-

Forts. von Blatt 2135

Forts. auf Blatt 2137

gabe diene der Altstadterhaltung und der Finanzierung von Kulturprojekten. Der Mehrbedarf mache auch Mehreinnahmen aus dem Kulturschilling notwendig.

Die FPÖ, sagte LAbg. GINTERSDORFER, lehne die Erhöhung aus drei Gründen ab. Erstens müsse man diese Abgabenerhöhung im Zusammenhang mit massiven finanziellen Belastungen, die die große Koalition geschaffen habe, sehen, zweitens stehe sie im direkten Zusammenhang mit der geplanten ORF-Gebührenerhöhung, was eine Doppelbelastung des Steuerzahlers verursache, und drittens könne er, schloß Gintersdorfer, die angeführten Begründungen für die Abgabenerhöhung nicht nachvollziehen.

Der Altstadterhaltungsfonds, der aus dem Kulturschilling gespeist werde, sagte LAbg. STRANGL (SPÖ), sei in den letzten Jahren mit wesentlich mehr Förderungsanträgen als zur Verfügung stehenden Mitteln konfrontiert gewesen. Von rund 54 Millionen Schilling jährlich habe man bis Sommer 1988 bereits 49,6 Millionen Schilling vergeben. Diese Situation habe in den letzten Jahren zu finanziellen Vorgriffen geführt, die nur durch eine Abgabenerhöhung ausgeglichen werden könnten. Man könne mit dieser Erhöhung kaum die Bauindexsteigerungen auffangen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR betonte, es habe keine wie immer gearteten Absprachen im Zusammenhang mit einer ORF-Gebührenerhöhung gegeben. Relevant für die Abgabenänderung sei einzig und allein, daß auf kulturellem Gebiet und im Rahmen der Altstadterhaltung mehr Aktivitäten gesetzt werden müßten.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Novelle zum Hundeabgabengesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Hundeabgabengesetz. Er erläuterte, daß der Landtag nur den Steuerrahmen vorgibt, während der Gemeinderat schließlich die Hundeabgabe tatsächlich festsetzt. Die Erhöhung der Hundeabgabe bringe unter anderem auch Verbesserungen für den Tierschutzverein.

LABg. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) betrachtet den Gesetzentwurf als Antwort auf die von ihr aufgezeigte Problematik. Dennoch könne sie sich mit der Novelle nicht identifizieren, da eine Zweckbindung der Steuer nicht vorgesehen sei. In Wien gebe es eine große Zahl von Hunden, für die keine Steuer gezahlt werde. Würde sie eingehoben, wäre eine Erhöhung nicht notwendig. Kariotis kritisierte, daß sich Stadträtin Schirmer nie für eine Zweckbindung ausgesprochen habe. Es blieb nur bei Informationen und Aufklärung, während es in New York und Paris keine Probleme mit der Verunreinigung gebe.

LABg. Mag. KARL (ÖVP) meinte, dieser Antrag sei der Auftakt zu einer Abgabenerhöhung, die die alten und einsamen Mitbürger hart treffen werde. Auf eine Befreiung von der Abgabe sollte es einen Rechtsanspruch geben. Die Hundesteuer sei in Wien von allen österreichischen Städten am höchsten. In einem ANTRAG verlangt die ÖVP, Blindenführerhunde von der Abgabe auszunehmen, die Hälfte der Erträge aus der Abgabe für Maßnahmen gegen die Probleme der Hundehaltung zu verwenden sowie Ermäßigungen für verschiedene Bedürftige vorzusehen.

LABg. SRAMEK (SPÖ) verwies darauf, daß die letzte Erhöhung 1981 stattgefunden hat. In einem ANTRAG will die SPÖ, daß der Gemeinderat die Erhöhung (dann) rückwirkend ab 1. Jänner 1989 beschließen kann. Das ist notwendig, um die Verordnung auch nach Ende der Einspruchsfrist der Bundesregierung per Jahresbeginn wirksam werden zu lassen.

In seinem **SCHLUSSWORT** sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, eine Zweckbindung der Einnahmen aus der Abgabe sei problema-

Forts. von Blatt 2136

Forts. auf Blatt 2138

tisch, weil die Höhe der Abgabe kaum richtig festgesetzt werden kann. Wird zuviel eingenommen, führt dies zu möglicherweise unnötigen Ausgaben, wird zu wenig eingenommen, ist der Zweck der Abgabe nicht erreicht. Zum ÖVP-Antrag stellte Mayr fest, Blindenführerhunde seien bereits jetzt von der Abgabe befreit. Der Antrag sei damit in diesem Punkt gegenstandslos.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück und der SPÖ-Antrag wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der ÖVP-Antrag wurde abgelehnt.

Dringliche Anfrage der FPÖ um Ladenöffnungszeiten am 1. Adventsamstag

LAbg. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) brachte eine DRINGLICHE ANFRAGE bezüglich der Ladenöffnungszeiten in Wien im November ein. Den Antrag zur Debatte begründete Kariotis mit der Schädlichkeit der Entscheidung, die Geschäfte nur an einem Novembersamstag geöffnet zu halten, für die Wiener Wirtschaft. Kariotis richtete an Landeshauptmann Zilk die Fragen, den Kaufkraftabfluß ins Wiener Umland und ins Ausland, sowie den vermutlichen Einnahmehausfall für die öffentliche Hand zu beziffern.

ABSTIMMUNG: Die Dringlichkeit der Debatte wurde einstimmig angenommen.

In der mündlichen Begründung der Anfrage verwies Kariotis darauf, daß diese Regelung illiberal und wirtschaftsfeindlich sei. Sie stelle einen Rückzieher vor der Gewerkschaft dar. Diese vertrete aber ohnedies nur mehr einen kleineren Teil der Handelsangestellten, das sie kein Vertrauen genieße. Die Gewerkschaft sollte anstatt wirtschaftsfeindliche Interessen zu vertreten, lieber die wichtigen Probleme wie etwa die der Teilzeitbeschäftigung anpacken. Angesichts der Bedeutung des Weihnachtsgeschäftes für den Handel sei diese Regelung nicht einzusehen, und es sei auch nicht begreiflich, daß sich neben Landeshauptmann Zilk auch Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr diesem Entschluß gebeugt habe.

LAbg. Eleonore HOSTASCH (SPÖ) entgegnete, daß diese erneute Debatte um den Ladenschluß vor allem bei den Handelsangestellten große Verunsicherung hervorrufe. Ursache der Debatte sei eine unterschiedliche Interpretation der sozialpartnerschaftlichen Einigung zur Frage der Ladenöffnungszeiten. Man frage sich doch, wozu diese Diskussion diene. Ohnedies seien die Handelsangestellten Arbeitnehmer mit schlechten Arbeitsbedingungen und schlechtem Lohn. Besonders die Situation der weiblichen Beschäftigten sei vor allem in der Vorweihnachtszeit durch große Arbeitsbelastung und ein beeinträchtigt Familienleben gekennzeichnet. Der Ausgleich dafür sei meist weder in entsprechender Entlohnung noch in ausgleichender Freizeit gegeben.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß es zweifelsohne bei manchen Unternehmen Mißstände gebe. Es bestehe daher ein Handlungsbedarf der Gewerkschaft, etwas für die Angestellten zu tun. Die Gewerkschaft agiere an den Interessen der Handelsangestellten vorbei und Sorge zwar für mehr Freizeit, aber nicht für europagerechte Löhne. Er befürworte, daß die Geschäfte bei entsprechender Nachfrage offenhalten sollten und somit auch am 26. November geöffnet sein sollten. Die Handelsangestellten seien ohnedies relativ schlecht bezahlt, und außerdem würde ein Geschlossenhalten der Geschäfte am 26. 11. zu einem Kundenverlust in Wien führen. Er fordere Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr auf, das Gesamtwohl der Stadt im Auge zu behalten und appellierte an Landeshauptmann Dr. Zilk, dieser solle Partei für die Wiener Bürger und Konsumenten ergreifen.

LAbg. Ing. HUBER (SPÖ) stellte fest, daß er als Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes behaupten könne, daß seine Gewerkschaft bereits gute Erfolge erzielt habe. Zweifelsohne sei allerdings die Situation der Handelsangestellten nicht befriedigend und müsse verbessert werden. Die Parteien im Landtag sollten jedenfalls in der Diskussion der Ladenöffnungszeiten

Forts. von Blatt 2137

Forts. auf Blatt 2139

kein Öl ins Feuer gießen, sondern eher beruhigend wirken. Er lehne jedenfalls eine Liberalisierung der Arbeitszeit ohne eine entsprechende Verbesserung der Lohnsituation ab. Für die SPÖ stünden außerdem die persönlichen Probleme der weiblichen Handelsangestellten, wie die Verbindung von Beruf und Haushalt, im Vordergrund, schloß Huber.

Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK meldete sich zur Beantwortung der dringlichen Anfrage der FPÖ zu Wort. Zu den einzelnen Punkten der Anfrage stellte Zilk fest:

1. Die Kosten für die Werbeaktion „Einkauf in Wien“ betragen 37,3 Millionen Schilling.
2. Er erwarte sich keinen Kaufkraftabfluß am ersten Adventsamtstag, da die Geschäftsleute die Wahlmöglichkeit haben, auf den ersten Samstag im November zugunsten des 26. November zu verzichten.
3. Für die öffentliche Hand erwarte er sich daher keinen Einnahmefall.
4. Er sei nicht bereit, am Marienfeiertag, am 8. Dezember, ein Öffnen der Geschäfte zuzulassen.
5. Er lege Wert darauf, in allen wichtigen Fragen mit den zuständigen Stadträten das Einvernehmen herzustellen. Und er sei sich auch in diesem Punkt mit dem zuständigen Finanzstadtrat einig.

Dringlicher Antrag der ÖVP zur Öffnung der Wiener Geschäfte am ersten Adventsamtstag

LAbg. NETTIG (ÖVP) brachte einen dringlichen Antrag der ÖVP betreffend die Öffnung der Wiener Geschäfte am ersten Adventsamtstag bis 18 Uhr ein. In seiner Begründung betonte Nettig, daß bei der Sozialpartnervereinbarung über die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten ausdrücklich festgehalten worden sei, daß dieses Modell zusätzlich zu den geltenden Öffnungszeiten eingeführt werde. Im Vertrauen darauf habe der Handel das Weihnachtsgeschäft vorbereitet, unter anderem seien auch entsprechende Plakate gedruckt worden. Für manche Branchen brächten die Monate November und Dezember 30 bis 40 Prozent des Jahresumsatzes. Für manche Unternehmen sind diese beiden Monate lebensnotwendig. Gewinne müßten gemacht werden, mit geschlossenen Läden könnten auch keine Arbeitsplätze erhalten werden.

Die Debatte über den dringlichen Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Zu Beginn der Debatte stellte Nettig fest, er sei selbst jahrelang als Angestellter im Handel tätig gewesen. Und heute sei er als Unternehmer zu 95 Prozent in Wien beheimatet. Die Vereinbarung der Sozialpartner gelte unbeschadet der derzeitigen Öffnungsregelung, das habe auch die Gewerkschaft eigenhändig unterschrieben. „Rechtsverbindliche Vereinbarungen sind einzuhalten“, betonte Nettig. Die nunmehrige Verordnung des Landeshauptmannes werde der Wiener Handel nicht vor Gericht anfechten, weil der Zeitablauf zu lange dauert. Auch die Mitarbeiter des Wiener Handels bedauerten, so Nettig, die Entscheidung des Landeshauptmannes. Durch den Verlust von Umsatzbeteiligungen und Prämien hätten die Handelsangestellten auch einen finanziellen Schaden. Zum Lohnniveau der Handelsangestellten sagte Nettig, Bezahlungen nach dem Kollektivvertrag seien vor allem in den Großbetrieben üblich, während in den Klein- und Mittelbetrieben Überbezahlungen üblich seien. Unter Einbeziehung der Sozialleistungen und des 13. und 14. Gehaltes sei auch der Wiener Handel vom Europalohnniveau nicht allzuweit entfernt. Die Entscheidung Zilks werde auch von der Bevölkerung nicht verstanden. Die Hinweise des Landeshauptmannes, daß er keine Überstunden zur Überprüfung der Öffnungszeiten am ersten Adventsamtstag empfehlen werde, kritisierte Nettig. Gesetze seien einzuhalten. Er selber werde die Verordnung des Landeshauptmannes nicht brechen, auch wenn er sie für eine unglückliche Ent-

Forts. von Blatt 2138

Forts. auf Blatt 2140

scheidung halte, die gegen die Interessen der Bevölkerung sei, einen Kaufkraftabfluß bewirke, zu einem Imageverlust Wiens führe und der Wiener Wirtschaft schade.

Anders als die ÖVP möchte die SPÖ das Thema eines zweiten langen Einkaufssamstags im November nicht zum Anlaß einer Auseinandersetzung machen, erklärte LAbg. FREITAG (SPÖ). Es gebe eine gemeinsame Erklärung der Sozialpartner, wonach einmal wöchentlich oder einmal im Monat an einem Samstag länger offengehalten werden darf. Die Bundeswirtschaftskammer habe jedoch interpretiert, daß — entgegen der Vereinbarung — im November zwei Samstagnachmittage offengehalten werden können. Das Offenhalten an zwei Samstagen sei gesetzwidrig, und die Wiener ÖVP solle ihren Einfluß in anderen Bundesländern geltend machen, damit die Geschäftsleute dort nicht gesetzwidrig an zwei Samstagen im November offenhalten. Der Modellversuch sei für 15 Monate veranschlagt und biete in diesem Zeitraum — gegenüber früher nur vier Samstag-Nachmittagen — insgesamt 17 lange Samstage. Die Gewerkschaft habe nach zwei Monaten des Modellversuchs festgestellt, daß gute Standorte von der Vereinbarung profitieren, während schlechte noch weiter absinken.

LABg. Dr. Eva PETRIK (ÖVP) bezeichnete es als Notwendigkeit, vor allem für Familien, in Ruhe einkaufen zu können. Die Reduktion um einen Einkaufssamstag vor Weihnachten beeinträchtige diese Möglichkeit. Aber auch für die Handelsangestellten, die im übrigen nicht die einzige benachteiligte Berufsgruppe seien, gebe es durch erhöhten Verdienst, Freizeitausgleich und Umsatzbeteiligungen Argumente, die für ein Offenhalten der Geschäfte sprechen.

GR. PRAMEL (SPÖ) verwies auf die Notwendigkeit, in allen Fragen — so auch denen des Ladenschlusses — gemeinsame partnerschaftliche Lösungen zu finden, diese dann aber auch zu akzeptieren. Es müsse der Wille vorhanden sein, die Argumente des anderen anzuhören. Ein Argument, das gegen die von der ÖVP und FPÖ angestrebte Lösung spreche, sei die Tatsache, daß die größten Umsätze erst an den Dezembersamstagen gemacht werden. Auch in diesem Sinn sei also die Haltung der SPÖ sinnvoll.

LABg. HAUBENBURGER (ÖVP) erklärte, daß die Wiener Wirtschaft grundsätzlich den Einsatz von Landeshauptmann Dr. Zilk für die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten begrüße. Allerdings seien die Wiener Handelstreibenden über die Entscheidung, den ersten Weihnachts-Einkaufssamstag zu streichen, empört. Diese Entscheidung sei sowohl wirtschafts- als auch konsumentenfeindlich. Die Meinung der Gewerkschaft sei in diesem Fall nicht ident mit der Meinung der Handelsangestellten.

Weiters bezeichnete Haubenburger den Begriff „Parias“, den Landeshauptmann Zilk für die Handelsangestellten verwendet habe, als Entgleisung und forderte Zilk auf, sich bei den Angestellten dafür zu entschuldigen.

Haubenburger führte weiter aus, daß die Streichung des Einkaufssamstages zu einem Verdienstentgang für die Handelsangestellten führe, und er frage sich, wer dafür die Ausfallhaftung übernehmen werde.

Abschließend forderte Haubenburger Landeshauptmann Dr. Zilk auf, die Verordnung zurückzunehmen, damit das Vertrauensverhältnis mit der Wiener Wirtschaft wiederhergestellt werden könne.

LABg. OBLASSER (SPÖ) sagte, daß ihm an dieser Diskussion um den Ladenschluß vor allem die „geschmacklosen Äußerungen“ verantwortlicher Funktionäre der Wirtschaft nicht gefallen. Er sei bestürzt über den von Handelskammerpräsident Dittrich an den Landeshauptmann gerichteten Vorwurf des Gesetzesbruches. Ein Blick über die Grenzen Wiens zeige, daß diese Frage in anderen Bundesländern sehr unterschiedlich beurteilt wird. Oblasser verwies darauf, daß sich Dittrich bereits im Februar in sehr selbstbewußter Weise für die Offenhaltung der Geschäfte am 8. Dezember eingesetzt hat. Dies sei zur Beruhigung und zur Versachlichung der Debatte

Forts. von Blatt 2139

Forts. auf Blatt 2141

nicht von Vorteil. Die SPÖ werde sich vor allem gegen sozialrechtliche Benachteiligungen von Arbeitnehmern wehren. Oblasser schlug vor, die Ladenschlußdebatte in einem beruhigteren Klima zu führen.

StR. Komm.-Rat NEUSSER (ÖVP) sagte, daß er sich zur Sozialpartnerschaft bekenne, daß jedoch die kämpferischen Töne von Gewerkschaftsseite in ihm Zweifel haben entstehen lassen. Neusser kritisierte, daß dem kleinen Handelstreibenden die unterschiedlichen Vorgangsweisen in der Ladenschlußfrage kaum klarzumachen sind. Neusser verwies außerdem darauf, daß kleine Gewerbegruppen, wie Schmuck- und Lederwarenerzeuger, bis zu 60 Prozent ihres Jahresumsatzes mit dem Weihnachtsgeschäft erwirtschaften. Er forderte Zilk auf, die Verordnung über den letzten Novembersonntag, an dem die Geschäfte am Nachmittag geschlossen halten sollen, zurückzunehmen.

LABg. RIEPL (SPÖ) sagte, daß die Wiener Handelskammer im August, also nach der Sozialpartnereinigung, darauf hingewiesen habe, daß Geschäftsleute, die am letzten Samstag im November offenhalten wollen, die langen Donnerstage im November nicht ausnützen könnten. Die rechtlichen Konsequenzen der nunmehrigen Verordnung des Landeshauptmannes seien also im Sommer schon bekannt gewesen. Außerdem sehe er einen Widerspruch in der ÖVP-Argumentation: Wenn am ersten Adventsamtstag nicht gekauft, sondern nur geschaut und informiert werde, wie könne dann die ÖVP von einem Kaufkraftverlust sprechen, wenn die Geschäfte geschlossen bleiben? Riepl erinnerte daran, daß die Wiener Wirtschaft von größeren Problemen stehe, etwa im Zusammenhang mit der EG-Debatte. Der Streit um „fünf Stunden Offenhalten“ demonstriere keine Europareife.

In einer zweiten Wortmeldung stellte LABg. NETTIG (ÖVP) fest, viele seiner Argumente seien unwidersprochen geblieben. Von einer Verschärfung des Klimas spreche die Gewerkschaft, die ihm Rechtsbruch vorwerfe. „Ich lehne jeden Gesetzesbruch ab“, betonte Nettig. Der Wiener Handel wisse, daß der erste Einkaufssamtstag dem Schauen, der Information und der Beratung diene. Dies münde in der Regel in einen Verkauf. Außerdem habe er persönlich das Gefühl, daß die Öffentlichkeit, die Angestellten, die Konsumenten und die Kaufleute mit überwiegender Mehrheit für das Offenhalten sind. Daß auch Landeshauptmann Zilk sich seiner Sache nicht ganz sicher gewesen sei, zeige die viermalige Verzögerung der Kundmachung dieser umstrittenen Verordnung.

Landeshauptmann Dr. Zilk wies darauf hin, daß die Gleichstellung des Lebensmittelhandels an den langen Einkaufssamstagen vor Weihnachten im Vorjahr eine zentrale Frage in der Debatte gewesen sei. Es könne deshalb doch heuer nicht ohne Bedeutung sein, daß der Lebensmittelhandel diesmal an den langen Einkaufssamstagen ebenfalls bis 18 Uhr offen halten darf. Zilk betonte, daß es den Handelstreibenden frei stehe, auch am letzten Novembersonntag länger offen zu halten, sofern sie sich an die Gesamtregelung halten. Halte man am letzten Novembersonntag offen, so müsse man eben auf eine Öffnung des Geschäfts am ersten Samstag im November verzichten. Zilk regte an, im Jahr 1990 — 1989 fallen die vier Adventsamtstage ohnehin in den Dezember — einen Vorschlag des Klubs der Modehändler aufzugreifen und den letzten Novembersonntag mit dem ersten Jännersamtstag sozusagen zu tauschen. Zilk sprach sich für eine Debatte ohne Emotionen, auf sachlicher Ebene, aus und appellierte an die Handelstreibenden, die schon jetzt zur Verfügung stehenden Öffnungszeiten auch voll auszunützen.

Der Dringliche Antrag wurde zugewiesen.

Debatte zur Fragestunde

LABg. PROCHASKA (ÖVP) meldete sich zu einer Berichtigung zur fünften Anfrage aus der Fragestunde des Landtages zu Wort und sagte, es habe

Forts. von Blatt 2140

Forts. auf Blatt 2142

Kontakte zwischen der Bezirksvorsteherung und dem damals für Katastrophenschutzübungen zuständigen Stadtrat Braun gegeben. Auch die Feuerwehr sei in die Gespräche eingebunden gewesen. Die Aussage von Landeshauptmann Dr. Zilk, es sei diesbezüglich bei den zuständigen Stellen nichts bekannt gewesen, sei seiner Meinung nach, sagte LAbg. Prochaska, unrichtig.

Man müsse sich gemeinsam bemühen, sagte StR. Dr. HÄUPL, das Bewußtsein für Katastrophen- und Zivilschutz in der Bevölkerung zu heben. Die Kontakte mit StR. Braun entzögen sich seiner unmittelbaren Beurteilung. Häupl machte darauf aufmerksam, daß der Branddirektor der Feuerwehr keine Kompetenz in bezug auf die Abhaltung einer Katastrophenschutzübung habe, da diese im Kompetenzbereich des Landeshauptmannes und des Magistratsdirektors liege. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2141

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Die anschließende Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Nach der Haltung des Planungsstadtrates zu den Plänen einer Shopping-City-West im Bereich der Autobahn-Abfahrt Auhof erkundigte sich GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) in der ERSTEN ANFRAGE. StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) antwortete, er sei erst vor kurzem mündlich mit dem Projekt konfrontiert worden. Gegen die Sorge eines Kaufkraftabflusses nach Niederösterreich seien verschiedene Planungselemente abzuwägen. Derzeit gebe es keine Zusage, sondern nur eine Prüfung der Entscheidungsgrundlagen. Es müsse auch untersucht werden, ob im Falle einer Ablehnung die Investition überhaupt unterbleiben oder das Unternehmen sich in Niederösterreich ansiedeln würde. Swoboda kann sich einen bedingten Vertrag über den Verkauf der Liegenschaft für den Fall vorstellen, daß er nicht als Druckmittel auf die Planungsintentionen verwendet werden könne.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. GUTMANNSSBAUER (SPÖ) nach konkreten Informationen über dieses geplante Einkaufszentrum antwortete StR. Dr. SWOBODA, daß derzeit alle betreffenden Fragen geprüft werden. Es wäre möglich und wahrscheinlich sinnvoll, doch mit relativ hohen Kosten verbunden, die U 4 nach Auhof zu verlängern. Die Frage müsse im Zusammenhang mit dem Projekt eines Zentralbahnhofes gesehen werden, wodurch Bahngleise für die U 4 frei würden. Auch Park-and-Ride-Plätze könnten geschaffen werden. Neben anderen werde auch geprüft, ob durch das Projekt des Einkaufszentrums in Auhof eine Gefährdung der Nahversorgung zu befürchten wäre. Es bestehen, so StR. Swoboda, auch in anderen Stadtteilen Projekte für Einkaufszentren, aber es solle sichergestellt werden, daß die gewachsenen Einkaufsstrassen erhalten bleiben.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. PRINZ (FPÖ) nach dem Stand der Vorbereitungsarbeiten für die geplante Heldenplatzgarage antwortete StR. SWOBODA, er könne sich einen Baubeginn im nächsten Jahr vorstellen, wenn der entsprechende Bescheid des Bundesdenkmalamtes vorliegt. Bedingung für den Garagenbau ist, daß Heldenplatz, Josefsplatz, Burghof und Böhmallee vom Autoverkehr befreit werden. Andere innerstädtische Garagen kommen dann in Frage, wenn sie nicht zusätzlichen Autoverkehr anziehen, und Parkplätze (auch Busparkplätze) von der Oberfläche verschwinden. Nähere Details will Swoboda in den nächsten Monaten vorlegen. Was die Überwachung des ruhenden Verkehrs betrifft, laufen derzeit Vergleiche mit anderen Städten. Autofahrer sollen verstärkt motiviert werden, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), wie attraktiv Wien für Bewohner aus anderen Bundesländern sei, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß diese Attraktivität aus der seit 1986 positiven Zuwanderungsstatistik hervorgeht. 1987 wurde das Geburtendefizit Wiens von 7.400 Einwohnern bereits durch ein Plus von 9.900 Zuwanderern überkompensiert. Die stärkste Zuwanderergruppe stellen die 15- bis 30jährigen dar, womit eine Stabilisierung der Wiener Bevölkerung bei einer leichten Verjüngung der Bevölkerungsstruktur zu erwarten ist, wenn man realistischerweise für die Zukunft ein Plus-Saldo von 4.000 bis 5.000 Zuwanderern im Jahr voraussetzt. Mit den Wohnplätzen und Wohnungen, die Wien den Zuwanderern zur Verfügung stellt, hat die Stadt eine entsprechende Infrastruktur, die in Zukunft noch ausgebaut wird.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), in welcher Form die weitere Zukunft des Rinterzelts geplant sei, sagte StR. Dr. HÄUPL, daß

bereits jetzt eine Verdoppelung der Effizienz der dortigen Arbeit zu verzeichnen sei. In Zukunft sollen weitere Effektivierungsmaßnahmen getroffen, das Kunststoffrecycling fortgesetzt und durch ein Baustoffrecycling ergänzt werden. Die Nachsortierung soll erweitert werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HONAY (SPÖ) nach dem Ergebnis der Hofbegrünungsaktion in den letzten Jahren sagte StR. Dr. HÄUPL, daß in der Zeit von Jänner 1984 bis Oktober 1988 über 1.000 Höfe begrünt und dabei seitens der Stadt Wien fünf bis sechs Millionen Schilling aufgewendet wurden. Die Aktion soll in Zukunft mit besonderem Akzent auf Beratung und Animation fortgesetzt werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Karin LANDAUER (FPÖ), welche Objekte bis zur Entscheidung, die Volksschule Gerhardusgasse zur Unterbringung für Nichtseßhafte zu verwenden, seitens der Stadt Wien geprüft werden, antwortete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß sich die Gerhardusgasse letztlich als einzige Möglichkeit herauskristallisiert habe. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Gerhardusgasse tatsächlich nur eine Übergangslösung sein wird, sagte Vizebürgermeisterin Smejkal, daß ein Gesamtkonzept mit Hilfe aller zustande kommen müsse, das etwa auch die Beschaffung von Arbeit und Wohnungen beinhalte. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, weshalb für die Adaptierung der Gerhardusgasse 1,1 Millionen Schilling ausgegeben werden, für die Betreuung der 440 Nichtseßhaften in der Meldemannstraße aber nur zweimal wöchentlich zwei Sozialarbeiter zur Verfügung stehen, sagte Smejkal, daß sie bestrebt sei, mehr Sozialarbeiter und auch mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Es werde voraussichtlich 1989 ein weiteres Tageszentrum für Nichtseßhafte eröffnet.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP), ob geplant sei, das Gebäude 5, Castelligasse 17, in Zukunft für die Unterbringung von Obdachlosen zu verwenden, antwortete Vizebürgermeisterin Smejkal, daß das Gebäude im Besitz des Bundes ist und der Bewährungshilfe zur Verfügung gestellt werden soll. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, weshalb sich der Sozialminister und seine Mitarbeiter in Wien in die Obdachlosenfrage einmischen, obwohl diese Landessache sei, antwortete Smejkal, daß die Hilfsangebote des Sozialministers insofern gerechtfertigt erscheinen, als etwa 60 Prozent der betreuten Nichtseßhaften aus den Bundesländern stammen. Der Bund bringe damit Verantwortungsgefühl zum Ausdruck, wenn er Angebote zur Lösung des Problems mache. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sicher sei, daß ein weiteres Haus im 5. Bezirk in der Embelgasse nicht den ehemaligen Bewohnern der Aegidigasse zur Verfügung gestellt wird, beantwortete Smejkal positiv, meinte aber weiter, daß man grundsätzlich die Vorbehalte gegenüber Menschen mit anderen Lebensauffassungen abbauen müsse und sie als Mitbürger und Nachbarn akzeptieren sollte. Es dürfe kein Widerspruch zwischen grundsätzlicher und konkreter Hilfsbereitschaft sein. Zur Lösung dieses Problems habe die ÖVP bisher kaum etwas beigetragen.

Flächenwidmung Denzelgründe

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) beantragte die Abänderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich Linke Wienzeile/Gumpendorfer Straße. Hier befinden sich auch die sogenannten Denzelgründe.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) verwies auf die häßlichen Feuermauern beiderseits der neugeschaffenen Grünfläche. Auf Anregung des Fachbeirates für Stadtplanung haben drei Architekten städtebauliche Studien vorgelegt, wovon einer eine Randverbauung im Bereich der Feuermauern vorschlug. Die EKAZENT habe das Projekt aufgegriffen, doch sich später von einer Realisierung zurückgezogen. Als das Österreichische Siedlungswerk Interesse gezeigt habe, sei die Randverbauung gefallen. Nun werde keine sachliche, sondern eine politisch motivierte Lösung gefunden, und dieser könne die ÖVP nicht zustimmen.

Forts. von Blatt 2143

Forts. auf Blatt 2145

GR. JANK (SPÖ) verwahrte sich gegen den Vorwurf einer politisch motivierten Lösung und sagte, daß sich die ÖVP des Bezirks und der Bezirksvorsteher im gesamten Vorbereitungsverfahren zum neuen Flächenwidmungsplan nicht für eine Randverbauung stark gemacht haben. Der Wettbewerb habe wohl Vorschläge, aber keine zwingenden Ergebnisse gebracht. Vom Interesse der EKAZENT habe er, Jank, nur durch eine mündliche Information des Bezirksvorstehers erfahren. Für die Randverbauung sei der Mariahilfer Bezirksvorsteher erst in den letzten drei Monaten eingetreten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Zeitliche Bausperre Flötzersteig

GR. HAAS (SPÖ) stellte den Antrag auf eine zeitlich begrenzte Bausperre im Bereich der nicht ausgebauten Flötzersteigstraße zur Überprüfung der Widmung dieses Gebietes.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) stellte einleitend fest, daß die Volkspartei dieser Bausperre zustimmen werde, und bezeichnete dies als Vertrauensvorschuß für Planungsstadtrat Dr. Swoboda. Haubengberger erinnerte an die klare Ablehnung der Hochstelzenstraße bei der Volksbefragung 1980. Er brachte einen Beschluß- und Resolutionsantrag zum Verzicht auf den Ausbau der Flötzersteigstraße und zu deren Streichung aus dem Bundesstraßennetz ein.

GR. PRAMEL (SPÖ) betonte, die zeitlich begrenzte Bausperre diene der Überprüfung. Im Zusammenhang mit dem Projekt der Gürtel-, Süd- und Westeinfahrt müsse im Interesse aller alles durchleuchtet und überprüft werden.

Planungsstadtrat Dr. SWOBODA meinte, kein Stadtplaner würde heute eine Stelzenstraße bauen wollen. Die Vorschläge der Gürtelkommission müsse man sich vorerst anschauen. Swoboda verwies darauf, daß im Zusammenhang mit der Zukunft der Westbahntrasse noch alles offen sei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen, der Beschluß- und Resolutionsantrag wurde zugewiesen.

Mietermitbestimmungsstatut

StR. EDLINGER (SPÖ) beantragte die Anerkennung des Mietermitbestimmungsstatutes. Die Förderung der Mitbestimmung im Wohnungsbereich sei eine wichtige kommunalpolitische Zielvorstellung und werde über 220.000 Mieter der Stadt Wien betreffen. Das nun vorliegende Statut umfasse nicht nur die Mitbestimmung im Bereich bestehender Bauten und ihrer Verwaltung, sondern auch die Bereiche Planung und Baudurchführung neuer Objekte. Dieser Schritt zur Mietermitbestimmung sei international beispielhaft und biete sich als Ausgangspunkt für eine Weiterentwicklung an. Dieses Modell stelle ein flexibles und weiter zu diskutierendes Konzept zur Mitsprache dar. Er lege Wert auf die Feststellung, erklärte Edlinger, daß das Mietermitbestimmungsstatut nicht einfach erstellt, sondern in Zusammenarbeit mit Betroffenen und deren Vertretungen entwickelt worden sei. Dieses Konzept sei als Signal und Willenskundgebung, daß die Mitwirkung und Mitverantwortung der Mieter gewünscht sei, aufzufassen. Zu den zentralen Punkten des geplanten Mietermitbestimmungsstatutes für Wiens Gemeindebauten zählen

- die demokratische Wahl von Mietervertretern,
- das Recht derselben zur Prüfung der Berechnung und Verwendung von Mietzinsen,
- Vorschlagsrechte für die Mängelbeseitigung und Verbesserungsmaßnahmen
- Informations- und Beratungspflicht der Verwaltung im Hinblick auf Erhaltungsarbeiten

Forts. von Blatt 2144

Forts. auf Blatt 2146

- Verständigungspflicht bei der Kündigung von Mietern
- Beschlußfassungsrecht der Mieterversammlung über Änderungen der Hausordnung oder die Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen.

Er wünsche sich, schloß Edlinger, daß im Anschluß an die Beschlußfassung über das Mietermitbestimmungsstatut auch eine Willenskundgebung des Wiener Gemeinderates an den Bund erfolge, die Mietermitbestimmung auch im Mietrechtsgesetz zu verankern.

Die Mietermitbestimmung, sagte GR. KIRCHNER (FPÖ), sei eine wesentliche Forderung der FPÖ. Sie bedeute einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung und qualifiziere den Mieter als mündigen Partner des Hauseigentümers. Das nun vorliegende Statut könne nicht als voll ausgereiftes Produkt gelten, und Erfahrungen der Praxis müßten laufend darin weiterverarbeitet werden, sagte Kirchner. Seine Fraktion bedaure, daß Forderungen der FPÖ wie

- das Recht auf Bestellung und Abberufung der Hauswarte,
- die Entscheidungsfreiheit über die Form der Mietzinszahlung und
- die freie Auswahl der Hausverwaltung

in das vorliegende Statut keinen Eingang gefunden hätten. Die Praxis werde nun zeigen, meinte GR. Kirchner, ob die Mietermitbestimmung mehr als nur ein Lippenbekenntnis sein werde. Die Gemeinde Wien als Hausherr könne nicht als Vorlage für private Hausbesitzer dienen, wohl sei aber die Mietermitbestimmung im Bereich der Genossenschaften als wünschenswert anzusehen.

Der Grundgedanke, Mietern der Gemeinde Wien mehr Rechte zuzugestehen, sei eine positive Bestrebung, erklärte GR. FUCHS (ÖVP). Es bleibe weiterhin eine Forderung der ÖVP, die den Beschluß über das vorliegende Mietermitbestimmungsstatut nicht mittragen werde, mehr Demokratie im kommunalen Wohnbereich und die Schaffung der dazu nötigen Voraussetzungen zu ermöglichen. Das nun vorliegende Modell, kritisierte Fuchs, sei aber insofern enttäuschend ausgefallen, als es nicht mehr Rechte für den einzelnen, sondern nur für den Funktionärsapparat bringe und eine weitere Verbürokratisierung fördere. So seien in diesem Statut zwar Selbstverständlichkeiten wie Beschlüsse über die Nutzung von Gemeinschaftsräumen verankert, vermehrte Rechte des einzelnen Mieters gegenüber der Verwaltung seien aber nicht vorgesehen. Es sei abzulehnen, vertrat Fuchs den Standpunkt seiner Fraktion, daß das Mietermitbestimmungsstatut die Verfilzung der Mietervereinigung mit der Wohnhäuserverwaltung nicht beende, sondern neue Impulse für weitere undurchsichtige Verflechtungen gebe. Fuchs brachte einen RESOLUTIONSANTRAG über die klare Trennung zwischen Mietervereinigung und Wohnhäuserverwaltung, die Schaffung von Voraussetzungen für die freie Wahl der Mietervertreter und die Abschaffung der Einhebung des Mitgliedsbeitrages mit der Wohnungsmiete, ein.

Das vorliegende Statut, führte Fuchs weiter aus, kaschiere das Fehlen eines Problemkataloges, das Fehlen verbesserter Kontrollmöglichkeiten für Einzelmietler, Probleme bei der Abrechnung, das Fehlen einer Möglichkeit zur Einsicht in Belege direkt beim Hausbesorger und die schleppende Nutzflächenvermessung.

Echte Mietermitbestimmung, schloß Fuchs, bedeute mehr Information für den Mieter, Vereinfachungen in der Administration und die freie Wahl der Mietervertretung; dies alles sei im vorliegenden Entwurf nicht erfüllt.

GR. LUSTIG (SPÖ) bezeichnete die Mietermitbestimmung als Ausdruck der Demokratie, als Ausdruck des Willensentscheides des mündigen Bürgers. Diese Mitbestimmung sei aber auch — im Sinne einer Partnerschaft zwischen Mietern und Hauseigentümern — von Nutzen für alle Beteiligten. Das Mietermitbestimmungsstatut für Gemeindewohnungen könne nur ein erster Schritt sein. Mietermitbestimmung müsse es auch in anderen Wohn-

Forts. von Blatt 2145

Forts. auf Blatt 2147

hausanlagen und Privathäusern geben. Lustig brachte in diesem Sinne einen BESCHLUSSANTRAG ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, entsprechende Gesetzesänderungen auf Bundesebene zu veranlassen. Für die ÖVP sei dies eine Stunde der Wahrheit, sagte Lustig, wo sich offensichtlich ihr Bekenntnis zur Mietermitbestimmung als Lippenbekenntnis erweise. Die Mietervereinigung bezeichnete Lustig als eine Mieterorganisation wie andere auch, aber eben eine, die sich um das Mietermitbestimmungsstatut bemüht habe.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, SPÖ und ÖVP seien oft grundsätzlich einer Meinung, in der Ausführung gebe es jedoch Divergenzen. Nach wie vor sehe die SPÖ im privaten Hauseigentümer ein Feindbild, im Gemeindebau eine Möglichkeit von Einflußnahme, Zugriff und Zentralismus. Petrik wies in diesem Zusammenhang auf die gemeinsame Einhebung des Beitrages für die Mietervereinigung mit der Miete hin, die es der ÖVP erschwere, dem Mitbestimmungsstatut zuzustimmen. Darüber hinaus habe die SPÖ schon viele Möglichkeiten versäumt — so zum Beispiel über eine Verwaltungsvereinfachung —, den Mietern entgegenzukommen. Die ÖVP sei zwar für die Mietermitbestimmung, aber nicht in der von der SPÖ dekretierten Form.

StR. EDLINGER meldete sich zu Wort und kündigte an, daß mit Inkrafttreten des Mietermitbestimmungsstatutes die weitere Einhebung des Mitgliedsbeitrages der Mietervereinigung durch die MA 52 nicht mehr möglich sein werde. Er habe bereits eine entsprechende Anweisung gegeben. Damit müsse es der ÖVP doch möglich sein, dem Statut zuzustimmen.

GR. FAYMANN (SPÖ) betonte, da nun das Inkasso der Mietervereinigung weg falle, könne die ÖVP dem Mietermitbestimmungsstatut doch zustimmen. Jetzt zeige sich, ob die Volkspartei nur über den aufrechten Gang schreibe oder ihn auch gehen könne.

ÖVP-Klubobmann Dr. GOLLER meldete sich zu Wort und ersuchte um Absetzung beziehungsweise Vertagung des Geschäftsstückes bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates, um im zuständigen Ausschuß ein Einvernehmen erzielen zu können.

SPÖ-Klubobmann Ing. SVOBODA regte an, der Absetzung nicht zuzustimmen, da die Einhebung des Mitgliedsbeitrages im Mietermitbestimmungsstatut selbst gar nicht geregelt werde.

StR. EDLINGER betonte, er strebe in so essentiellen Fragen wie der Mietermitbestimmung einen Konsens an. Er habe jeden Vorschlag der Fraktionen und der Organisationen eingehend geprüft. Insgesamt 17 Stunden sei darüber diskutiert worden. Die Einhebung des Mitgliedsbeitrages für die Mietervereinigung sei aber nicht relevant für die Abstimmung.

ABSTIMMUNG ÜBER DEN VERTAGUNGSANTRAG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Dr. PETRIK (ÖVP) meinte, er habe nur selten erlebt, daß einander innerhalb von wenigen Minuten Spitzenmandatäre der SPÖ widersprechen. Hätte er vom Wegfall des Inkassos gewußt, so Petrik, hätte er seinen Klub wegen des neuen Geistes der Mietermitbestimmung vielleicht zur Zustimmung überreden können. Er verstehe die SPÖ nicht. Wäre sie wirklich am Konsens mit der ÖVP interessiert gewesen, so hätte Edlinger diese Mitteilung vor wenigen Tagen, vor wenigen Stunden, machen können. Die ÖVP hätte dann Zeit zur Beratung gehabt. Positiv sei, daß die ÖVP einen historischen Durchbruch erzielt hat, weil künftig die Stadt Wien nicht mehr das Inkasso der Mietervereinigung durchführt.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) schlug der ÖVP vor, eine Sitzungsunterbrechung zu beantragen. Ihm gehe es nicht um Prestige, sondern um eine gemeinsame Sache.

ÖVP-Klubobmann Dr. GOLLER betonte abermals, die Mietermitbestimmung müsse nicht im heutigen Gemeinderat beschlossen werden. Er er-

Forts. von Blatt 2146

Forts. auf Blatt 2148

warte sich von der SPÖ einen Vorschlag, dem die ÖVP die Zustimmung erteilen kann.

Der Vorsitzende des Gemeinderates GR. OUTOLNY (SPÖ) unterbrach um 18.40 Uhr die Sitzung.

Die unterbrochene Sitzung wurde um 19.25 Uhr wieder aufgenommen.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) teilte dem Gemeinderat mit, daß er in Vertretung des Bürgermeisters und im Einvernehmen mit der Sozialistischen Fraktion des Gemeinderates den Tagesordnungspunkt absetze. Aufgrund der Erklärung von StR. Edlinger, daß ab 1.1.1989 der Mitgliedsbeitrag für die Mietervereinigung nicht mehr über die städtische Wohnhäuserverwaltung eingehoben wird, habe die ÖVP ihre Bereitschaft zu einer positiven Einigung über die Mietermitbestimmung sowie ihre Unterstützung eines Beschluß- und Resolutionsantrages zur Verankerung der Mitbestimmung im Mietrechtsgesetz kundgetan. Im Interesse der Sache ordne er daher an, das Geschäftsstück abzusetzen und an den zuständigen Gemeinderatsausschuß zurückzuweisen, sagte Mayr. Eine entsprechende einstimmige Beschlußfassung soll in der Sitzung des Gemeinderates im November erfolgen. Mayr sprach von einer bedeutsamen Meinungsbildung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß im Verlauf der nun folgenden Gespräche über den Bereich der Gemeindemieter hinaus ein zukunftsweisendes Modell der Mietermitbestimmung zustande kommt.

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt und dem Gemeinderatsausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen.

China-Restaurant

GR. FAYMANN (SPÖ) beantragte die Bestellung eines Baurechts zugunsten der BAWAG LEASING Gesellschaft mbH. im Bereich des ehemaligen Aurestaurants im Donaupark zur Errichtung eines China-Restaurants mit chinesischem Park.

Pagodenartiges erwachse derzeit anstelle des ehemaligen Aurestaurants im Donaupark, sagte Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Angesichts der bereits erreichten Dachgleiche dieses Objektes halte er die heutige Beschlußfassung des Gemeinderates, der Bawag Leasing das Baurecht für ein China-Restaurant mit chinesischem Park zu erteilen, für überholt. Diese Situation und der Fertigstellungstermin 1. Jänner beweise nur, wie vorgreifend man gehandelt habe, zumal günstigste Nutzungskonditionen in Form eines jährlichen Anerkennungsbeitrages von eintausend Schilling bereits vor zwei Jahren ausgehandelt worden seien.

Der heutige Akt beinhalte ein Bauvorhaben, sagte GR. FÜRST (ÖVP), das tatsächlich und augenscheinlich bereits fast beendet sei. Zu Beschließendes stehe dementsprechend gar nicht mehr zur Diskussion. Dazu komme noch, daß sich das betreffende Gelände im Nahbereich der EXPO befinde und man damit vor der Ausschreibung eines internationalen Wettbewerbes zur Gestaltung der Weltausstellung bereits ein bauliches Präjudiz geschaffen habe. Der erste Schritt zur EXPO, die österreichische Atmosphäre, Kultur und Gastlichkeit präsentieren solle, sei also nun die Errichtung eines China-Restaurants.

Der betreffende Bereich gehöre nicht zum Areal der Weltausstellung, erklärte GR. HUMMEL (SPÖ). Man habe die günstigen Konditionen aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Überlegungen gewährt, zumal eine Nutzung des desolaten Aurestaurants, das 1964 im Rahmen der WIG errichtet wurde, nicht mehr möglich gewesen wäre. Vorgriffe seien im Interesse der Sache geschehen, das Risiko der Stadt Wien sei gleich Null.

Er sei sicher, daß dieses original-chinesische Restaurant, das von einer staatlichen chinesischen Gesellschaft betrieben werde, ein Erfolg werde, sagte GR. Faymann abschließend.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 2147

Forts. auf Blatt 2149

Liegenschaftsverkauf in Oberlaa

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) beantragte den Verkauf von einer Reihe von Grundstücken in Oberlaa im Gesamtausmaß von 16.753 Quadratmetern an die Wohnbauvereinigung der Privatangestellten.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß der Preis von 12 Millionen Schilling, den die Gemeinde erlöse, zu niedrig sei. Dies habe die Stadt Wien in den vergangenen Jahren selbst bezahlt, inzwischen sei der Grund 13,4 Millionen Schilling wert. Da auch Planungskosten von 0,9 Millionen nicht abgegolten würden, entstehe dem Steuerzahler ein Verlust von 2,3 Millionen Schilling.

GR. FUCHS (ÖVP) wandte sich generell gegen dieses Wohnbauprojekt, da dieses eine Maßnahme im Sinne der Stadterweiterung sei. Mit seiner zu dichten Bebauung und der Verdrängung der Landwirtschaft beeinträchtige das Projekt die ländliche Siedlungsstruktur.

GR. PRAMEL (SPÖ) betonte, daß dieses Wohnbauprojekt sehr vielen Familien ein neues Zuhause bieten werde. Die betreffende Genossenschaft sei für qualitätsvolles Bauen in kleinen Einheiten bekannt. Die Einrechnung von Planungskosten durch die Stadt Wien hätte einen Eingriff in die Planung der Genossenschaft bedeutet.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Vereinigte Bühnen

GR. BRIX (SPÖ) stellte den Antrag auf Gewährung einer Subvention von 79 Millionen für das Raimundtheater sowie eines Baukostenbeitrages von 17 Millionen Schilling für dieses Theater. Weiters soll der Vereinigten Bühnen Wien Verwertungs-GesmbH eine Subvention von 27,8 Millionen Schilling gewährt werden.

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) gab bekannt, daß die Freiheitlichen nach einem persönlichen Gespräch mit Kulturstadträtin Dr. Pasterk in der Lage seien, der Subvention für die Verwertungs-GesmbH entgegen ihren ursprünglichen Absichten zuzustimmen. Kritisch sei jedoch anzumerken, daß die Abgeordneten seitens der Verwaltung oft zu spät und vielfach nicht ausreichend informiert werden. Für die Verwertungs-GesmbH urgierte Gintersdorfer ein Promotion-Konzept, wobei derzeit die Frage der Rentabilität noch offen sei.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, die Entschuldungsaktion für das Raimundtheater komme sehr spät. Insgesamt seien 40 Millionen Schilling an Zinsen aufgelaufen, das bedeute nicht Kulturförderung, sondern Bankenförderung. Von Stadtrat Pasterk erwarte er eine detaillierte Aufstellung der Schulden nach Kostenstellen und Produktionen. Der Subvention für die Verwertungs-Gesellschaft stimme er „mit Ingrim“ zu.

Die Verwertungsgesellschaft biete eine Chance, im Ausland Wiener Produktionen zu verwerten, um später auch Tantiemen einzuspielen, sagte GR. HANKE (SPÖ). Die Schulden des Raimundtheaters seien durch die Zinsenzahlungen zwar größer geworden, aber man konnte die Chance der Mitfinanzierung durch den Bund nicht fallen lassen.

ABSTIMMUNG: Beide Geschäftsstücke einstimmig angenommen.

Sanierung des Karl-Marx-Hofes

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) beantragte die Genehmigung eines Honorars von 52 Millionen Schilling für die Baudurchführung und Mieterbetreuung in der Wohnhausanlage Karl-Marx-Hof durch die Gesellschaft für Stadt- und Dorferneuerung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) prophezeite einen „handfesten Skandal“ im Zusammenhang mit der Durchführung der in diesem Ver-

Forts. von Blatt 2148

Forts. auf Blatt 2150

tragswerk vorgesehenen Maßnahmen und der möglichen Honorarnachforderungen, die diese Vertragsregelung bei einem Mehraufwand über die vorgesehenen Herstellungskosten hinaus vorsehe. Es sei zumindest ungewöhnlich und konfliktrichtig, eine Firma, in der zwei Angestellte als Gesellschafter firmieren und deren Zweck im Handelsregister unter anderem mit der Errichtung und dem Betrieb von Zweigstellen beschrieben sei, mit einem derartigen Auftrag zu bedenken. Darüber hinaus handle es sich auch um die Frage, wieso der betreffende Architekt den Auftrag nicht als Ziviltechniker durchführe, wobei er mit seinem Gesamtvermögen haften, sondern als Firma, die als Haftungssumme nur die Firmeneinlage bieten könne. Abgesehen davon erscheine ihm die Ausschaltung sämtlicher begleitenden Kontrollmöglichkeiten der Stadt Wien als ungewöhnlich, schloß Pawkowicz.

Es handle sich bei dem vorliegenden Aktenstück um ein außerordentlich komplexes Vertragswerk, sagte GR. FAYMANN (SPÖ). Den Nettoherstellungskosten von 355 Millionen Schilling stünde ein Nettohonorar von 42 Millionen Schilling gegenüber, was zwölf Prozent der Gesamtsumme für Architektenleistungen, Planungsarbeiten, Bau- und Mieterbetreuung ausmache. Damit liege man deutlich unter der Gebührenordnung für Architekten. Darüber hinaus habe man bei der Erstellung des Vertrages sowohl mit der Ingenieur- als auch mit der Architektenkammer auf das engste zusammengearbeitet. Die Aufgabenstellung, den Karl-Marx-Hof zu sanieren, schein ihm, schloß Faymann, wichtig genug, dieses Geschäftsstück einstimmig zu beschließen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ angenommen.

Tarifänderung der Verkehrsbetriebe

Stadtrat HATZL (SPÖ) beantragte die Anhebung der Tarife der Verkehrsbetriebe. Er begründete den Antrag damit, daß im kommenden Jahr rund 400 Millionen Schilling für notwendige Investitionen fehlen. Um aber entsprechende Verbesserungen und Mehrleistungen für den Konsumenten vornehmen zu können, etwa beim U-Bahn-Bau, für den Umweltschutz oder zur Verbesserung von 25 Verkehrslinien, ist diese bescheidene Anhebung der Tarife mit Jahresbeginn 1989 erforderlich. In einer Vergleichsrechnung bleibe damit das öffentliche Verkehrsmittel auch im kommenden Jahr billiger als die Benützung der Privatautos. Aber auch im europäischen Vergleich sind die Wiener Verkehrsbetriebe preisgünstig. Hatzl verwies auch darauf, daß es im kommenden Jahr neue Fahrkartenkategorien geben wird, um weitere Fahrgäste für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) sprach von einem „verkehrspolitisch verkehrten Schritt“ und der Fortsetzung einer verfehlten Politik. Durch „das Abknöpfen von Geld bei den Fahrgästen“ werde es nicht möglich sein, mehr Menschen für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen. Zeihsel kritisierte, daß die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs ebenso vernachlässigt werde wie seine Attraktivitätssteigerung. Zeihsel verlangte eine familien- und behindertengerechte Ausstattung der Verkehrsstationen sowie eine „rollstuhlgerechte U-Bahn“. Auch sollten die Bürger bei der Linienführung und der Festlegung von Haltestellen mitbestimmen können. Die FPÖ werde der Tariferhöhung nicht zustimmen.

GR. STRATIL (ÖVP) lehnte namens der Volkspartei die Tarifreform ab. Sozial Schwächere würden weiter benachteiligt, Pensionistenbegünstigungen fehlten, und es gebe nach wie vor keine Verbesserung für die Lehrlinge. Die Verkehrsbetriebe, so Stratil, hätten sechs Milliarden Rücklagen in ihren Bilanzen. Die Tariferhöhung bringe lediglich 170 Millionen im kommenden Jahr, dieser Betrag könnte ohne weiteres durch Auflösung eines Teils der Rücklage hereingebracht werden. Die Tariferhöhung sei auch schädlich im Zusammenhang mit dem Umweltschutz.

Forts. von Blatt 2149

Forts. auf Blatt 2151

Die Forderung der FPÖ, Rollstuhlfahrern die Benützung der U-Bahn zu ermöglichen, sei demagogisch, sagte GR. HUFNAGL (SPÖ). Bei Schnellbremsungen und Unglücksfällen in der U-Bahn wäre die Sicherheit der Rollstuhlfahrer nicht gewährleistet. Für diese Personengruppe gebe es den von der Stadt Wien subventionierten Fahrtendienst. Ein Vergleich der Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe mit denen der anderen Landeshauptstädte müsse berücksichtigen, daß die Streckenlänge in Wien bei weitem größer sei. Die SPÖ habe 1985 versprochen, daß der Straßenbahntarif drei Jahre gültig sein werde, dieses Versprechen wurde gehalten. Hufnagl verwies darauf, daß im Vorjahr mit 603 Millionen Fahrgästen ein absoluter Rekord seit Kriegsende erzielt worden sei. Die Quantität und die Qualität des Angebotes der Verkehrsbetriebe haben zugenommen, der öffentliche Verkehr werde weiter ausgebaut.

GR. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß Wien als einzige Stadt Österreichs keine Seniorenermäßigung anbiete. Weiters urgierte er eine einfachere Form der Ausgaben von Soldatenfahrtscheinen und schlug vor, der beamteten Exekutive in Zivil und Uniform für ein Jahr Freifahrt zu geben, das sei auch ein Beitrag zur Sicherheit. Weiters sollten die Mindestrentner gratis fahren dürfen.

Bei Forderungen nach Verbesserungen im öffentlichen Verkehr, sagte GR. OBLASSER (SPÖ), übersehe man regelmäßig die dadurch entstehenden Kosten. Er meinte, es sei nicht zuviel verlangt, daß nach drei Jahren gleichbleibender Tarife den gestiegenen Kosten nun mit einer minimalen Tarifierhebung entsprochen werde. Immerhin habe die Hoheitsverwaltung in den letzten drei Jahren rund 10,3 Milliarden Schilling an Zuschüssen für den öffentlichen Verkehr in Wien (ohne U-Bahn-Bau) geleistet.

In den letzten drei Jahren seien wesentliche Verbesserungen im öffentlichen Verkehr geschehen, sagte StR. HATZL in seinem Schlußwort. Neben Intervallverdichtungen, Linienerweiterungen, dem Vorantreiben des Bevorrangungsprogrammes habe es die Einführung mehrerer neuer Buslinien und der Nachtautobusse sowie wesentliche Neuanschaffungen im Fuhrpark der Verkehrsbetriebe gegeben. Zur Frage der Ermäßigung für Pensionisten sagte Hatzl, man sei zur Ansicht gelangt, daß eine Umwälzung der Kosten auf die Mehrzahl der Konsumenten der öffentlichen Verkehrsmittel nicht tragbar wäre. Die Tarifierhebung ermögliche einen weiteren Impuls für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs und für eine weitere Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 22.45 Uhr. (Schluß) red/rr/gg

Forts. von Blatt 2150

Verhandlungen über Mietermitbestimmung neu aufgenommen

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Verhandlungen über das Mietermitbestimmungsstatut für Wiens 220.000 Gemeindewohnungen werden nun nochmals neu aufgenommen! Die Beschlußfassung über das Statut wurde nach einer längeren Debatte im Gemeinderat Freitag abend von der Tagesordnung abgesetzt und vertagt.

Vorangegangen war dieser Entscheidung eine Debatte, in deren Verlauf die SPÖ und die FPÖ ihre Zustimmung zum Mietermitbestimmungsstatut, die ÖVP jedoch zunächst ihre Ablehnung signalisiert hatte. Im Verlauf der Diskussion erklärte dann Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER, daß für ihn und auch die Wiener SPÖ eine Erweiterung der Mietermitbestimmungsrechte der Gemeindemieter selbstverständlich unvereinbar sei mit der automatischen Einhebung von Mitgliedsbeiträgen für eine bestimmte Mieterorganisation durch die städtische Wohnhäuserverwaltung. Edlinger teilte dem Gemeinderat die bereits getroffene Entscheidung mit, daß aus diesem Grund mit Inkrafttreten des Mietermitbestimmungsstatutes eine derartige Einhebung von Mitgliedsbeiträgen eingestellt wird. Die ÖVP zeigte sich in der Folge interessiert und bereit, für den Fall neuerlicher Verhandlungen über das Statut, eine Verankerung und Erweiterung der Mitwirkung der Mieter im Mietrechtsgesetz politisch mitzutragen.

Während einer Sitzungsunterbrechung einigten sich die Landesparteiobmänner der SPÖ und der ÖVP, Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, die Verhandlungen über das Statut neu aufzunehmen und in spätestens vier Wochen zu einer Entscheidung zu gelangen. Der Tagesordnungspunkt wurde an den Gemeinderatsausschuß zurückverwiesen, die Beschlußfassung des Statuts soll in der November-Sitzung des Gemeinderates erfolgen.

Vizebürgermeister Hans Mayr zeigte sich gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ erfreut, daß die Wiener ÖVP bereit sei, nun doch über eine Erweiterung der Mitbestimmung im gesamten Mietrecht zu verhandeln. Dies sei im Interesse aller Mieter, egal ob sie in Gemeinde-, Genossenschafts- oder Privathäusern wohnen, ein Erfolg und gleichzeitig ein Beweis für das Funktionieren der Demokratie.

Wohnbaustadtrat Rudolf Edlinger erklärte, da er diese Entwicklung im Interesse der Mitbestimmung im Wohnbereich sehr begrüße, weil ihm ein demokratischer und von allen relevanten Kräften getragener Konsens in dieser Frage wirklich wichtig sei. „Mehr Mitbestimmung im Wohnbereich bedeute mehr Mitbestimmung in einem der wichtigsten Lebensbereiche der Menschen. Sie fördert die Gemeinschaft und politische Reife der Menschen und ist eine notwendige demokratische Herausforderung“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 31. Oktober 1988

Blatt 2153

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Städtebund: Neue Belastungen der Gemeinden als Schulerhalter (2154/FS: 29.10.)
- Spatenstich für Simmeringer Sommerbad (2155/FS: 29.10.)
- Städtebund unterstützt Vorschlag des Innenministeriums (2157/FS: 30.10.)
- Woche der Verkehrssicherheit in der Donaustadt (2158)
- Fußball-Linie "45" zum Stadion (2158)
- Mietermitbestimmung wird neu verhandelt (2159)
- Edlinger: Ziel kann nur sein, Mieterrechte zu stärken (2161)
- ÖVP über Mietermitbestimmung gesprächsbereit (2162)

Kultur:

- Führungen in den Museen der Stadt Wien im November (2156/FS: 30.10.)
- Kauer: Kulturbudget anheben (2160)

Städtebund: Neue Belastungen der Gemeinden als Schulerhalter

Aufspaltung des Polytechnischen Lehrganges droht

Wien, 29.10. (RK-KOMMUNAL) Kaum sind die Verhandlungen über den Finanzausgleich abgeschlossen worden, der den Gemeinden den durch die Steuerreform entstandenen Ausfall in Milliardenhöhe nur zum Teil abgilt, kommt mit der 1989 geplanten Einführung des Informatikunterrichtes am Polytechnischen Lehrgang eine neue Belastung auf die Gemeinden als Schulerhalter zu. Der Städtebund begrüßt zwar, daß an den Schulen moderner Informatikunterricht gehalten wird, er kann jedoch nicht akzeptieren, daß die dadurch entstehende Mehrbelastung nur von den Gemeinden getragen werden und keine Abgeltung durch den Bund erfolgen soll.

Erhebungen des Städtebundes ergaben, daß allein die Erstausrüstung mit den erforderlichen Geräten einen Aufwand in Millionenhöhe erfordert, der durch die notwendige Anschaffung der Programme sowie durch die baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen, die derzeit noch gar nicht abgeschätzt werden können, zusätzlich vergrößert wird. Bei den Verhandlungen, die vom Bundesministerium für Finanzen mit den Gemeinden zu führen sind, plädierte daher Städtebund-Generalsekretär Dr. PRAMBÖCK für eine volle Abgeltung dieser Kosten durch den Bund. „Keinesfalls darf es, wie vom Bund vorgesehen, zu einer Zweiteilung des Polytechnischen Lehrganges kommen, da durch ein gestaffeltes Inkrafttreten der Lehrpläne Schulen mit Informatikunterricht und Schule ohne Informatikunterricht geschaffen werden. Das würde eine schwere qualitative Beeinträchtigung des Polytechnischen Lehrganges bedeuten. Das in der Regierungserklärung angestrebte Ziel einer Gesamtreform des Polytechnischen Lehrganges müßte vielmehr beinhalten, daß die durch die Umstrukturierung einzusparenden Mittel auch den Gemeinden zur Erfüllung ihrer neuen Aufgaben zugute kommen.“ (Schluß) stb/gg

Bereits am 29. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Spatenstich für Simmeringer Sommerbad

Wien, 29.10 (RK-KOMMUNAL) Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL nahm am Samstag vormittag den Spatenstich für das neue Simmeringer Sommerbad vor. Das Sommerbad wird neben dem Hallenbad, 11., Florian-Hedorfer-Straße 5 errichtet. Heute gab es doppelten Grund zum Feiern: Das Hallenbad Simmering ist nämlich 10 Jahre alt geworden. Im Rahmen der Spatenstichfeier wurden an die Besucher bereits Eintrittskarten für das Sommerbad, dessen Fertigstellung für Mai 1990 geplant ist, kostenlos vergeben. Zwei Simmeringer Hauptschulen zeigten den zahlreichen Festgästen Geschicklichkeits- und Schwimmwettkämpfe. (Schluß) red/bf

Bereits am 29. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Führungen in den Museen der Stadt Wien im November

Wien, 30.10. (RK-KULTUR) In den Museen der Stadt Wien finden im November folgende Führungen statt:

Historisches Museum der Stadt Wien, Karlsplatz:

Dienstag, 1.11., 10 Uhr: „Sagen und Geschichten aus dem alten Wien“, Kinderführung (Dr. Reingard Witzmann)

Dienstag, 1.11., 15 Uhr: „Wiener Frauenleben“ (Dr. Reingard Witzmann)

Samstag, 5.11., 15 Uhr; Sonntag, 6.11., 10 und 15 Uhr: „Liebling, wir brauchen ein Kleid — Wiener Damenmode vom Empire zum Fin de Siecle“ (Dr. Regina Karner)

Samstag, 12.11., 15 Uhr; Sonntag, 13.11., 10 und 15 Uhr: Sonderausstellung „Der Novemberpogrom 1938 — Die 'Reichskristallnacht' in Wien“ (Dr. Hans Bisanz)

Samstag, 19.11., 15 Uhr: „Berühmte Leute, die früher in Wien gelebt haben“, Kinderführung (Dr. Wilhelm Deutschmann)

Sonntag, 20.11., 10 Uhr: Sonderausstellung „Der Novemberpogrom 1938 — Die 'Reichskristallnacht' in Wien“ (Direktor Dr. Günter Düriegl)

Sonntag, 20.11., 15 Uhr: „Wie Wien früher aussah“, Kinderführung (Dr. Wilhelm Deutschmann)

Samstag, 26.11., 15 Uhr; Sonntag, 27.11., 10 und 15 Uhr: Sonderausstellung „Der Novemberpogrom 1938 — Die 'Reichskristallnacht' in Wien“ (Dr. Karl Albrecht-Weinberger)

Uhrenmuseum, Schulhof 2, 1010 Wien

Sonntag, 6.11., 10 Uhr: „Gotik bis Jugendstil, dokumentiert am Uhrengehäuse“ (Franz Scharinger)

Sonntag, 6.11., 11 Uhr: „Spielwerke aus Holz und Metall“ (Franz Scharinger)

Sonntag, 20.11., 10 Uhr: „Die japanische Uhr im Wandel der Zeit“ (Franz Scharinger)

Sonntag, 20.11., 11 Uhr: „Die programmierte Bewegung der Figurenautomaten“ mit Vorführung der Objekte! (Franz Scharinger)

Für geschlossene Gruppen ab acht Personen können auch andere Termine vereinbart werden. Führungen in der Hermesvilla sind nur gegen Voranmeldung möglich (84 13 24), Anmeldungen für das Uhrenmuseum unter der Nummer 533 22 65, für die übrigen Museen und Gedenkstätten der Stadt Wien unter der Nummer 505 87 47/46 DW. Die Führungen sind (außer in der Hermesvilla) kostenlos. (Schluß) gab/rr

Bereits am 30. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Städtebund unterstützt Vorschlag des Innenministeriums für Volkszählungsgesetznovelle

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die vom Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Mag. Franz ROMEDER geäußerte Meinung, daß Studenten bei der Volkszählung 1991 per Gesetz am Heimatort gezählt werden sollen, widerspricht dem Geist des Verfassungsgerichtshofurteils aus 1982. Ein Grund für die seinerzeit erfolgte Aufhebung des Volkszählungsergebnisses 1981 war, daß zu wenig auf die tatsächlichen Verhältnisse, wo ein Bürger seinen ordentlichen Wohnsitz hat, Bedacht genommen wurde. Der nunmehr vom Bundesministerium für Inneres vorgelegte Entwurf, der unter Mitwirkung aller Betroffenen, insbesondere des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes sowie von Verfassungsexperten ausgearbeitet wurde, folgt diesen, in der Begründung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes dargelegten Grundsätzen, betonte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dr. Erich PRAMBÖCK.

Wenn nunmehr der Gemeindebund die Festlegung des ordentlichen Wohnsitzes für alle Studenten am Heimatort fordert, dann können die besonderen Verhältnisse bestimmter Gruppen, wie zum Beispiel von Studenten, die bereits einer Beschäftigung nachgehen, oder verheirateter Studenten, nicht berücksichtigt werden. Damit wäre auch das Volkszählungsergebnis 1991 wieder von einer Anfechtung bedroht.

Der Österreichische Städtebund vertritt zur Novellierung des Volkszählungsgesetzes die Auffassung, daß im Zuge der Volkszählung die tatsächlichen Verhältnisse objektiv festgestellt werden sollen. Es ist dies eine Auffassung, die von allen am Novellierungsentwurf Mitarbeitenden geteilt wurde. Umso größere Verwunderung ruft nun das einseitige Vorgehen des Gemeindebundes hervor, welches die jahrelangen Bemühungen um einen ausgewogenen Entwurf, der auch einer verfassungsrechtlichen Prüfung Stand halten sollte, zunichte machen würde. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes: „Ich befürchte, daß es dem Österreichischen Gemeindebund in dieser Frage nicht um ein richtiges Zählergebnis, sondern um eine Bevorzugung von bestimmten Gemeinden geht, weil verschiedene Abgaben nach der Einwohnerzahl verteilt werden.“ (Schluß) stb/rr

Bereits am 30. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Woche der Verkehrssicherheit in der Donaustadt

Wien, 31.10. (RK-LOKAL) In der Donaustadt wird vom 2. bis zum 5. November eine „Woche der Verkehrssicherheit“ durchgeführt. Im Rahmen dieser Aktion, an der zahlreiche Geschäftsleute aus dem 22. Bezirk teilnehmen, soll in einer Kampagne auf das Thema Verkehrssicherheit aufmerksam gemacht werden. Zahlreiche Quizspiele werden die Bewohner der Donaustadt und des Umlandes darauf aufmerksam machen, daß nur die gegenseitige Rücksichtnahme, das Miteinander, und das Zurückstellen von Einzelinteressen den entsprechenden Erfolg bringen wird, nämlich die Unfallziffern zu senken. Eine Attraktion bietet der lange Einkaufssamstag am 5. November: Eine Oldtimer-Straßenbahn verkehrt zum Nulltarif zwischen Floridsdorf und der Donaustadt.

Die Woche der Verkehrssicherheit wird vom Donaustädter Bezirksvorsteher, Albert SCHULTZ, am 2. November im Atrium des Donauzentrums um 14 Uhr eröffnet. (Schluß) red/rr

Fußball-Linie „45“ zum Stadion

Wien, 31.10. (RK-LOKAL) Am Mittwoch, dem 2. November, findet im Wiener Praterstadion das Fußball-Länderspiel Österreich-Türkei statt. Aus diesem Grund fahren die Straßenbahnlinien „O“, „18“, „21“ und die Autobuslinie „75 A“ mit kürzeren Intervallen. Weiters wird die U-Bahn-Linie U1 verstärkt geführt.

Zusätzlich verkehrt eine Straßenbahnlinie mit dem Liniensignal „45“ ab dem Stadion über die Linie „21“ zum Praterstern und weiter die Strecken der Linie „5“, „46“ und „10“ bis Hütteldorfer Straße, Bahnhof Breitensee. (Schluß) roh/rr

Mietermitbestimmung wird neu verhandelt

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Die Verhandlungen über das Mietermitbestimmungsstatut für Wiens 220.000 Gemeindewohnungen werden nun nochmals neu aufgenommen. Die Beschlußfassung über das Statut wurde vergangenen Freitag im Wiener Gemeinderat nach einer längeren Debatte von der Tagesordnung abgesetzt und vertagt. Das gab Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Montag bei einer Pressekonferenz bekannt.

Dieser Entscheidung war eine Diskussion vorangegangen, in deren Verlauf die SPÖ und die FPÖ — wie schon im Gemeinderatsausschuß — ihre Zustimmung zum Mietermitbestimmungsstatut, die ÖVP jedoch zunächst ihre Ablehnung signalisiert hatte.

Im Verlauf der Debatte habe er, so Wohnbaustadtrat Edlinger, erklärt, daß für ihn und die Wiener SPÖ diese Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Gemeindemieter selbstverständlich unvereinbar sei mit der automatischen Einhebung von Mitgliedsbeiträgen für eine bestimmte Mieterorganisation durch die städtische Wohnhäuserverwaltung. Er habe dem Gemeinderat die bereits getroffene Entscheidung mitgeteilt, daß mit dem Inkrafttreten des Mietermitbestimmungsstatuts eine derartige Einhebung von Mitgliedsbeiträgen eingestellt wird. Die ÖVP zeigte sich daraufhin interessiert und bereit, für den Fall neuerlicher Verhandlungen über das Statut, auch eine Verankerung und Erweiterung der Mitwirkung der Mieter auch im Mietrechsgesetz politisch mitzutragen.

Während einer Sitzungsunterbrechung einigten sich die Landesparteiobmänner der SPÖ und der ÖVP, Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, die Verhandlungen über das Statut neuerlich aufzunehmen und in spätestens vier Wochen zu einer Entscheidung zu gelangen. Der Tagesordnungspunkt wurde daraufhin zur weiteren Verhandlung an den zuständigen Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung zurückverwiesen, der darüber am 7. November beraten wird. Die Beschlußfassung über das Statut soll nun im Rahmen der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 28. bis 30. November erfolgen.

Es ist erfreulich und im Interesse aller Mieter, wenn in der Frage der Erweiterung von Mitbestimmungsrechten im Wohnbereich ein demokratischer und von allen relevanten Kräften getragener Konsens zustandekommt, meinte Edlinger. Egal muß dabei sein, ob die Menschen in Gemeinde-, Genossenschafts- oder Privathäusern wohnen, denn jeder Mensch muß die gleiche Chance und das gleiche Recht haben, seinen unmittelbarsten Lebensbereich mitzugestalten. Die Beschlußfassung eines Mietermitbestimmungsstatutes kann daher nur ein erster Schritt sein, dem weitere im Bereich des Mietrechts- und des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes folgen müssen. Da diese Gesetze aber auch Bundesgesetze sind, kann das Land Wien nur seinen Willen zu entsprechenden Änderungen dem Bundesgesetzgeber kundtun.

Mehr Mitbestimmung im Wohnbereich bedeute mehr Demokratie in einem der wichtigsten Lebensbereiche des Menschen, sagte Edlinger. Es wird damit einiges nachgeholt, was in einem anderen sehr wichtigen Lebensbereich, dem Arbeitsleben, seit bald einem Jahrhundert besteht. Mehr Mitbestimmung auch im Wohnbereich fördert die Gemeinschaft und die demokratische Reife der Menschen und sie ist zugleich eine zeitgemäße politische Herausforderung an alle. (Forts. mgl.) ah/rr

Kauer: Kulturbudget anheben

Wien, 31.10. (RK-KULTUR) Im Pressegespräch der ÖVP forderte GR. Mag. KAUER am Montag die Anhebung des Wiener Kulturbudgets, das mit derzeit rund einem Prozent des Gesamtbudgets weit unter den Vergleichszahlen deutscher Städte liege. Kauer kritisierte auch die Ausrichtung der Städtischen Bühnen auf einen reinen Musical-Spielplan und die Form der Schuldenabdeckung des Raimundtheaters, die vor allem den Banken genützt habe. Im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 forderte Kauer eine auf dieses Ereignis ausgerichtete Kulturpolitik und die zeitlich begrenzte Zusammenarbeit aller Fraktionen im Wiener Rathaus. (Schluß) gab/rr

Edlinger: Ziel kann nur sein, Mieterrechte zu stärken

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Die Diskussion um die Mietermitbestimmung für Wiens Gemeindewohnungen könne nur zum Ziel haben, generell die Mieterrechte zu stärken, egal wer der Eigentümer der Wohnung ist, sagte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER am Montag bei einer Pressekonferenz. Mitbestimmung im Wohnbereich sei ein demokratischer und zugleich humanistischer Erziehungsprozeß, der nicht nur für den Bereich der Gemeindewohnungen gelten könne. Die Form des partnerschaftlichen Interessenausgleiches habe sich, so Edlinger, insbesondere in Praxis der Stadterneuerung in den letzten Jahren bereits bewährt, wo die Rücksichtnahme auf Mieterinteressen in der Regel zu raschen und konfliktfreien Wohnhaussanierungen führt.

Stadtrat Edlinger betonte, daß das Mietermitbestimmungsstatut für die 220.000 Wiener Gemeindewohnungen in keiner Weise die Rechte des einzelnen auf Einschau in Unterlagen oder ähnliches einschränken könne oder wolle. Eine Erweiterung der Rechte des einzelnen sei aber nur bei gleichzeitiger Änderung der gesetzlichen Grundlage dieses Statuts, nämlich des Mietrechtsgesetzes, möglich. Edlinger meinte, daß er in der Frage der Mitbestimmung im Wohnbereich bei der ÖVP Signale eines Umdenkens erkenne und wertete es als äußerst positiv, daß der Landesparteiobmann der Wiener ÖVP, Dr. Erhard BUSEK, seine Bereitschaft signalisiert habe, entsprechende Änderungen des Mietrechtsgesetzes mitzutragen. „Dieser Konsens ist deshalb so wichtig, weil ja nur durch ein Zusammenwirken der großen Parteien auch auf Bundesebene eine derartige Gesetzesänderung möglich ist“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/rr

ÖVP über Mietermitbestimmung gesprächsbereit

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Gesprächsbereitschaft über das Mietermitbestimmungsstatut und eine Erweiterung von Mitbestimmungsrechten des Einzelnen im Mietrechtsgesetz signalisierte am Montag GR. Dr. Wolfgang PETRIK (ÖVP) bei einer Pressekonferenz. Petrik verwies auf den Erfolg der ÖVP, daß das Mitbestimmungsstatut vergangenen Freitag von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt wurde, um es neuerlich zu verhandeln. Es gebe noch zahlreiche Ungereimtheiten im Statut. So habe die ÖVP Sorge, daß durch die Wahl von Mieterbeiräten es den einzelnen Mieter faktisch nicht mehr möglich ist, sich direkt an die Wohnhäuserverwaltung zu wenden. Auch gebe es kaum genaue Aussagen darüber, wie die Wahl der Mieterbeiräte vorsich gehen soll.

Petrik verwies darauf, daß es für die ÖVP einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Eigentum an Wohnraum gebe und sie sich daher in den Verhandlungen sehr differenziert verhalten werde. Die ÖVP werde keine Eingriffe in das Privateigentum zulassen. Ob die ÖVP auch entsprechende Änderungen des Mietrechtsgesetzes mittragen werde, hänge vom Ergebnis der nun folgenden Verhandlungen über das Mietermitbestimmungsstatut für die Wiener Gemeindewohnungen ab. Petrik sagte, daß er eine Konsens für möglich hält.

Als historisch wertete Petrik die Bereitschaft der SPÖ, daß künftig der Mitgliedsbeitrag für die Mietervereinigung nicht mehr automatisch mit der Miete von der städtischen Wohnhäuserverwaltung eingehoben werden soll. Dies sei ein weiterer Schritt zur Entpolitisierung des Wohnbereiches. (Schluß) ah/bs



60984 81800

